20. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. April 1987, 9.00 Uhr, in München

Ge	schäftliches 1127, 1129, 1168, 1169, 1186, 1190	Strehle (CSU)
	Verhalten des Botschafters Nowak beim Besuch des Bayerischen Ministerpräsiden-	7. Belastung des Landkreises Amberg/Sulz- bach durch den Militärverkehr zwischen den Truppenübungsplätzen Grafenwöhr
	ten in Saudi-Arabien; hier Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.01.87 Langenberger (SPD)	und Hohenfels; Unfallzahlen Dandorfer (CSU)
2.	Trinkwasserversorgungsanlage in der Bo- denwöhrer Senke; hier neue hydrologische Gutachten	 HIV-Antikörpernachweistest in Justizvoll- zugsanstalten; hier Bericht in der Abend- zeitung vom 11.03.87
	Dr. Ritzer (SPD)	Frau Psimmas (DIE GRÜNEN) 1134, 1135 Frau Staatsministerin Dr. Berghofer-Weichner 1134, 1135
3.	Verbringen von Ferkeln und Mastschweinen aus einem Schweinesperrbezirk; Verringerung des 3-km-Sperrbezirks und Verlustentschädigung	9. Aufnahme des Gymnasiums Penzberg in den Schulentwicklungsplan Widmann (CSU)
	Brosch (CSU)	Frau Fischer (CSU)
4.	Behandlung von Baumwolltextilien mit Formaldehyd; Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher Lechner (CSU)	Lehrkräften, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, im kirchlichen Dienst Trapp (SPD)
5.	Granulat als Salzersatz bei Winterstreuung; Auswirkungen des Schwermetallgehalts auf Baumwurzeln	Inkrafttreten der Lehrpläne für Berufsschulen im Berufsfeld Metalltechnik Otworz (CRD)
	Heiler (CSU)	Straßer (SPD)
6.	Aufhebung der Ausschreibung für die Ab- fallbeseitigungsanlage Augsburg durch die Regierung von Schwaben	Oberasbach; Name des Beschwerdeführers Schultz (SPD)

13.	Gabsteiger (CSU)	20. Bericht über Leistungsverbesserungen bei der Arbeitslosenhilfe zur Entlastung der Sozialhilfe; Ablehnung eines Antrags im Ausschuß für Arbeit und Soziales im Bundesrat durch die Staatsregierung									
	Gürteler (CSU)	Frau König (SPD)	1221								
	Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels . 1141, 1142, 1143 Lechner (CSU)	burg im Teilgebiet Internationale Bezie-									
14.	Übernahme der Kosten behindertenge- rechter Ausgestaltung von Zu- und Abgän-	Eykmann (CSU)	1222								
	gen auf Bahnsteigen	22. Reaktivierung der naturwissenschaftlichen Sammlung in Bayreuth; hier: Streichung									
	Dr. Gantzer (SPD)	franken Ost									
45		Frau Fischer (CSU)	1222								
15.	Stand der Verhandlungen zur Aufrechter- haltung des Culemeyer-Verkehrs zum Bahnhof Steinbach a. Wald nach Dettau	23. Anschaffung von Geräten durch Universitä- ten und Fachhochschulen aus Spendenmit- teln; hier: Wartungs- und Bedienungskosten									
	durch die Deutsche Bundesbahn Daum (CSU)	Dr. Schosser (CSU)	1222								
	Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels	24. Aufführung der barocken Festoper OR-									
16.	Anschluß der Papierfabrik Plankenstein an das Erdgasnetz in der Bundesrepublik	Dr. Rost (CSU)	1223								
	Deutschland zur Verminderung der SO ₂ -Belastung in Nordostoberfranken	25. Finanzamtsgebäude für den Landkreis Main-Spessart in Lohr; Stand der Planun- gen und Baubeginn									
	Kopka (CSU)	Mehrlich (SPD)	1223								
17.	Dr. Freiherr von Waldenfels 1145, 1146 Hering (SPD)										
	für Kabelanschluß nur bei Inanspruch- nahme der Grundleistung; Änderung der	Breitrainer (CSU)	1223								
	Gebührenvorschrift der Fernmeldeordnung Neder (CSU)	27. Subvention von Weizenlieferungen aus EG- Beständen an die UdSSR; hier Wirtschaft- lichkeit nachwachsender Rohstoffe									
	Dr. Freiherr von Waldenfels 1146, 1147 Hollwich (SPD) 1146, 1147		1223								
	ndliche Anfragen gem. § 73 Abs. 2 Satz 2 schO (Anlage 1)	Haushaltsplan 1987/1988 des Einzelplans 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr									
18.	Kahlschlag eines Feldgehölzes in der Ge-	Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 11/1288)									
	meinde Königshofen/Hellingen, Landkreis Haßberge	Will (CSU), Berichterstatter	1147 1196								
10	Franz (SPD)		1195 1163								
10.	republik Deutschland durch den weiteren Ausbau der Kernenergiegewinnung in der	(Unterbrechung)									
	ČSSR nach der Katastrophe von Tscherno-	Beck (CSU)	1169								
	byl; Informationsbesuch des bayerischen Umweltministers in der ČSSR	Naumann (SPD)	1172								
	Frau Memmel (DIE GRÜNEN) 1221	Dumann (CSU)	1176								

<u> </u>					
Gürteler (CSU) 117 Frau Memmel (DIE GRÜNEN) 1180, 119 Will (CSU) 1181, 119 Niedermayer (CSU) 118 Moser (SPD) 118 Dr. Richter (CSU) 118 Dinglreiter (CSU) 119 Frau Scheel (DIE GRÜNEN) 119 Langenberger (SPD) 119 Abstimmung 120 Namentliche Abstimmung 120 Schlußabstimmung 120	0 2 4 7 8 1 3 9 2 5				
Gesetzentwurf der Abg. Jungfer, König, Wirth u.a. u. Frakt. SPD zur Änderung des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte und Bürgermeister (Drs. 11/1252)					
- Erste Lesung -	.				
Beschluß	7				
Gesetzentwurf der Abg. Jungfer, König, Wirth u. a. u. Frakt. SPD zur Änderung des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren und Volksentscheid (Drs. 11/1253)					
- Erste Lesung -					
Beschluß	7				
Gesetzentwurf der Abg. Hiersemann, Starz- mann, Kolo u.a. u. Frakt. SPD zur Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes (Drs. 11/1254) und					
Gesetzentwurf der Abg. Tandler, Diethei, Fene- berg u.a. u. Frakt. CSU zur Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes (Drs. 11/1290)					
- Erste Lesung -					
Schuhmann Otto (SPD)	9				
Beschluß	1				
Gesetzentwurf der Abg. Hiersemann, Christa Meier u. Frakt. SPD über die Einrichtung von Hausaufgabenbetreuungs- und Förderkursen (Drs. 11/16)					
- Zweite Lesung -					
Beschlußempfehlungen des Kulturpolitischen, des Dienstrechts-, des Haushalts- und des Ver- fassungsausschusses (Drs. 11/330, 11/519, 11/836, 11/1193)					
Trapp (SPD), Berichterstatter 121 Frau Radermacher (SPD) 121 Miller (CSU) 121 Stenglein (SPD) 121 Trapp (SPD) 121 Frau Würdinger (CSU) 121 Dr. Fischer (CSU) 121 Meyer Otto (CSU) 1216	1 2 3 4 4 4				

Klasen (SPD)									
Geisperger (SPD)									1217
Frau Paulig (DIE GRÜNEN)	•	•	-	-	,		٠	٠	1218
Abstimmung		-	-						1219
Schluß der Sitzung									1219

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 02 Minuten

Erster Vizepräsident Möslein: Guten Morgen, sehr verehrte Damen und Herren! Ich eröffne die 20. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks sowie ZDF und Audiovision haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 7:

Mündliche Anfragen gemäß § 73 der Geschäftsordnung

Ich bitte Herrn Staatsminister Stoiber um die Beantwortung der ersten Frage.

Erster Fragesteller ist der Herr Kollege Langenberger. Herr Kollege Langenberger, Sie haben das Wort!

Langenberger (SPD), Fragesteller:

Welche Schlußfolgerung zieht die Bayerische Staatsregierung aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 13. Januar 1987, Botschafter Nowak sei bestätigt worden, daß er sich beim Besuch des Bayerischen Ministerpräsidenten in Saudi-Arabien pflichtgemäß verhalten habe und im Gespräch die restriktive Rüstungspolitik der Bundesregierung erläutert habe?

Staatsminister Dr. Stoiber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beantworte die Frage wie folgt: Die Staatsregierung zieht keine Schlußfolgerungen.

Der Bayerische Ministerpräsident ist in seiner Auffassung auch deshalb bestärkt worden, weil die Bundesregierung der Arbeitsgemeinschaft der fünf an der Ausschreibung für den Großauftrag zur Lieferung von acht U-Booten für die saudische Marine und zur Erstellung der dafür benötigten Anlagen in einer Größenordnung von sechs bis acht Milliarden DM mit einer Laufdauer bis 1994/95 beteiligten Firmen jede Unterstützung zugesagt und im Falle der Auftragserteilung auch die Liefergenehmigung in Aussicht gestellt hat.

1214 Die Bundesrepublik Deutschland wird diesen Auftrag,
1214 um den sich mehrere schiffbauende Staaten, darunter auch Frankreich und Holland, bemühen, vorausten.

(Staatsminister Dr. Stoiber)

sichtlich nicht erhalten. Dieser Auftrag hätte Tausende von qualifizierten Arbeitsplätzen, aber auch die Entwicklungs- und Fertigungskapazität der Bundesrepublik Deutschland auf diesem Gebiet erhalten.

Wie weit das Auftreten des Botschafters Nowak, der weder Vorsitzender noch Mitglied der Delegation des Bayerischen Ministerpräsidenten war, aber ungebeten das Wort zu einer die hochrangigen saudi-arabischen Gesprächspartner brüskierenden Äußerung an sich gerissen hat, den deutschen Interessen pflichtgemäß diente, kann nicht von der Bayerischen Staatsregierung beurteilt werden. Jedenfalls hat er nach den aus Saudi-Arabien vorliegenden Informationen die Aussichten, den von der Bundesrepublik Deutschland gewünschten Auftrag zu erhalten, entscheidend beeinträchtigt. Sein Verhalten wurde von den saudi-arabischen Gastgebern einhellig als ungehörig empfunden.

Ich darf Sie, Herr Kollege Langenberger, noch auf die Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 18. März 1987 verweisen, die unter der Schlagzeile "Macht Frankreich das Waffengeschäft mit Riad?" erschien, und daraus mit Genehmigung des Präsidenten zitieren:

Die Saudis hätten wissen lassen, sie hätten ihre Entscheidung zugunsten französischer Unternehmen gefällt, nicht nur, weil sie schon französische Kriegsschiffe hätten und mit deren Technik vertraut seien, sondern vor allem wegen der politischen Kalkulierbarkeit bei Waffengeschäften. Das deutsche Angebot sei zwar das teuerste gewesen, doch seien die deutschen Boote die leistungsfähigsten. Nach den Erfahrungen, die man im Zusammenhang mit dem Besuch des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in Riad durch die Intervention des deutschen Botschafters habe machen müssen, komme eine Rüstungsvereinbarung mit Bonn für Saudi-Arabien nicht mehr in Betracht.

Der Bayerische Ministerpräsident hat jedenfalls alles getan, um Schaden abzuwenden.

Erster Vizepräsident Möslein: Zusatzfrage, der Fragesteller!

Langenberger (SPD): Müssen Sie die Antwort der Bundesregierung nicht dennoch als eine Ohrfeige für die Staatsregierung verstehen, nachdem jene besagt, daß sich der deutsche Botschafter nicht nur korrekt, sondern auch pflichtgemäß verhalten hat, d.h. also gar nichts anderes hätte machen können, wenn er seine Pflichten nicht hätte verletzen wollen, als so aufzutreten, wie er es getan hat?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Dr. Stoiber: Herr Kollege Langenberger, gerade in Anbetracht dessen, was ich gesagt habe, nämlich Verlust von Milliarden von DM für die notleidende Werftindustrie, empfinde ich in keiner Weise so, wie Sie es hier ausdrücken. Die Bundesregierung unterstützt die deutschen Firmen, die sich

um den Auftrag bemühen, andererseits wird die Bewerbung durch die Einlassung des Botschafters nach Aussagen der Saudis letztlich zerstört. Daß es hinsichtlich der Auslegung der Richtlinien für den Waffenexport, was seine Praxis anbelangt, erhebliche Beurteilungsunterschiede zwischen der Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung gibt, ist doch bekannt.

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfrage des Fragestellers, bitte!

Langenberger (SPD): Herr Staatsminister, Sie stimmen also nicht mit der Bundesregierung überein, die in ihrer Antwort erklärt hat, daß die deutsche Rüstungspolitik restriktiv zu sein habe?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Dr. Stroiber: Wir stimmen mit der Beurteilung der Bundesregierung insoweit nicht überein, als wir zwar der gleichen Auffassung sind – wir haben das mehrfach zum Ausdruck gebracht, und wir bleiben auch dabei –, daß keine Änderung der Rechtsgrundlagen im materiellen Sinne, also des Kriegswaffenkontrollgesetzes und des Außenwirtschaftsgesetzes, notwendig ist, daß auch die Richtlinien so von uns voll mitgetragen werden, daß aber bei der Praxis, wie die Richtlinien angewandt werden, eine größere Flexibilität notwendig wäre im Interesse dessen, was ich in der Fragestunde vor ein paar Monaten hier sehr ausführlich dargestellt habe.

Ich halte es einfach für eine gesamtpolitische Frage, Herr Kollege Langenberger, die wir beantworten müssen, nachdem wir auf der einen Seite gegenwärtig die Diskussion haben, daß die Werftindustrie ein Fünftel des Preises von deutschen Booten – da brauchen Sie nicht mit dem Kopf zu schütteln, das ist die Wahrheit – als Subvention haben will, damit sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleibt, während auf der anderen Seite Aufträge der Werftindustrie durch eine unflexible Haltung zerstört werden.

Ich muß nochmals betonen, die Bundesregierung wollte diesen Auftrag; sie hat diesen Auftrag unterstützt, der jetzt nicht erteilt wird. Ich verstehe nicht ganz die Beurteilung, daß man auf der einen Seite den Auftrag haben will und alles tut, um ihn zu erreichen, den Bayerischen Ministerpräsidenten auch bittet, die Gesprächskontakte mit der saudischen Seite zu vertiefen, nachdem diese gelockert waren, auf der anderen Seite aber das Verhalten des Herrn Nowak als pflichtgemäß empfindet. Ich halte diese Beurteilung für falsch.

Erster Vizepräsident Möslein: Die nächste Zusatzfrage stellt der Herr Abgeordnete Diethei!

Diethei (CSU): Herr Staatsminister, sind Sie nach dem auch in der Presse als skandalös dargestellten Verhalten von Botschafter Nowak

(Lachen bei der SPD)

bei einer Gesamtbeurteilung des Vorgangs der Auffassung, daß dadurch den Arbeitnehmern erheblicher

(Diethei [CSU])

Schaden zugefügt worden ist, zumindest was die Werftindustrie anbetrifft?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Dr. Stoiber: Herr Kollege Diethei, ich teile diese Auffassung voll und ganz. Ich habe ja gerade dargelegt, daß die Werftindustrie ganz erhebliche Probleme hat. Die Problematik ist ja auch hier im Hause bekannt, wenn auch Bayern davon wenig betroffen ist.

Ich sage noch einmal: Die Werftindustrie fordert von der Bundesregierung gegenwärtig, und zwar mit Unterstützung der betroffenen Länder, vor allem von Schleswig-Holstein, den Kaufpreis von deutschen Booten über Subventionen um ein Fünftel zu ermäßigen – das ist ein äußerst ungewöhnlicher Vorgang –, um überhaupt konkurrenzfähig zu sein. Das paßt in keiner Weise damit zusammen, daß man auf der anderen Seite unter politischen, wirtschaftlichen und militärtechnischen Gesichtspunkten eine falsche Restriktion betreibt.

Erster Vizepräsident Möslein: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat der Fragesteller das Wort!

Langenberger (SPD): Herr Staatsminister, wird die Antwort der Bundesregierung vielleicht dadurch verständlich, daß diese auch noch andere Waffengeschäfte angeboten hat oder tätigen will? Wie beurteilen Sie die Haltung Israels in dem Zusammenhang, das ja nicht wünscht, daß an Saudi-Arabien Kriegsgerät ausgeliefert wird?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Dr. Stoiber: Herr Kollege Langenberger, ich habe zu diesem Komplex vor vier Monaten vor diesem Hohen Hause in der Fragestunde sehr ausführlich Stellung bezogen. Ich halte es nicht für sinnvoll, die Dinge ständig wiederzukauen. Bitte lesen Sie das nach!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Möslein: Letzte Zusatzfrage, der Fragesteller!

Langenberger (SPD): Herr Staatsminister, auch wenn Sie nicht wiederkauen wollen, frage ich Sie, ob Ihnen eventuell entgangen ist, daß neuerdings, nämlich beim Besuch des israelischen Staatspräsidenten, von Israel klargemacht worden ist, daß man Waffengeschäfte der Bundesrepublik auch mit Saudi-Arabien ablehnt?

Staatsminister Dr. Stoiber: Herr Kollege Langenberger, Sie kennen die Auffassung der Bayerischen Staatsregierung dazu. Wir halten es aus gesamtpolitischen Gründen für notwendig, enge Beziehungen mit unseren Freunden aus dem Königreich Saudi-Arabien zu haben, weil wir die Saudis als einen Stabilitätsfaktor im Nahen Osten betrachten. Was in den letzten

.

Wochen passiert ist, hat auf keinen Fall dazu beigetragen, daß unsere Beziehungen zu Saudi-Arabien verbessert worden sind. Ich bedauere sehr, wie dies gelaufen ist.

Ich muß Sie noch einmal darauf hinweisen, Sie scheinen meine Antwort nicht zu registrieren: Die Bundesregierung - um das noch einmal deutlich zu machen - hat der an der Ausschreibung für acht U-Boote für die saudische Marine beteiligten Arbeitsgemeinschaft deutscher Firmen eine maßgebliche Unterstützung zugesagt. Damit ist offenkundig, daß die Lieferung der U-Boote an die Saudis, wie das der Bayerische Ministerpräsident schon vor Wochen gesagt und gefordert hat, die volle Unterstützung der Bundesregierung findet. In diesem Zusammenhang jetzt einen Dissens herzustellen halte ich für aberwitzig. Unter dem Gesichtspunkt, daß die Bundesregierung die Lieferung dieser U-Boote unterstützt und befürwortet, halte ich die Beurteilung, daß sich der Botschafter, der diese Verhandlungen gestört und zerstört hat, pflichtgemäß verhalten hätte, für absolut unschlüssig. (Beifall des Abg. Diethei)

Erster Vizepräsident Möslein: Danke, Herr Staatsminister. Zur Beantwortung der weiteren Fragen bitte ich den Herrn Staatsminister des Innern.

Erster Fragesteller ist der Herr Kollege Dr. Ritzer.

(Zuruf der Frau Abg. Psimmas)

- Frau Kollegin Psimmas, die Frau Staatsminister der Justiz ist noch nicht im Hause. Gleich anschließend an die Beantwortung der Fragen durch den Herrn Innenminister kommt Ihre Frage an die Reihe.

Herr Kollege Ritzer, Sie haben das Wort!

Dr. Ritzer (SPD), Fragesteller:

Herr Staatsminister, welche Konsequenzen zieht die Bayerische Staatsregierung aus der Tatsache, daß in neuen hydrogeologischen Gutachten, z.B. des Instituts Geotec, Augsburg, die kommunale Trinkwasserversorgungsanlage in der Bodenwöhrer Senke, also im Einzugsbereich der geplanten WAA, als im Störfall erheblich gefährdet angesehen wird und daß im Raumordnungsverfahren von allen Kommunen die Sicherheit der Trinkwassergewinnungsanlagen gegenüber radioaktiver Verseuchung Zustimmungsvoraussetzung war?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Lang: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Ritzer, es trifft zu, daß die Errichtung der WAW nach dem Ergebnis des Raumordnungsverfahrens u.a. den Erfordernissen der Raumordnung entspricht, wenn durch technische Maßnahmen jede Gefährdung des Grundwassers der Bodenwöhrer Senke ausgeschlossen werden kann. Dies ist Richtschnur für die bisher ergangenen behördlichen Entscheidungen.

In diesen Verfahren wurde auch die Frage des Trinkwasserschutzes in der Bodenwöhrer Senke durch (Staatsminister Lang)

mehrere Gutachten umfassend geprüft, mit dem Ergebnis, daß eine Gefährdung des Grundwassers ausgeschlossen werden kann. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat in zwei gerichtlichen Verfahren gemäß § 80 Absatz 5 und § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung die Auffassung des Staatsministeriums des Innern bestätigt, daß aus hydrogeologischer Sicht gegen den Standort der WAW keine durchgreifenden Bedenken bestehen.

Herr Kollege Dr. Ritzer, das neue Gutachten des Instituts Geotec, Augsburg, ist – ebenso wie weitere Gutachten, die von privater Seite in Auftrag gegeben worden sein mögen – der Staatsregierung inhaltlich nicht bekannt.

Die hydrogeologischen Fragen im Zusammenhang mit der WAW sind Gegenstand u.a. des in der Hauptsache noch anhängigen Normenkontrollverfahrens gemäß § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung gegen den Bebauungsplan "Westlicher Taxölderner Forst". Es ist selbstverständlich, daß die Staatsregierung im Rahmen von Gerichts- und Verwaltungsverfahren nach sorgfältiger Prüfung zu allen Streitfragen Stellung nehmen wird. Bisher sind aber neue Gutachten von den Verfahrensbeteiligten nicht in das gerichtliche Verfahren eingeführt worden.

Erster Vizepräsident Möslein: Erste Zusatzfrage, der Fragesteller!

Dr. Ritzer (SPD): Herr Staatsminister, können sich die von Ihnen zitierten behördlichen Gutachten auf Probebohrungen stützen, die auch Auskunft über die Kluft- und Spaltbildung in der Geologie des Raumes geben? Gibt es konkrete Probebohrungen in bezug auf die Spaltbildung?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Lang: Herr Kollege Dr. Ritzer, das Gebiet um den Standort ist insbesondere wegen der für den früheren Braunkohleabbau seinerzeit erforderlichen Wasserhaltungen eingehend hydrogeologisch untersucht worden. Die hydrogeologischen Verhältnisse sind daher gut bekannt. Ergänzend zu den jahrzehntelangen Prüfungen wurde von der DWK ein hydrogeologisches Untersuchungsprogramm – ich nenne die Namen Dr. Meyer, Dr. Striebel, Professor Dr. Moll – in Auftrag gegeben, um weitere Erkenntnisse über die Grundwasserverhältnisse zu erhalten.

Erster Vizepräsident Möslein: Eine weitere Zusatzfrage des Fragestellers!

Dr. Ritzer (SPD): Herr Staatsminister, habe ich Sie recht verstanden, daß auch Ihr Haus der Auffassung ist, daß weitere Untersuchungen dringend erforderlich sind?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Lang: Das Verfahren ist anhängig. In dem Verfahren wird alles untersucht. Es wurde bisher

schon untersucht, und es wird auch weiterhin überprüft.

Erster Vizepräsident Möslein: Eine weitere Zusatzfrage stellt der Herr Abgeordnete Professor Weiß.

Dr. Weiß Armin (DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister, ist Ihnen bekannt, daß der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in seiner Entscheidung vom 2. April ausdrücklich betont hat, daß keine Entscheidung über die Eignung des Standortes gefallen ist? Wie sehen Sie dies im Zusammenhang mit Ihrer vorhergehenden Antwort?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Lang: Die Entscheidungen sind mir sehr wohl bekannt. Sie haben aber mit dieser Frage und mit diesen Problemen überhaupt nichts zu tun.

Erster Vizepräsident Möslein: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Professor Weiß!

Dr. Weiß Armin (DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister, ist der Staatsregierung bekannt, daß in dem bisherigen Gutachten der DWK und von den Gutachtern der Genehmigungsbehörde der Meßpunkt der Bohrung K1f, d.h. der einzigen Tiefbohrung im Bereich der WAA, bei der Konstruktion der Isolinien für das Grundwasser – vor allem der 290-m-Linie – um einige hundert Meter gegenüber der tatsächlichen Stelle der Bohrung versetzt worden ist und daß nur dadurch eine Bergwasserscheide konstruiert werden konnte, welche die östliche Bodenwöhrer Bucht gegen die WAA abgrenzt?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Lang: Es liegen Behauptungen in Ihrer Frage, die erkennen lassen, daß nicht alles richtig ist, was Sie gesagt haben.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bodenwöhrer Senke stellt tektonisch einen schmalen Halbgraben dar, der allseits – nur im Nordwesten ist das nicht der Fall – an kristallines Gestein angrenzt. Die Unterlage der Wanne wird ebenfalls von kristallinem Gestein gebildet. Die Wannenfüllung besteht aus Sandsteinen der Trias- und Kreidezeit, die durch mächtige, durchgehende Tonschichten getrennt sind. Warum sage ich das? Das Grundwasservorkommen in den Kreidesandsteinen der gesamten Bodenwöhrer Senke ist durch unterirdische Berg- und Talwasserscheiden parzelliert. Es kann deshalb überhaupt nichts passieren. Das sind zwei verschiedene Teile. Man kann darüber reden, aber man darf die Dinge nicht fortlaufend durcheinanderbringen.

Erster Vizepräsident Möslein: Eine weitere Zusatzfrage von Herrn Professor Weiß!

Dr. Weiß Armin (DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister, ist Ihnen bekannt, daß die Genehmigungsbehörde bei ihrer Beurteilung der Grundwassersituation bisher nicht berücksichtigt hat, daß bei einer Trinkwasser-

(Dr. Weiß Armin [DIE GRÜNEN])

entnahme von 50 Litern pro Sekunde aus dem östlichen Taxölderner Forst ein erheblicher Absenkungstrichter entsteht, so daß eine schwache Bergwasserscheide, wenn eine solche bestehen sollte, dadurch aufgehoben wird?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Lang: Alle diese Fragen wurden überprüft. Die Überprüfungsbehörden sind zu positiven Ergebnissen gekommen. Es kann gesagt werden, daß Grundwassergefährdungen nicht bestehen.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächster Fragesteller, Herr Kollege Brosch!

Brosch (CSU), Fragesteller:

Herr Staatsminister, bestehen Möglichkeiten, Ferkel und Mastschweine aus einem Schweinesperrbezirk zur Weiternutzung bzw. Schlachtung zu verbringen, den 3-km-Sperrbezirk um das Seuchengehöft in seiner Fläche zu verringern und aufgrund der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen den entstandenen Verlust zu entschädigen?

Staatsminister Lang: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Brosch, aufgrund von Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft ist es verboten, Schweine in den ersten 15 Tagen nach der Erklärung eines Gebietes zum Schweinepest-Sperrbezirk aus ihren Beständen zu entfernen. Nach Ablauf der 15 Tage dürfen Schweine aus dem Sperrbezirk nur dann mit Genehmigung der Kreisverwaltungsbehörde aus ihren Beständen verbracht werden, wenn eine amtstierärztliche Untersuchung ergeben hat, daß keine Anzeichen vorliegen, die auf Schweinepest schließen lassen. Solche Genehmigungen werden in der Regel für Schlachtschweine erteilt.

Das EG-Recht sieht weiter vor, daß der Sperrbezirk mindestens 3 km im Durchmesser betragen muß. Es ist also nicht möglich, den üblichen 3-km-Sperrbezirk um das Seuchengebiet in seiner Fläche zu verringern.

Für Schweine, die auf behördliche Anordnung getötet werden, erhält der Tierhalter eine Entschädigung. Für den Verlust durch die Nichtvermarktung von Schweinen aus dem Sperrbezirk wird nach den tierseuchenrechtlichen Bestimmungen eine Entschädigung nicht gewährt. Der Tierhalter kann allerdings unter bestimmten Voraussetzungen eine Beihilfe der Tierseuchenkasse erhalten.

Erster Vizepräsident Möslein: Erste Zusatzfrage, der Fragesteller!

Brosch (CSU): Herr Staatsminister, wenn schon nicht nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen eine Entschädigung erfolgen kann, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Höhe kann dann eine Beihilfe von der Tierseuchenkasse gewährt werden? Staatsminister Lang: Nach einem Beschluß des Landesausschusses der Tierseuchenkasse wird für Schweine, die aufgrund angeordneter Sperrmaßnahmen der Schlachtung zugeführt werden oder infolge des überhöhten Gewichts nicht mehr zu Ferkelpreisen an andere Bestände abgegeben werden können, eine Beihilfe von 20 DM je Tier gewährt. Voraussetzung für die Beihilfegewährung ist das Alter der Tiere zum Zeitpunkt der Seuchenfeststellung – mindestens sechs Wochen –, eine Bestätigung der Notwendigkeit der Maßnahmen durch das Veterinäramt und der Nachweis über die Zahl der abgegebenen Tiere. Ein Rechtsanspruch besteht nicht, denn es handelt sich um eine Beihilfe, um eine freiwillige Leistung.

Erster Vizepräsident Möslein: Eine weitere Zusatzfrage, der Fragesteller!

Brosch (CSU): Herr Staatsminister, welche Meinung hat die Staatsregierung zu dem Problem, daß sich in Unterfranken herausgestellt hat, daß in einigen Fällen Ursache für den Ausbruch der Schweinepest die Verfütterung von Speiseabfällen war? Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, diesen Verschleppungsweg zu verhindern oder zumindest einzudämmen?

Staatsminister Lang: Ich bedanke mich für diese Frage. Herr Präsident, meine Damen und Herren, Speiseabfälle dürfen nach den derzeitigen Bestimmungen der Schweinepestverordnung nur verfüttert werden, wenn sie einem Erhitzungsverfahren unterzogen wurden, durch das Tierseuchenerreger abgetötet werden. Eine Änderung der Schweinepestverordnung wird derzeit auf Referentenebene beraten. Dabei ist vorgesehen, die Verfütterung von Speiseund Schlachtabfällen zu verbieten.

Erster Vizepräsident Möslein: Keine weiteren Zusatzfragen.

Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Lechner!

Lechner (CSU), Fragesteller:

Herr Minister, treffen Meldungen zu, daß Baumwolltextilien in gesundheitsschädigenden Konzentrationen mit Formaldehyd behandelt sind, und welche Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher gedenkt die Staatsregierung hiergegen zu ergreifen?

Staatsminister Lang: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Lechner, gesundheitsschädigende Konzentrationen von Formaldehyd in Baumwolltextilien sind bei den seit 1982 laufend durchgeführten Überprüfungen durch die Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen nicht bekanntgeworden. Sie sind auch für die Zukunft nicht zu befürchten. Die Gefahrstoffverordnung vom 26. August 1986 schreibt vor, Textilien, die beim Tragen Formaldehyd abgeben können, mit dem Hinweis zu kennzeichnen, daß sie vor dem ersten Tragen gewaschen werden sollten. Das wasserlösliche Form-

(Staatsminister Lang)

aldehyd wird beim Waschen aus dem Kleidungsstück entfernt.

Erster Vizepräsident Möslein: Zusatzfrage, der Fragesteller!

Lechner (CSU): Herr Minister, wie ist Ihre Antwort mit der Feststellung einer durchaus seriösen Zeitung, nämlich "Gesunde Lebensweise, Ernährung, Diätetik und Umwelt", in Einklang zu bringen, in der es heißt:

Auch in neuen Baumwolltextilien ist es

- das Formaldehyd -

in hohen Konzentrationen festgestellt worden. Kein Wunder, denn die Hersteller machen mit Formaldehyd Baumwollkleidung knitterfrei.

Wollen Sie dem nachgehen, damit eine solche Falschinformation der Verbraucher künftig unterbleibt?

Staatsminister Lang: Ja, Herr Kollege Lechner. Ich möchte aber auf folgendes hinweisen: Eine Gesundheitsschädigung ist nicht zu befürchten, wie die seit 1982 vorgenommenen Messungen der Bayerischen Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen gezeigt haben. Die Gefahrstoffverordnung vom 26. August 1986 schreibt im übrigen vor, Textilien, die beim Tragen Formaldehyd abgeben könnten, mit dem Hinweis zu kennzeichnen: "Vor dem ersten Tragen waschen!" Der Hinweis sollte beachtet werden. Jegliche gesundheitliche Beeinträchtigung läßt sich durch das Waschen vermeiden, weil Formaldehyd wasserlöslich ist.

Erster Vizepräsident Möslein: Eine weitere Frage, der Fragesteller!

Lechner (CSU): Herr Minister, erstreckt sich die Untersuchung der Landesgesundheitsämter nicht nur auf das Vorhandensein von Formaldehyd, sondern auch auf die Konzentration, die möglicherweise gesundheitsgefährdend sein könnte?

Staatsminister Lang: Das ist richtig. Es gibt bestimmte Grenzwerte. Das wird genau aufgezeichnet. Wir werden aufklärend noch einmal darauf hinweisen.

Erster Vizepräsident Möslein: Keine weitere Zusatzfrage.

Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Heiler!

Heiler (CSU), Fragesteller:

Herr Minister, ist der Staatsreglerung bekannt, daß Granulat, als Saizersatz bei der Winterstreuung verwendet, wesentlich mehr Schwermetallwerte enthält, als nach den Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation erlaubt sind, und daß die wasseruniöslich zu Staub gefahrenen Granulatpartikel im Bodenbereich zu einer Verdich-

tungsschicht führen und den Baumwurzeln dadurch zum Verhängnis werden?

Staatsminister Lang: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Heiler, es ist aus Veröffentlichungen bekannt, daß Granulate, die aus Hochofenschlacke bzw. Feuerungsrückständen gewonnen werden, einen hohen Anteil an Schwermetallen enthalten und daß dieses Material unter Verkehrseinwirkung besonders stark zur Zertrümmerung und Feinstaubbildung neigt.

In Bayern werden nur gebrochene Streumittel aus Naturgestein verwendet. Diese weisen um ein Vielfaches niedrigere als für unbedenklich angesehene Werte an Schwermetallen auf. Sie unterliegen auch weniger der Zertrümmerung und damit der Feinstaubbildung. Da die Beseitigung des Streusplittes und Sandes, der in die an die Straßen angrenzenden Flächen geschleudert wird, nur teilweise möglich ist, können im Laufe der Jahre durch die anwachsende Ablagerung allerdings durchaus Schäden an der Vegetation entstehen.

Aus meiner Antwort auf Ihre Frage sehen Sie schon, daß die aus der von Ihnen genannten Hochofenschlacke und aus Feuerungsrückständen gewonnenen Granulate nicht bei uns in Bayern, sondern im norddeutschen Bereich verwendet werden.

Erster Vizepräsident Möslein: Zusatzfrage, der Fragesteller!

Heiler (CSU): Herr Staatsminister, kann ich Ihrer Antwort entnehmen, daß ein umweltfreundliches Streumittel noch nicht gefunden wurde und daß Ihr Haus weitere Versuche auf diesem Gebiet unternehmen wird?

Staatsminister Lang: Diese Frage kann ich bejahen, Herr Kollege Heiler, Sie haben das Problem erkannt. Ich darf zudem auf die sehr ausführliche Darlegung dieser Problematik in unserem Schreiben vom 29. August 1986 an den Präsidenten des Bayerischen Landtags verweisen. Dort ist auf vielen Seiten im einzelnen der gesamte Problembereich dargelegt. Wir können auf bestimmte Streumittel nicht verzichten. Es sind dort auch die Bemühungen dargestellt, jede Gefährdung für das Grundwasser und die Vegetation zu verhindern.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Lechner!

Lechner (CSU): Herr Minister, sind Ihrem Haus Erkenntnisse bekannt, daß sich bei Verwendung von Granulat auch die Gewässergüte verschlechtert?

Staatsminister Lang: Herr Kollege Lechner, auch dazu haben wir in dem umfangreichen Schreiben an den Bayerischen Landtag Stellung genommen. Ich muß Ihnen sagen: Bei zuviel Granulat könnte auch das Grundwasser gefährdet werden. Ich möchte das gar nicht verschweigen. Aber auch hier sind die Dosierungen wichtig. Es bestehen entsprechende An-

(Staatsminister Lang)

weisungen an die Straßenbauämter und die Kommunen.

Erster Vizepräsident Möslein: Keine weitere Zusatzfrage.

Nächster Fragesteller, Herr Abgeordneter Strehle!

Strehle (CSU), Fragesteller:

Aus welchen Gründen ist über die Regierung von Schwaben die Anweisung zur Aufhebung der Ausschreibung bei der Abfallbeseitigungsanlage Augsburg erfolgt und wer hat eventuelle Fehler zu verantworten?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Lang: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Abfallbeseitigungszweckverband Augsburg hat die Maßnahmen

- Müllverbrennungsanlage,
- Müllkompostieranlage und
- Müllsortieranlage

beschränkt ausgeschrieben.

Verschiedene Firmen haben sich beim Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr über die Wertung der Angebote durch den Zweckverband beschwert. Daraufhin hat die Regierung von Schwaben auf Veranlassung des Staatsministeriums des Innern die weiteren Verhandlungen zunächst gestoppt, weil erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Ausschreibung bestanden. Das Vorgehen des Staatsministeriums des Innern und der Regierung von Schwaben diente auch dem Schutz des Zweckverbandes, da bei einer VOLwidrigen Vergabe die Gefahr bestand, daß die vom Zweckverband in Aussicht genommenen staatlichen Zuwendungen gekürzt werden.

Bei der nachfolgenden Überprüfung wurden schwere VOL-Verstöße festgestellt:

Ausgeschrieben wurden Lieferleistungen nach der VOL und als Annex dazugehörige Planungsleistungen. Vergeben werden sollten aber zunächst nur die Planungsarbeiten, nicht aber die Lieferleistungen. Es wurde auch unzulässig nachverhandelt über den Umfang der ausgeschriebenen Leistungen und die Preise.

Die Regierung von Schwaben hat den Zweckverband aufgefordert, die Ausschreibung wegen dieser VOL-Verstöße nach § 26 Nr. 1 d VOL/A aufzuheben.

Der Zweckverband kann die Leistungen im Wege der freihändigen Vergabe vergeben und trotz der Aufhebung den von ihm präferierten Firmen den Auftrag erteilen. Verzögerungen im Vergabeverfahren entstehen dem Zweckverband durch die Aufhebung nicht.

Fehler sind bei der Ausschreibung sowie bei den nachfolgenden Verhandlungen mit den Bietern geschehen; diese Fehler hat der Zweckverband, haben unter Umständen aber auch die vom Zweckverband Beauftragten zu verantworten.

Erster Vizepräsident Möslein: Erste Zusatzfrage, der Fragesteller!

Strehle (CSU): Herr Staatsminister, weshalb wurde von den staatlichen Stellen, die dieses Projekt begleitet haben und über das Verfahren der Ausschreibung und die Vergabe genauestens unterrichtet waren, nicht frühzeitiger etwas unternommen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Lang: Herr Kollege Strehle, dazu kann ich Ihnen nur sagen, daß das Staatsministerium des Innern als Rechtsaufsicht über die Kommunen und damit auch über den Zweckverband durch Beschwerden unterrichtet worden ist. Erst danach konnte und mußte gehandelt werden.

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Der nächste Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Dandorfer!

Dandorfer (CSU), Fragesteller:

Herr Staatsminister, trifft es zu, daß der Landkreis Amberg/Sulzbach durch seine Lage zwischen den Truppenübungsplätzen Grafenwöhr und Hohenfels überdurchschnittlich vom Militärverkehr belastet ist und daß dadurch die Zahl der Unfälle zwischen Zivil- und Militärfahrzeugen weit über der Zahl in anderen Landkreisen liegt?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Lang: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dandorfer, Statistiken über den Anteil des militärischen Verkehrs am Gesamtverkehr werden nicht geführt. Aus der Lage der beiden Truppenübungsplätze Grafenwöhr und Hohenfels beiderseits des Landkreises Amberg-Sulzbach kann aber geschlossen werden, daß das Straßennetz dort einen höheren Militärverkehr aufweist als das in Regionen ohne derartige militärische Einrichtungen. Zwangsläufig ist damit auch die Zahl der Unfälle zwischen Zivil- und Militärfahrzeugen höher.

Der Anteil solcher Unfälle an der Gesamtzahl der Unfälle liegt, wie eine Untersuchung des Polizeipräsidiums Niederbayern/Oberpfalz ergeben hat, bei rund zwei Prozent.

Der stärkeren Belastung der Straßen durch den Militärverkehr wird dadurch Rechnung getragen, daß die Staatsstraßen und das kommunale Straßennetz laufend aus Mitteln des Verteidigungshaushalts ausgebaut werden. Ich verweise auf die Einzelpläne 35 und 14 des Bundeshaushalts.

Erster Vizepräsident Möslein: Zusatzfrage, der Fragesteller!

Dandorfer (CSU): Herr Staatsminister, Sie haben davon gesprochen, daß der Anteil an den gesamten Unfällen zwei Prozent beträgt. Was bedeutet dies in absoluten Zahlen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Lang: Herr Kollege Dandorfer, im Jahre 1984 – für spätere Jahre wurden die entsprechenden Zahlen nicht erhoben – waren im Landkreis Amberg/Sulzbach an 46 von insgesamt 2029 Unfällen Militärfahrzeuge beteiligt. An 42 Unfällen waren Fahrzeuge der US-Streitkräfte, an vier Unfällen Fahrzeuge der Bundeswehr beteiligt. Bei den 46 Unfällen wurden 17 Personen verletzt und drei Personen getötet. Der Sachschaden betrug insgesamt über 200 000 DM.

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Dr. Gantzer!

Dr. Gantzer (SPD): Herr Minister, sind Sie nicht auch der Meinung, daß man den beteiligten Militärfahrzeugen der Bundeswehr oder der alliierten Streitkräfte jedenfalls keinen Vorwurf daraus machen kann, wie in der Frage des Kollegen Dandorfer anklang?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Lang: Herr Kollege Dr. Gantzer, ich habe aus der Frage des Herrn Kollegen Dandorfer keine Vorwürfe ersehen. Ich kenne die Strecke, die sogenannte Vilstalstraße, die sehr dicht bebaut ist. Man muß dort schon die starke Verkehrsbelastung sehen. Die Ortsdurchfahrten müssen einfach umgangen werden. Ich unterstelle, daß dies wohl das eigentliche Anliegen ist.

Daß Unfälle geschehen, liegt in der Regel auch daran, daß breite Fahrzeuge, wenn ich nur an Ensdorf denke, durch die schmalen Straßen fahren. Hier ist fast jedes Haus betroffen. Das bewirkt natürlich Unfälle.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Schramm!

Schramm (DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister, hat Ihr Haus im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung eines neuen Panzerstandortes in Parsberg, durch den der Verkehr zum Truppenübungsplatz Grafenwöhr zunehmen würde, untersucht, wie dadurch die Verkehrsbelastung für die Region wäre?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Lang: Herr Kollege Schramm, Parsberg liegt im südwestlichen Bereich von Hohenfels und damit in einer anderen Gegend. Alle Umstände wurden berücksichtigt. Die Staatsregierung wird sich bemühen, wie schon bisher geschehen, vorrangig insbesondere die Vilstalstraße und die Straßen im Bereich des Umfeldes der Truppenübungsplätze auszubauen.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Zusatzfrage, der Herr Abgeordnete Nentwig!

Nentwig (SPD): Herr Minister, mich interessiert zum

einen, ob in die Zahl, von der Sie sprachen, die Privat-Pkw, die von amerikanischen Personen gesteuert wurden, mit eingerechnet sind, und zum anderen insbesondere der Zustand der amerikanischen Fahrzeuge. Wir wissen, daß dieser nicht bestens ist. Ist aus Ihren Angaben die Ursache der Unfälle ersichtlich? Besteht ein Zusammenhang zwischen dem bekannt relativ schlechten Zustand der amerikanischen Fahrzeuge und den Unfällen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Lang: Herr Kollege Nentwig, wenn Sie zugehört hätten, dann hätten Sie schon im ersten Satz gehört, daß wir keine Statistik darüber führen.

Erster Vizepräsident Möslein: Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Zur Beantwortung der nächsten Frage bitte ich die Frau Staatsminister der Justiz.

Fragestellerin ist die Frau Abgeordnete Psimmas. Frau Psimmas, Sie haben das Wort!

Frau Psimmas (DIE GRÜNEN), Fragestellerin:

Auf welcher Rechtsgrundlage sollen, wie einer Pressemitteilung in der Abendzeitung vom 11. März 1987 zu entnehmen war, in Bayerns Justizvollzugsanstalten bei Strafgefangenen HIV-Antikörpernachweistests durchgeführt und im Weigerungsfall Einzelhaft verordnet werden?

Erster Vizepräsident Möslein: Frau Staatsministerin!

Frau Staatsministerin Dr. Berghofer-Weichner: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Durchführung des HIV-Antikörpertests bei den Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten auf freiwilliger Basis ist eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung nicht erforderlich. Nach den bisherigen Erfahrungen wird davon ausgegangen, daß sich die weitaus meisten Gefangenen freiwillig untersuchen lassen. Bei Gefangenen, die Risikogruppen wie Fixern, Homosexuellen und Prostituierten angehören, bildet § 101 des Strafvollzugsgesetzes die Rechtsgrundlage auch zu zwangsweisen Untersuchungen.

Nach § 18 des Strafvollzugsgesetzes sind Gefangene grundsätzlich in Einzelhafträumen unterzubringen. Bei Gefangenen mit positivem Antikörpertest sind Ausnahmen davon nach unserer Vollzugspraxis nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Anstaltsleiters und des Anstaltsarztes zulässig, wenn eine Gefährdung anderer Gefangener auszuschließen ist. In dieser Weise werden Einzelhafträume auch den Gefangenen zugewiesen, die sich nicht haben untersuchen lassen, bei denen aber eine Ansteckungsgefahr nicht auszuschließen ist.

Erster Vizepräsident Möslein: Zusatzfrage, die Fragestellerin!

Frau **Psimmas** (DIE GRÜNEN): Frau Staatsministerin, ist Ihnen bekannt, daß § 101 des Strafvollzugsgeset-

(Frau Psimmas [DIE GRÜNEN])

zes diesen Fall gerade nicht regelt, sondern eine solche Blutentnahme gegen die grundgesetzlich garantierte körperliche Unversehrtheit verstößt? In den Ausführungsbestimmungen zu § 101 des Strafvollzugsgesetzes ist diese Maßnahme auch gar nicht vorgesehen.

Erster Vizepräsident Möslein: Frau Staatsministerin, bitte!

Frau Staatsministerin Dr. Berghofer-Weichner: Ich glaube, in diesem Fall ist Ihnen die selbstverständliche Tatsache nicht bekannt, daß diese Bestimmung, die sich keineswegs nur auf den Fall AIDS bezieht, die Rechtsgrundlage auch für solche Untersuchungen bildet, bei denen zum Beispiel Blut entnommen werden muß.

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfrage, die Fragestellerin!

Frau **Psimmas** (DIE GRÜNEN): Frau Staatsministerin, ich gehe davon aus, daß keine Rechtsgrundlagen bestehen, und frage Sie:

Ist Ihnen bekannt, daß bei Häftlingen, die sich dem Antikörpertest nicht freiwillig unterziehen, bereits jetzt Einzelhaft angeordnet wird, daß Urlaubstage gestrichen werden und daß diese Häftlinge von ihren Kollegen in den Strafanstalten isoliert worden sind, wie zum Beispiel in Bernau geschehen? Ich habe das in persönlichen Gesprächen erfahren.

Frau Staatsministerin Dr. Berghofer-Weichner: Frau Kollegin, wenn Sie meine Antwort genau angehört hätten, dann hätten Sie daraus entnehmen können, daß nach § 18 des Strafvollzugsgesetzes Gefangene in Einzelhafträumen unterzubringen sind. In Bayern haben wir diese Möglichkeit zwar noch nicht für alle Gefangenen, aber immerhin schon für zwei Drittel. Das ist nicht etwa eine Strafe, sondern die normale Art des Strafvollzugs.

Die Angehörigen einer Risikogruppe werden vorzugsweise in dieser Form untergebracht. Ich kann Ihnen aber auch sagen, daß Wartelisten für Einzelunterbringung bestehen und daß es schon Ärger gibt, daß die Verdachtsgruppen bevorzugt werden und daß die anderen Gefangenen dadurch länger auf eine Einzelzelle warten müssen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfrage, die Fragestellerin!

Frau **Psimmas** (DIE GRÜNEN): Frau Staatsministerin, beruht Urlaubsentzug auch auf dieser Rechtsgrundlage?

Frau Staatsministerin Dr. Berghofer-Weichner: Meine Damen und Herren! Es besteht natürlich kein Rechtsanspruch auf Urlaub, sondern es kann der Vollzug in der letzten Zeit vor der Entlassung gelokkert werden. Dies geschieht unter Beachtung aller Gesichtspunkte. Es stimmt nicht, daß Verdächtigen

von Haus aus kein Urlaub gewährt wird. Im Einzelfall wird allerdings geprüft, ob nicht dafür gesorgt werden muß, daß der Ehepartner oder ein sonstiger Geschlechtspartner vom Verdacht der Infizierung verständigt wird, ehe Urlaub gewährt wird.

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfrage, die Fragestellerin!

Frau **Psimmas** (DIE GRÜNEN): Frau Staatsministerin, werden die bayerischen Justizbehörden zum Beispiel gegen Ärzte vorgehen, die ohne Wissen ihrer Patienten Antikörpertests durchführen? Inzwischen ist ja bekannt, daß in verschiedenen bayerischen Krankenhäusern Tests ohne Wissen der jeweiligen Patienten durchgeführt werden. Wie stellen Sie sich dazu?

Frau **Staatsministerin Dr. Berghofer-Weichner**: Herr Präsident, ich bin der Meinung, daß diese Frage nicht mehr von der Grundfrage gedeckt ist.

Erster Vizepräsident Möslein: Ja, diese Frage ist nicht mehr von der Hauptfrage gedeckt. Weitere Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Dann darf ich den Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus zur Beantwortung der weiteren Fragen bitten.

Erster Fragesteller ist Herr Abgeordneter Widmann!

Widmann (CSU), Fragesteller:

Herr Staatsminister! Nachdem damit zu rechnen ist, daß wegen der zu erwartenden Schülerzahlen ein Vollausbau des Gymnasiums Penzberg in der diesjährigen Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes nicht möglich ist, frage ich die Staatsregierung, ob sie unter Abweichung vom zweijährigen Turnus bereit ist, bereits im kommenden Jahr die Aufnahme des Gymnasiums Penzberg in den Schulentwicklungsplan erneut zu prüfen.

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Zehetmair: Herr Präsident, Hohes Haus! Die Staatsregierung ist bereit, im nächsten Jahr auch für Penzberg erneut zu prüfen, ob dem dortigen Gymnasium die Oberstufe angegliedert werden kann.

Erster Vizepräsident Möslein: Zusatzfrage, der Fragesteller!

Widmann (CSU): Herr Staatsminister, wie hoch müßten im kommenden Schuljahr die Zahlen der neu eintretenden Schüler sein, um die Voraussetzung für die Aufnahme des Gymnasiums Penzberg in den Schulentwicklungsplan zu schaffen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Zehetmair: Der Vollausbau eines Gymnasiums kann im Schulentwicklungsplan berück-

sichtigt werden, wenn die Unterstufe durchgehend dreizügig ist. Dabei ist dann im Einzelfall zu prüfen, ob der Wert in der Mitte, höher oder tiefer liegt und ob Gymnasien in der Umgebung davon betroffen sind.

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfrage, der Fragesteller!

Widmann (CSU): Herr Staatsminister, ist die Staatsregierung bereit, im Hinblick auf die positive Entwicklung der Einwohnerzahl von Penzberg – ich erinnere in diesem Zusammenhang an die erfreuliche Ausweitung der Kapazität der Firma Boehringer – auch bei einer etwas geringeren Schülerzahl, als üblicherweise gefordert wird, im kommenden Herbst für die Aufnahme des Gymnasiums Penzberg in den Schulentwicklungsplan grünes Licht zu geben?

Erster Vizepräsident Möslein: Ich darf doch bitten, die Zusatzfragen frei zu stellen und nicht abzulesen. Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Zehetmair: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Von der Staatsregierung, hier speziell vom Kultusministerium, wird genau registriert, ob sich durch die Entwicklung einer bestimmten Firma auch die Schülerzahlen außerordentlich und aus dem gewöhnlichen Rahmen fallend entwickeln. Das wird also berücksichtigt. Das ist auch ein Grund, daß ich noch ein Jahr warten wollte, um einen besseren Überblick zu haben. Aber auch hier gilt, daß wir in die Überlegung einbeziehen müssen, ob die bestehenden benachbarten Schulen betroffen sind. Wir werden also sowohl die strukturellen Daten des Einzugsbereichs Penzberg einschließlich der zu erwartenden Entwicklung als auch mögliche Auswirkungen auf bestehende Gymnasien dann noch einmal aktuell überprüfen. Dafür bitte ich um Verständnis.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Zusatzfrage, Frau Abgeordnete Fischer!

Frau **Fischer** (CSU): Herr Staatsminister! Wie wird der Beschluß des Bayerischen Landtags vollzogen, einen zweiten Zweig dort anzugliedern, wo nur ein Gymnasium besteht? Wird dieser Landtagsbeschluß inzwischen auch wirklich durchgeführt, und wird unter Umständen auch in Städten mit mehreren Gymnasien einem Gymnasium mit nur einem Zweig ein zweiter Zweig angegliedert?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Zehetmair: Diese Frage von grundsätzlicher Bedeutung muß derzeit sehr sensibel und zurückhaltend behandelt werden, weil bekanntlich aufgrund des Rückgangs der Schülerzahlen allenthalben ein Kampf um das Kind im Gange ist. Jedwede Ausweitung zusätzlicher Zweige muß deshalb sehr genau unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, welche Auswirkungen dies auf schon bestehende Zweige in der Nachbarschaft hätte.

Frau **Fischer** (CSU): Darf ich eine weitere Zusatzfrage stellen?

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfrage, Frau Abgeordnete Fischer!

Frau **Fischer** (CSU): Herr Staatsminister, um konkreter zu werden: Wurden nach diesem Landtagsbeschluß neue Zweige bisher nur an Gymnasien in der Region oder unter Umständen auch schon einmal an Schulen in einer größeren Stadt eingerichtet?

Erster Vizepräsident Möslein: Die Frage ist kaum mehr durch die Hauptfrage gedeckt. Aber bitte, Herr Staatsminister!

Staatsminister Zehetmair: Ich unterstelle, daß Sie mit Region die Region München meinen.

(Zustimmung der Frau Abg. Fischer)

Dazu darf ich sagen, daß wir im Umfeld von München an zwei Schulen musische Zweige angeboten haben. Daran denken Sie wohl. Voraussetzung für dieses Angebot ist allerdings, daß mindestens jeweils 30 Schüler angemeldet werden. Das Angebot wurde deshalb gemacht, weil hier ein starker Siedlungsdruck gegeben ist, der noch kein Ende gefunden hat. Durch den daraus resultierenden Zuzug gerade junger Familien sind zahlreiche Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter zu erwarten.

Erster Vizepräsident Möslein: Keine weiteren Zusatzfragen.

Nächster Fragesteller ist Herr Abgeordneter Trapp!

Trapp (SPD), Fragesteller:

Herr Staatsminister! Wie viele Lehrkräfte im kirchlichen Dienst, die das 65. Lebensjahr schon vollendet haben, sind haupt- oder nebenamtlich und haupt- oder nebenberuflich an bayerischen Volksschulen beschäftigt?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Zehetmair: Herr Präsident, Hohes Haus! Ich nehme an, Herr Abgeordneter, daß sich die Anfrage nicht auf die in Artikel 11 des Volksschulgesetzes auf der Grundlage von Konkordat oder Kirchenvertrag geregelte Erteilung des Religionsunterrichts an den staatlichen Volksschulen durch kirchliche Bedienstete bezieht. Nach dieser Vorschrift, um dies informativ zu sagen, können die von den Kirchen und Religionsgemeinschaften bestellten Religionslehrer den gesamten Religionsunterricht selbst erteilen. Deshalb bestehen auch keine Statistiken über das Alter der kirchlichen Religionslehrer. In der Regel dürfte es sich bei den über 65 Jahre alten Religions-

lehrern im kirchlichen Dienst nur um Seelsorgsgeistliche handeln.

Sie zielen aber wohl auf Artikel 12 des Volksschulgesetzes. Danach können kirchliche Genossenschaften, die über Lehrer verfügen, deren Ausbildung nicht hinter der Ausbildung der staatlichen Lehrer zurücksteht, also Lehrer mit voller Erster und Zweiter Lehramtsprüfung in allen einschlägigen Fächern, auf ihren Antrag von der Regierung durch Gestellungsvertrag mit der Erteilung von Unterricht an staatlichen Volksschulen beauftragt werden. Man bezeichnet diese Lehrer als klösterliche Lehrkräfte.

Bereits mit Schreiben vom 22. Dezember 1977 hat das Ministerium angeordnet, daß die Regierungen die Gestellungsverträge für die Angehörigen kirchlicher Genossenschaften mit dem Zeitpunkt widerrufen, zu dem Lehrer im Staatsdienst nach den beamtenrechtlichen Vorschriften in den Ruhestand treten. Dies gilt nur für diejenigen Angehörigen kirchlicher Genossenschaften nicht, die bereits am 15. Juni 1976 auf Gestellungsvertrag verwendet waren. In diesen Fällen kann die Abberufung wegen Erreichens der beamtenrechtlichen Altersgrenze nicht gefordert werden, solange volle Dienstfähigkeit besteht. Erscheint die Abberufung wegen Dienstunfähigkeit angezeigt, so hat die Regierung mit der kirchlichen Genossenschaft ins Benehmen zu treten.

Insgesamt ist die Zahl der auf Gestellungsvertrag nach Artikel 12 des Volksschulgesetzes tätigen Angehörigen kirchlicher Genossenschaften stark zurückgegangen, von 388 Lehrkräften im Jahre 1975 auf 112 Lehrkräfte im Jahre 1986. In der staatlichen Lehrerdatei sind acht Angehörige kirchlicher Genossenschaften verzeichnet, die die beamtenrechtliche Altersgrenze überschritten haben.

Erster Vizepräsident Möslein: Erste Zusatzfrage, der Fragesteller!

Trapp (SPD): Herr Staatsminister, hat die Staatsregierung die Absicht, den rechtlichen Rahmen – vielleicht im Zusammenhang mit einem neu zu schließenden Konkordat oder in Nachverhandlungen – so zu gestalten, daß im kirchlichen Dienst Beschäftigte bei Erreichen des Pensionsalters in einen Ruhestand treten können, der in der finanziellen Absicherung dem staatlicher Beamter gleichgestellt ist, damit auch jüngere Lehrkräfte eine Arbeit finden können? Es ist ja so, daß noch immer weit über Siebzigjährige an bayerischen Volksschulen tätig sind.

Erster Vizepräsident Mösleln: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Zehetmair: Herr Präsident, Hohes Haus! Es besteht kein Anlaß, in absehbarer Zeit die Verträge mit der Katholischen und der Evangelischen Kirche zu ändern. Sollte eine Änderung einmal anstehen, dann kann man diese Frage natürlich ansprechen.

Grundsätzlich bitten wir die kirchlichen Vertreter – im Rechtsdeutsch sprechen wir von Genossenschaften –, die Dienstfähigkeit als das entscheidende Kriterium zu betrachten. Sie wissen aber selbst, daß bei den Strukturen der Katholischen und zum Teil auch der Evangelischen Kirche eine hohe Überalterung gegeben ist und daß daher manche Pfarrer Religionsunterricht erteilen, obwohl sie das 65. Lebensjahr überschritten haben. Wir wollen dagegen nicht einschreiten, zumal die Ruhegehaltsregelung nicht befriedigend war. Dieses Manko besteht heute nicht mehr.

Vielleicht interessiert Sie, daß der Unterricht im Fach "Katholische Religionslehre" zu knapp zwei Dritteln von Geistlichen oder nebenberuflichen Religionslehrern, die von der Kirche eingestellt werden, gehalten wird, während das Fach "Evangelische Religionslehre" zu gut der Hälfte von Pfarrern selbst übernommen wird. Diese Regelung hat auch finanzielle Gründe, weil der Unterricht den Kirchen pauschal abgegolten wird.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Lechner!

Lechner (CSU): Herr Staatsminister, gehe ich recht in der Annahme, daß das Fach Religion noch immer am meisten von Unterrichtsausfällen betroffen ist, und sind Sie bereit, noch dienstfähigen Lehrern deshalb auch über die Pensionsgrenze hinaus die Möglichkeit zu geben, im Angestelltenverhältnis weiterhin Religionsunterricht zu erteilen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Zehetmair: In allen Schularten außer den Berufsschulen ist die Ausfallquote im Religionsunterricht ebenso wie in jedem anderen Fach nur noch ganz gering. Diese Quote würde sich, so fürchte ich, erheblich erhöhen, wenn wir, was rechtlich gar nicht möglich wäre, Pfarrern oder Geistlichen ab dem 65. Lebensjahr keinen Religionsunterricht mehr gestatteten. Wir wollen hier also auch aus eigenem Interesse nicht eingreifen.

An den Berufsschulen ist der Ausfall von Religionsunterricht noch erheblich. Er bewegt sich bei etwa 2000 Stunden in der Woche.

Erster Vizepräsident Mösleln: Weitere Zusatzfrage, der Fragesteller!

Trapp (SPD): Herr Staatsminister, kommen der Staatsregierung – abgesehen vom Religionsunterricht, den ich einmal ausklammern möchte – nicht Klagen von Eltern zu Ohren, daß die Kinder beispielsweise in der ersten und zweiten Klasse von älteren Lehrkräften unterrichtet werden, und ist es richtig, daß der Unmut über diesen Zustand meist auf der Ebene der Rektoren stehenbleibt und nicht weitergegeben wird?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Zehetmair: Ich kann natürlich nicht sagen, wieviel auf der Ebene der Rektoren bleibt, weil es in diesem Fall nicht zu uns gelangt. Aber ich kann

aufgrund der Fälle, die an uns herangetragen werden, sagen, daß die Zahl der Beschwerden über Religionslehrer, die in einem höheren Alter stehen, nicht höher ist als die Zahl der Klagen über Lehrer geringeren Alters.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Lechner!

Lechner (CSU): Herr Staatsminister, sind Ihnen gegenteilige Aktivitäten, insbesondere von Elternbeiräten, bekannt, daß gerade der Religionsunterricht, wo immer es möglich ist, von Pfarrern gegeben wird, nicht von weltlichen Lehrern, weil die Gefahr bestehe, daß sonst Leute in diesen Fächern unterrichten, die schon lange eine Kirche nicht mehr von innen gesehen hätten?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Zehetmair: Das letztere kann ich nicht beurteilen. Zum ersteren kann ich Ihnen bestätigen, daß immer wieder nicht nur an die Pfarrer direkt, sondern auch an uns die Bitte gerichtet wird, daß in möglichst großem Umfang von Pfarrern Religionsunterricht erteilt wird, weil damit, so wird gesagt, auch eine bessere Einbindung der Kinder vor Ort gegeben sei. Ich halte diese Argumentation für begründet.

Erster Vizepräsident Möslein: Letzte Zusatzfrage, Herr Kollege Lechner!

Lechner (CSU): Herr Minister, haben Sie Erkenntnisse, ob der Religionsunterricht im Lande Bayern einheitlich gegeben wird oder ob gewisse Unterschiede innerhalb der Diözesen bestehen und die Möglichkeit, ältere, aber noch immer dienstfähige Geistliche einzusetzen, nicht in vollem Umfang genutzt wird?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Zehetmair: Wir haben allgemeine Erkenntnisse und Informationen, daß in den Diözesen der Religionsunterricht durch Pfarrer unterschiedlich wahrgenommen wird, was sicherlich mit der Begründung, die Sie selbst angeführt haben, zusammenhängen dürfte.

Als zweiter Grund, der vor allem in der evangelischen Kirche ausschlaggebend ist, kommt hinzu, daß von den Pfarrern erwartet wird, daß sie den Religionsunterricht möglichst selbst wahrnehmen, motiviert durch die daraus resultierenden pauschalen Abgeltungssummen.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächster Fragesteller, Herr Abgeordneter Straßer!

Straßer (SPD), Fragesteller:

Herr Staatsminister! Ist die Bayerische Staatsregierung bereit, die Lehrpläne für Berufsschulen im Berufsfeld Metalltechnik nach den neuen Ausbildungsordnungen, abgestimmt nach den KMK-Rahmenplänen, so termingerecht vorzubereiten und in Kraft zu setzen, daß mit der Ausbildung der neugeordneten Berufe, so wie es die Betriebe fordern, mit dem Schuljahr 1987/88 begonnen werden kann?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Zehetmair: Herr Präsident, Hohes Haus! Im Januar dieses Jahres erließ der Bundesminister für Wirtschaft neue Ausbildungsordnungen für die industriellen Elektro- und Metallberufe; gleichzeitig beschloß die Kultusministerkonferenz die darauf abgestimmten Rahmenlehrpläne für den Berufsschulunterricht. Für die Umstellung auf die neue Ausbildung ist den Betrieben eine Übergangszeit bis Ende 1989, zum Teil bis Ende 1991, eingeräumt.

Eine entsprechend gestaffelte Umstellung ist der Berufsschule nicht möglich. Insbesondere aus organisatorischen Gründen kann sie für jede Berufsgruppe grundsätzlich nur einen Einstiegstermin in die neue Ausbildung festlegen. Dazu wurde bereits im Vorjahr einvernehmlich mit dem Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, den für die Berufsausbildung zuständigen Stellen und dem zuständigen Fachverband – Verein der Bayerischen Metallindustrie – beschlossen, daß

- mit der Umstellung auf die neuen Ausbildungen gleichzeitig auch das kooperative Berufsgrundbildungsjahr eingeführt wird und
- die Einführung landesweit für die industriellen Elektroberufe ab dem Schuljahr 1987/88 und für die industriellen Metallberufe ab dem Schuljahr 1988/89 erfolgt.

Auf diese Termine sind die Erarbeitung der einschlägigen bayerischen Lehrpläne durch entsprechende Lehrplanausschüsse beim Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung, die systematische Einführung der Berufsschullehrer in die neuen Lehrplaninhalte im Rahmen einer Sondermaßnahme der Lehrerfortbildung sowie die durch den verstärkten Unterricht im Berufsgrundbildungsjahr erforderlichen personellen Verstärkungen abgestellt.

Erster Vizepräsident Möslein: Zusatzfrage, der Fragesteller!

Straßer (SPD): Herr Staatsminister, ist Ihnen bekannt, daß die Betriebe, die IHK und die Handwerkskammern die Inkraftsetzung der neuen Lehrpläne bereits zu Beginn des Schuljahres 1987/88 wünschen und sehr stark fordern?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Zehetmair: Mir ist bekannt, daß derartige Wünsche sehr nachhaltig in Oberbayern geäußert werden. Mir ist ebenso bekannt, daß gleiches in den anderen Regierungsbezirken so gut wie nicht der Fall sei.

Es wird geltend gemacht, daß größere Betriebe des industriellen Bereichs im Münchner Raum gerne die Umsetzung möchten. Inwieweit das Handwerk das gleiche will, ist uns noch nicht ausreichend bekannt. Daher findet auch heute – zufällig heute – in meinem Haus ein Gespräch mit der IHK, mit der VAB und mit dem Wirtschaftsministerium statt, in dem die Möglichkeiten der vereinzelten vorzeitigen Einführung des BGJK, also des Berufsgrundbildungsjahres in kooperativer Form, und damit der neuen Ausbildung bereits im kommenden Schuljahr erörtert werden sollen.

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfrage, der Fragesteller!

Straßer (SPD): Herr Staatsminister, ist Ihnen bekannt, daß vom Kultusministerium vor einem Jahr erklärt wurde, daß die Umsetzung nach den neuen Rahmenlehrplänen bereits eingeleitet sei, wodurch bei Betrieben und Berufsschulen Hoffnungen geweckt wurden?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Zehetmair: Mir ist bekannt, daß die Daten hinsichtlich der Einführung der beruflichen Grundbildung mit Schreiben vom 1. August 1986 bekanntgegeben wurden und daß schon damals festgestellt wurde, daß für 1987/88 der Bereich Eiektrotechnik, für 1988/89 der Bereich Metalltechnik vorgesehen sei.

Der Rahmen ist festgelegt, und einige können ihn früher, die anderen später ausfüllen. Bei uns ergibt sich das Problem, daß der Unterricht nach der Ausweitung von einem auf zwei Schultage erweitert werden muß, was enorme Auswirkungen auf den Lehrerbedarf hat. Die Haushaltsvoraussetzungen kennen Sie selbst. Wir sind also nicht uneingeschränkt in der Lage, in diesem Herbst sowohl bei der Elektrotechnik als auch bei der Metalltechnik zu beginnen.

Aber noch einmal: Das umfassende Gespräch am heutigen Tag, zu dem alle in Frage kommenden Verbände eingeladen sind, soll der Klärung dienen, wieweit man den angemeldeten Bedürfnissen entgegenkommen kann.

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfrage, der Fragesteller!

Straßer (SPD): Herr Staatsminister, wäre es bei einer intensiven Bearbeitung der Angelegenheit in Ihrem Ministerium möglich gewesen, die Lehrpläne auch in dem wichtigen Berufsfeld Metall bereits zu Beginn des Schuljahres 1987/88 in Kraft zu setzen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Zehetmair: Vom Berufsfeld Metall werden insgesamt rund 73 000 Schüler erfaßt, vom Berufsfeld Elektrotechnik 28 000 Schüler. Die beiden Berufsfelder umfassen also allein ein Drittel des gesamten Ausbildungs- und Berufsschulkontingents.

Das Haus hat gewissenhaft und zügig gearbeitet. Es ist auch schon vor einem Jahr mit den genannten Verbänden, dem Wirtschaftsministerium und dem Metallbereich Einvernehmen – ich betone: Einvernehmen – darüber erzielt worden, daß wir das Berufsgrundbildungsjahr K generell im Schuljahr 1988/89 einführen. Mit Ausnahme von Oberbayern haben auch alle Bezirke mitgeteilt, daß sie keine Schwierigkeiten sehen.

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfrage, der Fragesteller!

Straßer (SPD): Herr Staatsminister, sehen Sie nicht große Schwierigkeiten auf die Berufsschulen zukommen, wenn in dem einen Regierungsbezirk die neuen Rahmenpläne eingeführt werden, in einem anderen aber nicht, und wenn in einigen Bereichen Betriebe bereit sind, Berufsschüler zusätzlich auszubilden, in anderen Bereichen wieder nicht? Sehen Sie hier, vor allem im Jahr 1988/89, Schwierigkeiten auf die Berufsschulen zukommen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Zehetmair: Der Grad der Bereitschaft von Betrieben, geeignete junge Leute auszubilden, dürfte von einem Beginn im Jahre 1987 oder – wie vorgesehen – im Jahre 1988 nicht nennenswert betroffen sein.

Die Lehrpläne werden für 1988/89 in ausgefeilter Form zur Verfügung stehen. Deswegen sollte die Vorwegnahme von Einzelregelungen, sofern solche notwendig sind, auf ein Mindestmaß reduziert werden. Ich sehe keine Probleme, die Frage auch in Oberbayern zu regeln, wenn die Betriebe und das Ministerium heute vernünftig miteinander reden.

Erster Vizepräsident Möslein: Letzte Zusatzfrage, der Fragesteller!

Straßer (SPD): Herr Staatsminister, wären Sie und Ihr Ministerium eventuell bereit, Berufsschulen die Unterrichtung nach den neuen Lehrplänen, die im Entwurf sicherlich schon fertig sind, bereits zu Beginn des Schuljahres 1987/88 zu ermöglichen, wenn sie dies wünschen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister!

Staatsminister Zehetmair: Die bisherige Regelung, daß sektoral und regional grundsätzlich unterschiedliche Handhabungen möglich sind, diese aber für Sektor und Region einheitlich zu gestalten sind, muß wohl auch hier gelten, weil sonst von Ort zu Ort Unterschiedlichkeiten vorkommen könnten, was für die Mobilität der jungen Leute nicht wünschenswert wäre. Für die Region München sehe ich eine solche Möglichkeit durchaus.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Schultz!

Schultz (SPD), Fragesteller:

Herr Staatsminister, ist aus Kreisen der Lehrer und gegebenenfalls bei welcher Behörde Be-

(Schultz [SPD])

schwerde erhoben worden, die zur Beanstandung der Neonazismus-Ausstellung am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium in Oberasbach geführt hat, und was hält die Staatsregierung davon ab, den Namen des/der Beschwerdeführers/in zu nennen, nachdem sie die Beschwerde für gerechtfertigt gehalten hat?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Zehetmair: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Hinweis auf die Neonazismus-Ausstellung am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Oberasbach erfolgte aus Kreisen der Lehrer. Er war über die Staatskanzlei an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus gerichtet. Der Hinweis bezog sich auf eine unkommentiert zum Aushang gelangte Stellungnahme des Vorsitzenden der DKP, Herbert Mies, zum Thema der Ausstellung.

Unter anderem wurden in dem Exponat der Bundesregierung Kultivierung der Ausländerfeindlichkeit, Demokratieabbau und die Förderung neofaschistischer Tendenzen unterstellt. Die Beendigung der Ausstellung durch den Schulleiter war daher gerechtfertigt und geboten.

Die Nennung des/der Beschwerdeführers/Beschwerdeführerin bzw. der Beschwerdeführer unterblieb aus Gründen des Petentenschutzes.

Erster Vizepräsident Mösleln: Zusatzfrage, der Fragesteller!

Schultz (SPD): Herr Staatsminister, gehen Sie mit mir darin einig, daß ein verheerender Eindruck in der Öffentlichkeit dadurch erweckt wurde, daß ein offensichtlich anonym bleibender Denunziant direkt bei der Staatsregierung Maßnahmen gegen Schule und Ausstellung veranlassen und dadurch den Eindruck erwecken konnte, als schütze die Staatsregierung derartiges Denunziantentum und als sei bei der Beschäftigung der Schule mit der Neonazismus-Ausstellung insofern falsch gehandelt worden, als nicht zugleich auch eine Ausstellung über Linksextremismus oder Kommunismus vorbereitet wurde?

Erster Vizepräsident Möslein: Ich bitte doch, die Zusatzfragen kurz zu formulieren.

Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Zehetmair: Ich stimme mit dieser Auffassung keineswegs überein, weil die Bezeichnung "Denunziant" oder "Denunziantentum" völlig unangebracht erscheint.

(Beifall bei der CSU)

Jeder Bürger und jeder Lehrer, der ja auch Bürger ist, hat das Recht, sich, in welcher Form auch immer, an den Landtag, aber auch an die Staatsregierung zu wenden. Die Handhabung des Inhalts und die daraus resultierende Antwort sind jeweils unterschiedlich.

In diesem Fall bedurfte es keiner entsprechenden Beantwortung oder Handhabung unsererseits, weil der Leiter der Schule gehandelt hat, wie es seine Zuständigkeit und Verpflichtung war. Daran ist aus unserer Sicht nichts zu beanstanden.

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfrage, der Fragesteller!

Schultz (SPD): Herr Staatsminister, gehen wir wenigstens darin einig, daß es erschreckend war, daß in dem Zettelkasten, der anläßlich der Neonazismus-Ausstellung angebracht war, in nicht geringer Zahl Zettel – offenbar von Schülern – mit Parolen wie "Heil Hitler!", "Türken über den Jordan!" oder "Deutschland zurück in die Grenzen von 1914 mitsamt den Kolonien!" gefunden wurden? Sie werden es sicher kennen. Gehen wir wenigstens darin einig, daß derartige Tendenzen zu verurteilen sind, und begrüßen Sie es, daß durch die Absetzung der Ausstellung die Auseinandersetzung mit diesem Thema intensiver geworden ist?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Zehetmair: Die von Ihnen angesprochenen Zettel oder Zettelkästen sind mir nicht bekannt. Ich bitte, auch zur Kenntnis zu nehmen, daß dieser Vorgang von uns bei weitem nicht so aufgehängt wurde, wie es offensichtlich von mancher Stelle geschehen ist, gewollt oder ungewollt. Für uns war es eine Entscheidung des Schulleiters, die nicht zu beanstanden war. Das Gerüst dieser Ausstellung gibt es seit Jahren. Es kommt aus Nürnberg und wurde schon in vielen Schulen verwendet.

Hier geht es darum, daß der genannte DKP-Führer in dem Begleitbrief, der als Anlage ausgehängt war, Dinge beinhaltet wie, es werde in unserem Lande heute die Ausländerfeindlichkeit, ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten,

kultiviert. Die rechte Bundesregierung hat mit Demokratieabbau und der Diffamierung demokratischer Kräfte im Innern sowie mit dem Schüren von Kriegsstimmungen im Zusammenhang mit Libyen und der Legitimierung des Staatsterrorismus ein Klima in unserem gesellschaftlichen Leben erzeugt, das reaktionärste Tendenzen fördert und damit auch Neonazis den Boden bereitet. Es müssen sich die Regierungsparteien dem Vorwurf aussetzen, daß sie neonazistische Tendenzen nicht nur nicht unterbinden, sondern sogar fördern.

Der Schulleiter hat aufgrund dieser Inhalte zu Recht und verpflichtend so gehandelt.

Erster Vizepräsident Möslein: Zu einer weiteren Zusatzfrage der Fragesteller!

Schultz (SPD): Herr Staatsminister, ich teile Ihre Ablehnung dessen, was inhaltlich in dem Schreiben stand. Aber sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß es besser gewesen wäre, aufklärend zu wirken, statt durch ein Abhängen der Ausstellung erst den Ärger

(Schultz [SPD])

zu provozieren, der letztlich dazu geführt hat, daß die Angelegenheit an der Schule und darüber hinaus Aufsehen erregte?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Zehetmair: Ich halte es durchaus für richtig und im Sinne der Erziehung auch für notwendig, daß, bei welchen Vorgängen auch immer, vor allem auch aufklärend und erzieherisch vor Ort gewirkt und von Lehrkräften und Schulleitung klargemacht wird, wie einseitig und allgemein demokratieschädlich solche Dinge sind. Das schließt aber nicht aus, daß daraus in Teilen oder ganz entsprechende Konsequenzen gezogen werden.

Erster Vizepräsident Möslein: Zu einer weiteren Zusatzfrage der Herr Abgeordnete Gabsteiger!

Gabsteiger (CSU): Herr Staatsminister, ist Ihnen bekannt, daß die Ausstellung, auch wenn von München oder woher auch immer kein Anruf gekommen wäre, einvernehmlich zwischen der Schulleitung und den Schülern, die die Ausstellung aufgebaut haben, schon zum damaligen Zeitpunkt abgehängt worden wäre?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Zehetmair: Ich teile die Auffassung, die in der Frage beinhaltet ist. Der Anruf aus München kann nicht die Veranlassung gewesen sein. Der Oberstudiendirektor wurde in üblicher Form, wie es x-mal vorkommt, angerufen und gefragt, was da los sei, man gebe bitte Bericht oder komme am besten rein, dann brauche man nicht zu schreiben. Er hat nicht etwa von uns die Weisung bekommen. Wir gehen auch davon aus, daß die Angelegenheit dort einvernehmlich geregelt wurde. Jedenfalls haben wir am Verhalten des Oberstudiendirektors nichts zu beanstanden.

Erster Vizepräsident Möslein: Zur letzten Zusatzfrage, der Fragesteller!

Schultz (SPD): Herr Staatsminister, gehen wir darin einig, daß es im Interesse der Schule und des Klimas an der Schule vielleicht besser wäre, wenn man sich über eine Schulveranstaltung beschweren will, sich direkt an die Schulleitung zu wenden, statt den Weg über die Staatskanzlei zu gehen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Zehetmair: Darin gehen wir einig.

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Kultusminister, ich bedanke mich.

Zur Beantwortung der weiteren Fragen bitte ich den Herrn Staatssekretär für Wirtschaft und Verkehr.

Zur ersten Frage hat der Abgeordnete Gürteler das Wort!

Gürteler (CSU), Fragesteller:

Herr Staatssekretär, welche Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung einzuleiten, um die österreichische Regierung von ihrem Vorhaben, eine Autobahngebühr einzuführen, abzuhalten, und ist sie gegebenenfalls bereit, beim Bund darauf hinzuwirken, für Autofahrer aus Ländern, die eine Autobahngebühr erheben, ebenfalls eine solche einzuführen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Präsident! Die Bayerische Staatsregierung beobachtet seit Jahren mit Sorge das Zunehmen von ausländischen Autobahngebührenregelungen. Diese belasten die deutschen Kraftfahrer mit Beiträgen für die Wegekosten im Ausland, obwohl unsere Kraftfahrer über hohe Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuern bereits für die inländischen Wegekosten zu zahlen haben. Ausländer tragen bei uns nur geringfügig über die Mineralölsteuer zur Wegekostendeckung bei.

Wir haben lange Zeit davon abgesehen, auf Gegenmaßnahmen zu drängen, weil die Freizügigkeit im internationalen Verkehr für die gesamte Wirtschaft Europas von großer Bedeutung ist. Der Bundesminister für Verkehr hatte und hat offenbar immer noch Hoffnung, auf dem Verhandlungsweg zu einem Abbau der ausländischen Autobahngebühren zu kommen.

Der Bayerischen Staatsregierung dauern diese Verhandlungen zu lange. Sie hat deshalb den Bundesminister für Verkehr mit Beschluß vom 30. September 1986 nachdrücklich gebeten, seine Zurückhaltung gegenüber einer Mauterhebung für den Fall aufzugeben, daß die Verhandlungen über die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen auf europäischer Ebene unter Einschluß der Autobahnerhebungsgebühren nicht in absehbarer Zeit zu einem annehmbaren Ergebnis führen. Zumindest sollten die Angehörigen solcher Staaten von Autobahngebühren befreit werden, die ihre Autobahnen unentgeltlich zur Verfügung stellen. Für deutsche Kraftfahrer dürfen nach der Auffassung des Ministerrats keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Dazu ist allerdings zu sagen, daß unsere Staatsbürger von einer deutschen Autobahngebührenregelung wegen des Diskriminierungsverbotes des Artikels 7 des EWG-Vertrages dann nicht ausgenommen werden könnten, wenn EG-Angehörige einbezogen würden. Sie müßten dann an anderer Stelle entlastet werden

Wenn nun die österreichische Regierung ihre Ankündigung verwirklichen sollte, eine allgemeine Autobahnbenutzungsgebühr einzuführen, ergäbe sich

eine völlig neue Situation. Es wäre dann gegenüber unserer Bevölkerung nicht mehr zu vertreten, Österreicher auf unserem Autobahnnetz, das ja auch weit größer ist als das österreichische, kostenlos fahren zu lassen.

Wir müßten dann wohl auch eine andere Frage erneut aufgreifen: Die Österreicher verlangen von den Unternehmern des Straßengüterverkehrs einen "Straßenverkehrsbeitrag". Er beträgt zum Beispiel für einen 40-Tonnen-Lastzug auf den 110 Kilometern von Kiefersfelden zum Brenner einfach 143 DM.

Die Bundesregierung hat bisher auch hier von Gegenmaßnahmen abgesehen, während Schweizer Unternehmen zum Ausgleich der in der Schweiz erhobenen "Schwerverkehrsabgabe" bei der Einfahrt in die Bundesrepublik zu einer Tages-Kraftfahrzeugsteuer herangezogen werden. Würde Österreich eine Mautgebühr einführen, müßte auch an eine Gegenmaßnahme zum "Straßenverkehrsbeitrag" gedacht werden.

In diesem Sinne haben wir uns an den Bundesverkehrsminister gewandt und ihn von unserer Meinung informiert. Gleichzeitig haben wir diese Auffassung der Presse bekannt gegeben. Es geht jetzt darum, den Österreichern völlig klar zu machen, daß bei Einführung einer Mautgebühr auf ihrem Autobahnnetz mit entsprechend harten Gegenmaßnahmen zu rechnen ist.

Erster Vizepräsident Möslein: Zu einer ersten Zusatzfrage der Fragesteller!

Gürteler (CSU): Ja, Herr Staatssekretär, ich rede Sie da jetzt lieber als Herr Baron von Waldenfels an, das sind ja wohl Raubrittermethoden, was da von den Österreichern geplant ist,

(Heiterkeit)

die an Wegelagerei im Mittelalter erinnern. Wie groß sind überhaupt die Chancen, den Österreichern dies noch auszureden?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Kollege Gürteler, ich weiß nicht, ob in Ihrer Anrede eine Steigerung zu sehen ist oder ob damit eine Verbindung zu Wegelagerermethoden hergestellt werden sollte, aber ich bewerte eine entsprechende Mautgebühr ähnlich wie Sie. Sie paßt nicht in ein freiheitliches Europa, wie wir es uns vorstellen, gerade in einer Zeit, wo sich auch die Österreicher verstärkt um die Einbeziehung ihres Landes in die Europäische Gemeinschaft bemühen. Mit Mautgebühren dieser Art wird eine gemeinsame Linie verlassen. Das können wir nicht akzeptieren

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Lechner! Lechner (CSU): Herr Staatssekretär, sind Ihnen auch von anderen Ländern Bestrebungen bekannt, mit einer solchen Mautgebühr den Verkehr zu verteuern?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Kollege Lechner, es gibt eine Reihe von europäischen Ländern, in denen Mautgebühren zu bezahlen sind. Das hängt davon ab, wer die Autobahnen betreibt; teilweise werden sie privat betrieben. So gibt es zum Beispiel in Italien und in anderen EG-Ländern Autobahngebühren.

Wir haben in der Europäischen Gemeinschaft immer verlangt, die Autobahngebühren abzubauen, vor allem keine neuen zuzulassen. Wir hatten ja die gleiche Diskussion bei der Einführung der Vignette in der Schweiz. Da ist ein Punkt erreicht, wo dem Bürger einfach nicht mehr verständlich zu machen ist, daß wir tatenlos zusehen. Was für Österreich gilt, muß im Grunde genommen auch für die Schweiz gelten.

Erster Vizepräsident Möslein: Zur nächsten Zusatzfrage der Fragesteller!

Gürteler (CSU): Herr Staatssekretär, wenn man die Situation im Bereich der EG mit all den Subventionen und Ausgleichszahlungen so betrachtet, seien sie für die Landwirtschaft, seien sie für Kohle und Stahl, dann muß man eigentlich sagen, daß wir die Zahlmeister Europas geworden sind. Gerade unter diesem Gesichtspunkt stelle ich die Frage: Sind Sie und ist die Bundesregierung hier zu einer harten Haltung bereit?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waidenfels: Herr Kollege Gürteler, ich kann das nur einmal mehr bekräftigen. Wir geben in dieser Frage nicht mehr nach. Sollten die Österreicher ihre Androhung wahrmachen, wofür im Moment ja vieles spricht, dann müssen sie mit ganz klaren Gegenmaßnahmen aus der Bundesrepublik rechnen.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Zusatzfrage, Abgeordneter Lechner!

Lechner (CSU): Herr Staatssekretär! Ich wünsche Ihnen bei diesem Bemühen viel Glück und Erfolg. Wenn es Ihnen aber wirklich nicht beschieden sein sollte, wären Sie dann unter Umständen bereit, die Frachthilferichtlinien entsprechend zu ändern bzw. beim Bund auf eine Erhöhung hinzuwirken, um damit die für die deutschen Unternehmer zumindest im Transportgewerbe entstehenden Wettbewerbsverzerrungen etwas abzumildern?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Kollege Lechner! Seit langem ist es unser Ziel, Wettbewerbsverzerrungen durch vielfältige Maßnahmen

zu beseitigen. Das gilt auch, wenn hier neue Belastungen entstehen sollten.

Ich gehe davon aus, daß sich die Bundesregierung unserer Auffassung anschließt. Uns liegen entsprechende Äußerungen vor, daß eine Erhöhung der Mautgebühr in Österreich nicht dazu führen darf, daß unser Straßengüterverkehrsgewerbe zusätzlich belastet wird.

Erster Vizepräsident Möslein: Letzte Zusatzfrage, Abgeordneter Diethei!

Diethel (CSU): Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, daß deutsche Unternehmen des Güterkraftverkehrsgewerbes und Speditionen bisher aufgrund der harten Belastungen schon zunehmend gewerbliche Niederlassungen in Österreich gründen, um den immensen Belastungen aus dem Weg zu gehen?

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Kollege Diethei, das ist uns bekannt. Wir haben mit den Verbänden darüber auch Gespräche geführt. Wir bemühen uns seit vielen Jahren, mit den Österreichern einen Weg des Miteinander gerade in dieser für einen großen Teil unseres mittelständischen Güterkraftverkehrsgewerbes schwierigen Frage zu finden.

Ich gehe davon aus, daß wir mit der Diskussion über die Mautgebühr das ganze Thema in eine richtige Richtung lenken können. Die Österreicher müssen einfach begreifen, daß sie sich hier auf dem Holzweg befinden.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächster Fragesteller ist Abgeordneter Dr. Gantzer!

Dr. Gantzer (SPD), Fragesteller:

Herr Staatssekretär! Wie steht die Bayerische Staatsregierung zu dem Ansinnen der Deutschen Bundesbahn, bei Bahnbetriebsanlagen (z.B. bei der behindertengerechten Ausgestaltung von Zuund Abgängen auf Bahnsteigen) nicht nur eine Mitfinanzierung durch die Gemeinden zu erreichen, sondern diesen auch noch die Folgekosten (Erhalt, Überwachung, Verkehrssicherungspflicht) aufzubürden?

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie bereits am 18. März 1987, also vor noch nicht einmal drei Wochen, auf die Mündliche Anfrage zur Finanzierung des behindertengerechten Zugangs des S-Bahn-Haltepunkts Haar mitgeteilt, ist der Freistaat Bayern grundsätzlich bereit, die volle Komplementärfinanzierung in Höhe von 40 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten zuzüglich einer Planungskostenpauschale von sieben Prozent zu übernehmen. So brauchen die Gemeinden der Region München keine finanziellen Leistungen zum Bau behindertengerechter Zu- und Abgänge auf S-Bahn-Haltepunkten zu erbringen.

Allerdings sind der Bund und die Deutsche Bundesbahn nur dann bereit, die Grundfinanzierung von 60

Prozent nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu gewährleisten, wenn sich die Gemeinden zur Übernahme der Folgekosten – der Kosten für Erhalt, Überwachung, Verkehrssicherungspflicht – bereiterklären. Diese Forderung des Bundes geht auf den Beschluß der sozial-liberalen Bundesregierung vom Juni 1974 zurück, die jeglichen S-Bahn-Ausbau an die Bedingung geknüpft hatte, daß sich dadurch die Wirtschaftslage der Deutschen Bundesbahn nicht verschlechtern dürfe.

Nachdem sich der Freistaat Bayern insbesondere gegen diese die Kommunen belastende Bedingung jahrelang vergebens gewehrt hatte, konnte der weitere S-Bahn-Ausbau nur dadurch ermöglicht werden, daß der Freistaat Bayern die volle Komplementärfinanzierung der Investitionen und die Gemeinden die Folgekosten bei Park- and Ride-Anlagen und beim behindertengerechten Ausbau der Bahnanlagen übernehmen. Da sich die wirtschaftliche Lage der Deutschen Bundesbahn erneut verschlechtert hat, blieben alle Bemühungen der Bundesländer um eine Änderung der Haltung des Bundes in dieser Frage erfolglos.

Da wir aufgrund dieser Probleme erst am Anfang des behindertengerechten Ausbaus in der Region München stehen, hat das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr zum Beispiel der Gemeinde Haar schon am 21. April 1986 diese Erfordernisse mitgeteilt, um einen ersten behindertengerechten Ausbau eines S-Bahn-Haltepunktes in der Region München zu ermöglichen. Ich halte dies anstelle eines weitverbreiteten Baustopps für vertretbar, zumal die kommunalen Gebietskörperschaften in der Münchner Region im Gegensatz zum S-Bahn-Ausbau in anderen Bundesländern nicht an den S-Bahn-Investitionskosten beteiligt werden.

Eine Übernahme der Folgekosten durch den Freistaat Bayern ist nicht vertretbar, weil wir den ÖPNV-Ausbau in der Region München in bekannt starkem Maße mitfinanzieren. Wir können daher das ausgewogene Verhältnis der ÖPNV-Förderung in Ballungsräumen und ländlichen Gebieten nicht zu Lasten der Fläche verschlechtern.

Erster Vizepräsident Möslein: Zusatzfrage, der Fragesteller!

Dr. Gantzer (SPD): Herr Staatssekretär! Wann hat die Staatsregierung entgegen Ihrer Aussage, daß die Forderung des Bundes wahrscheinlich im Augenblick gerechtfertigt ist, ihren letzten Vorstoß gemacht, diese zu kippen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Ich kann Ihnen jetzt nicht den genauen Zeitpunkt nennen, wann wir uns dagegen gewandt haben. Das war unmittelbar nach dem Beschluß der Bundesregierung, im Jahr 1974 oder 1975.

Sie wissen selbst, daß wir in der Diskussion über den S-Bahn-Ausbau bald an eine Grenze gestoßen sind,

als es um die Frage ging, wer die Investitionskosten zu tragen hat.

Auch aufgrund der Erfahrungen im Nürnberger Raum haben wir davon abgesehen, hier weiter vorstellig zu werden. Ich halte es auch irgendwie für vertretbar, daß sich die Gemeinden gerade beim behindertengerechten Ausbau von S-Bahn-Haltestellen, der nach unserer Meinung ja zügig organisiert werden soll, in irgendeiner Form engagieren. Für so abwegig halte ich das eigentlich gar nicht.

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfrage, der Fragesteller!

Dr. Gantzer (SPD): Herr Staatssekretär! Sie haben zwar meine Frage immer wieder konkret auf die S-Bahn-Haltestelle Haar bezogen, wozu ich vor drei Wochen eine Mündliche Anfrage gestellt hatte, aber ist Ihnen bekannt, daß auch der Bayerische Gemeindetag ganz massiv dagegen Sturm läuft, daß die Bundesbahn zur Kasse bittet?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Das ist die Aufgabe des Bayerischen Gemeindetags. Das ist mir bekannt. Das ändert aber nichts an der Situation.

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Der nächste Fragesteller ist Abgeordneter Daum!

Daum (CSU), Fragesteller:

Herr Staatsminister! Konnten die Verhandlungen wegen der Aufrechterhaltung des Culemeyer-Verkehrs zum Bahnhof Steinbach a. Wald nach Tettau durch die Deutsche Bundesbahn zum Abschluß gebracht werden, und wie wird die frachtmäßige Versorgung des Tettauer Winkels künftig geregelt?

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn und mit Unterstützung des Bundesministers für Wirtschaft und des Bundesministers für Verkehr konnte erreicht werden, daß die von der Deutschen Bundesbahn beabsichtigte Einstellung des Straßenrollerverkehrs – also dieses Culemeyer-Verkehrs – zwischen dem Ausweichbahnhof Steinbach a. Wald und dem Raum Tettau nicht durchgeführt wird. Im einzelnen wurde folgendes erreicht:

Erstens. Der bisher im Raum Tettau betriebene Straßenrollerverkehr wird von der Deutschen Bundesbahn in Eigenregie fortgeführt. Die Deutsche Bundesbahn bedient sich jedoch ab 1. April 1987 eines Subunternehmens.

Zweitens. Als Subunternehmen wird von der Deutschen Bundesbahn mit der Durchführung der Transporte die Firma Söllner Schwerlast-GmbH, Tettau, be-

4 4 W

auftragt. Für den Fall, daß der neue Fuhrpark nicht termingemäß bis zum 1. April 1987 zur Verfügung steht, wurde von der Bahn eine Übergangsregelung getroffen, welche die Fortführung der Straßenrollertransporte für den Raum Tettau sicherstellt.

Drittens. Die Straßenrollergebühren werden ab 1. April 1987 um fünf Prozent erhöht. Sie enthalten die Vergütung für den Subunternehmer sowie die Abfertigungskosten der Deutschen Bundesbahn.

Viertens. Die Gleisanlagen in Alexanderhütte werden von der Deutschen Bundesbahn instandgesetzt. Die Rangierarbeiten für das Beistellen der Wagen führt weiterhin die Deutsche Bundesbahn mit der in Tettau stationierten Kleinlok aus.

Fünftens. Die Deutsche Bundesbahn schließt mit der verladenden Wirtschaft des Raumes Tettau eine Vereinbarung über die Fortführung des Straßenrollerverkehrs für die nächsten fünf Jahre.

Die Kosten für die Bedienung des Raumes Tettau mit Straßenrollerfahrzeugen sind durch die Sperrung der über Gebiet der DDR führenden Nebenbahn Pressig-Rothenkirchen-Tettau bedingt. Sie werden deshalb gemeinsam von Bund und Land voll im Rahmen der Frachthilfemaßnahmen für das Zonenrandgebiet getragen. Die Kosten des Straßenrollerverkehrs sind derzeit mit jährlich rund 750 000 DM zu veranschlagen.

Erster Vizepräsident Möslein: Erste Zusatzfrage, der Fragesteller!

Daum (CSU): Herr Staatssekretär! Ist darin eine Regelung für das Bundesbahnpersonal eingeschlossen, das heißt, wird das Bedienungspersonal der Eisenbahn wenigstens für einen gewissen Übergangszeitraum von der Übernehmerfirma übernommen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Kollege Daum, es ist auch unser Anliegen, daß die Arbeitnehmer dort zumindest eine wohnortnahe Beschäftigung bekommen. Ich gehe davon aus, daß die Bahn in den Verhandlungen eine praktikable Lösung anbieten wird.

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfrage, der Fragesteller!

Daum (CSU): Herr Staatssekretär, wären Sie oder Ihr Haus bereit, auf die Ortsgebundenheit der Bediensteten bei der Bundesbahn bei ihrer späteren Verwendung Rücksicht zu nehmen, sollte eine entsprechende Regelung zwischen den beiden Vertragspartnern nicht zustande kommen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Kollege Daum, nachdem wir gerade dieses Projekt aus der Sicht unseres Hauses nachhaltig mit betreut

haben, werden wir auch diesen Punkt, wenn es zu Schwierigkeiten kommt, noch einmal aufgreifen.

(Abg. Daum: Vielen Dank!)

Erster Vizepräsident Möslein: Keine weiteren Zusatzfragen.

Nächster Fragesteller, Herr Abgeordneter Kopka!

Kopka (CSU), Fragesteller:

Herr Staatssekretär, sleht die Staatsregierung nach den erfolgversprechenden Verhandlungen mit der ČSSR neue Ansatzpunkte dafür, daß nunmehr die DDR Bereitschaft zeigt, die Papierfabrik Plankenstein an das Erdgasnetz in der Bundesrepublik Deutschland anschließen zu lassen und somit einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung der SO₂-Belastungen in Nordostoberfranken zu leisten?

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Papierfabrik Plankenstein emittiert ca. 600 kg Schwefeldioxid pro Stunde, das sind ca. 30 000 t SO₂ pro Jahr. Sie trägt daher in spürbarer Weise zur Schadstoffbelastung der Luft in Nordostoberfranken bei. Um diese Emissionen zu senken, habe ich bereits 1985 im Zusammenwirken mit der Gaswirtschaft versucht, die DDR für einen Erdgasanschluß der Papierfabrik Plankenstein vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland her zu gewinnen. Die DDR hat dies abgelehnt. Im September 1986 hat sich auch der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen der Angelegenheit angenommen. Nach den hier vorliegenden Informationen hat sich an der Haltung der DDR in dieser Frage bisher nichts geändert.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die vielfältigen Verhandlungen des Staatsministers Dick mit dem DDR-Umweltminister Dr. Reichelt erwähnen, in denen über Lösungen dieses Problems gesprochen wurde

Die im Grenzgebiet vielfach beklagten Geruchsbelästigungen sind allerdings nicht auf SO₂ zurückzuführen, wie bereits anläßlich einer Anfrage des Herrn Abgeordneten Müller vom 10. Dezember 1986 dargelegt wurde.

In der Koalitionsvereinbarung anläßlich der Neubildung der Bundesregierung haben sich die Koalitionsparteien für eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der DDR auf dem Gebiet der Luftreinhaltung, insbesondere für den Abschluß einer Umweltvereinbarung ausgesprochen. Ich gehe davon aus, daß auf dieser Grundlage auch eine Regelung des Problems Papierfabrik Plankenstein angestrebt werden wird. Die Bayerische Staatsregierung wird weiterhin mit Nachdruck auf eine Lösung dieses für Nordostoberfranken wichtigen Problems hinwirken.

Erster Vizepräsident Möslein: Erste Zusatzfrage, der Fragesteller!

Kopka (CSU): Herr Staatssekretär, Sie haben das Umweltabkommen mit der DDR angesprochen. Haben Sie Informationen darüber, ob dieses Umweltabkommen noch in diesem Jahr abgeschlossen wird, und sehen Sie eine Möglichkeit, daß in der eben behandelten Frage noch einmal seitens der Staatsregierung, also Ihres Hauses, interveniert wird?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Kollege Kopka, mit diesem Problem wird sich die Bundesregierung in diesem Jahr sicher noch auseinandersetzen. Der Bundesverkehrsminister hat dazu vor kurzem Stellung genommen. Auch der bayerische Umweltminister ist nachhaltig mit Aktivitäten gerade in Richtung Bundesregierung bemüht, hier brauchbare Vereinbarungen zu erzielen.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Zusatzfrage, der Herr Abgeordnete Hering!

Hering (SPD): Herr Staatssekretär, entscheidend für die lufthygienische Situation in Oberfranken wäre ein Energieverbund mit der DDR, also die Lieferung von Strom und Gas. Sehen Sie Möglichkeiten für den Eintritt in einen Energieverbund?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Die Fragen eines Energieverbundes müssen sehr sorgfältig geprüft werden. Wir haben solche Überlegungen ja schon vielfältig angestellt. Es gibt einen Energieverbund zum Beispiel zwischen dem Land Hessen und der DDR. Aber zu der Frage, ob ein Energieverbund, wie Sie ihn angesprochen haben, die Luft in Nordostoberfranken nachhaltig beeinflußt, möchte ich noch nicht abschließend Stellung nehmen. Ich habe gewisse Zweifel. Die Probleme, die mit der Luftverschmutzung in Nordostoberfranken zusammenhängen, sind anderer Art; ich möchte sie jetzt in der Kürze der Fragestunde nicht darstellen. Sie kennen sie auch aus Ihrer politischen Arbeit. Aber unser Ziel muß es sein, in vielfältigen Verhandlungen mit unseren Nachbarn die Belastung durch die Luftverschmutzung nachhaltig zu verringern.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Kopka!

Kopka (CSU): Herr Staatssekretär, ist der Anschluß der Papierfabrik Plankenstein an das Erdgasnetz der Bundesrepublik mit irgendwelchen Kosten verbunden, die seitens der DDR zu tragen wären, oder ist in diesem Bereich bereits eine Überlegung vorhanden, die mit dazu beitragen könnte, den Entschluß der DDR zu erleichtern?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Kollege Kopka, das Problem sind weniger die Kosten

für den Erdgasanschluß, denn eine Gasleitung läuft ja in unmittelbarer Nähe der Papierfabrik auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Die langfristigen Probleme, die durch einen Erdgasanschluß für die DDR entstehen, sind vielmehr die Kosten für den Gasbezug, der in aller Regel in Devisen zu bezahlen ist. Das sind natürlich Folgekosten, die die DDR immer wird tragen müssen. Es geht also weniger um den Erdgasanschluß, der kostenmäßig nicht so belastend wäre, als um die dauerhafte Folgebelastung.

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Hering!

Hering (SPD): Herr Staatssekretär, sehen Sie Möglichkeiten, die besondere lufthygienische Situation Nordostoberfrankens in das demnächst abzuschließende Umweltabkommen mit einzubeziehen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Kollege Hering, gerade Nordostoberfranken mit einzubeziehen, ist mit Sicherheit einer der wichtigsten Punkte. Das war ja auch Gegenstand des Gesprächs des Bayerischen Ministerpräsidenten mit Generalsekretär Honecker auf der Leipziger Messe, auch einer der Schwerpunkte der Gespräche, die Staatsminister Dick immer wieder mit seinem Kollegen Dr. Reichelt geführt hat und weiter führen wird. Die lufthygienische Situation in Nordostoberfranken wird eines der zentralen Themen bei diesem Umweltabkommen sein.

Erster Vizepräsident Möslein: Letzte Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Hering!

Hering (SPD): Herr Staatssekretär, im Zusammenhang mit Plankenstein wird von der lufthygienischen Situation gesprochen. Wird auch die Wasserverschmutzung in die Verhandlungen einbezogen, die gerade in diesem Bereich sehr schlimm ist?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Nachdem die Gewässerreinhaltung auch eine Aufgabe des Umweltschutzes ist, gehe ich davon aus, daß auch dieses Thema behandelt wird.

Erster Vizepräsident Möslein: Letzter Fragesteller in der Fragestunde ist der Abgeordnete Neder!

Neder (CSU), Fragesteller:

Herr Staatssekretär, wie beurteilt die Bayerische Staatsregierung die Forderung der Deutschen Bundespost, wonach ein Kabelanschlußinhaber, der nur die Grundleistung und nicht die Regelleistung in Anspruch nehmen will, für den dann er-

forderlichen Einbau eines posteigenen Filters eine Gebühr von 200 DM zu entrichten hat, und sieht die Staatsregierung eine Möglichkeit für eine umgehende Änderung der bestehenden Gebührenvorschrift der Fernmeldeordnung mit dem Ziel der Befreiung von der Filtergebühr für die betroffenen Kabelanschlußinhaber?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Die Bayerische Staatsregierung hat sich bereits bei der Einführung der Wahlmöglichkeit zwischen Grundleistung, also den ortsüblichen Programmen, und Regelleistung – alle Programme – mit Nachdruck gegen eine Filtergebühr ausgesprochen. Die Staatsregierung war und ist der Auffassung, daß der Kabelteilnehmer, der weniger Programme empfangen will, nicht mit einer zusätzlichen Gebühr belastet werden sollte. Staatsregierung und Bayerische Landeszentrale für neue Medien haben sich auch in der Folgezeit mit diesem Anliegen an den Bundespostminister gewandt.

Mit der Änderung der Fernmeldeordnung mit Wirkung vom 1. August 1986 ist die Möglichkeit, nur die Grundleistung zu wählen, weggefallen. Insoweit kann für "Neu-Kabelkunden" die Filtergebühr nicht mehr in Rechnung gestellt werden.

Im Zusammenhang mit dem Landtagsbeschluß vom 17. März 1987 wird sich die Staatsregierung für die betroffenen "Alt-Kabelkunden" nochmals beim Bundespostminister einsetzen. Die diesbezüglichen Erfolgsaussichten sind schwer abzuschätzen, da die Fernmeldegebührenhoheit ausschließlich bei der Deutschen Bundespost liegt, wie Sie wissen.

Erster Vizepräsident Möslein: Erste Zusatzfrage, der Fragesteller!

Neder (CSU): Herr Staatssekretär, heißt dies, daß ein Kabelanschlußinhaber, der bereits vor dem Stichtag 1. August 1986 einen Anschluß hatte, nun aufgrund der damaligen Rechtslage verpflichtet ist, die Gebühr von 200 DM zu entrichten, um strafrechtlich nicht verfolgt werden zu können?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Die geltende Rechtslage war bis zum 1. August 1986 so, wobei es auch um zivilrechtliche Ansprüche geht. Die Wahlmöglichkeit besteht ab 1. August 1986 nicht mehr. Bei Ihrer Anfrage geht es im wesentlichen, wenn Sie so wollen, um die "Alt-Kabelkunden", die noch die Wahlmöglichkeit hatten. Es sind im Freistaat Bayern rund 8000, um die wir uns jetzt bemühen.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Hollwich!

Hollwich (SPD): Herr Staatssekretär, gibt es schon Erfahrungen, was die Bundespost mit den Leuten

(Hollwich [SPD])

macht, die sich weigern, die Filtergebühr von 200 DM zu bezahlen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Kollege Hollwich, ich habe noch keine Erfahrungen, in welcher Art und Weise die Bundespost mit diesen Kunden umgeht.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Neder!

Neder (CSU): Herr Staatssekretär, sind Sie nicht dennoch mit uns der Auffassung, ich beziehe Herrn Kollegen Hollwich dabei mit ein, daß man beim Anschluß die Kabelanschlußnehmer damals zumindest darauf hätte hinweisen müssen; daß sie im Falle einer Programmerweiterung mit einer Gebühr der Bundespost rechnen müßten, wenn sie vom Gesamtangebot keinen Gebrauch machen?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär, hitte!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Kollege Neder, ich sehe das ähnlich wie Sie. Es ist eine unbefriedigende Situation, die hier entstanden ist. Wir bemühen uns nachhaltig, auch bei der Post, darauf hinzuwirken. Bisher, wie gesagt, haben wir noch nicht den Erfolg, den wir uns wünschen.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Zusatzfrage, der Abgeordnete Hollwich!

Hollwich (SPD): Herr Staatssekretär, kann man aufgrund der Verhandlungen, die Sie in dieser Sache jetzt noch vorhaben, den Kabelkunden empfehlen, mit der Zahlung zurückhaltend zu sein?

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Kollege Hollwich, nachdem ich davon ausgehe, daß Sie als bayerischer Landtagsabgeordneter nicht zum Gesetzes- oder Verordnungsbruch auffordern, kann auch ich eine solche Empfehlung nicht aussprechen.

Erster Vizepräsident Möslein: Die Fragestunde ist beendet.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 5:

Haushaltsplan 1987/1988 des Einzelplans 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr

Über die Beratungen des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drucksache 11/1288) berichtet der Herr Kollege Will. Herr Kollege, Sie haben das Wort!

Will (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Einzelplan 07 für den Doppelhaushalt 1987/88 wurde in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 26. März 1987 behandelt und mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN angenommen. Die Berichterstattung oblag mir, die Mitberichterstattung hatte der Kollege Max von Heckel.

Pro und Contra wurde von Regierungspartei und Opposition in einer sehr ausführlichen Diskussion dargelegt und erörtert, worüber 108 Seiten Protokoll ausführlich berichten, so daß ich auf eine detaillierte Berichterstattung verzichten kann, da ohnedies in der folgenden Aussprache die zustimmenden Aussagen der CSU, die teilweise abgelehnten weitergehenden Vorschläge der SPD und letztlich die teilweise unverständlichen, sich widersprechenden Anträge der GRÜNEN zur Sprache kommen werden.

Von den vorliegenden 44 Anträgen fanden sechs Zustimmung, 34 wurden abgelehnt, vier Anträge der GRÜNEN wurden zurückgezogen. Das Ergebnis der Abstimmung über die 44 Anträge finden Sie auf Drucksache 11/1288.

Zusammenfassend stelle ich als Berichterstatter fest, daß die Ansätze im Einzelplan 07 ausreichen, um die wesentlichen Ziele bayerischer Wirtschafts- und Verkehrspolitik zu verwirklichen. Es sind dies insbesondere die Unterstützung der Wirtschaft im wirtschaftlich-technischen Wandel, der Ausgleich von Nachteiten des Mittelstandes und der strukturschwachen Landesteile, die Stärkung des ÖPNV im ländlichen Bereich und letztlich die Unterstützung der Forschungs- und Technologiepolitik, die gerade in Bayern einen Nährboden gefunden hat, aus dem sichere Arbeitsplätze wachsen.

ich bitte namens der CSU-Fraktion um Zustimmung zum Einzelplan 07.

Präsident Dr. Heubl: Danke sehr für die Berichterstattung.

Das Wort hat der Herr Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr!

Staatsminister Jaumann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wirtschaftsund Verkehrspolitik Bayerns steht in den kommenden Jahren national wie international vor großen Herausforderungen. Ich habe meine Rede heute auch deshalb nicht aufgebaut auf Erfolgen, auf dem Nachweis, daß wir richtig gehandelt haben, sondern ich befasse mich vielmehr mit den Fragen, die uns in der Zukunft beschäftigen werden.

Die internationale Arbeitsteilung ist in einem bislang beispiellosen Ausmaß gestiegen. Das hat die wechselseitigen Abhängigkeiten der Volkswirtschaften beträchtlich erhöht.

Die Bundesrepublik Deutschland und auch Bayern sind stärker denn je in das internationale Wirtschaftsgeschehen eingebunden. In Bayern hat der Außenhandel inzwischen einen Anteil von über 40 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen Leistung erreicht. Daher schlagen weltwirtschaftliche Entwicklungen auch auf bayerische Märkte und Unternehmen verstärkt durch.

Die westlichen Industrieländer stehen in den kommenden Jahren vor schwierigen Aufgaben. Lassen Sie mich das anhand von fünf Bereichen deutlich machen:

- 1. Die internationale Verschuldungskrise hält unvermindert an. Sie hat sich partiell Beispiel Brasilien sogar akut zugespitzt. Diese Entwicklung birgt nicht nur Gefahren für die Schuldnerländer, sondern auch für die Gläubigerländer, die Industriestaaten.
- 2. Der Protektionismus nimmt weltweit zu. In steigendem Umfang werden Abschottungsmaßnahmen ergriffen, um Konkurrenten vom eigenen Markt fernzuhalten. Solche Maßnahmen z.B. der USA gegen Japan führen zwangsläufig dazu, daß die Japaner zunehmend auf europäische Märkte drängen.

Den protektionistischen Bestrebungen muß weltweit mit Nachdruck entgegengetreten werden. Mehr Protektionismus bedeutet weniger Wohlstand für alle. Ich begrüße daher außerordentlich den 1986 in Punta del Este gefaßten Beschluß, eine neue GATT-Runde einzuleiten.

- 3. Der rapide Dollarverfall setzt eine ganze Reihe von Ländern auch uns unter erheblichen Anpassungsdruck. Lag der Dollar vor zwei Jahren noch bei fast 3,50 DM, so ist er heute nur noch etwas mehr als die Hälfte wert. Unsere Wirtschaft muß bei jedem Dollarkurs ihre Wettbewerbsfähigkeit behaupten.
- 4. Die Schwellenländer treten mit forcierten Wachstumsstrategien in verschärften Wettbewerb mit den Industrieländern. Sie können in aller Regel mit sehr viel niedrigeren Lohnstückkosten produzieren. Auch ihnen gegenüber müssen wir konkurrenzfähig bleiben, trotz unseres deutlich höheren Lohnniveaus und kürzerer Arbeitszeit.
- 5. Schließlich wird auch der Wettbewerb der Industrieländer untereinander zunehmend härter weltweit, aber auch speziell in einem zusammenwachsenden europäischen Binnenmarkt. Das gilt für die rasche Umsetzung und konsequente Nutzung des technischen Fortschritts. Das gilt aber ebenso für die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Ich nenne als Beispiel nur den Wettbewerb der Steuersysteme. Nicht nur die USA, sondern auch andere Länder Japan, Großbritannien, Frankreich, Österreich setzen neue steuerpolitische Maßstäbe.

Diesen internationalen Entwicklungen muß sich unser Land stellen. Notwendig dazu sind ein hohes Maß an Flexibilität sowie eine offensive Vorwärtsstrategie. Wer sich auf dem Weltmarkt behaupten will, muß überzeugende Lösungen und Leistungen aufweisen, die nach Möglichkeit besser sind als die der Konkurrenz.

Unsere Wirtschaft muß international wettbewerbsfähig bleiben, nicht nur um den weltwirtschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden, sondern auch um die großen Aufgaben in unserem eigenen Lande zu lösen. Welche sind das?

An erster Stelle steht hier der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit, bei dem wir gerade in Bayern ein beachtliches Stück vorangekommen sind.

- In keinem anderen Bundesland ist die Arbeitslosigkeit stärker zurückgegangen als in Bayern. Sie ist hier in den letzten zwei Jahren um 9,2 Prozent, bundesweit um 1,7 Prozent gesunken.
- Nach einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung ist die Arbeitslosigkeit in den meisten bayerischen Arbeitsmarktregionen im Jahresdurchschnitt 1986 gegenüber 1985 zurückgegangen. Im bundesweiten Vergleich hat sich vor allem in Nordbayern die Arbeitsmarktsituation weiter spürbar verbessert.
- Gegenüber 1983, dem Höhepunkt der Beschäftigungskrise, ging die Arbeitslosigkeit in Südbayern um 7,3 Prozent, in Nordbayern aber um 18,4 Prozent zurück.
- Auch die Jugendarbeitslosigkeit konnte in Bayern um über 25 Prozent und damit fast viermal so stark abgebaut werden wie im Bundesgebiet mit 6,3 Prozent

Dennoch kann natürlich kein Zweifel bestehen, daß die Arbeitslosigkeit auch in Bayern nach wie vor viel zu hoch ist. Der Weg zur Vollbeschäftigung ist langwierig und mühsam. Wir müssen und werden ihn konsequent weitergehen.

Zu den großen Gegenwartsaufgaben gehört auch der Schutzunserer Umwelt. Freilich darf man hier nicht übersehen, daß die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft Voraussetzung

- für einen wirksamen Schutz der Umwelt,
- für die Entwicklung modernster Umwelttechnologien und
- für ein Wirtschaftswachstum ist, das auch in qualitativer Hinsicht überzeugt.

Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze. Wir in Bayern haben das seit langem unter Beweis gestellt.

Eine weitere große Aufgabe ist die Strukturreform der sozialen Sicherungssysteme.

Wir müssen unsere soziale Sicherung auf eine noch im nächsten Jahrhundert tragfähige Grundlage stellen. Wir müssen den beschäftigungshemmenden Anstieg der Lohnnebenkosten bremsen. Das kann nur durch grundlegende Reformen gelingen. Eines ist sicher: Je erfolgreicher wir uns auf den Weltmärkten behaupten, um so eher werden auch die anstehenden Reformen im eigenen Lande gelingen.

Meine Damen und Herren! Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft heißt auf Bundesebene, den Kurs der marktwirtschaft-lichen Erneuerung mit Nachdruck fortzusetzen, die Wachstumskräfte weiter zu stärken und zu festigen. Die Koalitionsvereinbarungen haben hierfür die Fundamente gelegt.

Ich erinnere vor allem an die vereinbarte Steuerreform, die weitgehend bayerischen Vorstellungen

entspricht. Sie bringt eine weitere steuerliche Nettoentlastung von 25 Milliarden DM, über fünf Milliarden DM davon bereits zusätzlich in der zweiten Stufe des Paketes 1986/88. Für den Zeitraum von 1986 bis 1990 ergibt sich damit insgesamt eine Nettoentlastung der Steuerzahler um rund 45 Milliarden DM. Das ist bisher einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Der Herr Ministerpräsident hat in den Koalitionsverhandlungen vor allem darauf gedrängt, daß auch der Mittelstand in ausreichendem Umfang berücksichtigt wird. Durch die zusätzlichen Möglichkeiten der Sonderabschreibung und der Aufstockung des steuerlichen Vorwegabzugs der Vorsorgeaufwendungen bei Selbständigen hat er eine wesentliche Mittelstandskomponente durchgesetzt.

Kurzfristig sehe ich derzeit keinen konjunktur-politischen Handlungsbedarf. Auch wenn die konjunkturelle Wegstrecke holpriger geworden ist: Die Konjunktur ist eindeutig besser als ihr Ruf. Ich gehe davon aus, daß sich trotz etwas gedämpfter Erwartungen der Aufschwung dennoch im fünften Jahr fortsetzen wird. Diese Einschätzung wird von namhaften Forschungsinstituten, aber auch von der Deutschen Bundesbank geteilt. Mit Sorge würde ich allerdings Lohnabschlüsse sehen, die weit über den diesjährigen Verteilungsspielraum hinausgehen und zu einer beträchtlichen Erhöhung der Lohnstückkosten führen würden. Ich hoffe, daß die Tarifparteien zu gesamtwirtschaftlichen Lösungen kommen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nach diesen Betrachtungen der internationalen und bundesdeutschen Verhältnisse auf die Situation in Bayern zu sprechen kommen. Die bayerische Wirtschaft hat sich 1986 erneut als überdurchschnittlich dynamisch erwiesen. Ein Grund dafür ist auch darin zu sehen, daß sich die bayerischen Unternehmen auf den Weltmärkten weiterhin gut behaupten konnten, deutlich besser als im Bundestrend. Flexibilität, Qualität und neueste Technik haben sich ausgezahlt.

Unsere Wirtschaft hat sich damit eine gute Ausgangsposition geschaffen. Das darf aber nicht dazu verleiten, auf dem bisherigen Erfolg auszuruhen. Die Sicherung unserer Zukunft erfordert eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik, die verläßliche, leistungsfördernde Rahmenbedingungen schafft und die Wirtschaft partnerschaftlich unterstützt.

Es gilt, die wirtschaftlichen Leistungsgrundlagen im ganzen Land weiter zu stärken. Wir brauchen überall

- leistungsfähige Unternehmen, insbesondere einen starken Mittelstand.
- modernste Infrastruktureinrichtungen,
- technologische Spitzenleistungen und
- bestqualifizierte Arbeitnehmer.

In unserem Land

 mit seiner Randlage im europäischen Wirtschaftsraum,

- mit seiner fast 800 km langen Grenze zum Osten hin und
- mit seinen weltweit anerkannten Wirtschafts-, Forschungs- und Kulturzentren

hat die Politik für den ländlichen Raum einen besonderen Stellenwert. Der Ausgleich von Standortnachteilen ist nach wie vor eine wesentliche Aufgabe unserer Regionalpolitik. Darüber hinaus gilt es aber auch dafür zu sorgen, daß der ländliche Raum den ihm zukommenden Part in unserer Gesellschaft auch künftig spielen kann, daß die Chancen des Landes genutzt und seine besonderen Lebensformen auch weiterhin lebendig erhalten werden.

Beide Aufgaben, der Ausgleich von Standortnachteilen wie der Erhalt der ländlichen Kultur, stellen sich um so mehr vor dem Hintergrund der Krise der europäischen Agrarpolitik, die diesen Raum vor zusätzliche Anpassungsprobleme stellt.

Der Keim für das Wachstum von morgen wird durch die Investitionsentscheidungen von heute gelegt. Die steigende Inanspruchnahme der Mittel aus der regionalen Wirtschaftsförderung für gewerbliche Vorhaben ist Ausdruck dafür, daß auch der Ländliche Raum an dem gegenwärtigen Modernisierungsprozeß unserer Wirtschaft in vollem Umfang teilhat. Seit 1983 hat die Zahl der mit Mitteln der regionalen Wirtschaftsförderung unterstützten Investitionsvorhaben aus Industrie, Handwerk, Handel und Fremdenverkehr ständig zugenommen. Allein in den letzten Jahren wurden Investitionen von insgesamt 5,8 Milliarden DM gefördert, in deren Folge 21 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bedeutende Industrieansiedlungen fallen in diesen Zeitraum. Ich erinnere nur an die 13 Zulieferbetriebe, die in Niederbayern und der Oberpfalz im Zusammenhang mit der Errichtung des BMW-Zweigwerkes neu gegründet wurden. Die Ausbaupläne dieser und anderer neu angesiedelter Firmen lassen erwarten, daß die ausgelösten positiven Beschäftigungsimpulse sich auch in die Zukunft hinein fortsetzen werden.

Daneben wurde auch die wirtschaftsnahe Infrastruktur konsequent ausgebaut. Allein für 1985 und 1986 wurden weit über 500 Maßnahmen, insbesondere zur Erschließung von Industriegelände, zur Errichtung öffentlicher Fremdenverkehrseinrichtungen, und zum Erwerb von Industrie- und Gewerbeflächen, um nur einige zu nennen, mit einem Investitionsvolumen von über 600 Millionen DM gefördert.

Die Mittel, die wir in den Fördergebieten eingesetzt haben, sind gut angelegt. Das wird uns von verschiedenen Seiten bestätigt.

- Die Regionalstatistik zeigt, daß sich die Fördergebiete überdurchschnittlich günstig entwickeln, und zwar beim Abbau der Arbeitslosigkeit ebenso wie beim Wachstum der Wirtschaftskraft und beim Anstieg des Einkommensniveaus.
- Die Wissenschaft bestätigt uns, daß unser Förderinstrumentarium "greift"; mit den im 16. Rahmen-

- plan beschlossenen Verbesserungen sind wir weiter auf dem richtigen Weg.
- Schließlich wissen wir aus unserer langjährigen Erfahrung: Die Zahl der zusätzlich in Aussicht genommenen Arbeitsplätze wird in vielen Fällen sogar noch übertroffen.

Freilich sind die Standortprobleme der Wirtschaft in den ländlichen Gebieten trotz dieser bemerkenswerten Erfolge noch nicht gelöst. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land, die jeweiligen Eigenarten der Räume bleiben bestehen, und sie sollen es auch. Wir werden unsere regionale Strukturpolitik in vollem Umfang weiterführen, um auch das flache Land für seine spezifischen Aufgaben in unserer Gesellschaft zu stärken. Dies ist eine Daueraufgabe, bei der Kontinuität und Verläßlichkeit ebenso wichtig sind wie ständige sachkundige Beratung und Flexibilität.

In diesem Hause ist in den letzten Monaten so oft über das Thema Maxhütte diskutiert worden, daß ich mich heute bei der Behandlung dieses freilich sehr schwerwiegenden Problems auf die Darstellung der aktuellen Fragen beschränken möchte. Wie Sie wissen, hat die letzte Pressekonferenz des Vorstandsvorsitzenden der Klöckner-Werke AG, Dr. Gienow, über die Lage und die Weiterentwicklung des Konzerns erneut Anlaß zu Verunsicherung und Diskussion gegeben. Zum einen wurden die Äußerungen von Dr. Gienow in der Presse nur teilweise richtig wiedergegeben, so behauptet er, zum anderen mußte die Maxhütte manches berichtigen. So trifft es nicht zu, daß Aufsichtsrat und Vorstand der Maxhütte die Stillegung der Grube Leonie beschlossen hätten. Gleichwohl, und darüber muß man sich wohl im klaren sein, ist der Fortbestand der Grube unverändert mit einem großen Fragezeichen versehen.

Bei der Maxhütte soll auch nicht die Hälfte aller Freisetzungen im Stahlbereich von Klöckner, also von 2250 Arbeitnehmern, stattfinden. Richtig ist allerdings, daß nach den derzeitigen Planungen des Vorstandes der Maxhütte ein Belegschaftsstand von 3250 Beschäftigten für Ende 1988 ins Auge gefaßt wird. Die Maxhütte sieht darin einen wesentlichen Schritt, um die Unterschiede in den Produktionskosten gegenüber ihren Mitwettbewerbern abzubauen.

Nach allem, was mir bekannt ist, verlaufen die Versuche der Maxhütte mit der neuen Metallurgie erfolgversprechend. Ziel der Maxhütte ist es dabei, als umweltverträgliches Stahlunternehmen weiterhin Hersteller von Qualitätsstahl zu bleiben.

In diesem Zusammenhang muß ich allerdings darauf hinweisen, daß der in der Öffentlichkeit in letzter Zeit mehrfach diskutierte Einsatz von Problemschrott nach meinen Informationen nicht nur im Hinblick auf die damit verbundenen Umweltfragen, sondern auch in bezug auf die Qualitätssicherung der Produkte zu Schwierigkeiten führen kann. Es wird hier noch eingehender Prüfungen bedürfen.

Wird der Anschluß an das Geschäftsjahr 1987/88 gelingen? Nach Äußerungen von Vorstand und Auf-

sichtsrat der Maxhütte aus jüngster Zeit werden hierfür gute Chancen gesehen. Ich selbst beabsichtige, ein weiteres Gespräch mit den Banken der Maxhütte und dem Haupteigner des Unternehmens zu führen, sobald das Konzept zur Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit der Maxhütte durch die Treuarbeit AG als neutrale Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf seine Tragfähigkeit hin eingehend geprüft und bewertet sein wird. Für dieses Gespräch habe ich die zweite Hälfte des Monats Mai vorgemerkt.

Ich brauche nicht eigens zu betonen, daß der Fortbestand der Maxhütte für die Staatsregierung stets eine Aufgabe höchster Priorität war und ist.

(Beifall bei der CSU)

Die Staatsregierung hat deshalb durchgesetzt, daß der Stahlstandort mittlere Oberpfalz als einziger erneut in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen wurde. Ich sehe in der Einbindung der Bundesregierung in die Verantwortung für die Maxhütte einen wichtigen Bestandteil der Zukunftssicherung für diesen Stahlstandort. Dem Bayerischen Landtag und dem Bayerischen Senat möchte ich hier abschließend dafür danken, daß beide Häuser der Staatsregierung ihre Mithilfe bei der Lösung der jüngst im Zusammenhang mit der Maxhütte aufgetretenen Schwierigkeiten nicht versagt haben.

Allerdings, meine Damen und Herren, sehe ich in der Regionalpolitik ganz erhebliche politische Belastungen auf uns zukommen. Auf die Probleme, um die es dabei geht, habe ich schon früher vor diesem Hause eindringlich hingewiesen:

- die zunehmende Neigung, sektorale Probleme mit Hilfe des Instrumentariums der regionalen Wirtschaftsförderung zu lösen,
- die Versuche, l\u00e4ndliche Gebiete zugunsten traditioneller Industriestandorte mit Arbeitsmarktproblemen aus der F\u00f6rderung zu verdr\u00e4ngen,
- nicht zuletzt die inzwischen die Grenzen des Erträglichen überschreitenden Versuche der EG-Kommission, die Regionalförderung in der Bundesrepublik so weit wie nur irgend möglich zurückzuschrauben.

In der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur ist es bei der Neuabgrenzung der Fördergebiete zum 1. Januar dieses Jahres zwar noch einmal gelungen, eine Grundsatzentscheidung zugunsten derjenigen Gebiete zu treffen, in denen zum Ausgleich von Standortnachteilen Regionalhilfen nach wie vor unverzichtbar sind. Gerade für Bayern, insbesondere für das Zonenrandgebiet, ist es als wesentlicher Erfolg zu werten, daß der geschlossene Versuch der SPD-regierten Länder abgewehrt werden konnte, Regionen des Ruhrgebietes und die Stadt Bremen geschlossen in die Regionalförderung der Gemeinschaftsaufgabe zu übernehmen. Bei den Arbeitsmarktregionen Dortmund und Gelsenkirchen konnte dies allerdings nicht verhindert werden. Die übrigen Gebiete werden

wie bisher mit befristeten Sonderprogrammen gefördert.

Diese Abwehr ist nur mit denkbar knapper Mehrheit erreicht worden. Zum ersten Mal kam es dabei im Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe zu einer parteipolitischen Polarisierung. Für mich ist dies ein unübersehbares Warnsignal, daß der bisherige Grundkonsens über Aufgaben und Ziele der Regionalpolitik in unserem Lande zunehmend bröckelt. Auch die Tatsache, daß bereits wenige Wochen nach dieser Abgrenzung die Sondermaßnahmen für die Küstenländer beschlossen worden sind, bestärkt mich in dieser Befürchtung.

Der geschilderte Kompromiß bei der Fördergebietsabgrenzung droht aber vollends zur Makulatur zu werden, wenn sich die EG-Kommission mit ihren Angriffen gegen die deutsche Regionalpolitik durchsetzen sollte. Brüssel beanstandet unsere Fördergebiete, blockiert unsere Förderregelungen und versucht, uns seine Vorstellungen über Regionalpolitik aufzuzwingen. Eine Begrenzung der Fördergebietsgröße nach oben anhand eines bestimmten Anteils an der Bundesbevölkerung, wie sie Brüssel plant, gefährdet den ländlichen Raum. Würde dies Wirklichkeit, dann könnte zum Beispiel eine einzige Großstadt aus dem Ruhrgebiet, die neu in die Förderung einbezogen wird, drei oder vier Arbeitsmarktregionen in Bayern aus dieser Förderung hinausdrängen.

Mit Argumenten der Wettbewerbsaufsicht, auf die sich die Kommission beruft, hat dies nichts mehr zu tun. Es geht nicht an, daß die Kommission in der Absicht, Wettbewerbshindernisse abzubauen, tatsächlich bestehende Wettbewerbsnachteile unserer Unternehmen in den strukturschwachen und peripheren Gebieten festschreibt.

Ich möchte ganz deutlich sagen: Wir sind für die europäische Integration, wir sind auch für freien und fairen Wettbewerb in Europa. Doch wir wenden uns mit Nachdruck gegen immer neue bürokratische Eingriffe aus Brüssel, die es uns erschweren, einem für uns grundlegenden Verfassungsauftrag nachzukommen: gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse in allen Teilen unseres Landes herzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß ein starker Mittelstand einer der wesentlichen wirtschaftlichen Leistungsgrundlagen in unserem Lande ist. Die heutige Wirtschaftskraft Bayerns ist in hohem Maße dem Leistungsbeitrag seines Mittelstandes zuzuschreiben. Ich möchte daher an dieser Stelle all unseren mittelständischen Unternehmen, all den Männern und Frauen, die in diesen Betrieben hervorragende Arbeit leisten, sehr herzlich danken.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Politik für den Mittelstand umfaßt ein weites Feld. Es kommt darauf an, daß der Mittelstand auch künftig eine Chance hat, im Wettbewerb zu bestehen.

Wir wollen keine Schutzzaunpolitik. Wir werden aber im Interesse der kleinen und mittleren Betriebe des Handwerks, des Handels, der Industrie und der Freien Berufe auch weiterhin alles tun,

- um den Wettbewerb zu sichern,
- um die größenbedingten Nachteile auszugleichen,
- um dem Mittelstand bei der Erschließung der internationalen Märkte zu helfen,
- um die Schwarzarbeit abzubauen und
- um den nötigen Freiraum für die Kreativität kleiner und mittlerer Unternehmen zu schaffen und zu sichern.

Die wichtigsten Voraussetzungen hierfür sind verläßliche und mittelstandsgerechte wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen. Die Staatsregierung hält es in diesem Zusammenhang für unerläßlich, daß die Bundesregierung auch bei der Reform des Arbeits- und Sozialrechtes sowie des Wettbewerbsrechtes die besonderen Probleme kleiner und mittlerer Unternehmen berücksichtigt.

Vor besonders schwierige wettbewerbspoltische Probleme stellen uns der nach wie vor ungebrochene Konzentrationsprozeß und die vielfältigen Formen eines leistungswidrigen machtbedingten Verdrängungswettbewerbs. Das gilt insbesondere für den Lebensmittelmarkt; ähnliche Entwicklungen zeigen sich aber auch auf anderen Märkten. Die Leidtragenden sind vor allem die mittelständischen Einzelhändler und Herstellerunternehmen, langfristig aber ganz sicher auch die Verbraucher.

Mit der Novellierung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb ist ein erster bedeutsamer Schritt zur Sicherung des Leistungswettbewerbs getan worden. Das zeigt sich jetzt immer deutlicher.

Unsere wettbewerbspolitischen Maßnahmen müssen sich nun besonders

- gegen konzentrationsfördernde Zusammenschlüsse nachfragestarker Unternehmen des Handels,
- gegen leistungswidrige Rabatt- und Konditionenspreizungen und
- gegen systematische Verlustpreisverkäufe richten.

Das müssen die Schwerpunkte einer Novellierung des Kartellrechts sein.

Ich betrachte es als einen Erfolg unserer umfangreichen Bemühungen, daß die Bundesregierung das Kartellgesetz in dieser Legislaturperiode umfassend – also auch die Ausnahmebereiche – überprüfen und Vorschläge zur Gesetzesänderung vorlegen wird.

Auch die Europäische Gemeinschaft strebt eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die mittelständischen Unternehmen an. Die Staatsregierung unterstützt insoweit diese Bemühungen. Sie beobachtet aber nicht ohne Sorge die Tendenz der EG zur Erweiterung eigener mittelständischer Förderaktivitäten. Brüssel sollte seinen Mitgliedstaaten dort, wo

es noch notwendig ist, zu einer eigenständigen, ortsund problemnahen Mittelstandspolitik raten. Eigene Mittelstandsförderungsprogramme der EG lehnen wir aber ab.

Bayern hat als erstes Bundesland bereits 1974 durch das Mittelstandspolitik eine gesetzliche Grundlage gegeben. Die Sicherung des Wettbewerbs, der Ausgleich größenbedingter Nachteile und die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind wesentlicher Inhalt dieses Gesetzes und der mittelstandspolitischen Maßnahmen der Staatsregierung.

Ein ganz wesentliches Instrument bayerischer Mittelstandspolitik ist die Förderung der Investitionen des Handwerks, des Handels, der Industrie und des Dienstleistungsgewerbes im Rahmen des Mittelstandskreditprogrammes. Allein 1986 betrugen die geförderten Investitionen rund 1,4 Milliarden DM; in ihrer Folge wurden 9500 neue Arbeitsplätze geschaffen. Über 5000 zinsgünstige Darlehen in Höhe von insgesamt rund 440 Millionen DM wurden im Rahmen dieses Programms ausgereicht. An den 1986 verbesserten Konditionen und an der ganzjährigen Offenhaltung dieses Programmes wird sich nichts ändern.

Worauf wir stolz sind: Jedes zweite Darlehen aus dem Mittelstandskreditprogramm geht an einen Existenzgründer. Der Trend zur Selbständigkeit hält in Bayern unvermindert an.

Nicht von ungefähr gilt Bayern mittlerweile als das Land mit dem besten Gründungsklima. Und trotz dieses höheren "Risikos", das bei neu in den Markt tretenden Unternehmen zwangsläufig ist, ist die Zahl der Insolvenzen in Bayern unterdurchschnittlich.

Meine Damen und Herren! Die großen Herausforderungen für die mittelständische Wirtschaft, aber auch ihre großen Chancen, liegen heute in der optimalen Nutzung neuer Technologien und neuer Exportmöglichkeiten. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen hängt wesentlich davon ab, wie schnell und wie gut es gelingt, den technischen Fortschritt zu realisieren.

Ein Weg zur Versorgung mit Informationen aus Wissenschaft, Technik und Wirtschaft, den wir der mittelständischen Wirtschaft noch verstärkt nahebringen müssen, ist der Zugriff auf das weltweite Datenbankangebot. Die Staatsregierung wird deshalb ihre Bemühungen zum Auf- und Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur an Fachinformationsstellen verstärkt fortsetzen.

Eine weitere Schiene des Wissenstransfers ist die individuelle Beratung der Unternehmen in allen Fragen der Produktion und des Marketing einschließlich neuer Technologien im In- und Ausland. Die Staatsregierung verbilligt die Kosten solcher Beratungen für kleine und mittlere Unternehmen mit öffentlichen Mitteln.

Unverzichtbar ist schließlich auch der Kontakt zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Hier helfen wir

bei der Aufbereitung und Vermittlung des notwendigen Wissens: Über die bereits bestehenden Kontaktund Beratungsstellen für Technologietransfer bei der Landesgewerbeanstalt und bei den Kammern der gewerblichen Wirtschaft werden wir den Aufbau von Kontaktstellen sowohl bei den Hochschulen wie auch bei außeruniversitären Forschungseinrichtungen vorantreiben. Unser Ziel ist ein landesweites Netz von Technologietransferstellen.

Im Zeichen der Internationalisierung der Märkte haben die mittelständischen Unternehmen in Bayern in den vergangenen Jahren Export möglichkeiten in zunehmendem Maße wahrgenommen. So ist der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz bei unseren kleinen und mittleren Unternehmen von rund 13 Prozent im Jahre 1980 auf 18,7 Prozent im Jahre 1985 angestiegen.

Wir werden auch in Zukunft unsere bewährten Förderprogramme einsetzen und ausbauen:

- die gezielte F\u00f6rderung von Beratungen in au\u00edenwirtschaftlichen Fragen, und zwar auf den konkreten Betrieb, auf das konkrete Produkt und auf den konkreten Auslandsmarkt bezogen,
- Hilfen bei der Beteiligung an Auslandsmessen
- Unterstützung bei der oft schwierigen Finanzierung von Auslandsgeschäften.

Auch für das technische Handwerk gewinnt die Exportförderung zunehmend an Bedeutung. Ein mit dem Handwerk abgestimmtes Konzept hat deshalb den Aufbau einer Exportdatenbank und eine noch stärkere Beteiligung des Handwerks an Auslandsmessen zum Ziel.

Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist schließlich der Schritt in technologisches Neuland oft mit besonderem Risiko verbunden. Mit Hilfe des Bayerischen Innovationsförderungsprogrammes und des Technologieeinführungsprogrammes unterstützen wir diese Unternehmen, und zwar von der Entwicklung einer technologisch neuen und wirtschaftlich sinnvollen Idee bis hin zur Einführung des Produktes auf dem Markt. Gerade diese Phase ist mit besonderen Unsicherheiten behaftet, die der Mittelstand aus eigener Kraft oftmals nicht bewältigen kann.

Meine Damen und Herren! Die Position Bayerns im ausgehenden 20. Jahrhundert hängt wesentlich auch davon ab, in welchem Umfang es gelingt, Bayern als eines der führenden europäischen Wirtschaftszentren zu erhalten und weiter auszubauen im Sinne des Leitbildes, das der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung aufgestellt hat. Dazu gehören neben leistungsfähigen, aufgeschlossenen Unternehmen auch eine ausreichende Ausstattung mit modernen Infrastruktureinrichtungen und der Erhalt des Vertrauensklimas zwischen Wirtschaft und Staat.

Die Gefahren von technischem Fortschritt und wirtschaftlichem Wachstum für unsere Umwelt wurden zum Teil in verantwortungsloser Form vereinfacht und überzogen. Inzwischen ist für die große Mehrheit un-

serer Bürger klar, daß sie für den Ausstieg aus der modernen Technik mit Massenarbeitslosigkeit und Massenelend teuer bezahlen müßten, ohne daß der Umwelt dadurch geholfen wäre. Denn je ärmer ein Land ist, um so weniger kann für die Umwelt getan werden.

Heute steht fest, daß sich der notwendige Freiraum für eine angemessene wirtschaftliche Entwicklung langfristig allein durch umweltverträgliches Handeln bewahren läßt. So erweist sich Umweltschutz nicht nur als ökologische, sondern auch als ökonomische Notwendigkeit.

Umgekehrt ist effektiver Umweltschutz nur in einer modernen Wirtschaft zu erreichen. Wir können eine gesunde Umwelt weder durch Flucht aus unserem Wirtschaftssystem noch durch Verzicht auf Wissenschaft und Technik erreichen. Die Wirtschaft braucht den technischen Fortschritt, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Umwelt braucht ihn, weil mit der verfeinerten Technik die industrielle Produktion zugleich auch ökologisch modernisiert wird.

So bringen wir Ökologie und Ökonomie in Einklang und erhalten die natürlichen Lebensgrundlagen, ohne den Bürgern Wohlstand und soziale Sicherheit zu nehmen. Was wir brauchen, ist auch hier eine realitätsbezogene, ausgewogene Politik mit Augenmaß:

- eine Politik, die einen klaren Handlungsrahmen setzt, in dem Platz ist für marktwirtschaftliche Dynamik, Eigenverantwortung und Innovationsbereitschaft der Unternehmen,
- eine Politik, die beständig und damit für alle am Wirtschaftsleben Beteiligten berechenbar ist,
- eine Politik, die auf Kooperation zwischen Wirtschaft und Staat setzt, damit, wo immer es geht, gesetzlicher Zwang aufgrund freiwilliger Leistungen überflüssig wird.

(Beifall der CSU)

Meine Damen und Herren! Unerläßlich für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung ist auch die Sicherung einer ausreichenden und bezahlbaren Energieversorgung, die die Umwelt möglichst wenig belastet. Hier haben wir vor allem in Bayern in den vergangenen Jahren große Erfolge erzielt:

- Der starke Verbrauchsanstieg früherer Jahre wurde gebremst. Energie wird heute wesentlich rationeller genutzt. Mit dem gleichen Energieverbrauch wie Ende der 70er Jahre erzielen wir in Bayern heute ein um rund ein Fünftel höheres Wirtschaftsprodukt.
- Unsere Ölabhängigkeit ist deutlich zurückgegangen, vor allem von der OPEC. Dadurch sind wir heute gegen die wirtschaftlichen und politischen Risiken des Weltenergiemarktes relativ abgesichert.

 Die Strompreise Bayerns, vor zehn Jahren noch zehn Prozent über dem Bundesdurchschnitt, sind heute die günstigsten im gesamten Bundesgebiet.

(Beifall bei der CSU)

 Schließlich konnte die Umweltbelastung vor allem durch Kraft- und Heizwerke in Bayerń allein durch die Umstellung der Stromerzeugung auf umweltfreundlichere Energieträger beispiellos reduziert werden. Durch die Nachrüstung der Kohlekraftwerke ergibt sich eine weitere wesentliche Verringerung der Schadstoffbelastung.

Obwohl von der Natur alles andere als energiepolitisch begünstigt, ist die Energieversorgung Bayerns, die früher einen gravierenden Standortnachteil darstellte, heute zu einem bedeutenden Standortvorteil geworden. Daran hat die Kernenergie wesentlichen Anteil. Sie hat das Öl aus der Stromerzeugung verdrängt und eine Vielzahl sonst notwendiger zusätzlicher Kohlekraftwerke mit allen Folgen für Umwelt und Strompreise vermieden.

Die Kernenergie liefert heute rund drei Fünftel des in Bayern erzeugten Stromes. Mit der Inbetriebnahme von Ohu 2 voraussichtlich im nächsten Jahr ist eine ausreichende Grundlastkapazität für absehbare Zeit erreicht. Angesichts der erwarteten Stromverbrauchsentwicklung rechne ich nicht damit, daß wir in Bayern in diesem Jahrhundert noch ein weiteres Kraftwerk brauchen werden.

Was wir aber brauchen, ist eine gesicherte Entsorgung für die bestehenden Kraftwerke. Dazu gehört auch die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, ebenso die Weiterentwicklung der Technik der direkten Endlagerung.

Zur verbesserten Energieversorgung Bayerns hat wesentlich auch das Erdgas beigetragen, dessen Ausbau wir seit 1970 vor allem im ländlichen Raum stark gefördert haben. Vorwiegend den Ballungsräumen kommt dagegen die Förderung der Fernwärme zugute. In eingehenden Verhandlungen haben wir die zweimalige Verlängerung des entsprechenden Bund-Länder-Programms bis Ende dieses Jahres erreicht.

Ein Schwerpunkt unserer Energiepolitik war und bleibt die Förderung rationeller Energieteverwendung und neuer Energietechniken. Die im Einzelplan 07 ausgewiesenen Mittel für das landeseigene Programm zur Förderung vor allem von Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben sind nur ein Bruchteil dessen, was von staatlicher Seite finanziell geleistet wird. Insgesamt stehen in Bayern jährlich staatliche Mittel in der Größenordnung von 350 Millionen DM für Maßnahmen zur Energieeinsparung und für neue Energietechnologien zur Verfügung, davon über die Hälfte Landesmittel. Im übrigen aber setzen wir hier auf die regulierende Kraft des Marktes und auf eine umfassende Aufklärung.

Unsere Energieversorgung wird nicht von einem landesweiten Behördenapparat betrieben, sondern von wirtschaftlichen Unternehmen, von großen und klei-

nen, von kommunalen, staatlichen und privaten. Die Erhaltung dieser leistungsfähigen Unternehmensund Versorgungsgebietsstruktur ist vor allem in der Stromversorgung besonders wichtig. Die Staatsregierung wird alles daran setzen, daß eine schädliche Zersplitterung durch einseitige Tendenzen zu Dezentralisierung und Kommunalisierung verhindert wird. Wir werden keine strukturelle Entwicklung in Bayern zulassen, bei der am Ende das flache Land mit seiner ungünstigen Versorgungsstruktur die Rechnung zahlen muß.

Ein Problem von derzeit besonderer Aktualität ist der Kohlepfennig. Er belastet allein die bayerischen Stromverbraucher Jahr für Jahr mit dreistelligen Millionenbeträgen. Er soll jetzt erneut drastisch angehoben werden. Empfänger sind vor allem die Revierländer, die unsere Solidarität in Anspruch nehmen, den dafür unerläßlichen Konsens über die notwendige Nutzung von Kohle- und Kernenergie aber kategorisch verweigern. Wir können uns die Milliardensubventionen für die deutsche Steinkohle, die wir zahlen, nur leisten, wenn wir zum Ausgleich die Kostenvorteile der Kernenergie haben.

(Beifall bei der CSU)

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und damit die Sicherheit unserer Arbeitsplätze hängen nicht zuletzt davon ab, ob die Kernenergie in unserem Lande weiterhin bedarfsgerecht genutzt werden kann oder nicht.

Wenn die Revierländer auch künftig alle Appelle und Versuche zurückweisen, diesen energiepolitischen Grundkonsens zu erneuern, und zwar nicht nur von uns, sondern auch vom deutschen Steinkohlebergbau selbst, zwingen sie uns zu Maßnahmen, die den Kohlepfennig insgesamt und damit auch den Jahrhundertvertrag in Frage stellen.

Meine Damen und Herren! Zur Sicherung einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung und zur Bewältigung des künftigen Verkehrszuwachses benötigt Bayern einen bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrs wege zu Lande, zu Wasser und in der Luft. In den beiden letzten Jahren konnten hier wichtige Erfolge errungen werden:

- Der Anteil Bayerns an den Investitionen für die Bundesfernstraßen erhöhte sich von 17,3 Prozent auf 19,1 Prozent. Damit können nun fast alle wichtigen Vorhaben zur besseren Erschließung und Anbindung strukturschwacher und peripherer Gebiete in Angriff genommen bzw. fertiggestellt werden.
- Große Neu- und Ausbauvorhaben der Bundesbahn wurden als vordringlich in die Investitionsplanung des Bundes aufgenommen.
- Aufgrund der Vereinbarung mit der Deutschen Bundesbahn vom 26. März letzten Jahres konnte

- der Schienenpersonenverkehr bei einem Großteil der Nebenstrecken in Bayern erhalten werden.
- Der Ausbau der S-Bahn München wird planmäßig fortgeführt.
- Im öffentlichen Personennahverkehr konnten weitere Verkehrskooperationen eingerichtet werden; neue Verkehrsverbünde in Augsburg und im Großraum Nürnberg wurden gegründet.
- Schließlich konnten die rechtlichen Hürden für den Bau des Flughafens München II mit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 5. Dezember 1986 überwunden werden.

Meine Damen und Herren! Ich darf mir dazu eine persönliche Anmerkung erlauben: Was haben wir hier debattiert, wie bin ich hier verdächtigt worden, und nun stellt das Bundesverwaltungsgericht fest, Jaumann war nie beteiligt.

(Starker Beifall bei der CSU)

Diese persönliche Anmerkung möchte ich mir doch erlauben.

(Abg. Karl-Heinz Müller: Sie sind leider nicht zu verstehen!)

- Dann sage ich es noch einmal: Mit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 5. Dezember 1986 habe ich auch klar bescheinigt erhalten, daß ich nie an der Flughafenplanung beteiligt war, und ich habe es bedauert, daß ich im Zusammenhang mit der Debatte über den Flughafen hier weitestgehenden Angriffen der Opposition ausgesetzt war.

(Beifall bei der CSU)

Aber gut, die Sache ist vorbei. Es gibt allerdings die Rolle der Gerichtsbarkeit bei bestimmten größenbedingten Objekten zu denken.

Nunmehr gilt es, diese verkehrspolitischen Erfolge zu sichern und weiter auszubauen. Im einzelnen bedeutet dies zum Beispiel, daß die in der Investitionsplanung des Bundes als dringlich anerkannten Straßen- und Schienenprojekte jetzt zügig und ohne Abstriche verwirklicht werden müssen. Dazu bedarf es insbesondere einer baldigen Entscheidung über alternative Trassenführungen bei den Schienenstrecken im Bereich Nürnberg-München und im Raum Ulm.

Insbesondere werden wir uns für dringend notwendige Verbesserungen weiterer Schienenverbindungen in allen Landesteilen einsetzen. Dies gilt etwa für die Strecken Nürnberg-Regensburg-Passau, Nürnberg-Hof und München-Lindau.

Die bereits genannte Vereinbarung Bayerns mit der Deutschen Bundesbahn hat endlich Sicherheit über den weitgehenden Erhalt der Nebenstrecken geschaffen. Jetzt geht es darum, durch Modernisierung und Rationalisierung bei den zu erhaltenden Strecken den Schienenverkehr attraktiver und kostengünstiger zu machen. Wo der Schienenpersonenverkehr auf die Straße verlagert wird, muß vollwertiger Ersatzverkehr bereitgestellt werden.

Die derzeitige Situation des öffentlichen Personennahverkehr gibt Anlaß zur Besorgnis. Die Hauptursache sind sinkende Schülerzahlen. Weitere Ursachen sind die tendenziell rückläufige Bevölkerung und der steigende Pkw-Bestand. Gerade auch aus energie- und umweltpolitischen Gründen wollen wir jedoch den öffentlichen Personennahverkehr in Stadt und Land weiter verbessern. Ich gebe aber zu bedenken, daß wir nicht für alle Landesteile gleich vorgehen können. Manche Landkreise benötigen keinen Personennahverkehr, andere hingegen brauchen ihn dringend. Deshalb muß ein der allgemeinen Situation angepaßter öffentlicher Personennahverkehr geschaffen werden.

Für den öffentlichen Personennahverkehr in der Fläche ist nach wie vor dringend zu wünschen, daß er wieder von der Mineralölsteuer befreit wird. Der Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder aus dem Jahre 1985 wartet immer noch auf die Verwirklichung durch die Bundesregierung.

Meine Damen und Herren! Die beiden Großprojekte Flughafen München II und Main-Do-nau-Kanal sollen planmäßig bis 1991 beziehungsweise 1992 fertiggestellt werden.

Wir erwarten uns vom Bau und Betrieb des neuen Flughafens wesentliche Impulse für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft in der Region. An dem hohen Investitionsvolumen wird die bayerische Bauwirtschaft einen erheblichen Anteil haben.

Auch der Main-Donau-Kanal zeigt bereits erfreuliche Wirkungen. Schiffahrtsunternehmen vom Rhein und vom Main sichern sich Stützpunkte an der Donau. Wir unterstützen die Bemühungen der Kommunen um den Aus- und Neubau von Häfen und Länden längs der Wasserstraße, damit der neue Kanal auch insoweit optimal genutzt werden kann.

Eine der wichtigsten verkehrspolitischen Aufgaben der nächsten Zukunft ist die Gestaltung der Verkehrs marktordnung für den einheitlichen EG-Binnenmarkt. Die Bayerische Staatsregierung wird entsprechend dem Ministerratsbeschluß von Mitte letzten Jahres gegenüber dem Bund darauf drängen, daß Liberalisierungsmaßnahmen nur Zug um Zug mit einer Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen erfolgen.

Aus unserer Sicht besonders dringend ist dabei die Koordination der EG-Verkehrspolitik mit den Nicht-EG-Staaten Österreich und Schweiz. Diese zeigen eine zunehmende Tendenz, den Straßengüterverkehr zu belasten und zu beschränken zum Nachteil unseres Transportgewerbes und unseres Handelsaustausches mit dem Süden und Südosten Europas.

Neuerdings erwägt die österreichische Bundesregierung die Einführung einer Autobahnbenützungsgebühr. Ich würde das außerordentlich bedauern. Damit ginge wieder etwas von der Freizügigkeit des internationalen Verkehrs verloren, die für die Wirtschaft ganz Europas so wichtig ist. Sollte

es wirklich so weit kommen, könnten wir es gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern kaum noch vertreten, Österreicher auf unseren Straßen weiterhin kostenlos fahren zu lassen. Ob es uns gefällt oder nicht, wir müßten an die partielle Einführung einer Autobahnbenützungsgebühr bei uns denken.

(Beifall bei der CSU)

Wir sollten dann außerdem erneut die Frage aufgreifen, ob der Straßengüterverkehr von Österreich in die Bundesrepublik nicht in gleicher Weise belastet werden sollte, wie dies gegenüber deutschen Unternehmen in Österreich mit der Erhebung eines Straßenverkehrsbeitrages geschieht. In diesem Sinne habe ich mich auch an den Bundesminister für Verkehr gewandt.

Gerade Bayern ist aufgrund seiner Lage auf leistungsfähige Verkehrswege auch jenseits seiner Grenzen angewiesen, wenn ich nur an den Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Italien denke. Wir sind lebenswichtig auf diese Verbindungen angewiesen. Es könnte tatsächlich der Fall sein, daß aufgrund der ungünstigen Verkehrsentwicklung dann auch Ansätze im Außenhandelsbereich verloren gehen. Das wäre undenkbar bezüglich der Folgewirkung auch und gerade für unsere Landwirtschaft. Damit wir den wachsenden alpenüberquerenden Güterverkehr auch in Zukunft ohne Schaden für die Umwelt bewältigen können, müssen vor allem die Eisenbahnen wesentlich leistungsfähiger werden. Ich hoffe, daß nach Vorlage der Studie über die Realisierbarkeit eines Brenner-Eisenbahntunnels Ende 1987 möglichst rasch eine positive Entscheidung fallen kann.

Meine Damen und Herren! Zur optimalen Infrastruktur eines Landes gehört in zunehmendem Maße auch die Telekommunikation als die "Straßen der Zukunft". Die stürmische technische Entwicklung in diesem Bereich wird zu einem immer engeren Zusammenspiel von Informationsübertragung und Informationsverarbeitung führen. Dies eröffnet Möglichkeiten zur Rationalisierung. Es bieten sich aber auch Chancen für zusätzliche Arbeitsplätze, für neue Formen der Arbeitsteilung und der Dezentralisierung.

Die deutsche Wirtschaft wird sich international nur behaupten können, wenn sie über modernste, preislich konkurrenzfähige Telekommunikationsdienste verfügen kann. Die von der Bundesregierung eingesetzte Regierungskommission Fernmeldewesen soll klären, ob die Bundespost bei ihrer derzeitigen Aufgabenstellung und Organisationsstruktur auch künftig in der Lage ist, der enorm wachsenden Bedeutung des Fernmeldewesens für die Wirtschaft als Hersteller und Anwender gerecht zu werden.

Bayern ist auf eine leistungsfähige und flächendekkende Fernmelde-Infrastruktur angewiesen. Deshalb wollen wir das Netzmonopol der Deutschen Bundespost insgesamt erhalten. Bei den Fernmeldediensten, beim Vertrieb und der Wartung der Geräte glauben wir allerdings, daß mehr Wettbewerb unter Beteiligung der Deutschen Bundespost das Angebot vielfältiger und kostengünstiger machen kann.

Meine Damen und Herren! Für die Rolle Bayerns im internationalen Wirtschaftsgeschehen wird es wesentlich darauf ankommen, daß unsere Wirtschaft dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik entsprechende Produkte auf den Markt bringt und bei der Herstellung die modernsten Verfahren einsetzt. Hierzu bedarf sie der Ergebnisse der angewandten Forschung.

Nun ist in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland ein heftiger, wenn nicht sogar erbitterter Wettlauf um Forschungseinrichtungen zwischen den Bundesländern entbrannt. Obwohl wir in Bayern seit jeher eine recht gute Forschungsinfrastruktur besaßen und auch eine in die Zukunft gerichtete weitblikkende Forschungspolitik betrieben haben, waren in den vergangenen drei Jahren im Bereich der an gewandten Forschung erhebliche Anstrengungen erforderlich. Sie haben sich freilich auch gelohnt.

Wir haben der wirtschaftsnahen Forschung in Bayern neue Impulse gegeben, die Infrastruktur der vorhandenen Forschungseinrichtungen verbessert und neue Forschungsinstitute innerhalb der weiß-blauen Grenzen angesiedelt. Es waren dies

- neue und erweiterte Forschungseinrichtungen der Mikroelektronik außerhalb der Universitäten in Erlangen-Nürnberg und München,
- ein bedeutendes Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der neuen Werkstoffe,
- der Ausbau des Umweltforschungsinstitutes in Garmisch-Partenkirchen.

Mit beträchtlichen Mitteln wollen wir auch in den nächsten Jahren dazu beitragen, daß Bayern ein Zentrum modernster Spitzentechnik bleibt.

- In Oberpfaffenhofen soll ein Zentrum der europäischen Raumfahrt eröffnet werden, dessen technologische Ausstrahlung der gesamten bayerischen Wirtschaft zugute kommen wird.
- Der Konzentration der deutschen Nahrungsmittelindustrie in Bayern entsprechend soll das bestehende Fraunhöfer-Institut für Lebensmitteltechnologie und Verpackung zu einem allen Ansprüchen
 genügenden Zentrum der Lebensmitteltechnikforschung ausgebaut werden.
- Schließlich ist eine Aufstockung der bereits früher in die Wege geleiteten Fördermaßnahmen für die Mikroelektronikforschung in Erlangen-Nürnberg beabsichtigt.

Das Thema ,neue Technologien' führt mich zu einem weiteren Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik.

Die berufliche Qualifikation der Fach- und Führungskräfte ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern und für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben. Angesichts des raschen technologischen Wandels und der damit einhergehenden Veränderungen erhält die Berufsbildung noch mehr als bisher eine Schlüsselfunktion.

In Bayern zeigt die überdurchschnittlich positive wirtschaftliche Entwicklung, daß bei uns auch die berufliche Bildung vom richtigen Konzept getragen ist.

(Beifall bei der CSU)

Die Staatsregierung hat hier vor allem auf die Leistungsfähigkeit und Verantwortlichkeit der Wirtschaft hat immer wieder bewiesen, daß sie auf wechselnde Anforderungen flexibel und erfolgreich reagiert, schon im eigenen Interesse. Ich möchte das ganz bewußt betonen, weil immer gesagt wird, die Wirtschaft handle nur nach ihrem Profitinteresse, natürlich; aber dieses eigene Interesse bewirkt auch, daß die bayerischen Ausbilder ein Höchstmaß an Ausbildung geben, damit sie entsprechend ausgebildete Leute haben. Auch deshalb haben wir in Bayern seit 1979 im bundesweiten Vergleich die beste Ausbildungsstellensituation. Die Wirtschaft wird auch künftig Garant für Zukunftslösungen sein.

Ich möchte daher allen Handwerksmeistern und Ausbildern, aber auch allen Männern und Frauen, die im Bereich der Fortbildung tätig sind, sehr herzlich danken für ihren verantwortungsvollen und erfolgreichen Einsatz im Bereich der Berufsbildung. Die Ausbildung ist das A und O des wirtschaftlichen Aufstiegs.

(Beifall bei der CSU)

Mit den Fördermitteln meines Hauses konnten wichtige Initiativen und Hilfen geleistet werden, um gerade bei kleineren Betrieben die berufliche Qualifizierung sicherzustellen. In der Förderung des flächendeckenden und qualitativ hoch angesiedelten Berufsbildungsangebotes für kleine und mittlere Betriebe, die nicht wie Großbetriebe auf interne Schulungen zurückgreifen können, sehe ich eine der wichtigsten mittelstandsorientierten Aufgaben.

In Zukunft kommt es darauf an, auf die Qualität in der beruflichen Bildung verstärkte Aufmerksamkeit zu richten. Besonders im Hinblick auf neue Technologien ist es unverzichtbar, Aus- und Fortbildung noch stärker an neuen Entwicklungen zu orientieren. Dabei kommt vor allem der Fortbildung eine immer größere Aufgabe zu. Bei ihrer Bewältigung sind Betriebe, überbetriebliche Bildungseinrichtungen und Hochschulen gleichermaßen gefordert.

Gerade in der Einbindung der Hochschulen in die berufliche Weiterbildung sehe ich einen neuen Schwerpunkt. Der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft muß deshalb zukünftig unser verstärktes Augenmerk gelten. Im Wettbewerb um neue Märkte – gerade auf dem Gebiet der neuen Technologien – müssen wir weiter bemüht sein, den Wissens- und Technologietransfer zwischen unseren Hochschulen und den Unternehmen der Wirtschaft auch unter dem Aspekt der Qualifizierung der Mitarbeiter zu fördern.

Es wird darauf ankommen, bei den Hochschulen wie bei der Wirtschaft das Bewußtsein für die Vorteile einer engeren Kooperation zu stärken. Daneben muß der Austausch von Wissenschaftlern zwischen Hochschule und Wirtschaftsunternehmen erleichtert wer-

den. Schließlich müssen sich die Hochschulen künftig stärker als bisher in der wissenschaftlichen Weiterbildung engagieren und zu diesem Zweck die Kooperation mit den Trägern der beruflichen Fortbildung suchen. Wir können es uns nicht leisten, auf die Mithilfe der Hochschulen auf diesem Feld zu verzichten.

Meine Damen und Herren! Unsere Politik ist seit jeher eine Politik für die Menschen. Die Achtung vor dem Leben, vor der Menschenwürde und vor der persönlichen Freiheit, aber auch Verantwortungsbewußtsein und echte Solidarität sind Grundüberzeugungen, die unsere Politik prägen. Es geht uns vor allem um

- '- sichere und menschengerechte Arbeitsplätze,
- eine lebens- und liebenswerte Umwelt,
- sozialen Fortschritt und
- eine Gesellschaftsordnung mit menschlichen Zügen.

Der Staat kann diese Ziele freilich nicht im Alleingang verwirklichen. Ich habe eingangs von den großen nationalen und internationalen Herausforderungen gesprochen. Wenn wir diese Herausforderungen bestehen wollen, ist die Mitarbeit aller notwendig.

Politik für die Menschen bedeutet umgekehrt aber auch, Anforderungen an die Menschen zu stellen. Das bedeutet beispielsweise:

Die Tarifparteien müssen die Chancen der dritten industriellen Revolution konsequent für mehr Beschäftigung nutzen. Wir brauchen eine Neugestaltung der Arbeitsbedingungen und dabei mehr Freiräume, mehr Individualität und natürlich auch den Blick für das Machbare.

Das bedeutet aber auch, daß sich die Unternehmen den Herausforderungen offensiv stellen müssen. Im asiatischen und pazifischen Raum etwa sind die Perspektiven aufgrund der Vielzahl und Größe der gerade erst heranreifenden Märkte außerordentlich günstig. Für mich steht außer Frage: Nur Unternehmen, die Marktchancen bewußt ausschöpfen, werden auch ihrer Verantwortung für die Neuschaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen gerecht.

Die Arbeitnehmer selbst sind natürlich aufgefordert, sich beruflich weiterzubilden. Ich sehe gerade hierin einen wichtigen Schlüssel, mit dem wir uns die Zukunft erschließen können. Unsere Gesellschaft muß angesichts des raschen strukturellen Wandels geistig beweglicher sein und – wo notwendig – auch ihre Ansprüche zurückschrauben.

Wir brauchen mehr denn je eine gemeinsame Strategie nach vorne, eine nationale Kraftanstrengung, die mit der Wiederaufbauleistung der Nachkriegszeit vergleichbar ist. Seien Sie versichert: Was die bayerische Wirtschaftspolitik hierzu beitragen kann, werden wir beitragen. Die beachtlichen wirtschaftlichen Erfolge in den letzten rund vier Jahrzehnten sind uns hierbei Ansporn und Verpflichtung zugleich. In diesem Sinne bitte ich um Ihre Mithilfe bei dieser Politik und um Ihre Zustimmung zum Einzelplan des Wirtschaftsministeriums.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Dr. Seebauer!

Dr. Seebauer (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Staatsminister! Lassen wir die Zahlen zum Wirtschaftshaushalt gemeinsam mit Ihnen Revue passieren, dann sehen wir an Ihrem Haushalt ganz deutlich, daß wir es mit einem zunehmenden Bedeutungsverlust der bayerischen Wirtschaftspolitik im Rahmen der Gesamtpolitik der CSU-Staatsregierung und mit einem faktischen Machtverlust des Wirtschaftsministeriums im Kabinett Strauß zu tun haben. Ich will es begründen:

Die Gesamtausgaben des Haushalts 1987 wachsen um vier Prozent, die des Wirtschaftsetats Einzelplan 07 nur um 2,7 Prozent. Dies dokumentiert den abnehmenden Stellenwert. Im Vergleich zu 1985 geht das Haushaltsvolumen sogar um sechs Prozent zurück, meine Damen und Herren. In wichtigen Einzelbereichen fallen wir hinter Ansätze aus der Vergangenheit zurück. So stellen wir z.B. eine Stagnation bei den Ausgaben zur Förderung des Handwerks fest, eine Reduktion der Ausgaben zur Förderung der Wirtschaft um 2,1 Prozent, eine erhebliche Reduktion der Förderung der Mikroelektronik in Bayern um 5,6 Prozent - dabei dachten wir, dies sei ein Schwerpunktgebiet - und eine leichte Reduktion um 0,6 Prozent der Ausgaben zur Förderung der Außenwirtschaft, die ja im wesentlichen dem Mittelsfand zugute kommen.

Der größte und wichtigste Ansatz im Einzelplan 07 ist mit 560 Millionen DM im Kapitel 07 04 der Ansatz für die regionale Wirtschaftspolitik. Er verringert sich um sechs Millionen DM, also um ein Prozent. Dabei ist es die Aufgabe der regionalen Wirtschaftspolitik, den wirtschaftlichen Rückstand der benachteiligten Gebiete abzubauen, wie Herr Staatsminister Jaumann selbst dargestellt hat. Ebenso haben wir bei Titelgruppe 71, Gemeinschaftsaufgabe, ein Minus von 4,18 Millionen DM oder 3,2 Prozent, und wir haben eine Stagnation bei Titel 72, Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm, nachdem der Einzelplan 07 trotz seiner leichten Zuwachsrate von 2,7 Prozent hinter dem allgemeinen Wachstum des Gesamtetats um vier Prozent zurückbleibt.

Meine Damen und Herren! Wenn man sich diese Zahlen nüchtern betrachtet, dann sieht man daran, wie gesagt, nicht nur einen Bedeutungsverlust der Wirtschaftspolitik in Bayern, sondern auch keine Weiterentwicklung im Bereich der Wirtschaftsförderung, vielmehr nach wie vor anhaltende Ideenlosigkeit,

(Zustimmung von der SPD)

eine totale Routine in allen Förderprogrammen, die seit 20 Jahren gefahren werden, eine Verdrängung der faktischen sektoralen, strukturellen und industriellen Probleme, die es in weiten Gebieten Bayerns, z.B. in Nordbayern, in Ostbayern, in Teilen von (Dr. Seebauer [SPD])

Schwaben und in Mittelfranken, gibt. Aus diesem Grund wird dieser Etat in seiner Gesamtheit den wirtschaftlichen Problemen des Freistaates Bayern nicht gerecht.

Eine zweite Bemerkung zu Ihnen persönlich, Herr Staatsminister! Sie haben für mich heute eine ganz typische Politikerrede gehalten, die man eigentlich in dieser Art nicht mehr hören kann und gar nicht mehr hören will.

(Beifall bei der SPD)

Da wird von "großen Herausforderungen" gesprochen, große Herausforderungen sind ja Mode, aber dann folgen kleine Maßnahmen und kleine Antworten. Es wird gesagt, die allgemeine Lage ist durchaus ernst: Dollarverfall, Protektionismus, aber bei uns ist die Lage natürlich rosig. Aber die sich abzeichnende konjunkturelle Abschwächung haben Sie natürlich nicht genannt; dazu werde ich noch ein paar Bemerkungen machen. Als drittes sagen Sie, was wir machen, ist, war und bleibt richtig, und zum vierten schließlich sagen Sie, wenn irgend etwas schiefgeht, muß irgend etwas anderes schuld sein, z.B. der Dollar, die Opposition oder natürlich die Gewerkschaften mit ihren überzogenen Lohnforderungen.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte es für ehrlicher und der Sache dienlicher gehalten, wenn Sie die Situation so beschrieben hätten, daß wir uns – Gott sei Dank – seit einigen Jahren in einer einigermaßen ordentlichen konjunkturellen Bewegung befinden, daß wir aber gleichzeitig wissen müßten, daß die konjunkturelle Aufschwungbewegung erste Dämpfer zeigt und daß wir die Strukturprobleme unserer Wirtschaft deswegen um so gründlicher angehen müssen.

(Abg. Karl-Heinz Müller: Sehr richtig! – Beifall bei der SPD)

Diese möchte ich jetzt nennen.

Meine Damen und Herren! Trotz ihrer großen Ankündigungen in Bonn hat die CDU/CSU kein einziges wichtiges Strukturproblem unserer Wirtschaft gelöst. Ich werde Ihnen das nachweisen.

(Abg. Will: Sie haben es gelöst!)

Die Arbeitslosigkeit sinkt trotz einer Wirtschaftswachstumsrate seit zwei Jahren nicht. Die Staatsverschuldung ist nicht abgebaut worden. Trotz einer höheren Inanspruchnahme von Bundesbankgewinnen kann überhaupt keine Rede davon sein, daß Sie etwa in den Haushalten mehr Platz für investive Ausgaben gewonnen hätten. Die Investitionsquote des Bundeshaushalts zum Beispiel sinkt.

Die steuerlichen Verwerfungen und Ungerechtigkeiten unseres Steuersystems werden auch mit der erst für 1990 vorgesehenen Steuerreform nicht beseitigt.

(Abg. Karl-Heinz Müller: Genauso ist es!)

nämlich die Explosion der Lohnsteuer bei gleichzeitigem Rückgang des Einkommen- und Körperschaft-

steueraufkommens und das Fortbestehen der Schlupflöcher im Einkommen- und Körperschaftsteuerbereich. Sie zu stopfen wäre die Grundlage für eine Tarifreform gewesen, wie sie viele oder, wie ich hoffe, alle Seiten dieses Hauses im Grunde befürworten.

Es geht politisch nicht, nur von der Senkung von Spitzensteuersätzen, von einem Abbau der Grenzbelastung usw. zu sprechen, aber nicht gleichzeitig, wie es z.B. in den USA richtig gemacht worden ist, erst die Möglichkeiten der Steuervermeidung zu beseitigen. Man erweckt den Anschein einer höheren Steuergerechtigkeit, bevorzugt in Wirklichkeit aber einseitig höhere Einkommen, ohne eine Steuergerechtigkeit herzustellen.

Der nächste Punkt ist der Abbauvon Subventionen. Sie haben dies versprochen, meine Damen und Herren! Die Subventionen des Bundes aber sind, je nachdem, wie man rechnet, zwischen 10 und 20 Prozent angestiegen. Wir alle werden diese Entwicklung in den nächsten Jahren spüren.

Als weiteres hatten Sie sich eine stärkere Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen vorgenommen. Meine Damen und Herren! Es gibt unter Wirtschaftsfachleuten, die sich mit diesem Thema beschäftigen, überhaupt keinen Zweifel, daß die steuerliche Belastung der kleinen und mittleren Unternehmen im Vergleich zur Belastung der Großunternehmen eher noch zugenommen hat.

Nach wie vor ist es nicht gelungen, die Erträge aus Immobilien und Geldanlagen steuerlich annähernd mit den bisher benachteiligten Erträgen aus produktiver Arbeit oder produktivem Kapitaleinsatz gleichzustellen. Die Eigenkapitalbasis der kleinen und mittleren Unternehmen, die Sie ja immer beklagt haben, während wir das nicht ganz so dramatisch gesehen haben, wird durch keine einzige Maßnahme, die wir bisher kennen, verbessert.

Dabei ist bei der ganzen Steuerreform, meine Damen und Herren, die Frage offen, wie sie finanziert werden soll.

(Abg. Karl-Heinz Müller: So ist es!)

Sollten Sie die begrüßenswerten Entlastungen im unteren Bereich der kleinen und mittleren Einkommen letztendlich mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Verbrauchssteuern finanzieren, werden Sie die kleinen Einkommen doppelt so stark treffen, wie Sie sie durch die Steuerreform entlastet haben.

(Zustimmung von der SPD)

Das wäre dann wirklich ein Trick.

Die Einkommensprobleme der Landwirtschaft sind nicht gelöst. Sie werden sich in Anbetracht der Strukturprobleme Bayerns potenzieren und zu den allgemeinen wirtschaftlichen Problemen der schwachstrukturierten Gebiete kommen.

Neuere Untersuchungen, aus denen ich ein paar Zahlen zitieren könnte, haben ergeben, daß die Benachteiligung schwachstrukturierter Gebiete nicht wesentlich abgebaut worden ist.

(Dr. Seebauer [SPD])

Die Sanierung der Deutschen Bundesbahn macht überhaupt keine Fortschritte. Die Bundesbahn fährt in einen Schuldenberg von weit über 40 Milliarden DM hinein.

(Zuruf von der CSU)

Herr Kollege, es tut mir leid! Sie beschäftigen sich offensichtlich nicht ganz so viel mit Zahlen, wie dies unsereiner tun muß. Der Unterschied zwischen den Erträgen und den Kosten der Bundesbahn, also das, was zum Schluß übrigbleibt, ist nicht mehr geworden, sondern weniger. Was uns vor allem Sorge macht, und dies ist ein Problem, das wir gemeinsam lösen müssen, ist die Tatsache, daß die Marktanteile und damit auch die Erträge der Bundesbahn aus dem Güterverkehr zurückgehen, obwohl wir in den letzten Jahren eine ordentliche Mengenkonjunktur gehabt haben.
 (Zustimmung von der SPD)

Eine Verbesserung der Ausbildung im natürlich dualen System, meine Damen und Herren, aber auch eine Verbesserung der Ausbildung im beruflichen Teil der öffentlichen, der staatlichen Bildung hat nicht stattgefunden. Wenn Sie die Ausbildung als das A und O einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik bezeichnen, Herr Staatsminister, und ich meine mit Recht, weil wir als exportabhängiges Land auf qualifizierten Nachwuchs und auf die Nachqualifizierung vieler Menschen im Laufe ihres Arbeitslebens angewiesen sind, dann frage ich mich, wo die großen Ansätze und Maßnahmen denn bleiben, sei es in diesem Haushalt, sei es in einem anderen Haushalt, um dieses A und O wirklich zu unterstreichen.

Ein letzter Punkt! Es ist überhaupt keine Frage, meine Damen und Herren, daß die Wettbe-werbsbedingungen kleiner und mittle-rer Unternehmen sich nicht verbessert haben. Die CDU/CSU hat in den letzten fünf Jahren nicht den geringsten Ansatz fertiggebracht, durch eine Verschärfung des Kartellrechts im Kartellgesetz, im Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb oder wo auch immer die Benachteiligungen kleiner und mittlerer Unternehmen abzubauen. Hier ist nichts geschehen.

Zusammenfassend:

Trotz der konjunkturellen Besserstellung in den letzten Jahren, einer Entwicklung, die übrigens schon Mitte des Jahres 1982 begann, damit Sie hier nicht etwa eine Legendenbildung aufbauen, das hätten alles Sie gemacht; da hat es in den USA begonnen und sich in allen europäischen Ländern fortgesetzt, einhergehend mit niedrigen Inflationsraten in allen westlichen Industrieländern und einem Gottseidank wieder steigenden Volumen des Welthandels, an dem auch wir als Bundesrepublik Deutschland teilgenommen haben – trotz dieser positiven Entwicklung also werden wir in den Zeiten, die auf uns zukommen, die ungelösten Strukturprobleme doppelt so stark spüren.

(Beifall bei der SPD)

Eine Ausnahme von den sonst weitgehend schönfärberischen Darstellungen der Politik der CDU/CSU,

die Sie heute gegeben haben, möchte ich dabei gerne machen, Herr Minister:

Ich möchte es ausdrücklich begrüßen und mich Ihrer Auffassung anschließen, daß die Probleme des ländlichen und strukturschwachen Raumes trotz vieler Maßnahmen noch lange nicht beseitigt sind. Auf eine solche Formulierung kann man sich tatsächlich einigen. Wenn Sie die Entwicklung in der Landwirtschaft, bei den Bauern, dazunehmen, dann werden sich die Probleme verdoppeln. Da sollten wir an einer gemeinsamen Lösung arbeiten.

Auch damit dies nicht in der allgemeinen Aussprache untergeht, möchte ich in einem weiteren Punkt Gemeinsamkeit feststellen:

Wir sehen ebenso wie die Staatsregierung und – wie ich hoffe – alle Parteien, daß es auf Dauer nicht angeht, daß die Europäische Gemeinschaft in die notwendigen Förderinstrumentarien Bayerns zur Entwicklung der schwach strukturierten Gebiete des ländlichen Raumes und des Grenzlandes mit Bürokratismus und Gleichmacherei einzugreifen versucht.

(Beifall bei der SPD)

Wir können es uns bei allem Verständnis für Gerechtigkeit auch auf europäischer Ebene als hochentwikkeltes Wirtschafts- und Industrieland nicht leisten, unsere schwach strukturierten und ländlichen Grenzgebiete mit Maßstäben zu messen, die für Gebiete wie Sizilien, Schottland oder andere unterentwickelte Gebiete Europas gelten. Wir werden hier zusammen an einem Strang ziehen. Ich hoffe, daß es gelingt, die unnötigen und schädlichen Übergriffe der EG auf die autonome regionale Wirtschaftspolitik des Freistaates Bayern als einer wichtigen regionalen Einheit zu verhindern.

Allerdings möchte ich hier eines hinzufügen, Herr Minister, wenn Sie dafür wahrscheinlich auch schon zu lange Funktionär Ihrer Partei sind:

Ich hätte mir gewünscht, daß eine solche Gemeinsamkeit zum Beispiel auch hinsichtlich der DDR möglich gewesen wäre. Wir kamen seinerzeit mit einem sehr vernünftigen und konkreten Vorschlag des DDR-Außenhandelsministers Dr. Beil zurück, von dem wir Ihnen Kenntnis gegeben haben. Es ging dabei um den Austausch von Informationen auf bestimmten Gebieten, auf denen man, ich will es einmal vorsichtig ausdrücken, mehr Kommunikation zur Vorbereitung eines intensiveren Austausches hätte betreiben können. Es gab auch noch einige andere Vorschläge, zum Beispiel, sich massiv dafür einzusetzen, daß DDR-Firmen auf der Nürnberger Messe mehr Platz bekommen, damit wir im Gegenzug auf der Leipziger Messe mehr Spielraum haben. Sie saßen aber auf ganz hohem Roß, und das war es, was ich mit Politfunktionärstum kennzeichnen wollte. Wir haben von Ihnen nur gehört: Das machen wir schon alles, das wissen wir, das ist nichts Neues! Der Tenor ging ungefähr dahin: Warum schreiben Sie uns das eigentlich?

Kurz darauf aber, meine Damen und Herren, haben Sie Pech gehabt, denn Sie sind dann vom badenwürttembergischen Ministerpräsidenten Späth ganz (Dr. Seebauer [SPD])

schön abgehängt worden, der es unter großer Anerkennung sowohl der DDR als auch unter neidvollen Blicken aller anderen Bundesländer, auch des Freistaates Bayern, geschafft hat, die prominentesten Ausstellungsflächen für seine 53 mittelständischen Firmen aus Baden-Württemberg auf der Leipziger Messe zu ergattern. Sie aber haben ins Rohr geschaut.

(Hört, hört! bei der SPD)

Wir können es nicht verstehen, daß diese parteipolitische Attitüde der CSU, die wir ja schon lange kennen, in jedem Fall einen vernünftigen Austausch von Informationen verhindert; viel mehr haben wir gar nicht verlangt.

(Abg. Karl-Heinz Müller: Sehr richtig! – Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zur Arbeitslosigkeit machen. Bundeskanzler Kohl hat es ganz klar ausgedrückt, als er sagte: Vor den zwei Millionen bräuchten wir uns politisch nicht unbedingt zu fürchten, es werde kein Solidaritätsfunke überspringen. An diesem politischen Kalkül ist etwas dran, und deswegen möchte ich nicht von der Arbeitslosigkeit allgemein reden, sondern lediglich von zwei speziellen Aspekten:

Zuerst ist festzuhalten, daß sich die Arbeitslosigkeit trotz positiver Wirtschaftsentwicklung von 1,83 Millionen auf 2,26 Millionen im Verlauf von vier Jahren erhöht hat

Zum zweiten sollte uns allen zu denken geben, daß sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen, also der Menschen, die zwei Jahre und länger arbeitslos sind, von 4,4 Prozent auf über 14 Prozent im Jahr 1985 erhöht hat und wahrscheinlich auf 20 Prozent im Jahr 1990 erhöht haben wird. Das heißt, jeder fünfte Arbeitslose wird in Zukunft ein Dauerarbeitsloser sein, der für mehr als zwei Jahre keine Arbeit finden wird. Da sollte man sich schon etwas mehr einfallen lassen, um diesem Personenkreis zu helfen.

Lassen Sie mich einen weiteren Aspekt anführen. Nach wie vor haben wir in den Gebieten Kötzting, Passau und Viechtach extreme Arbeitslosenquoten. Die neuesten Zahlen zeigen, nachdem der strenge Winter nun ja wohl vorbei ist, daß wir dort bei 20 bis über 30 Prozent liegen. Das kann ich natürlich mit einer München-Euphorie zudecken und sagen, daß wir dafür ja in München eine niedrige Arbeitslosenquote hätten. Dies ist aber gerade der entscheidende Fehler in der Wirtschaftspolitik der CSU und des bayerischen Wirtschaftsministeriums. Sie bemühen sich nicht, mit neuen greifenden, zwingenden und aktiven Instrumenten die Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung Bayerns ernsthaft anzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Wille, die Konjunktur auch über die kommenden vier oder fünf Landtagswahlen positiv darzustellen, ist unverkennbar und geht bei Ihnen schon sehr weit. Man muß sich das einmal richtig anhören: Da

wird auf Antrag Bayerns in einer Entschließung des Bundesrates festgestellt, daß die Entwicklung im Jahre 1987, die jetzt auf uns zukommt, "keine zyklische Ermüdung" ist. So etwas wird per Beschluß des Bundesrates festgestellt! Meine Damen und Herren, es nützt gar nichts, daß der Bundesrat einen solchen Entschließungsantrag verabschiedet, wenn die Zahlen eine andere Sprache sprechen!

(Abg. Karl-Heinz Müller: So ist es!)

Lassen Sie mich dazu eine Äußerung des Ifo-Instituts von vorgestern zitieren. Danach ist für 1987 die Prognose der industriellen Produktion wieder einmal um ein bis zwei Prozent nach unten gesetzt worden. Die Prognose für die gesamtwirtschaftliche Leistung wird inzwischen mit 1,0 bis 1,5 Prozent angesetzt. Dies bedeutet eine Zurücknahme um einen Prozentpunkt.

Ich meine, das Ifo-Institut hat damit recht, auch wenn dies keine endgültigen Urteile sind. Derartige Feststellungen wissenschaftlicher Art wollen ein Ansporn zum Handeln in der Politik sein. Insofern muß man sie aufnehmen. Das Ifo-Institut sagt mit Recht, wir haben rezessive Einflüsse, und darauf sollten wir uns einrichten. Aber Sie gehen auch darüber oberflächlich hinweg.

Meine Damen und Herren! Nehmen Sie einen anderen Frühindikator, die Kurzarbeit. Ich nenne Ihnen eine Zahl aus Nürnberg: Es betrug 1986 die Zahl der Kurzarbeiter im März 3271, seither stieg sie auf 10671 in 171 Betrieben an, also um rund 7000, nicht nur in zwei oder drei Betrieben, die wir aus der Zeitung kennen, sondern in 171 Betrieben.

Wer diese dunklen Wolken nicht sieht, obwohl er weiß ich weiß, Herr Staatsminister, daß Sie dieses Metier beherrschen -, daß Strukturpolitik nur langsam und schrittweise greifen kann, nicht von heute auf morgen, daß es Jahre dauert, bis man die Strukturschwäche eines Raumes wie Nürnberg gegenüber München auch nur leicht abmildert, beseitigen kann man sie ohnehin nicht - wer also trotz dieser Anzeichen zögert, der betreibt eben keine Politik für diesen Raum. Er hängt sich vielmehr leichtfertig und passiv an einen ordentlichen, guten Durchschnitt Bayerns an und macht bei allen Eröffnungen und Festivitäten in München mit, weil das eben mehr Freude macht und positive Schlagzeilen bringt. Man vergißt dabei, daß München einwohnermäßig nur ein kleiner Teil des gesamten Landes ist, und da sieht die Entwicklung nun einmal nicht so gut aus.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Richter)

Wir haben unser Infrastruktur- und Modernisierungsprogramm für die klassischen Industriestandorte Bayerns genau in dieser Absicht vorgeschlagen. Wir haben nicht ein Subventionsprogramm für die Wirtschaft vorgeschlagen; wir haben nicht etwa gießkannenartig steuerliche, staatliche Subventionen vorgeschlagen, sondern wir haben vorgeschlagen, die augenscheinlichen und eindeutigen Nachteile von klassischen Industriegebieten wie Oberfranken, wie Schweinfurt und Nürnberg dadurch zu beseitigen, daß wir Moder-

(Dr. Seebauer [SPD])

nisierungs- und Infrastrukturmaßnahmen einleiten. Wir haben keine neuen Subventionstatbestände oder allgemeine Förderungen vorgeschlagen, sondern wir wollen am eigentlichen Angelpunkt des Problems ansetzen.

Es kommt darauf an, die veraltete industrielle Infrastruktur schrittweise zu modernisieren. Was ist daran eigentlich so schlecht? Das würde Handlungsspielraum schaffen und wäre eine Möglichkeit zu zeigen, daß man einige neue Wege in der Wirtschaftspolitik geht. Sie haben das einfach abgelehnt.

Lassen Sie mich nach dem regionalen Ausgleich zwei weitere Schwerpunktthemen der bayerischen Wirtschaftspolitik betrachten, den Energiebereich und die Technologie. Über die Fragen des Verkehrs, des Grenzlandes und des Mittelstandes werden nachher Kollegen noch ausführlich sprechen.

Zunächst einmal zum Thema Energie. Die SPD-Kollegen im Umweltausschuß haben die Verfassungsänderung als Anlaß genutzt, und offensichtlich war das notwendig, ins öffentliche Bewußtsein und ins Bewußtsein der Parlamentarier, vor allem der CSU, zu rufen, was wir damals einstimmig gemeinsam beschlossen haben.

Wir haben mit dem ergänzenden Verfassungsartikel und dem dazugehörigen Antrag beschlossen, uns zu einer sparsamen und rationellen Energieverwendung zu verpflichten und gleichzeitig alles zu tun, um neue Techniken, alternative Techniken, wie sie halt nun einmal genannt werden, vor allem Techniken der regenerativen Energieerzeugung, zu entwickeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben aus diesem Grunde ein Zehnjahresprogramm – nur in einem solchen Zeitraum lassen sich derartige Probleme schrittweise angehen – mit einem Gesamtvolumen von etwa 500 Millionen DM pro Jahr vorgeschlagen als eine eigenständige bayerische Initiative zu Energiesparen und rationeller Energieverwendung.

(Abg. Beck: Wirklich?)

Wir haben erstens den massiven Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung durch Fernwärmeund Nahwärmenetze vorgeschlagen. Wir haben hier einen Antragsstau von mehreren 100 Millionen. Die genaue Zahl habe ich im Moment nicht präsent.

Wir haben zweitens beschlossen, die Förderung des Energiesparens durch verbesserten Wärmeschutz in öffentlichen und privaten Gebäuden voranzutreiben. Der Grund liegt darin, daß ein Bundesprogramm demnächst ausläuft. Es war übrigens ein erfolgreiches Programm, das wir auch in Bayern genutzt haben. Das war gut so.

Meine Damen und Herren! Wer Energiesparen ernst nimmt, muß tatsächlich mit kleinen Schritten anfangen. Ich verweise auf das Beispiel einer Kirchengemeinde, die mit einem alternativen Energiekonzept ihre Energierechnung für drei bis vier Gebäude von etwa 17000 Mark auf 5000 Mark senkt. Das wäre auch in Hunderten von öffentlichen Gebäudeeinheiten möglich. Wir könnten die privaten Nutzer ermutigen, sich auf die Nutzung der Sonnenenergie mit Solaranlagen und anderem vorzubereiten.

Sie haben einmal vom Klima gesprochen. Richtig! Wenn wir kein günstiges Klima schaffen, damit diese vernünftigen, in ihren Erfolgen sicherlich nicht spektakulären Wege gegangen werden, können wir auch nicht erwarten, daß Energiesparen und rationelle Energieverwendung in einem vernünftigen Maß unter Einschluß technischer Möglichkeiten um sich greifen, die im übrigen in den letzten paar Jahren besser geworden sind.

(Beifall bei der SPD)

Und wir haben vorgeschlagen, die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten für den breiten Einsatz von regenerativen Energiesystemen stärker als bisher zu fördern.

Ich will es kurz machen, Herr Staatsminister. Ich weiß, daß Sie bisher alle diese Vorschläge, die wir sowohl zum Haushalt als auch in unterschiedlichen Anträgen gebracht haben, abgelehnt haben. Dies fällt fatal zusammen, meine Damen und Herren, mit einer völlig falschen ordnungspolitischen Weichenstellung in der bayerischen Energiepolitik überhaupt. Sie haben keine Ordnungspolitik, die es Anbietern von Energie ermöglicht, ihre Wärme, ihren Strom in die öffentlichen Netze einzuspeisen.

In den USA legt man als Verrechnungspreise die Grenzpreise zugrunde, welche die jeweils letzte zugebaute Energieeinheit nimmt, also zum Beispiel die Kosten für ein Kilowatt Strom des letztgebauten Kernkraftwerks. In der Bundesrepublik wäre das zum Beispiel ein Strompreis aus dem Kernkraftwerk Mülheim-Klärlich, der nachweislich teurer ist als der Strompreis eines modernen Kohlekraftwerks. In den USA also legt man diese Preise als Verrechnungspreise für denjenigen zugrunde, der seinen überschüssigen Strom in öffentliche EVU-Netze einbringen will.

Was macht man bei uns? Bei uns werden durch das Monopol der EVUs die Preise auf etwa die Höhe der Abgabepreise eines voll abgeschriebenen Braunkohlekraftwerks gedrückt, so daß man etwa drei oder vier Pfennige, eben nur ein paar Pfennige, bekommt, wenn man Energie in öffentliche Netze einspeist.

Meine Damen und Herren! Bei solchen ordnungspolitischen Weichenstellungen können sich überhaupt alternative Energien, rationelle Energieverwendung, wie sie etwa die Abwärme, die Kraft-Wärme-Kopplung darstellt, in Bayern nicht entwickeln. Hier wird mit einer rigorosen, monopolbedingten Preispolitik jeder Ansatz einer modernen Energiepolitik kaputtgemacht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen gar nicht einmal so weit gehen, Vorschläge zu machen, wie in den USA Energieinvestitionen steuerlich zu begünstigen. So hat man in den USA zum Beispiel mit der Windenergie etwa die Kapazität eines Kernkraftwerks installiert, nämlich etwas über 1000 Megawatt. Das ist zwar noch nicht genug, aber

(Dr. Seebauer [SPD])

viele Mosaiksteinchen ergeben ein Bild. Initiativen, alternative Energien steuerlich zu fördern, so wie es zum Beispiel Sonderabschreibungen für die Bauwirtschaft, für Innovation gegeben hat, erwarte ich von Ihnen schon gar nicht; das sage ich ganz offen. Ich hätte nur erwartet, daß die Energiepolitik den Mut hat, dem EVU-Monopol einmal seine Grenzen zu zeigen.

Meine Damen und Herren! Gleichzeitig, und das ist ja das Abstruse an dieser Situation, sprechen Sie von Marktwirtschaft. Dabei liegt eines unserer Hauptprobleme im Energiebereich darin, daß es eben überhaupt keinen Wettbewerb gibt, sondern daß der Monopolist die Preise, die Kosten und die Bedingungen diktiert.

Meine Damen und Herren! Wir können uns hier - und wenn ich das sage, meine ich das sehr konkret und ernst - gewissermaßen durch eine langfristige Fehlentwicklung schuldig machen. Warum? Wir sind im Bereich der alternativen Energien an dem ganz interessanten Punkt angelangt, wo sich am Horizont abzeichnet, daß die Kostendegression in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren vielleicht dazu führen kann, daß zum Beispiel die Dünnschicht-Solarzellen und die Nutzung der Sonnenenergie in unterschiedlichen Varianten einigermaßen wettbewerbsfähig werden. Wenn man die sich durch die technische Entwicklung abzeichnende Kostendegression nicht gleichzeitig durch eine zunehmende Nachfrage fördert und damit die Kostendegression am Markt überhaupt erst konkret macht, trägt man an einer langfristigen Fehlentwicklung Schuld.

(Zustimmung bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte als weiteren Punkt die Technologiepolitik ansprechen. Herr Staatsminister, ich muß ausdrücklich sagen, damit Sie mich nicht falsch verstehen: Dies richtet sich nicht an Sie persönlich. Denn in den ganzen Fragen der Geheimdiplomatie um Waffen, um Panzer, um Hubschrauber, um Hots, um Rolands, um Sprints sitzen Sie nicht an König Artus Tafelrunde. Da gibt es andere, die dort die Fäden ziehen; darum beziehen Sie das, was ich jetzt sage, bitte nicht auf Sie persönlich.

Meine Damen und Herren! Ich habe eigentlich gedacht, Sie hätten nach der klaren und eindeutigen Reaktion der Öffentlichkeit auf den etwas merkwürdigen Waffenhändlerbesuch des Ministerpräsidenten in Saudi-Arabien etwas gelernt.

(Abg. Dumann: Ach geh, ich bitte Sie!)

- Herr Kollege Dumann, ich wundere mich sehr, daß Sie nicht das Mindestmaß an Gespür, das ein Politiker in dieser Situation haben müßte, aufbringen und sich eindeutig distanzieren von Äußerungen wie z.B. des neuen Entwicklungshilfeministers Klein. Gerade zu dem Zeitpunkt, zu dem der israelische Präsident die Bundesrepublik Deutschland zum ersten Mal in einem offiziellen Staatsbesuch bereist und in einer ungeheuer schwierigen Gratwanderung trotz einer historisch nicht mehr gutzumachenden Situation zu-

mindest den Versuch einer Versöhnung unternimmt, kommt der CSU-Minister Klein auf die Idee, jetzt sei es an der Zeit, über Waffenverkäufe nach Saudi-Arabien zu reden.

(Abg. Fichtner: Das ist doch geschmacklos!)

Meine Damen und Herren! Das ist weniger als fehlendes Gespür, das ist politische Geschmacklosigkeit.

(Beifall bei der SPD)

ich mache mir keine Illusionen dergestalt, die Politik könne die Technik, die technologische Entwicklung letztendlich gestalten. Wir können aber die sozialen Auswirkungen erkennen, moralethische Grenzen ziehen, z.B. in der Bio- und Gentechnik, politische Schranken setzen, z.B. in der Waffentechnik; ansonsten hat Politik eher die Aufgabe, Ziele zu setzen, technische Prozesse zu moderieren, sie auszusteuern. Sie darf aber nicht glauben, sie könnte diese von vornherein determinieren. Da sind wir ziemlich auf die Nase gefallen; jeder sollte einmal in die Vergangenheit schauen, wie hier Politik in der Großforschung und Großtechnologie versagt hat.

Aber es ist ein sehr großer Unterschied, ob ich ein Bayernbild habe, in dem jede Form der Waffentechnologie, vor allem auch durch die starke Konzentration in München, relativ kritiklos, fröhlich und unbeschwert mit positiven Technologien etwa im Dienste der Gesundheit oder der modernen Energiepolitik gemischt wird, oder ob ich als Vertreter des Freistaates Bayern an einem modernen Industriestaat interessiert bin, der auch auf Technologie setzt, der sich aber sehr wohl die Schwerpunkte, die die Politik setzen und nach außen als Signale abgeben kann, aussucht, anstatt wahllos auf Dinge zu setzen, die wir aus anderen politischen Gründen ablehnen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Eine letzte Bemerkung! Diejenigen, die die Firma MBB mit ihren 34000 Beschäftigten kennen, wissen, daß das Versprechen, Rüstungsaufträge zu vergeben, noch keine Arbeitsplatzsicherheit bedeutet. Im Gegenteil: Die MBB-Mitarbeiter wissen sehr wohl, daß Entlassungswellen sie immer dann betroffen haben, wenn dem Staat das Geld ausgegangen ist. Wir halten es darüber hinaus für verwerflich, wenn man vom süßen Gift der Rüstungsproduktion umsteigt auf die harte Droge des Rüstungsexports. Dies ist kein Horizont für die Beschäftigten in diesen modernen Industriezweigen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Dumann: Wir haben doch nicht über Rüstung gesprochen!)

Wir wollen genauso wie Sie ein modernes Bayern, das auf moderne Technologien setzt. Wir nehmen uns aber die Freiheit heraus, aus politisch-ethischen Grundwerten und Überzeugungen Grenzen zu ziehen zwischen einer vernünftigen, guten, dem Menschen dienenden Technologie und einem reinen Fetischis-

(Dr. Seebauer [SPD])

mus in Sachen Technologie, egal welche politischen Auswirkungen dies haben kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen und den regionalen Ausgleich, der mir besonders am Herzen liegt, mit zwei kurzen Beispielen verdeutlichen, weil ich glaube, daß nur das Konkrete weiterhilft.

Ich will als ganz konkretes Beispiel das Messewesen in Bayern nennen. Ich war sehr verwundert, als der Ministerpräsident kürzlich bei der Eröffnung der Handwerksmesse sagte, daß München einen zweiten voll ausgeprägten, für mehrere Messen geeigneten Messeplatz brauche.

Wir waren schon froh, daß Sie unserem Antrag auf Errichtung der Messehalle in Augsburg zugestimmt haben. Das war gut so; es muß doch zumindest noch bei kleinen Dingen eine Gemeinsamkeit geben. Es geht aber nicht an, daß wir in München eine totale Konzentration haben!

(Zustimmung bei der SPD)

München hat genug Messen; die Straßen sind verstopft, die Hotels belegt. Zu Messezeiten ist die Kapazität dieser Stadt mehr als erschöpft. Und da sagt der Ministerpräsident, wir bräuchten eigentlich noch einen zweiten Messeplatz, damit München voll flexibel sei. Was bleibt da eigentlich noch für Nürnberg und Augsburg?

Als Wirtschaftspolitiker haben wir nur sehr wenige Möglichkeiten, Strukturen mitzusteuern. Wir haben doch nicht die große Möglichkeit, die Wirtschaft zu beeinflussen. Aber eine Möglichkeit haben wir mit Sicherheit: Wir können im Messewesen die Schwerpunkte möglicher bayerischer Aktivitäten gleichberechtigter und ehrlicher im Land verteilen.

(Beifall bei SPD und den GRÜNEN)

Dasselbe gilt für die Nachfolgeplanung für den Flughafen München. Was sich da an Goldgräber-Mentalität und an Perspektiven von plus 120 000 Einwohnern in diesem Gebiet, von plus 66 000 Arbeitsplätzen in der oberen Variante der Planung für den alten, dann aufgelassenen Flughafen Riem anbahnt, ist für die Region München und für Bayern wiederum eine falsche Weichenstellung in Richtung auf eine weitere Konzentration in München und auf eine weitere Benachteiligung des ländlichen Raums.

Präsident Dr. Heubl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Wilhelm?

Dr. Seebauer (SPD): Es tut mir leid. Ich bin am Ende meiner Redezeit.

Eine letzte Bemerkung: Die Bundesregierung hat die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu setzen. Sie hat die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen zu schaffen und muß auf diesem Gebiet ihre Arbeit leisten. Die Aufgabe der Staatsregierung ist es im wesentlichen, sich auf die reale Situation im Freistaat selber zu konzentrieren.

Wir meinen: Sie haben die entscheidende Aufgabe, die Unterschiede in den Gebieten Bayerns abzubauen, die Benachteiligung weiter Gebiete und die einseitige Bevorzugung des Münchner Raums, mit Ihren Ansätzen zu diesem Haushalt nicht gelöst. Vielen Dank!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Kollege Dr. Huber!

Dr. Huber Herbert (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst zum vorgelegten Haushaltsentwurf des Wirtschaftsministers grundsätzlich sagen:

Wir sind der Meinung, daß er den Anforderungen gerecht wird; daß er in der Lage ist, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Unternehmen, vor allem auch im technologischen Bereich, weiter zu verbessern; daß er in der Lage ist, die Beschäftigung bei uns schrittweise weiter zu erhöhen; daß er schließlich auch in der Lage ist, eine regional möglichst ausgewogene Entwicklung zu fördern. Hier werden sicherlich richtige und wichtige Akzente gesetzt. Dieser Haushalt setzt eine Wirtschaftspolitik kontinuierlich fort, die sich insgesamt als überaus erfolgreich erwiesen und Bayern in der wirtschaftlichen Entwicklung eine Spitzenposition unter den Bundesländern verschafft hat. Wir Bayern sollten immer wieder mit Stolz darauf hinweisen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Diese Entwicklung ist den Menschen in unserem Lande in vielfältiger Weise zugute gekommen.

Ich bin sicher, Herr Kollege Dr. Seebauer, daß wir auch in diesem und im nächsten Jahr weiter vorankommen werden. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für weitere wirtschaftliche und soziale Fortschritte sind gegeben.

Herr Kollege Seebauer, ich war etwas neugierig, ob Sie wieder in den großen Pessimismus einstimmen, der von Ihrer Seite verbreitet wird. Ich war deshalb recht angetan, daß Sie das nicht getan haben. Aber Sie haben in wohl überzogener Weise auf die Risiken hingewiesen; es gibt solche Risiken. Aber ich möchte nochmals betonen: Ich bin der Meinung, daß die Gesamtsituation und die Entwicklung zu Zuversicht Anlaß geben können.

Auf Bundesebene können wir den Kurs der marktwirtschaftlichen Erneuerung fortsetzen. Dieser Kurs ist durch den Wahlausgang in Hessen bestätigt und gestärkt worden.

(Beifall bei der CSU)

Das marktwirtschaftliche Lager verfügt nun über eine noch breitere Mehrheit im Bundesrat. Damit ist auch gesichert, daß die Koalitionsvereinbarungen in die Tat umgesetzt werden können. Ich denke hier insbesondere an die große Steuerreform.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich insgesamt weiter auf Wachstumskurs. Ich sage das auch ganz bewußt im Hinblick auf einzelne Negativmeldungen. Herr Kollege Seebauer, Sie haben z.B. das Ifo-Institut angesprochen. Das ist richtig, ich habe das auch gelesen. Aber wenn Sie die Aussagen aller Institute und der großen Verbände ansehen, dann wird insgesamt gesehen die Entwicklung, wenn auch abgeschwächt, noch positiv beurteilt. Auch eine Ifo-Meldung macht noch keine Rezession, wie bekanntlich eine Schwalbe noch keinen Sommer macht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir die Wirklichkeit vorurteilsfrei und ohne Scheuklappen anschauen, dann können wir nur zu dem Urteil kommen, daß die deutsche Wirtschaft besser dasteht als die Volkswirtschaften konkurrierender Länder. Das gilt insbesondere für dieses unser Land Bayern, in dem die Entwicklung überdurchschnittlich verlaufen ist und – wie alle Prognosen sagen – auch künftig überdurchschnittlich verlaufen wird.

Natürlich bestreiten wir nicht, daß sich die Konjunktur abgeschwächt hat, daß sie labiler geworden ist, daß es einige Negativtrends gibt. Aber es wäre sicherlich unverantwortlich, nur immer die Gefahren und Risiken zu betonen. Wir wissen alle um den Einfluß des psychologischen Moments auf die Wirtschaft; wir wissen alle, wie stimmungsanfällig eine labile Konjunktur sein kann. Reden wir die Konjunktur nicht noch herunter! Tragen wir dazu bei, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß eben nichts zerredet und aus vordergründiger Taktik ohne Not kaputtgemacht wird.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind gemeinsam verpflichtet, ein möglichst realistisches und im Rahmen des Möglichen auch konstruktives Bild unserer wirtschaftlichen Lage zu zeichnen. Wir können auch sagen, daß neben dem Dollarverfall und der dadurch bedingten Exportabschwächung und ihren Auswirkungen auf die Binnenkonjunktur durchaus eine Reihe positiver Daten und Tendenzen vorhanden sind.

Die Weltwirtschaft befindet sich weiterhin in konjunkturellem Aufwind. Der Internationale Währungsfonds. GATT und die UNO bestätigen, daß wir in den westlichen Ländern in diesem Jahr ein reales Wachstum von etwa 2,5 Prozent erwarten dürfen. Auch für die Bundesrepublik Deutschland gehen alle Prognosen dahin, daß die verfügbaren Einkommen und der private Verbrauch in diesem Jahr weiter zunehmen werden. Der Verlauf der Internationalen Handwerksmesse in München hat dies gezeigt, und auch die Erwartungen der Unternehmer auf der Hannover Messe sind positiv, wie Sie heute gelesen haben werden. Nur acht Prozent der befragten Firmen erwarten eine Verschlechterung der Binnenkonjunktur. Ich bin der Meinung, wir sollten diese positiven Anzeichen und Erwartungen ebenso werten und vielleicht noch stärker herausstellen, um insgesamt den Optimismus, der durchaus noch vorhanden ist, zu stützen.

Wir wissen, daß die Verschnaufpause der Konjunktur im wesentlichen exportbedingt ist. Wir wissen aber auch, daß sich in letzter Zeit, was die Aufträge betrifft, Stabilisierungstendenzen zeigen. Wir wissen auch, daß die Investitionstätigkeit insgesamt noch gut läuft. Die Bundesbank hat erst in ihrem letzten Bericht erklärt, daß ohne die Sondereinflüsse im Fahrzeugbau die Inlandsbestellungen beim Investitionsgütergewerbe saisonbereinigt weiter gestiegen sind. Die Bauwirtschaft wird sicher auch in diesem Jahr weiter zulegen. Es wird von etwa drei Prozent gesprochen. Die Preisstabilität, eine ganz wichtige Grundlage für die weitere Entwicklung, ist außerordentlich. Sie wird auch in diesem Jahr gegeben sein.

Der gegenwärtige konjunkturelle Aufschwung unterscheidet sich von der Entwicklung Ende der 70er Jahre gerade darin, daß er solide ist und sich nicht auf Konjunkturprogramme stützt,

(Beifall bei der CSU)

Konjunkturprogramme, die wie ein Strohfeuer erlöschen, wenn die Finanzspritze ausläuft, mit der Folge, daß die ganze Entwicklung in den Graben geht. Er ist auch nicht von einer inflationären Entwicklung begleitet, die gegebenenfalls, wie wir auch erlebt haben, dann gebremst werden müßte. Was aber besonders wichtig ist: Die Konstitution der deutschen Wirtschaft, ihre innere Produktivitäts- und Ertragsstruktur, hat sich in den letzten Jahren verbessert. Ich bin überzeugt, auch das werden Sie nicht bestreiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte unterstreichen, was der Herr Minister gesagt hat, daß für den weiteren Konjunkturverlauf vor allem die Ergebnisse der Tarifrunden von Bedeutung sein werden, die sich auf die Lohnstückkosten auswirken werden. Wenn Abschlüsse herauskommen sollten, die den Verteilungsspielraum, der geringer ist als im vergangenen Jahr, weit übersteigen, wäre dies für Konjunktur und Beschäftigung sicherlich ein schlechter Dienst. Ich hoffe, daß die Tarifparteien zu gesamtwirtschaftlich vertretbaren Ergebnissen finden.

In diesem Zusammenhang erwarte ich mir von ihnen insbesondere, daß sie endlich die Chancen nutzen, zu mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und bei der Arbeitszeitgestaltung zu kommen. Arbeitsbedingungen lassen sich heute nicht mehr nach Einheitsmethode festlegen und im Gleichschritt der früheren Fließbandgesellschaft praktizieren. Sie müssen sich vielmehr an den unterschiedlichen Branchen- und Unternehmensgegebenheiten orientieren. Einer Emnid-Umfrage aus allerjüngster Zeit zufolge hat eine Mehrheit unserer Arbeitnehmer sich für mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung ausgesprochen. Daß hier verkrustete Strukturen aufgebrochen werden, ist ein wesentliches Moment, die Beschäftigungssituation insgesamt zu verbessern, neben den Qualifizierungsmaßnahmen, die der Minister bereits ausführlich angesprochen hat.

Ich gehe jedenfalls davon aus, daß das Jahr 1987 das fünfte Jahr des Aufschwungs sein wird. Im Grunde genommen bestätigen dies auch alle Forschungsin-

stitute. Auf die positiven Aspekte der bayerischen Wirtschaftslage hat der Minister bereits ausführlich hingewiesen. Ich kann ihm nur beipflichten. Auch die jüngsten Konjunkturumfragen der Industrie- und Handelskammern, nicht nur der südbayerischen, auch der nordbayerischen, bestätigen, daß Optimismus angebracht ist.

Es wurde von Ihnen, Herr Seebauer, der Arbeitsmarkt ausführlich angesprochen. Ich glaube, wir sind auch hier weitergekommen. Es sind einige hunderttausend neue Arbeitsplätze geschaffen worden; der Herr Minister hat es gesagt. Davon konnten über ein Drittel in Bayern geschaffen werden. Die Arbeitslosigkeit ist bei uns mit 8,3 Prozent gegenüber 3,3 Prozent auf Bundesebene stärker gesunken als in jedem anderen Bundesland. Die bayerische Arbeitslosenquote lag 1986 bei sieben Prozent und damit wesentlich niedriger als im Bundesdurchschnitt mit neun Prozent. Auch bei den Jugendlichen, es ist bereits gesagt worden, war die Arbeitslosigkeit mit 4,4 Prozent spürbar niedriger als auf Bundesebene mit 7,4 Prozent.

Meine sehr verehrten Damen und Herrn! Auf einzelne Themen, die Herr Kollege Seebauer angesprochen hat, werden einige Kollegen anschließend noch genauer eingehen. Eines möchte ich aber wirklich noch einmal herausstreichen. Herr Kollege Seebauer, wir haben uns vor einigen Monaten hier in diesem Hohen Hause im Zusammenhang mit Ihrer Interpellation betreffend ein angebliches Süd-Nord-Gefälle ausführlich über die Situation in den bayerischen Regionen unterhalten. Damals wurde ganz deutlich mit Zahlen dargetan, daß die Schere sich nicht weiter geöffnet hat, sondern daß das Gefälle im Gegenteil abgebaut werden konnte. Ich möchte wiederholen, was ich damals gesagt habe: Ich bin der Meinung, es ist schädlich, wenn wir immer wieder erklären, daß diese Gebiete Krisengebiete sind. Sie haben es heute nicht so ausgedrückt, aber es wird immer wieder gesagt. Vor den letzten Wahlen wurde das von Ihren Wahlrednern in den Regionen immer wieder deutlich ausgeführt.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie einen Raum schlechtmachen, wenn Sie die Verhältnisse dort ins Negative zerren, dann mißachten Sie die Mühen, Leistungen und Erfolge der dort beschäftigten und lebenden Menschen.

(Beifall bei der CSU)

Sie schrecken gleichzeitig neue Investoren ab, sich in diesem Raum zu engagieren. Wie soll denn ein Unternehmer bereit sein, in einem bestimmten Gebiet zu investieren, Risiken einzugehen und sich für Jahrzehnte zu binden, wenn das betreffende Gebiet immer als Krisen- und Notstandsgebiet hingestellt wird?

Noch ein Wort zur Arbeitslosigkeit, die ich für eines der wichtigsten Themen überhaupt halte. Wir sind in Bayern beschäftigungspolitisch sicherlich auf dem richtigen Weg. Weder wir noch Sie haben aber Patentrezepte oder Wunderwaffen gegen die Ar-

beitslosigkeit. Nur eine breitangelegte und dauerhafte Verbesserung der strukturellen Wachstums- und Beschäftigungsgrundlagen verspricht Erfolg.

Eine verantwortungsbewußte Beschäftigungspolitik zeichnet sich auch dadurch aus, daß sie den Menschen und gerade auch den Arbeitslosen nicht mehr verspricht, als sie halten kann, und daß sie keine falschen Hoffnungen weckt. Genau letzteres aber geschieht. Falsche Hoffnungen werden geweckt, wenn Sie mit Konjunkturprogrammen kommen, wenn Sie den Menschen zum Beispiel einreden wollen, daß Sie das Arbeitsmarktproblem mit Ihrem Sondervermögen "Arbeit und Umwelt" rasch lösen könnten. Ich halte es einfach für unredlich, so zu tun, als brauche man im Umweltschutz zum Beispiel nur in die Vollen zu gehen, um in Hülle und Fülle neue Arbeitsplätze zu schaffen. Selbstverständlich können Umweltschutzmaßnahmen zu neuen Arbeitsplätzen führen. Sie haben es bis jetzt getan, und sie werden es auch in Zukunft tun. 🕟

(Zuruf von der SPD: Das haben Sie früher ja geleugnet!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die verstärkten Umweltschutzmaßnahmen, die in diesem Haushalt bereits verankert sind und die im Zuge der Haushaltsberatungen noch beschlossen werden, bedeuten nicht nur eine Verbesserung für unsere Umwelt, obwohl dies natürlich der primäre Zweck ist. Sie leisten sicherlich auch einen Beitrag zu mehr Beschäftigung.

Wir müssen hier aber auch die Grenze sehen. Die Grenze liegt dort, wo zusätzliche Programme – das gilt ganz allgemein für Beschäftigungsprogramme – die Solidität der öffentlichen Haushalte gefährden bzw. der Wirtschaft und den Steuerzahlern zusätzliche Lasten aufbürden würden, die die Investitionsund Wettbewerbsfähigkeit sowie den Leistungswillen beeinträchtigen. Diese Grenze würde zum Beispiel mit Ihrem hochdotierten Programm "Arbeit und Umwelt" sicherlich überschritten. Sie gefährden damit letzten Endes beides, sowohl das Umwelt- wie das Beschäftigungsziel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich folgendes ganz deutlich sagen: Ich bin der Meinung, daß das beste Beschäftigungsprogramm, um diesen Begriff aufzunehmen, darin liegt, daß unser Haushalt hier in Bayern die höchste Investitionsquote von allen Ländern aufweist,

(Beifall bei der CSU)

daß wir die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung haben und daß wir unseren Haushalt – das gilt gerade für die gegenwärtigen Haushaltsverhandlungen – weiterhin so solide wie bisher fahren. Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in Bayern zeigt den Erfolg dieser soliden Finanz- und Haushaltspolitik. Diesen Erfolg sollten wir durch hektische Sonderprogramme, durch einen Aktionismus, wie Sie ihn immer wieder vorschlagen, nicht aufs Spiel setzen.

(Beifall bei der CSU)

Gestätten Sie mir noch ein Wort zum Umweltschutz. Wir setzen im Umweltschutz auch noch auf

etwas anderes, nämlich auf die Dynamik des Marktes, auf unternehmerische Kreativität, auf die besondere Fähigkeit der bayerischen Wirtschaft, international wettbewerbsfähige Umwelttechniken, umweltfreundliche Produkte und umweltschonende Verfahren zu entwickeln. Hier liegen die echten Chancen im Zusammenspiel von Arbeit und Umwelt. SPD und GRÜNE sind allerdings, so scheint es mir, mehr daran interessiert, den Staat aktiv werden zu lassen und Bürokratien in Marsch zu setzen. Ich habe erhebliche Zweifel, ob sie der Umwelt und den Arbeitslosen damit wirklich einen Dienst erweisen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hinter all dieser Programmitis, hinter den Forderungen nach Sonder- und Beschäftigungsprogrammen steckt meines Erachtens mehr. Dahinter stecken nach wie vor die alte sozialistische Staatsgläubigkeit und das tiefe trotz aller Lippenbekenntnisse nicht zu beseitigende Mißtrauen gegenüber dem Privaten schlechthin, vor allem in Form von unternehmerischer Selbständigkeit und individueller Initiative.

(Beifall bei der CSU)

Man hat ja vielfach geglaubt, daß die SPD seit Godes berg eine gewisse Öffnung gegenüber marktwirtschaftlichen Grundüberzeugungen vorgenommen und sozusagen das Kriegsbeil im Blick auf die Marktwirtschaft begraben hätte. Das scheint aber leider nur eine Episode, wenn nicht gar eine Täuschung gewesen zu sein. Wenn man einmal die SPD-Programmdiskussion verfolgt, vor allem das, was in Irsee und in Nürnberg zu Papier gebracht worden ist, so stellt man fest, daß alles darauf hindeutet, daß die SPD tatsächlich wieder den ideologischen Rückwärtsgang eingelegt hat.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Sie haben das Programm offensichtlich nicht gelesen! – Herr Huber hat es nicht gelesen!)

- Ich habe es gelesen, Sie täuschen sich.

Nicht von ungefähr wird – im Gegensatz zum Godesberger Programm – die Marxsche Geschichts- und Gesellschaftslehre wieder als eine der Wurzeln des Selbstverständnisses der heutigen SPD aufgeführt. Darin, aber auch in vielen konkreten Details zeigt sich eine deutliche Gewichtsverlagerung bei der SPD, was das Verhältnis von Marktwirtschaft und staatlicher Steuerung angeht, und zwar in Richtung mehr Staat, mehr Bürokratie, mehr ideologische Lenkung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, Sie scheinen aus Irrtümern und Fehlern der Vergangenheit wirklich nichts gelernt zu haben.

(Beifall bei der CSU)

Eine solche ideologische Wende nach rückwärts, teilweise in die Nähe des Gedankenguts der GRÜNEN, wäre verhängnisvoll gerade auch für Sie. Das spüren die Menschen. Das spüren die Wähler. Deshalb laufen Ihnen von Wahl zu Wahl mehr davon. Das gilt vor allen Dingen für die Arbeiter.

(Beifall bei der CSU)

Heute spürt doch jeder, der im Wirtschaftsleben steht, wie sehr sich der Strukturwandel beschleunigt hat, vor allem in technologischer Hinsicht. Die Menschen erkennen aber auch, daß wir dieser Herausforderung nicht gerecht werden, wenn wir den Einfluß des Staates und seiner Bürokratien vergrößern, wenn wir mehr auf Zentralismus und Dirigismus setzen, wenn wir die Zahl der Kontrollinstanzen erhöhen und überall Bremsen einbauen.

Wir sind der Meinung, daß wir nur auf der Grundlage unserer Sozialen Marktwirtschaft im internationalen Wettbewerb bestehen und die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft ausbauen können. Diese Soziale Marktwirtschaft werden wir auch künftig zur Grundlage der Wirtschaftspolitik machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Wirtschaftspolitik in Bayern verfolgt, wie ich gesagt habe, das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu sichern. Nur wettbewerbsfähige Unternehmen können die Voraussetzungen für weitere Verbesserungen der Lebensund Arbeitsbedingungen in unserem Land schaffen. Das allein ist soziale Politik, die diesen Namen wirklich verdient. Die bayerische Wirtschaft hat eine günstige Ausgangsposition für die kommenden Jahre. Der Herr Minister hat dies ausführlich dargestellt.

Gleichwohl sehe ich und sehen wir, auch das wurde dargetan, in struktureller Hinsicht einen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf. Wir müssen unsere Anstrengungen in der Forschungs- und Technologie politik verstärken. Herr Kollege Naumann, ich erinnere mich, daß wir beide ziemlich genau vor zehn Jahren, ebenfalls in einer Haushaltsdebatte, zum erstenmal, wie ich glaube, das Thema der Förderung der Technologien und vor allen Dingen der Anwendung der Technologien im mittelständischen Bereich angesprochen haben. Ich freue mich sehr, daß dies in der Zwischenzeit wirklich zu einem der großen Schwerpunkte unserer bayerischen Wirtschaftspolitik geworden ist.

Ich bin ebenfalls der Meinung, und ich glaube, daß wir hier alle den bayerischen Wirtschaftsminister und die Staatsregierung unterstützen, daß wir im Wettbewerbsrecht eine Reform des Kartellgesetzes brauchen. Herr Kollege Seebauer, Sie haben es bereits angesprochen. Wir werden hier gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen müssen, um auf diesem Gebiet für unsere mittelständischen Unternehmen noch mehr als bisher zu tun.

Auf den internationalen "Wettbewerb der Steuersysteme" hat Herr Minister Jaumann bereits hingewiesen. Wir müssen uns diesem Wettbewerb stellen. Die Koalitionsvereinbarungen zur Steuerreform weisen dafür sicherlich den richtigen Weg. Es ist dringend notwendig, unsere Wirtschaft steuerlich zu entlasten und den Spielraum für eigenverantwortliches Handeln der Bürger tendenziell wieder zu erweitern. Sie haben die Frage des Eigenkapitals im mittelständischen Bereich angesprochen. Ich glaube, daß von der Steuerreform ein wesentlicher Impuls gerade auch zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis unserer mittelständischen Betriebe ausgeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte zu Beginn dieser Aussprache im wesentlichen zu einigen grundsätzlichen Fragen Stellung nehmen. Weitere Kollegen werden Einzelbereiche ansprechen: Energiepolitik, Regionalpolitik, Mittelstand, Verkehr, Technologieförderung, Fremdenverkehr. Ich darf daher zum Schluß kommen.

Wir stehen in Bayern wie in der gesamten Bundesrepublik und darüber hinaus vor entscheidenden Zukunftsaufgaben. Es geht insbesondere, um es ganz deutlich zu wiederholen,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

um einen weiteren Anstieg der Beschäftigung, um eine Strukturreform der sozialen Sicherungssysteme und um einen weiteren, verbesserten Schutz unserer Umwelt. Wie auch im einzelnen diese Aufgaben aussehen mögen, sie setzen jeweils eine leistungsstarke, wettbewerbsfähige Wirtschaft voraus. Dazu beizutragen ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Die in den letzten Jahren auf allen wichtigen Gebieten erreichten Fortschritte zeigen, daß die Zukunftsprobleme prinzipiell lösbar sind, wenn wir an der Sozialen Marktwirtschaft festhalten und alle wirklichen Fortschrittschancen nützen. Dazu brauchen wir aber neben einer sachgerechten und beständigen Wirtschaftspolitik auch, ich wiederhole es, Zuversicht, Optimismus und Vertrauen in die eigenen Kräfte. Wenn man sich die Zunkunftsentwürfe von SPD und GRÜNEN anschaut, dann stellt man fest, daß sie in ihrem Grundton pessimistisch, abwehrend, letztlich resignativ sind. Unsere Zukunftsvisionen sind anders. Wir sehen die Zukunft insgesamt positiv, mit echten Chancen auch für unsere Jugend.

Meine Damen und Herren! Helmut Schmidt hat vor wenigen Wochen wörtlich gesagt: "Die Politik schafft die Voraussetzungen, unter denen die Wirtschaft entweder gedeiht oder verkümmert." Unsere bayerische Wirtschaftspolitik hat die Grundlage für eine weit überdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung dieses Landes gelegt. Ich möchte die Gelegenheit benützen, namens meiner Fraktion Ihnen, Herr Minister Jaumann, Ihrem Staatssekretär und allen Damen und Herren des Wirtschaftsministeriums für den geleisteten Einsatz herzlich zu danken.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, daß dieser Haushalt eine gute Grundlage für eine weitere erfolgreiche Arbeit und eine gute Entwicklung Bayerns und seiner Bürger darstellt.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat Herr Kollege Magerl!

Dr. Magerl (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf des Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr und die Rede des Herrn Staatsministers Jaumann sind aus unserer

Sicht ein Spiegelbild der Konzeptionslosigkeit und Phantasielosigkeit der Politik dieser Staatsregierung,

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

die keine Antworten auf die wahrlich großen Herausforderungen der Zukunft kennt, die Probleme noch nicht einmal im Ansatz richtig sieht, geschweige denn erkannt hat. Es kommen hehre Worte vom Einklang von Ökonomie und Ökologie, wenn ich mir aber den Einzelhaushalt und auch den Gesamthaushalt anschaue, kann ich davon in keiner Art und Weise etwas erkennen: Es wird weiterhin einseitig auf quantitatives Wachstum gesetzt, und dieses Wachstum geht immer noch in erster Linie zu Lasten der Umwelt; wir leben nach den Plänen dieser Staatsregierung weiterhin auf Kosten der Umwelt.

Die Zukunft wird, wenn man sich so manche Einzelprodukte anschaut, eher im Weltraum als hier auf unserer Erde gesehen; ich erinnere an die Weltraumforschung in Oberpfaffenhofen. Dabei sind noch nicht einmal die kleinen Probleme der Alttechnologien, um nur das Stichwort Molke zu nennen, bei uns gelöst. Man sollte erst einmal das machen, bevor man an die gesamten Zukunftstechnologien denkt.

Außerordentlich bedenklich finden wir die weitergehende Konzentration von Einrichtungen hier im Großraum München. Eine Konzentration in diesem Umfang ist nicht wünschenswert; sie geht zu Lasten des Umlandes und insbesondere zu Lasten des restlichen Bayerns.

Was wir in allererster Linie vermissen, ist ein Ansatz im Umweltschutz Ich werde das später noch ausführen. Umweltschutz findet bei uns nach wie vor immer noch nicht in ausreichendem Umfang statt. Was wir haben, ist in aller Regel eine Reparatur von Eingriffen und Schäden, aber in keiner Art und Weise ein vorausschauender Umweltschutz.

Ich möchte im Rahmen dieser Rede auf die fatale Energiepolitik eingehen, die immer noch einseitig auf Atomenergie und nicht auf alternative Technologien setzt, und ich möchte auch auf die verkehrte Verkehrspolitik eingehen, die immer noch eine weitere Reduktion der Schiene zur Folge hat und weiterhin auf die umweltfeindlichen Verkehrsmittel Flugzeug und Straße setzt. Ich möchte auch auf die verkehrte Wirtschaftspolitik dieser Staatsregierung eingehen.

Wenn wir uns die Ausführungen des Staatsministers zur Energiepolitik anschauen, so muß man feststellen, daß nicht erkannt worden ist, wie die wahre Situation bei uns ist, und daß wir nicht immer auf dieser Einbahnstraße eines weiteren Ausbaus der Atomenergie fortschreiten können. Es fehlt nahezu vollständig die entsprechende Förderung der alternativen Energien, der Solarenergie; da hätten wir ganz andere, wesentlich deutlichere Worte von Ihnen, Herr Staatsminister, erwartet. Das einzige Positive in diesem Zusammenhang ist, daß von Ihnen gesagt worden ist: kein weiteres Atomkraftwerk in Bayern bis zum Jahr 2000. Das ist immerhin ein positiver Ansatz. Ich habe das Gefühl, auch die CSU beginnt

(Dr. Magerl [DIE GRÜNEN])

allmählich einzusehen, daß sie aus dieser Energie aussteigen muß. Nur geschieht das Ganze viel, viel zu langsam.

Schauen wir uns einmal solche Sätze in Ihrer Rede, Herr Minister, wie diesen an: "Was wir brauchen, ist eine gesicherte Entsorgung für die bestehenden Kernkraftwerke." Das hätten wir vor dreißig Jahren längst gebraucht, nicht erst jetzt. Wir sind mitten in dieser Technologie, ohne daß wir die gesicherte Entsorgung haben. Hier kommt immer wieder nur der Satz, wir bräuchten die gesicherte Entsorgung, ohne daß gesagt wird,

(Zurufe von der CSU)

wie denn diese gesicherte Entsorgung bei uns aussehen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Sicherheit nicht zu dieser gesicherten Entsorgung gehört die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, die wir vollkommen ablehnen, weil sie ein Irrweg der Energiepolitik ist.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie mich nun zur verkehrten Verkehrspolitik dieses Freistaates Bayern kommen. Schauen wir uns die Steigerung im Bundesfernstra-Benbereich von 17,3 Millionen DM auf 19,1 Millionen DM an – eine alte Forderung dieser Staatsregierung, die jetzt im Rahmen der Verhandlungen in Bonn durchgesetzt worden ist.

(Abg. Niedermayer: So etwas Blödes habe ich selten gehört! – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wenn es als Erfolg gefeiert wird, daß ein Großteil der Nebenstrecken erhalten werden konnte, dann heißt das, daß gleichzeitig ein erheblicher Teil der Nebenstrecken stillgelegt worden ist und daß die Bahn sich weiter aus der Fläche zurückgezogen hat. Ich sehe in dieser Verkehrspolitik ein systematisches Programm, die Schiene in der Fläche weiterhin unattraktiver zu machen und möglicherweise weitgehend abzuschaffen. Die Leute werden aus der Bahn heraus auf die Straße —

Präsident Dr. Heubl Einen Moment, Herr Kollege. Ich habe den Zwischenruf nicht gehört. Sollte er aber so gefallen sein, wie behauptet wird, dann ist er unparlamentarisch, und ich weise ihn zurück.

(Abg. Niedermayer: Wie soll er denn gefallen sein? – Abg. Bäumer: "So etwas Blödes habe ich noch nicht gehört!" – Abg. Niedermayer: Das ist richtig!)

 Herr Kollege, das ist unparlamentarisch. Sie können das auch anders ausdrücken. Wenn Sie dieser Meinung sind, können Sie es auch anders ausdrücken, nicht in dieser Form.

Dr. Mageri (DIE GRÜNEN): Diese Art und Weise der Verkehrspolitik, daß man einseitig auf die Straße und das Flugzeug setzt, ist in unseren Augen eine zweifel-

hafte Art von Wirtschaftsförderung der Automobilindustrie und Straßenbauindustrie auf Kosten der Deutschen Bundesbahn und auf Kosten unserer Umwelt.

Wenn man sich allein anschaut, welches Ausmaß die Waldschäden angenommen haben, welche wirtschaftlichen Schäden das sind, so hätte ich schon erwartet, daß allein aus umweltpolitischen, nicht nur aus verkehrspolitischen Gründen der Schiene vor allen anderen Verkehrsträgern, insbesondere vor Straße und Flugzeug, ein eindeutiger Vorrang eingeräumt worden wäre. Aber es wird weiterhin zwei völlig überflüssigen, um nicht zu sagen unsinnigen Großprojekten das Wort geredet:

Einmal dem Rhein-Main-Donau-Kanal. Wir lehnen ihn ab. Hier ist weiß Gott nicht zu erkennen, welchen Segen die Wirtschaft davon haben soll. Im Gegenteil! Wir werden nachfolgend enorme Kosten haben. Wenn ich jetzt schon höre, daß Millionenkosten für Reparaturen an Schleusen notwendig geworden sind, ohne daß der Kanal überhaupt schon in Betrieb gegangen ist, dann sind wahrlich keine Vorteile für die Wirtschaft zu erkennen.

Zum andern der völlig überdimensionierte Großflughafen München II, den Sie auch in Betrieb nehmen wollen. Auch ihn lehnen wir vollständig ab. Gestatten Sie mir, Herr Staatsminister Jaumann, daß ich dazu auf Ihre persönliche Bemerkung von vorhin zu den Urteilen des Verwaltungsgerichtshofes München beziehungsweise des Bundesverwaltungsgerichtes vom 05. Dezember 1986 eingehe. Ich habe an den beiden Verfahren, sowohl am Verfahren vor dem VGH als auch an dem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht, jeden Tag teilgenommen, und ich kann mich eigentlich nicht erinnern, daß Sie von dem Vorwurf der Einflußnahme einerseits als Aufsichtsratsmitglied und andererseits als Minister irgendwie freigesprochen worden wären. Es ist einzig und allein eine Heilung des Fehlers Ihrer Einflußnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens durch den Änderungsplanfeststellungsbeschluß der Regierung von Oberbayern aus dem Jahre 1984 angenommen worden. Ihre ursprüngliche Einwirkung einerseits als Aufsichtsfat, andererseits als Minister ist in keiner Weise als zulässig erachtet worden.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit diesem Haushalt noch etwas zum Flugverkehr sagen. Hier sind einige nicht allzu große Posten enthalten, die wir gestrichen haben wollen. Zum einen sind Zuschüsse in Höhe von 1,2 Millionen zur teilweisen Dekkung der Betriebskosten von Luftfahrtunternehmen an den Regionalflughäfen Augsburg, Hof und Bayreuth vorgesehen. Einen solchen Zuschuß zu den Betriebskosten hätten wir eher für die Entschuldung der Deutschen Bundesbahn erwartet, aber nicht nur für so kleine Flugbetriebe, die nur ganz wenige Leute durch die Gegend gondeln.

Desgleichen wollen wir 1,4 Millionen DM für den Erwerb und Ausbau von Landeplätzen für den Nahluftverkehr und die aligemeine Luftfahrt gestrichen haben. Allgemeine Luftfahrt, dies zur Erläuterung, sind in der Regel Privatflieger.

(Dr. Magerl [DIE GRÜNEN])

Des weiteren wollen wir die 800 000 DM für den Flugsportverband, zur Förderung des Flugwesens, gestrichen haben. Wenn man sich hier die Steigerungen ansieht – 1984 352 000 DM, 1985 528 000 DM, 1986 600 000 DM und jetzt 800 000 DM –, dann muß ich schon sagen, daß wir solche Steigerungen auch hier eher bei der Bundesbahn oder beim Umweltschutz erwartet hätten, nicht bei der Förderung des privaten Luftverkehrs.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch auf die Frage einer Autobahngebühr in Österreich eingehen. Ich sehe hier, und nicht nur in diesem Zusammenhang eine, so möchte ich fast sagen, Hetze gegen unsere österreichischen Freunde und Nachbarn.

(Zurufe von der CSU)

Sie werden immer mehr unter Druck gesetzt, nicht nur in der Frage einer Maut, sondern auch in der Frage der höchstzulässigen Tonnage bei Lkw. Seit dem 1. Januar gilt die Erhöhung der höchstzulässigen Achslast von zehn auf elf Tonnen, die im übrigen, wenn man sich die Verkehrszahlen anschaut, eine immense Höherbelastung unserer Straßen bedeutet, die letztlich Reparaturkosten hervorruft, die zu Lasten aller gehen. Österreicher und Schweizer wollen da jetzt nicht mehr mitmachen, und so wird jetzt entsprechender Druck ausgeübt, auch wieder zugunsten der Straße und nicht zugunsten der Schiene.

Solche Dinge schaden uns wirtschaftspolitisch außerordentlich, daß wir hier Freunde, wie es die Österreicher über Jahrzehnte gewesen sind, in dieser Art und
Weise behandeln und unter Druck setzen. Man
braucht sich da auch nur anzuschauen, um auch darauf noch einzugehen, was gestern im Rahmen des
Bürgerforums Salzburg gelaufen ist, auf dem zu reden der Herr Ministerpräsident Herrn Staatsminister
Lang und Herrn Umweltstaatssekretär Glück mit der
Begründung verboten hat, daß sie dort angepöbelt
werden könnten, möglicherweise auch einer Diskussion nicht gewachsen wären.

' (Abg. Klasen: So was!)

Diese Begründung, die heute in der Süddeutschen Zeitung steht, mag jeder selber kommentieren. Ich lasse das bleiben. WAA, AIDS, Besuch Strauß in Wien – es reiht sich alles ein, unsere österreichischen Nachbarn und Freunde unter Druck zu setzen.

(Abg. Tandler: Was hat das mit Wirtschaftspolitik zu tun?)

Es kann nicht angehen, Herr Tandler, daß bei den ganzen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Deutschland Freunde so miteinander umgehen.

> (Abg. Tandler: Meinen Sie da die Lieferungen der VOEST für die Atomkraftwerke in Bayern?)

- Das sicherlich nicht. Es kann aber nicht angehen, daß auf dem wirtschaftlichen Sektor Freunde derartig behandelt werden. So etwas lehnen wir ganz entschieden ab.

(Unruhe im Hause – Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen

(Zurufe von der CSU: Das war eine umwerfende Rede!)

und zusammenfassen:

Wir sehen eine fatale Verkehrspolitik zu Lasten der Schiene, ein einseitiges Setzen auf Wirtschaftswachstum. "Grenzen des Wachstums", vor denen wir stehen, sind weder in diesem Haushalt noch bei der CSU-Fraktion auch nur im Ansatz zu erkennen. Wir sehen auch eine völlig falsche Energiepolitik. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Heubl: Meine Damen und Herren! Ich darf jetzt die Sitzung unterbrechen. Die Mitglieder des Ältestenrates bitte ich zu einer Sitzung.

Die Sitzung wird um 14 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung 12 Uhr 57 Minuten)

Wiederaufnahme der Sitzung: 14 Uhr 01 Minuten

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Meine Damen und Herren! Die Sitzung wird wieder aufgenommen.

Ich hoffe, daß sich der Plenarsaal bald füllen wird. Unbeschadet dessen erteile ich Ihnen, Herr Kollege Beck, das Wort.

Beck (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Tandler hat gerade im Ältestenrat gefordert, daß Reden gehalten und nicht verlesen werden sollen. Herr Präsident, ich hoffe, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Ich darf für meine Fraktion zur Energieversorgung sprechen. Sowohl von der SPD als auch von den GRÜNEN wurde der Eindruck erweckt, als betreibe Bayern die schlechteste Energiepolitik im gesamten Bundesgebiet. Ich muß aber feststellen, daß es sich dabei in Bayern sehr aut lebt. So schlecht kann es also offenbar wirklich nicht sein. Wir haben allerdings die Frage zu untersuchen, was geschehen wäre, wenn wir dem gefolgt wären, was uns die SPD stets geraten hat und was sie uns jetzt gerade wieder rät. Kollege Dr. Seebauer hatte vor einem Jahr gefordert, in einem Energiespargesetz jährlich 100 Millionen DM Zuschuß für Sparmaßnahmen einzuplanen; es sollten insgesamt 500 Millionen DM auf fünf Jahre verteilt sein. Nunmehr fordert er, daß Energieeinsparmittel von 500 Millionen DM in einem Jahr bereitgestellt werden. Das ist das einzig Neue an der Energiepolitik der SPD.

Herr Magerl, Sie haben Ihre Freude darüber zum Ausdruck gebracht, daß kein neues Kernkraftwerk mehr

(Beck [CSU])

gebaut wird. Wir sind darüber genauso froh. Bereits vor fünf, sechs Jahren habe ich in diesem Hohen Hause erklärt, ich möchte denjenigen kennen, der ein Kernkraftwerk baut, das nicht benötigt werde, das wäre weder volkswirtschaftlich noch energiepolitisch sinnvoll. Wir freuen uns, wenn wir kein weiteres Kernkraftwerk brauchen.

Wir müssen aber in der Energieversorgung in Epochen denken. Zehn Prozent der Menschen verbrauchen die Hälfte der Weltenergie. Diese zehn Prozent leben insbesondere in Europa und in Amerika. Wenn jemand am Morgen nach dem Frühstück zur Arbeit geht, hat er schon so viel Energie verbraucht wie in der Dritten Welt ein Mensch während des ganzen Tages.

Energie hat nicht nur zur Emanzipation der Frau beigetragen, die dadurch, daß sie mit der elektrischen Stromversorgung einen treuen Diener im Haushalt bekommen hat, frei geworden ist für andere Aufgaben. Wenn es zutrifft, daß Energieversorgung zu Wohlstand führt und Wohlstand zu weniger Kindern, dann trifft auch zu, daß weniger Energie Armut bedeutet und Armut mehr Kinder. Angesichts der explosionsartigen Ausbreitung der Weltbevölkerung ist eine vernünftige Energiepolitik auch ein Beitrag zur Verlangsamung dieser Explosion in den Ländern mit 90 Prozent der Weltbevölkerung, die noch nicht die Energie besitzen, über die wir verfügen.

Energiepolitik muß also in einem großen Rahmen gesehen werden und vorausschauend sein. Bei der Lekture des Energieberichts der Staatsregierung aus dem Jahre 1970 gestern abend bin ich auf eine Prognose für das Jahr 1985 gestoßen. Man mag Prognosen in der Regel für unzutreffend halten, aber ich möchte einmal die Prognose der Staatsregierung seinerzeit rückblickend betrachten. Im Energiebericht 1970 führt die Staatsregierung aus, der Primärenergieverbrauch an Mineralöl werde 1985 45,5 Prozent betragen. 1985 hat der Primärenergieverbrauch 50,2 Prozent betragen. Bei Gas wurde ein Primärenergieverbrauch von 13,9 Prozent angenommen; tatsächlich lag er 15 Jahre später bei 13,3 Prozent. Bei Kernenergie wurden 12,7 Prozent vorausgesagt; tatsächlich sind es jetzt 21,0 Prozent. Bei Strom aus Wasserkraft wurden 3,0 Prozent angenommen; tatsächlich sind es 5,7 Prozent. Ich meine, daß sich damit die Prognosen der Staatsregierung von 1970 für 1985 doch im wesentlichen erfüllt haben.

Jetzt darf ich Ihnen eine andere Prognose nennen, die Prognose des SPD-Parteitages vom 14. Juli 1956 in München zu den neuen Technologien. Unter dem Tagesordnungspunkt 3, Zweite industrielle Revolution, wurde damals die Frage der Atomenergie erörtert. Als Sprecher traten auf der Technologieexperte der SPD, Professor Leo Brandt, und Professor Carlo Schmid. Leo Brandt sagte damals: "Werden wir in dem Land Albert Einsteins und Otto Hahns künftig auf dem Gebiet der Atomwissenschaft und -technik noch mithalten können?" Er hat also die Frage

gestellt, ob wir das überhaupt noch können. Und Professor Carlo Schmid sagte:

Nun steht die Arbeiterbewegung vor neuen Aufgaben, denn sie steht am Beginn der zweiten industriellen Revolution. Die Entbindung der atomaren Energie gestattet die Auslösung unvergleichlich größerer Energiemengen, als es je die Verbrennung von Kohle und Öl und die Ausnutzung der Wasserkräfte vermocht hat und vermögen wird. Darum muß auch in den Kohle- und Ölländern atomare Energie erzeugt werden, selbst wenn dies heute noch teurer zu stehen kommen sollte ...

Damals wurde der sogenannte "Atomplan der SPD" bei zwei Enthaltungen im übrigen einstimmig angenommen.

In der Präambel Ihres Grundsatzprogrammes von Godesberg aus dem Jahre 1959 haben Sie eine glühende Aussage zur Kernenergie getroffen. Zwar meinte jetzt auf dem Nürnberger Parteitag Herr Dr. Hauff, daß Sie einen "schmerzlichen Lernprozeß" in dieser Frage durchgemacht hätten,

(Abg. Klasen: Eine thermische!)

aber wären wir Ihnen damals in Ihrer großen Euphorie gefolgt, dann wäre fraglich, ob wir überhaupt noch nach zehn Jahren aussteigen könnten, wie Sie gerade diskutieren. Wären wir Ihnen nämlich damals gefolgt, dann wäre die Ausnutzung der Kernenergie heute 90 bis 95 Prozent und nicht 60 Prozent. Ich muß also sagen, daß die CSU die richtige Sicht der Dinge bewiesen hat.

(Abg. Karl-Heinz Müller: Also Sie haben schon eine krause Logik, Herr Kollege!)

- Ich kann ja bei Planung, Errichtung und Fertigstellung von Kernkraftwerken, die Jahre dauern, nicht in Zweijahreskategorien denken, Herr Kollege Müller, vielmehr sind große Zeiträume notwendig. In der Kernenergie kann ich zudem nicht von Ja auf Nein umschalten.

Sie verweisen jetzt auf Solarzellen, Bioanlagen, Biomasse und was sonst noch, um von der Kernenergie wegzukommen. Wir haben die Verfassung in Bayern geändert, und ich gebe Kollegen Dr. Seebauer recht, daß wir umweltschonende Energie wollen. Ich muß aber jede Energie, die ich neu einsetze, auf Umweltverträglichkeit, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit überprüfen. Deshalb bin ich dagegen, die Entscheidung zugunsten einer anderen Energieform zu treffen, nur weil wir die eine nicht wollen, ohne wirklich zu prüfen, welchen Schaden die andere anrichtet.

(Abg. Karl-Heinz Müller: Das tun wir auch nicht!)

Mit der Nutzung jeder Energie sind natürlich auch Gefahren und Nachteile verbunden. Wollte ich zum Beispiel die Windenergie nutzen, bräuchte ich etwa 1200 bis 2000 Windmühlen, um ein Kernkraftwerk zu ersetzen. Da muß ich fragen: Habe ich überhaupt die notwendige Fläche, um solche Anlagen bei uns zu errichten?

(Beck [CSU])

Der Kollege Seebauer hat die Solarzellentechnik angesprochen. Um zum Beispiel Hamburg zu versorgen, bräuchten wir eine Fläche von 108 qkm. Diese Fläche ist größer als die Stadt Regensburg. Dabei muß man bedenken, daß diese Technologie nachts keinen Strom liefert, so daß ich eine gewisse weitere Fläche zum Bau von Fotozellen bräuchte. Deshalb muß ich sagen: Das ist keine Lösung, um von der Kernenergie wegzukommen.

Über Biogasanlagen kann man sicherlich diskutieren. Hier sind einige Möglichkeiten gegeben. Auch bei Biomasse und nachwachsenden Rohstoffen sehen wir Möglichkeiten, nur sollten wir uns nicht darüber hinwegtäuschen: Um ein Prozent des gesamten Ölverbrauchs einzusparen, müßten etwa dreizehn Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche zur Verfügung gestellt werden.

Es ist die Fernwärme angesprochen worden. Auch wir sind dafür, daß das Fernwärmeprogramm ausgebaut wird. Aber Sie müssen auch sehen: In Bayern gibt es bis jetzt leider erst zwölf Städte, die ein Fernwärmenetz haben. Das Netz hat eine Gesamtlänge von 836,8 km. Das Gasversorgungsnetz hat eine Länge von 20 483 km.

Es wird dann behauptet, Wärme-Kraft-Koppelung könnte etwas bringen. Sicherlich, sie kann ihren Teil zur Energieversorgung beitragen. Nur mußman sehen, daß man damit verstärkt bei den Primärenergien Gas und Öl einsetzt. Es stimmt entgegen der Meinung des Kollegen Dr. Seebauer nicht, daß sich Großunternehmen wie zum Beispiel die Bayernwerke weigerten, diesen Strom abzunehmen. Im Gegenteil.

(Abg. Klasen: Nicht wahr!)

Sie sind jederzeit bereit, diesen Strom zu den üblichen Preisen abzunehmen. Nur muß sich jede Gemeinde, Herr Kollege Klasen, selbst ausrechnen, ob es sinnvoll ist, ein solches System zu betreiben.

Wenn Sie meinen, wir hätten uns mit Energieeinsparen noch nicht vertraut gemacht, dann darf ich Ihnen einmal aus dem Protokoll der 74. Sitzung des 8. Bayerischen Landtags vom 21. April 1977 vorlesen. Damals habe ich folgende Einsparungsmöglichkeiten genannt:

- Stärkere Ausnutzung der Primärenergie; sie wird derzeit nur zu einem Drittel ausgenutzt.
- Eine bessere Speicherung in Spitzenzeiten. So betreibt die OBAG ein Wasserkraftwerk zur Bewältigung des Spitzenverbrauchs.
- 3. Einsparmöglichkeiten im Haushalt.
- Stärkere Nutzung der Abwärme, der Solar- und Bodenwärme.
- Stärkung des Energiebewußtseins durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit.

Es ist also nicht so, daß wir jetzt erst aufs Sparen kommen. Wir haben bereits 1977 darüber diskutiert, wenn vielleicht auch nicht mit dem Schwung, mit dem

man nachher an mit Energie zusammenhängende Fragen gegangen ist.

Zweiter Vizepräsident Dr. Hothemund: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Klasen?

Beck (CSU): Bitte schön, Herr Kollege Klasen!

Klasen (SPD): Herr Kollege, wie beurteilen Sie dann beispielsweise den Sachverhalt, daß die Isar-Amper-Werke, die im Augenblick, wenn ich richtig informiert bin, ihren Spitzenbedarf in der Nacht haben, immer noch auf ihren Pkw für Nachtspeicherheizungen werben?

Beck (CSU): Herr Kollege Klasen, bei diesem Einzelbeispiel bin ich überfragt. Das hat aber mit der Tatsache, daß die Bayernwerke gegen die Übernahme von Strom aus Kraft-Wärme-Koppelung keine Einwendungen erheben, nichts zu tun.

Es ist heute zum Beispiel auch nicht von der modernen Fusionstechnik gesprochen worden. Darüber hat man weder von seiten der SPD noch von seiten der GRÜNEN etwas gehört. So würde zum Beispiel ein Gramm eines Deuterium-Tritium-Gemisches soviel Energie bewirken wie die Verbrennung von 10 000 Litern Erdöl. Dies wäre eine umweltfreundliche Energie, und sie wäre in unbegrenztem Umfang vorhanden.

Lassen Sie mich kurz etwas zur Entwicklung des Erdölpreises sagen.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Professor Weiß?

Beck (CSU): Ich habe nur 15 Minuten Redezeit und möchte noch auf einige Punkte zu sprechen kommen.

Derzeit haben wir einen geringen Preis beim Mineralöl. Das ist ganz eindeutig. Wozu wird das führen? Das wird dazu führen, daß keine neuen Felder mehr erschlossen werden, weil dies wirtschaftlich nicht sinnvoll wäre; es wird dazu führen, daß die Förderung von Erdöl dort, wo sie nicht wirtschaftlich ist, eingestellt wird, und es wird schließlich, wenn die OPEC-Länder zusammenhalten, dazu führen, daß der Preis für Erdöl wieder ansteigen wird. Wir sollten bei unserer zukünftigen Energiepolitik nicht allein davon ausgehen, daß der Preis für Erdöl so niedrig bleiben wird, wie es derzeit der Fall ist.

Lassen Sie mich noch die Konzessionsabgabe ansprechen, die bei unseren Gemeinden derzeit in der Diskussion steht. Wir haben in Bayern eine Konzessionsabgabe in Höhe von etwa 300 Millionen DM, die sich auf ganz wenige Gemeinden bzw. Städte verteilt. Daß andere Gemeinden mithalten wollen, ist natürlich verständlich. Aus unserer Sicht darf der Strompreis dadurch aber nicht erhöht werden. Dies hielten wir für gefährlich. Zum anderen darf dadurch in Bayern kein unterschiedliches Preisgefüge erneut geschaffen werden.

. ...

(Beck [CSU])

Wir sind auch dagegen, daß der Kohlepfennig in dem Umfang erhöht wird. Da meine Zeit zu Ende ist, kann ich dazu aber nichts mehr sagen. Wir sollten über eine Abschaffung nachdenken.

Ob wir wollen oder nicht: Wir müssen in die Zukunft leben. Nicht Aussteiger, Zukunftsgegner und Angstmacher gestalten die Zukunft, sondern diejenigen, die Mut zur Zukunft beweisen. Energie ist Kraft, und die Christlich-Soziale Union hat auch hier die Kraft, unsere und damit Bayerns Zukunft sinnvoll zu gestalten. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Nächster Redner ist der Herr Kollege Naumann. Ich erteile ihm das Wort.

Naumann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zunächst einige Anmerkungen zu dem machen, was der Herr Kollege Huber zu Beginn hier gesagt hat, und ihm raten, sich erst einmal um die Richtigkeit seiner eigenen Theorien zu kümmern, bevor er sich mit unserem Godesberger Programm und anderen SPD-Programmen beschäftigt.

Die Bayerische Staatsregierung, die Bundesregierung und andere gehen von einer Theorie des Wirtschafts wachstums aus, die sich nachweislich in der Bundesrepublik und in anderen Staaten, namentlich in den USA, als absolut falsch erwiesen hat. Sie gehen davon aus, daß zusätzliche Gewinne zusätzliche Erweiterungsinvestitionen und diese wiederum zusätzliche Beschäftigung bringen. Diese Theorie hat wie gesagt den kleinen Nachteil, daß sie erwiesenermaßen falsch ist.

Ich würde mich an Ihrer Stelle hier auch einer gewissen Zurückhaltung befleißigen, weil die Bayerische Staatsregierung, was Staatsinterventionismus angeht, selbst sehr aktiv ist. Wenn Ihre Ankaufs- und Beteiligungspolitik irgend etwas mit einem lupenreinen marktwirtschaftlichen oder Wettbewerbsdenken zu tun hat, dann haben wir mit Sicherheit vollkommen unterschiedliche Vorstellungen von Marktwirtschaft und Wettbewerb.

(Beifall bei der SPD)

Sie können nicht dogmatisch Marktwirtschaft und Wettbewerb für sich in Anspruch nehmen, in Ihrer täglichen Praxis, aus welchen Gründen auch immer, aber völlig entgegengesetzt handeln.

Ich habe mich bei dem, was Sie über Wirtschaftswachstum und Optimismus gesagt haben, auch gefragt: Gehört es gewissermaßen zum Berufsbild des Politikers, optimistisch zu sein? Ist es denn zu verantworten, daß der Kollege Huber und andere, nur um dem Prinzip Optimismus zu folgen, behaupten, wir hätten in der Bundesrepublik ein Wirtschaftswachstum, und wir hätten auch 1987 ein Wachstum?

Wir haben in der Bundesrepublik kein Wirtschaftswachstum mehr; wir haben seit einem halben Jahr Stagnation des Bruttosozialprodukts.

(Zuruf)

- Aber sicherlich! Schauen Sie sich doch die Statistiken an! Das ist ein Faktum. Sie können es selbstverständlich bestreiten; so habe ich auch Ihre Notwendigkeit, Optimismus zu verbreiten, aufgefaßt. Aber an den Fakten, Daten, Statistiken usw. kommen Sie nicht vorbei.

Grund der Stagnation, um Ihnen dazu wenigstens ein Stichwort zu geben, ist die schon seit ungefähr eineinhalb Jahren sinkende Auslandsnachfrage. Auch das können Sie in jeder Zeitung und in jeder Statistik nachlesen. Daran ändert auch nichts, daß Sie durch die Beschwörung anderer Zahlen eine andere Entwicklung herbeiführen zu müssen glauben. Aber es ist, wie gesagt, die Frage, ob es gewissermaßen zum professionellen Politikertum gehört, bei der Bevölkerung Optimismus zu bewirken, auch wenn es sachlich nicht gerechtfertigt ist.

Als ich heute vormittag die müde und matt formulierte und müde und matt vorgetragene Haushaltsrede von Herrn Minister Jaumann gehört habe,

(Abg. Erwin Huber: Sie sind auch nicht sehr feurig!)

habe ich mich etwas an die Zeit des Kampfes der CSU und der Bayerischen Staatsregierung gegen die Bonner Koalition bis zum Jahre 1982 erinnert. Wenn ich an die damaligen Haushaltsdebatten denke, an Ihre regelmäßigen Generalangriffe auf Bonn, kommen mir auch die Maßstäbe in Erinnerung, die Sie an die wirtschaftliche Entwicklung angelegt haben. Wenn wir von diesen Maßstäben, die Sie damals in bezug auf Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Wachstum, Steuerreform, DB-Entschuldung, Aufrechterhaltung von Nebenstrecken der Deutschen Bundesbahn usw. angelegt haben, ausgehen, dann ist Ihre Bilanz, meine Damen und Herren, enttäuschend und negativ.

Sie haben für die großen Probleme des Verkehrs keine Lösung gefunden, und es ist auch keine Lösung in Sicht.

(Abg. Niedermayer: Aber Sie wissen eine!)

 Lassen Sie mich dazu ein paar Ausführungen machen! Dann können Sie Ihren Zwischenruf wiederholen.

Die Ifo-Prognose über die Entwicklung des Schwerlastverkehrs bis zum Jahr 2000 sagte eine Steigerung im Transitverkehr um 110 Prozent vorher; darüber haben wir mehrfach gesprochen. Schauen wir die Zahlen an, die Sie auf Seite 35 Ihrer Haushaltsrede abgedruckt haben! Da zeigt sich eindeutig: Die Realität richtet sich in der Tat nach den Prognosen; das Volumen, das auf der Straße transportiert wird, wächst pausenlos, und das Volumen, das auf der Bahn transportiert wird, geht zurück. Die Marktanteile der Bahn schrumpfen nach wie vor. Ich muß feststellen, daß die Horrorvision, die Ifo damals

(Naumann [SPD])

aus guten Gründen an die Wand gemalt hat, offenbar Wirklichkeit wird.

Uns steht auch noch einiges andere bevor, beispielsweise bei der Liberalisierung des EG-Verkehrsmarktes, die bereits begonnen hat. Man hat damit ausgerechnet in Bereichen begonnen, in denen eine Liberalisierung für die Bundesrepublik Deutschland und ihre ökologischen und verkehrspolitischen Zielsetzungen negative Folgen hat.

Es ist eine Zumutung, daß EG-weit mit Zustimmung der Bundesregierung beschlossen wird, daß die bilateralen Kontingente im Schwerlastverkehr jährlich um 40 Prozent erweitert werden, um auf diese Weise Anfang der neunziger Jahre den Eingang in den dann liberalisierten EG-Markt nahtlos und übergangslos zu finden.

Mit einer solchen Entwicklung auf der Straße kommen die Eisenbahn-Investitionen, auch wenn man sich, sei es auf deutscher Seite, sei es auf österreichischer Seite, noch so große Mühe gibt – Erfolge auf diesem Gebiet werden ja gar nicht verkannt –, einfach nicht mit. Die Investitionen der Österreichischen Bundesbahnen sind Vorteil und Gewinn auch für uns. Darüber könnte man einmal ein anerkennendes Wort nach Österreich schicken; man muß ja nicht immer den Ton gegenüber Österreich wählen, der bei der Bayerischen Staatsregierung offenbar üblich geworden ist.

Das relativ kleine Österreich investiert enorm in die Brenner-Strecke, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene zu verbessern, sicherlich auch für die deutsche Seite. Das wird überhaupt nicht verkannt. Nür sind die Erfolge, die hierbei erzielt werden, zum einen zu gering und zum anderen in weiter Ferne.

(Züstimmung von der SPD)

Der vielzitierte Basistunnel durch Österreich in Richtung Italien ist seit 32 Jahren im Gespräch. Aber in 32 Jahren ist nicht sehr viel mehr als ein Minimum an Fortschritt erzielt worden. Als einziges gibt es nach wie vor schöne Absichtserklärungen der beteiligten Minister, aber einer praxisnahen Verwirklichung ist man nicht nähergekommen.

Es ist wirklich ein Witz, wenn man sich vor Augen hält, daß der Rhein-Main-Donau-Kanal, der wenig zur Entlastung Bayerns als Transitland beiträgt, kurz vor der Vollendung steht, während die tatsächlich notwendigen und richtigen Transitinvestitionen für die Bahn noch nicht einmal begonnen haben.

Meine Damen und Herren! An dieser Stelle muß man auch über neue Finanzierungsmodalitäten für internationale Verkehrsinvestitionen sprechen. Man muß über einen Europäischen Verkehrsfonds sprechen, mit dem die notwendigen Finanzierungen vorgenommen werden können. Selbstverständlich muß man auch darüber sprechen, daß Länder wie Österreich und die Schweiz als die neben Süddeutschland wichtigen Transitländer in die Finanzierung und in die Mitarbeit einbezogen werden.

Meine Damen und Herren! Wenn ich mir die Mittel anschaue, die heute auf dem Verkehrssektor ausgegeben werden, dann muß ich Ihnen sagen: Auf dem Verkehrsmarkt hat eine Liberalisierung begonnen, aber die dabei notwendige Harmonisierung hat nicht begonnen. Was besonders schlecht ist: Die Übergangszeit, die uns bis zum Beginn des europaweiten Verkehrsmarktes bleibt, wird ganz offensichtlich nicht zu notwendigen Investitionen in die Eisenbahn genutzt.

Die eigentliche Ursache dafür ist nach wie vor: Viele Subventionen und Finanzhilfen des Bundes steigen an; von den ursprünglichen Absichtserklärungen, die Subventionen des Bundes zu kürzen, ist fast nichts übriggeblieben. Aber ausgerechnet bei der Deutschen Bundesbahn stagnieren die Zuschüsse seit nunmehr fünf bis sechs Jahren bei etwa 13 Milliarden DM. Genau auf dem Gebiet, auf dem eine Zunahme der Subventionen berechtigt und vernünftig wäre, wird eine Steigerung abgelehnt, während auf allen anderen Gebieten das Gegenteil festzustellen ist.

(Zustimmung von der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich möchte den Beschäftigten bei der Bahn auch einmal ein Wort des Dankes aussprechen; das haben sie verdient. Der Rationalisierungsdruck bei der Bahn ist aufgrund der Plafondierungs- und Knebelungspolitik des Bundes so groß, daß man von den Leistungen der Bundesbahnbediensteten nur mit Anerkennung sprechen kann.

Meine Damen und Herren! Das zweite Gebiet, auf dem ein großes Defizit in der Verkehrspolitik des Landes besteht, ist nach wie vor der öffentliche Nahverkehr müssen in einer relativ kurzen Zeit wesentliche Verbesserungen zustande kommen, damit die anhaltende Talfahrt bei den Fahrgastzahlen endlich gestoppt wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir stellen fest: Seit Beginn der achtziger Jahre geht die Zahl der Benutzer im öffentlichen Nahverkehr aus strukturellen Gründen laufend zurück. 1985 haben wir eine kleine Stagnation gehabt, aber in allen übrigen Jahren ging die Zahl der Benutzer im Nahverkehr zurück. Im Jahr 1980 wurden in Bayern noch 1,1 Milliarden Fahrgäste mit Omnibussen, U-Bahnen und Straßenbahnen transportiert, im Jahr 1985, fünf Jahre später, war es nur noch eine Milliarde. Im gleichen Zeitraum hat die sogenannte Verkehrsdichte, also die Zahl der Personenfahrten pro Einwohner und Jahr, von 102 auf 91 abgenommen.

Nichts zeigt deutlicher als dieser Rückgang der Zahlen die negative Trendwende im öffentlichen Nahverkehr. Dazu haben Fehlentscheidungen der Bayerischen Staatsregierung wie die Abschaffung der unentgeltlichen Schülerbeförderung zu Beginn des Schuljahres 1983/84 beigetragen. Dadurch wurden die von der Schulwegkostenfreiheit ausgeschlossenen Schüler veranlaßt, die öffentlichen Verkehrsmittel oder den Schulbus nicht in jedem Fall zu benutzen, wie das eigentlich im Interesse der Sicherheit der Fall hätte sein sollen. Das Ergebnis war, daß die Zahl der

(Naumann [SPD])

beförderten Schüler seit 1983/84 durchschnittlich um 10 bis 30 Prozent zurückgegangen ist. Das ist wahrlich alles andere als ein Ruhmesblatt für die Nahverkehrspolitik der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Gerade im ländlichen Raum sind die Fahrgastverluste besonders hoch. Es fällt auf, daß in den Großstädten auch ohne Schnellbahnen die Fahrgastverluste deutlich geringer sind als im ländlichen Raum. Dies weist darauf hin, daß dort nach wie vor die größten Mängel im Nahverkehrsangebot bestehen. Das zeigt: Nur eine konsequente Verbesserung des Angebotes im öffentlichen Personennahverkehr kann den vorhandenen Markt sichern und neue Marktnischen erschließen.

Notwendig ist, den natürlichen Schrumpfungsprozeß auszugleichen und den Teufelskreis im öffentlichen Nahverkehr zu durchbrechen, der darin besteht, daß sinkende Fahrgastzahlen zu einem schlechteren Angebot führen und daß dieses unattraktive Angebot wiederum zu sinkenden Fahrgastzahlen führt.

Dies sind die beiden großen Komplexe: einerseits die ungelösten Probleme des Transitlandes Bayern, und zum zweiten, daß es im öffentlichen Personennahverkehr den notwendigen Durchbruch nicht gegeben hat, ein Durchbruch auch nicht in Sicht ist.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Nächster Redner ist Herr Kollege Dumann. Ich erteile ihm das Wort.

Dumann (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Wenn man Sie jetzt gehört hat, Herr Kollege Naumann, dann können Sie einem irgendwie leid tun, weil man nämlich nie genau weiß, für welche Seite des Hauses Sie mittlerweile reden; Ihre Münchner Partei weist ja inzwischen einen bestimmten Bereich auf, der grün ist. Es gibt zwar auch noch einen vernünftigen Flügel in dieser Partei, aber wo Sie hingehören, Kollege, das weiß man mittlerweile.

(Abg. Sommerkorn: Wo gehören denn Sie in Ihrer Partei hin?)

Lieber Herr Kollege Naumann, wohin Ihre Politik führt, das hat sich ja heute im Münchner Stadtrat gezeigt, wo Herr Uhl, von der CSU aufgestellt, Kreisverwaltungsreferent geworden ist.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Kommens' halt zur Sache!)

Daran sieht man doch sehr klar und deutlich, daß man nicht weiß, wen Sie hier überhaupt vertreten. Ich möchte einmal über die Einlassungen des Herrn Magerl nachdenken und Ihre zum Vergleich danebenhalten, nachdem beide doch deckungsgleich sind. Das muß ich von Anfang an einmal deutlich herausstellen.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich wissen wir um Probleme eines Landes, wie es der Freistaat Bayern darstellt, der allein 775 Kilometer Grenze gegenüber dem Ostblock aufweist, 801 Kilometer gegenüber unserem alten Nachbarn, den Österreichern; nur 42 Prozent des Gesamtumfanges grenzen an andere Bundesländer. Daraus resultieren natürlich ganz besondere Schwierigkeiten, die von der Verkehrspolitik zu meistern sind. Trotzdem glaube ich, meine Damen und Herren, daß wir mit unserer Politik auf dem richtigen Wege sind.

Herr Kollege Naumann, Sie haben vorhin gemeint, unser verehrter Herr Wirtschaftsminister hätte seine Rede müde und matt vorgetragen. An den Fakten, die er vorgetragen hat, zeigt sich, daß es heute nicht mehr darum geht, wie ehedem darum zu kämpfen, daß Mittel von Bonn nach Bayern fließen, weil diese Mittel in den letzten Jahren nämlich bereits geflossen sind

(Beifall bei der CSU)

Wir sind unserem Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr und unserem Ministerpräsidenten für ihren Einsatz sehr dankbar. Der Anteil im Fernstraßen bau ist inzwischen immerhin von 17 auf rund 19 Prozent erhöht worden. Das sind nun einmal Leistungen, die sich sehen lassen können.

Oder nehmen wir den Rhein-Main-Donau-Kanal. So wollte doch die frühere Bundesregierung erreichen, den Kanal, der schon zu 81 Prozent fertig war, zu schließen.

Das sind Fakten. Seit der Wende in Bonn ist festzustellen, daß die Mittel fließen und daß wir in unserem Lande eine Verkehrspolitik machen können, die sich nach dem Verkehrsaufkommen richtet, sich nicht irgendwo ins Nebulöse verliert.

Verkehrspolitik muß in erster Linie den Menschen dienen. Wer einen Stopp des Fernstraßenbaus fordert, nimmt bewußt die Belästigungen in Kauf, die Bürger in Ortsdurchfahrten durch Lärm und Abgase erleiden, ebenso den Tod vieler Menschen, besonders von Kindern, die auf überfüllten Landstraßen und in den Städten ums Leben kommen. Herr Kollege Magerl, darüber sollten Sie einmal nachdenken. Lippenbekenntnisse zum Umweltschutz sind einfach, aber wenn es darum geht, ob auch der Mensch schutzwürdig ist, versagen Sie auf der ganzen Linie.

(Beifall des Abg. Fendt)

Lassen Sie mich einige Zahlen nennen. Die Bundesanstalt für Straßenwesen hat in einer Untersuchung festgestellt, daß nach dem Bau von Umgehungs sich aßen – Sie sind ja von vornherein gegen solche Umgehungsstraßen –

(Zuruf von den GRÜNEN: Ist doch nicht wahr!)

in zwölf Gemeinden die Unfallzahlen in den Ortsdurchfahrten um mindestens 90 Prozent zurückgegangen sind. Der Rückgang der Zahl der Getöteten und Verletzten betrug allein 50 Prozent. Wir sind mit unserer Straßenbaupolitik also auch hier auf dem richtigen Weg. In den letzten fünf Jahren sind allein (Dumann [CSU])

für diese Art von Verkehrsverbesserung über eine Milliarde harter DM ausgegeben worden. Niemand bestreitet dabei die Umweltbelastung durch den Verkehr, und wir setzen alles daran, Umweltbelastungen durch den Verkehr niedrig zu halten.

In der Diskussion um den Konflikt zwischen Schienen en und Straße heißtes, daßeinseitig auf Kosten der Schienenwege Straßen gebaut würden. Lassen Sie dazu bitte einmal einige Zahlen über sich ergehen, meine Damen und Herren, nachdem gesagt wird, und das ist richtig, Bahn und Straße müßten investitionspolitisch gleich behandelt werden: Nach dem geltenden Bundesverkehrswegeplan werden für den Straßenbau 26,2 Milliarden DM und für die Schiene 25,6 Milliarden DM bereitgestellt. Wo sehen Sie da eine Ungleichbehandlung? Ich kann keine feststellen.

Ein zweiter Punkt betrifft die Verteilung der Transporte im Schwerlastverkehr auf Schiene und Straße. Wir haben hier derzeit pro Jahr drei Milliarden Tonnen Umschlag. Davon entfallen zwei Milliarden Tonnen auf die Straße. Es ist richtig, daß dieses Verhältnis nicht stimmt. Aber man muß auch wissen, daß diese zwei Milliarden Tonnen, runde zwei Drittel dieses gesamten Verkehrs, im Güternahverkehr transportiert werden, das heißt im Umkreis von 50 Kilometern vom jeweiligen Standort. Wir brauchen hier also über das Verhältnis von Schiene und Straße gar nicht zu diskutieren, denn im Güternahverkehr haben wir eben leider die Entscheidung für die Straße. Die Diskussion kann demnach nur noch um die restlichen 940 Millionen Tonnen gehen. Davon entfallen 320 Millionen Tonnen auf die Schiene, 325 Millionen Tonnen auf die Straße und der Rest auf Binnenschiffahrt, Rohrleitungen und Luftverkehr. Daraus können Sie ersehen, daß es eine Diskrepanz zwischen Straße und Schiene, wie sie immer herbeigeredet wird, gar nicht gibt.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Seebauer?

Dumann: (CSU): Ich habe leider auch nur beschränkte Redezeit. Ich bitte um Nachsicht.

(Zwischenruf von der SPD)

 Meine Herren Kollegen, wir haben die gleiche Beschränkung wie Sie. Auch bei Ihnen wollen mehr reden.

Aber zurück zum Thema. Das Argument der SPD, man müßte den Güterverkehr notfalls mit Zwang auf die Schiene bringen, sticht einfach nicht, weil wir in Betracht ziehen müssen, daß 60 Prozent der Gemeinden überhaupt nicht an einem Schienenstrang liegen. Man kann ja weiß Gott über alles reden, aber man redet da letzten Endes doch an der Sache vorbei.

Was wir aber natürlich nach wie vor tun müssen, das ist der Ausbau und die Förderung des kombinierten Verkehrs, wobei die Güter über weite Strecken im Huckepack-Verkehr oder im Container mit der Bahn befördert werden, die Fahrzeuge beziehungsweise die Container dagegen zu und von den Verladebahnhöfen auf der Straße. Ich glaube, meine Damen und Herren, das ist etwas, wo wir an einem Strang ziehen müssen.

Lassen Sie mich noch zu einem Projekt kommen, das ein Teil des Hauses ablehnt, das wir aber befürworten. Ich meine den Bau der ICE-Schnellstrecke Würzburg-Nürnberg-München. Wir sagen dazu ein klares und deutliches Ja, und ich bin überzeugt, ein Großteil dieses Hauses stimmt dem zu.

(Abg. Dr. Seebauer: Über Augsburg oder über Ingolstadt?)

Über die Strecke, wie sie geführt werden soll, Herr
 Dr. Seebauer, ob über Augsburg oder über Ingolstadt, werden wir bei Gelegenheit noch streiten.

(Zurufe aus der SPD: Das hat der Ministerpräsident schon geklärt! – Sie sind doch aus Ingolstadt! – Dr. Seebauer: Wo bleibt denn Ihre Position?)

Ich meine, daß die Strecken über Ingolstadt und Augsburg jeweils die gleichen Chancen in der Sachdiskussion haben müssen.

Aber nun zum Thema öffentlicher Personen ah verkehr! Der öffentliche Personennahverkehr ist als Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge unverzichtbar geworden. Zunächst darf ich Sie, Herr Kollege Naumann, da zu Ihren Ausführungen über den Personennahverkehr im Großraum München auf folgendes hinweisen: Wer hat denn Anfang der 80er Jahre den S-Bahn-Ausbau in München blockiert? Wer war denn das? Es war die sozial-liberale Koalition in Bonn. Erst nachdem wir wieder die Verantwortung für diesen Staat hatten, wurde der Ausbau fortgesetzt.

Wenn Sie den Haushalt sehr genau gelesen haben, werden Sie feststellen, daß für die Verbesserung des Nahverkehrs, insbesondere für den Vollzug des Nahverkehrsprogramms, in diesem wie im nächsten Jahr 73,4 Millionen DM vorgesehen sind. Meine Damen und Herren, das ist eine Zahl, die sich sehen lassen kann. Wir sind sehr dankbar, daß es in schwierigen Verhandlungen zwischen unserem Verkehrsminister und dem Finanzminister gelungen ist, die Mittel in dieser Höhe bereitzustellen.

Nun noch zwei kurze Bemerkungen zu den sogenannten Großobjekten, die immer wieder diskutiert werden: Flughafen München II und Rhein-Main-Donau-Kanal.

Der Rhein-Main-Donau-Kanal ist schnell abgehandelt. Er wird fertiggebaut werden. Darüber sind wir in diesem Hause mit großer Mehrheit einer Meinung.

Flughafen München II! Herr Kollege Seebauer, Sie haben gemeint, hier seien die Weichen falsch gestellt worden, besonders auch was die Industrieansiedlung im Umkreis von München II angehe. Ich finde, daß wir gerade hier die richtige Politik betreiben. Es wird Betriebsansiedlungen nicht nur im (Dumann [CSU])

Umkreis dieses Flugplatzes geben; der Flugplatzneubau wird vielmehr Auswirkungen bis Ingolstadt und Augsburg und darüber hinaus haben. Der Flugplatz München II wird eine Drehscheibe werden, eine internationale Drehscheibe für Osteuropa, den Mittleren und Fernen Osten, für den afrikanischen und nicht zuletzt auch den südamerikanischen Raum.

Im Zusammenhang mit dem Thema Flugverkehr ist aber auch eine bessere Verkehrserschließung des Flughafens Nürnberg notwendig. Wir sind Ihnen sehr dankbar, Herr Staatsminister, daß es Ihnen in Verhandlungen mit der Lufthansa gelungen ist, daß der nordbayerische Raum nicht mehr so stiefmütterlich behandelt wird wie bisher, sondern auch dieser Raum einen modernen Flugplatz aufweist. Dies gilt es in Zukunft zu festigen. Ich denke an die regionalen Flughäfen Augsburg, Bayreuth, Hof und in Kürze Ingolstadt-Manching. Ein moderner Industriestaat wie Bayern braucht regionale Flughäfen.

Der Vertreter der GRÜNEN hat vorhin Kritik an dem neuen Betriebszentrum für die bemannte Raumfahrt in Oberpfaffenhofen geübt. Herr Magerl, ich kann Ihnen nur sagen, wir sind sehr froh und stolz darauf, daß es gelungen ist, dafür speziell in diesem und im nächsten Jahr immerhin rund 42,2 Millionen DM bereitzustellen. Wir können nur hoffen, daß sich der Bund ebenfalls in gleicher Höhe anschließt.

Bayerische Verkehrspolitik ist immer auch ein Stück europäischer Verkehrspolitik. Eine der schwierigsten verkehrspolitischen Aufgaben in der nächsten Zukunft wird die Gestaltung einer einheitlichen EG-Verkehrsmarktordnung sein. Hier müssen wir, was den Transitverkehr durch Bayern über Österreich nach Italien betrifft, unsere lieben Nachbarn im Süden darauf hinweisen, daß wir in Tirol zwar täglich etwa 15 000 Fahrzeuge am Brenner haben, daß es allein in München aber täglich 80 000 sind; im Sommer sind es nach Untersuchungen am Brenner 50 000, bei uns im Großraum München 150 000. Wenn die Österreicher meinen, sie müßten eine Autobahngebühr verlangen, dann ist es an der Zeit, auch einmal sehr klar und deutlich darauf hinzuweisen, daß dies dann natürlich auch für Ausländer auf deutschen Autobahnen gelten müßte. Das sind wir unseren Autofahrern schuldig.

Ich komme zum Schluß. Über den Brenner-Tunnel ist gesprochen worden. Herr Kollege Naumann, wie so oft muß man Ihnen auch hier ein bißchen Nachhilfe erteilen.

(Zuruf von der SPD: Aufklärung! – Abg. Dr. Seebauer: Das ist schon besser!)

- Sagen wir Aufklärung. Vielleicht kennen Sie die Ergebnisse der Beratungen in Rom, wo im Sommer des vergangenen Jahres die Verkehrsminister der Bundesrepublik, Italiens und Österreichs Beschlüsse über den Ausbau der Brenner-Strecke und insbesondere den Tunnel gefaßt haben. Lesen Sie bitte die entsprechenden Vereinbarungen durch. Sie werden feststellen müssen, daß Ihr Beitrag völlig überflüssig

war. Er war aber nicht nur überflüssig, sondern auch falsch.

Meine Damen und Herren! Wir sind Staatsminister und Staatssekretär für ihren Einsatz in der bayerischen Verkehrspolitik dankbar. Verkehrspolitik ist auch immer ein sichtbares Zeichen einer erfolgreichen Strukturpolitik. Damit sind wir in Bayern auf dem richtigen Weg. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Fichtner!

Fichtner (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren Kollegen! Herr Dr. Huber, Sie hatten eben ausgeführt, der Wirtschaftshaushalt entspreche den Anforderungen.

(Abg. Erwin Huber: Sehr richtig!)

Müßte man dafür aber ein Zeugnis ausstellen, wäre für mich dafür die Note 4 gerade noch ausreichend.

(Abg. Erwin Huber: Schlechte Lehrer! Note 1! – Abg. Dr. Richter: Wenn Schüler Noten geben!)

Herr Dr. Huber, Sie sprachen von Arbeitslosigkeit. Ich bedauere, daß Sie dazu immer die Durchschnittszahlen heranziehen und nicht die definitiven Zahlen aus Niederbayern, der Oberpfalz, aus Nordbayern. Das ist Ihr Trick, den Sie immer wieder anwenden, um besser dazustehen. Sie vergessen, daß die Arbeitslosigkeit in diesen Bereichen Bayerns weitaus höher ist als anderswo.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ähnlich dem SPD-Antrag forderte die CSU in einem eigenen Antrag auf ihrem Mittelstandskongreß in Nürnberg im Juli 1985 eine steuerstundende Investitionsrücklage zum Ausgleich mittelstandstypischer Nachteile bei der Beschaffung von Investitionskapital vor allem durch kleine Betriebe. Ich zitiere aus dem Bundestagsprotokoll vom 23. Oktober 1986 über die Einzelabstimmung zum Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion. Ziel des SPD-Antrags war:

- eine steuerfreie Investitionsrücklage für kleine und mittlere Unternehmen einzuführen,
- wirksame Maßnahmen gegen die zunehmende Konzentration und den Machtmißbrauch zu ergreifen,
- sicherzustellen, daß das Eigenkapitalhilfeprogramm für Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen fortgeführt wird,
- die freien Berufe in die Ansparförderung von Existenzgründungen einzubeziehen und die Ansparförderung für Unternehmensneugründungen zu verdoppeln.

(Fichtner [SPD])

Vor allem geht es also um die steuerfreie Investitionsrücklage. Nun zitiere ich das Protokoll:

Mit den Stimmen der CDU/CSU

 also mit den Stimmen der bayerischen CSU-Abgeordneten und der bayerischen CSU-Minister –

und der FDP bei einigen Enthaltungen gegen die SPD-Bundestagsfraktion abgelehnt.

Die Kommission zur Erstellung eines CSU-Aktionsprogramms Mittelstand stellte am 6. Juli 1985 auch fest:

Die mittelständischen Betriebe des Handwerks und des Einzelhandels haben sich wiederholt für eine Beibehaltung der gegenwärtigen Ladenschlußzeiten ausgesprochen.

Ich zitiere:

Die Kommission der CSU teilt die Befürchtung, daß Änderungen der Ladenschlußzeiten vor allem zu Lasten der mittelständischen Betriebe gehen.

Die neue Bundesregierung aber hat in die Koalitionsvereinbarungen die Änderung der Ladenschlußzeiten zuungunsten des mittelständischen Einzelhandels und zu Lasten der dort beschäftigten Arbeitnehmer aufgenommen.

Im Zusammenhang mit dem Konzentrationsprozeß im Einzelhandel sieht die konservativ-liberale Bundesregierung noch 1985 keinen Handlungsbedarf. Ich zitiere aus den Äußerungen der CSU in der Kommission "Aktionsprogramm Mittelstand":

Wenn die Monopol-Kommission über die Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel keinen Handlungsbedarf sieht, eigene Hilfsmaßnahmen der Wirtschaft sogar für bedenklich hält, so trifft dieses Ergebnis professoraler Bemühungen auf kein Verständnis und trägt nicht zur Lösung bei.

Die Bayerische Staatsregierung aber genehmigte trotz intensivster Proteste aller mittelständischen Verbände den Möbelmarkt Hirschaid gegen die größten Bedenken auch dieses Hohen Hauses. Niemals in der Geschichte der Bundesrepublik waren Pleiten vornehmlich im mittelständischen Bereich so hoch wie unter der Regierung Kohl.

(Abg. Neder: Das war vorher aber auch schon!)

Was ich eben vorgetragen habe, bestätigt die Doppelzüngigkeit, in der die Bayerische Staatsregierung und die sie tragende Mehrheitsfraktion sich in der Mittelstandspolitik äußern.

Im Einzelplan 07 Titel 891 01-8 werden von der Staatsregierung wider besseres eigenes Wissen die einmaligen Zinszuschüsse an die LfA von 1986 mit 100 Millionen DM auf 82 Millionen DM in 1987 und 92 Millionen DM in 1988 zurückgefahren. Die Trickserei der Staatsregierung wird an der Erläuterung zum Bayerischen Mittelstandskreditprogramm erkennbar, wo man sich auf Anpassung des Abwicklungszeitraumes auf das Haushaltsjahr bezieht.

Diese Taschenspielertricks können Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU, mit uns nicht machen, weil Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister Jaumann, nämlich noch im Februar 1987 in dem von Ihnen selbst herausgegebenen Bulletin die Feststellung treffen, daß die mittelständische Wirtschaft in Bayern bei ihren Investitionen kräftig zugelegt habe, wie die erheblich gesteigerte Inanspruchnahme des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms im Jahre 1986 zeige. Sie erklären ferner, daß die Kredite gegenüber dem Vorjahr um nahezu 18 Prozent gestiegen seien. Trotzdem fahren Sie dieses Programm um 18 Millionen DM zurück. Wir fordern Sie daher entsprechend unserem Antrag auf, die Kürzung von 18 Millionen DM zurückzunehmen und bei einem Finanzvolumen von 100 Millionen DM auch 1987 zu verbleiben, wie dies im SPD-Antrag begründet dargelegt ist.

Seit neun Jahren bekämpfen Sie, nach Ihren eigenen Angaben erfolgreich, in Wirklichkeit aber erfolglos die ille gale Beschäftigung. Ich verweise auf die letzte Diskussion im Wirtschaftsausschuß am 2. April dieses Jahres.

(Zustimmung bei der SPD)

Die inständige Bitte des Präsidenten der mittelfränkischen Handwerkskammer um eine angemessene Erhöhung der Personalstellen beim Sonderkommissariat zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, die auch die SPD in ihrem Antrag forderte, haben Sie rundweg abgelehnt.

(Abg. Dr. Richter: Weil Sie eine Schaufensterpolitik betreiben!)

Unseres Erachtens lamentieren Sie in der Bekämpfung der Schwarzarbeit nur, aber sie handeln nicht.

(Beifall bei der SPD - Abg. Dr. Richter: Was haben Sie getan?)

Damit fügen Sie weiterhin dem mittelständischen Handwerk in Mittelfranken empfindlichen Schaden zu.

(Zustimmung bei der SPD – Abg. Karl-Heinz Müller: Und darüber hinaus!)

Mittelfranken scheint Ihnen nach wie vor unwichtig zu sein, sonst würden Sie nicht tatenlos zusehen, wie sich hauptsächlich im Ballungsraum Nürnberg weltbekannte Unternehmen aus der Bereitstellung von Arbeitsplätzen verabschieden.

(Beifall bei der SPD)

Wir mittelfränkischen SPD-Abgeordneten sind deshalb unseren Fraktionskollegen außerordentlich verbunden, daß sie sich so nachdrücklich für ein Förderprogramm klassischer bayerischer Industriereviere einsetzen,

> (Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Seebauer: Gern geschehen, jawohl!)

weil dieses auch der Stadt Nürnberg bzw. dem Ballungsraum der Region 7 zugute kommt. Wir werden sehen, wie Sie von der CSU sich in diesem Falle verhalten werden. (Fichtner [SPD])

(Frau Abg. Stamm: Gut natürlich, wie sonst?)

Für uns Sozialdemokraten ist der selbständige Mittelstand nach wie vor einer der wichtigsten wirtschaftlichen Faktoren.

(Abg. Dr. Richter: Den haben Sie doch erst jetzt entdeckt!)

 Herr Kollege Dr. Richter, wir haben in der sozial-liberalen Koalition in Bonn in fünf Jahren mehr für den Mittelstand getan,

(Frau Abg. Stamm: Da wäre ich aber vorsichtig!)

als Sie die ganze Zeit getan haben.

(Lachen bei der CSU – Abg. Dr. Richter: Das beweisen Sie uns einmal! – Abg. Neder: Das glauben Sie doch wohl selbst nicht! – Abg. Stein: Fragen Sie einmal den Mittelstand selbst!)

Das kann ich Ihnen nachweisen. Darüber können wir auch diskutieren.

(Anhaltende Zurufe von der CSU – Glocke des Präsidenten)

Man weiß ganz genau, daß man Sie am richtigen Nerv getroffen hat, wenn Sie so laut schreien.

(Beifall bei der SPD – Frau Abg. Stamm: Wir amüsieren uns doch nur!)

Für uns Sozialdemokraten ist der selbständige Mittelstand nach wie vor einer der wichtigsten wirtschaftlichen Faktoren zur Sicherung des Wettbewerbs und zur Sicherung von nahezu 70 Prozent aller Arbeitsplätze. Wenn Sie es mit dem Mittelstand wirklich ernst meinen und nicht nur mit Lippenbekenntnissen bei allen möglichen Anlässen vor selbständigen Verbänden schöntun wollen, so veranlassen Sie doch über den Bundesrat, daß die steuerstundende investitionsrücklage durchgesetzt wird.

Sie können davon ausgehen, daß Sie die volle Unterstützung dieses Anliegens durch die SPD-regierten Länder erhalten werden.

(Abg. Dr. Richter: Warum haben Sie es nicht früher durchgesetzt?)

- Herr Kollege, wir hatten natürlich unsere Probleme, die Sie jetzt auch haben, nur haben wir nicht so laut getönt wie Sie auf allen möglichen Mittelstandskongressen. Wir haben unsere Auffassung erst mal mit dem Finanzminister in Bonn diskutiert, aber Sie tönen und lehnen zur gleichen Zeit einen Antrag der SPD ab, und zwar mit den Stimmen Ihrer Minister und Abgeordneten aus Bayern.

Entscheidend wird aber auch sein, es ist eben schon erwähnt worden, wie Sie 44 Milliarden DM als Folge der Bonner Steuerbeschlüsse überhaupt aufbringen werden. Wir werden in diesem Zusammenhang einer Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht zustimmen, weil diese unter anderem nur die Schatten-

wirtschaft und damit die Schwarzarbeit begünstigen würde, abgesehen von den vielen anderen Nachteilen, die eine Erhöhung der Mehrwertsteuer nach sich ziehen könnte.

Ihre Mittelstandspolitik hört sich zugegebenermaßen manchmal ganz gut an,

(Zuruf von der CSU: Sie ist auch gut!)

aber in weiten Bereichen klaffen Reden und Handeln weit auseinander. Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren der CSU, sollten Sie öfter auf den Rat der Mittelstandsverbände, aber auch auf die politisch relevanten Aussagen unserer sozialdemokratischen Selbständigen hören. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Der nächste Redner ist der Kollege Gürteler. Ich erteile ihm das Wort.

Gürteler (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe sehr aufmerksam dem Kollegen Fichtner zugehört. Es mutet schon etwas skurril an, wie er sich zum Mittelstandsapostel der SPD aufgeschwungen hat.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, er hat dabei ganz vergessen, daß die SPD zu verantworten hat, ich habe es schon mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß unter ihrer Regierungszeit die Steuern angehoben worden sind und die Lohnnebenkosten entsprechend gestiegen sind; daß die Staatsquote angestiegen ist und daß die Betriebe entsprechend belastet worden sind. Ich habe das letzte Mal auch schon zum Ausdruck gebracht, daß es eigentlich die SPD war, die mit Aktionen wie "Gelber Punkt" und ähnlichem die Wirtschaft belastet hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die wirtschaftspolitische Bilanz der letzten Jahre kann sich sehen lassen. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik und im Freistaat Bayern zeigt, daß der wirtschaftspolitische Kurs der Bundesregierung und auch der Bayerischen Staatsregierung richtig war. Wir haben in Deutschland wieder Wirtschaftswachstum, das höchste seit sieben Jahren, wir haben eine Zunahme der Beschäftigten und eine entsprechend hohe Wiederbeschäftigung, und wir haben den größten realen Nettolohnzuwachs der beschäftigten Arbeitnehmer und entsprechend auch höhere reale Renteneinkommen.

Dies alles sind Leistungen, die diese Regierung vollbracht hat. Wichtig ist dabei vor allem eines, daß diese Verbesserungen ohne jegliche staatliche Konjunkturprogramme zustandegekommen sind, wie sie von der SPD ohne jeglichen Erfolg in der Vergangenheit praktiziert worden sind.

Der Aufschwung der letzten Jahre hat sich offenbar selbst getragen. Deshalb hat sich auch unsere Meinung von der Strohfeuerwirkung von staatlichen Programmen voll bestätigt. Die Preise sind erstmals in den letzten 26 Jahren absolut gesunken. Zu Recht (Gürteler [CSU])

hat unser Bayerischer Ministerpräsident das Jahr 1986 zum Jahr des Verbrauchers erklärt.

Ich meine feststellen zu können, daß das vergangene Jahr auch ein Jahr des Mittelstandes geworden ist. Dafür sprechen der Zuwachs der Nettolohn- und Gehaltssumme, das Wachstum der Transfereinkommen und die Entlastung gerade auch durch die gesunkenen Ölpreise.

Durch zahlreiche gezielte Maßnahmen hat die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Union für den Mittelstand ein durchaus positives Umfeld geschaffen. Die gegenwärtige Weichenstellung insgesamt ist für den Mittelstand günstig.

Die Koalitionsvereinbarungen berücksichtigen weitgehend die mittelständischen Interessen auch durch den linear-progressiven Lohn- und Einkommensteuertarif, die Verbesserung der Sonderabschreibungen gerade für kleine und mittlere Betriebe, die Erhöhung auch des Grundfreibetrags und die Anhebung der Kinderfreibeträge und sonstiger familienbezogener Freibeträge, die zu einem allgemeinen Kaufkraftzuwachs führen, der wiederum den mittelständischen Betrieben zufließt.

Besonders herausstellen möchte ich im Zusammenhang gerade mit der Beratung des Etats des Wirtschaftsministeriums, daß die Entwicklung im Freistaat Bayern insgesamt besser ist als im Bund. Darauf hat der Kollege Dr. Huber bereits hingewiesen.

Bei dieser positiven Situation gibt es natürlich auch eine Reihe von Problemen des Mittelstandes, die auf der politischen Ebene gelöst werden müssen. Einige Probleme machen trotz der allgemein guten Aussichten dem Mittelstand schwer zu schaffen, Probleme, die mit Unterstützung des Staates einer Lösung zugeführt werden müssen. Da bin ich mit Ihnen, Herr Fichtner, und mit Ihnen von der SPD durchaus einig.

Ich nenne hier ganz bewußt an erster Stelle die Schwarzarbeit. Sie steigt immer noch an. Aufträge in Milliardenhöhe gehen vor allem dem mittelständischen Handwerk verloren. Der Staat verliert dabei Steuern und Sozialabgaben ebenfalls in Milliardenhöhe.

Ich weiß nicht, ob Herr Fichtner noch im Saal ist, offenbar hat er ihn bereits verlassen. Ich meine aber, daß man hier nicht mit Einzelanträgen kommen kann, daß beispielsweise die Planstellen bei der Sonderkommission in Nürnberg eventuell aufgestockt werden. Hier darf nicht gekleckert werden, hier müssen in großem Umfang Maßnahmen ergriffen werden, beispielsweise die Novellierung des Gesetzes gegen Schwarzarbeit, beispielsweise auch Einführung einer Bauausweiskarte nach unseren Vorschlägen usw. Ich glaube, es ist notwendig, daß man sich hier grundlegend einigt, da bin ich durchaus mit Ihnen einer Meinung. Hier nur so Bagatellanträge zu stellen, nur damit man vielleicht eine gute Presse in den "Nürnberger Nachrichten" hat, glaube ich, soll nicht sein.

Als zweites möchte ich die unfairen Wettbewerbspraktiken im Einzelhandel nennen. Hier werden eine Änderung des Kartellrechts, eine Änderung des Verbots des systematischen Verkaufs unter Einstandspreis und auch die Abschaffung der leistungswidrigen Rabatt- und Konditionsspreizung im Rahmen des Diskriminierungsverbots gefordert. Ich habe die Bitte an den Wirtschaftsminister, die angekündigte Initiative über den Bundesrat zu starten, damit es baldmöglichst zu einer Änderung im Kartellrecht kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde auch die Eigenkapitalschwäche der Betriebe im Mittelstand angesprochen. In diesem Zusammenhang wurde von Herrn Fichtner die steuerstundende Investitionsrücklage genannt. Ich meine, unter der Zielsetzung, wie sie die SPD seinerzeit im Bundestag eingebracht hat, war sie von uns nicht zu unterstützen, sie hätte dem Mittelstand eher zum Schaden gereicht und wäre mit einer entsprechenden Investitionslenkung verbunden gewesen. Darauf möchte ich bewußt hinweisen.

Ich bin nach wie vor der Meinung, daß es richtig gewesen wäre, eine steuerstundende Investitionsrücklage einzuführen, wie sie von der Bayerischen Staatsregierung vorgeschlagen worden ist. Aber in Koalitionsverhandlungen kann eben das eine oder andere nicht verwirklicht werden.

Weiterhin möchte ich die Maßnahmen zur Belebung der Bauwirtschaft erwähnen. Große Bereiche des Mittelstandes sind von der Entwicklung des Bau- und Ausbaugewerbes abhängig. Ich bin dankbar, daß die Städtebauförderungsmittel wieder entsprechend angehoben werden.

Zum Haushaltsplan 1987/88 des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums möchte ich konkret folgendes erklären:

Das Ziel der bayerischen Mittelstandspolitik, nämlich Chancengleichheit für den Mittelstand, für kleine und mittlere Betriebe herzustellen, wird mit dem vorliegenden Haushaltsplan zweifellos erreicht. Der Freistaat Bayern gibt nicht nur bloß Finanzhilfen, sondern er hat schon 1974 mit dem Mittelstandsförderungsgesetz ein umfassendes Konzept zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Mittelstandes vorgelegt.

Schwerpunkt dieses Doppelhaushaltes ist aus mittelständischer Sicht zweifellos das Bayerische Mittelstandskreditprogramm als wichtigstes Instrument der Wirtschaftsförderung zur Verbesserung der Kapitalversorgung. Kern dieser Förderung sollte zweifellos die Gründung selbständiger Existenzen bleiben.

Um die Bedeutung dieses Programms am Beispiel der Betriebsgründungen im bayerischen Handwerk einmal kurz darzustellen: Jedes zweite Darlehen aus dem Bayerischen Mittelstandskreditprogramm geht heute zu Vorzugskonditionen an Existenzgründer. 1977 war es nur jedes vierte Darlehen.

Geförderte Betriebe haben nach Untersuchungen des Instituts für Handwerkswirtschaft bei der Gründung im Durchschnitt drei Beschäftigte. Diese Arbeitnehmerzahl konnten die Betriebe innerhalb von drei(Gürteler [CSU])

einhalb Jahren verdoppeln. Das ist eine sehr bedeutende Aussage im Hinblick auf den Abbau der Arbeitslosigkeit. Weniger als fünf Prozent der geförderten Betriebe haben in den ersten Jahren nach der Gründung wieder aufgegeben. 95 Prozent der geförderten Betriebe würden die Existenzgründungshilfe wieder in Anspruch nehmen. Das Programm ist also praxisgerecht. Nur ein Fünftel der Betriebe hätte ohne die Förderung zum gleichen Zeitpunkt und in gleicher Weise gegründet werden können. Die bayerische Selbständigenquote liegt mit einem Wert von rund 9,4 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

(Abg. Fichtner: Die Pleiten auch!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch etwas zur EG sagen, nachdem Herr Minister Jaumann das Mittelstandskreditprogramm angeschnitten hat. Ich habe die herzliche Bitte, daß Sie alles daransetzen, damit gerade das Mittelstandskreditprogramm nicht von der EG vereinnahmt wird. Sonst wäre ein praxisorientierter Vollzug nicht mehr gewährleistet.

Nachdem der Kollege Fichtner vorhin das Volumen des Kreditprogramms angesprochen hat: Das Volumen ist nur optisch entsprechend gekürzt in Anpassung an den Programmabwicklungszeitraum.

(Abg. Fichtner: Das ist doch ein Trick!)

Durch die Verlagerung von Mai auf Januar sind entsprechend weniger Mittel notwendig. Für 1987 ist aber eine Verpflichtungsermächtigung von zehn Millionen DM vorgesehen. Für 1988 ist eine erneute Steigerung des Ansatzes um zehn Millionen DM ins Auge gefaßt. Wir sind mit dem Volumen dann wieder auf der gleichen Höhe. Es handelt sich also um eine Korrektur, die mehr oder weniger innerbetrieblich zu sehen ist.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Fichtner: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Lassen Sie mich auch noch zur beruflichen Bildung etwas sagen. Die Ausbildungsleistung der mittelständischen gewerblichen Unternehmen und der freien Berufe verdient nicht nur besondere Beachtung, sondern auch Bewunderung. Ich möchte mich deshalb einmal bei den Betrieben für ihre Ausbildungsbereitschaft bedanken. 85 Prozent der Ausbildungsplätze stellt der Mittelstand zur Verfügung. Dieser Wert liegt weit über dem Anteil der Beschäftigten im Mittelstand von 54 bis 55 Prozent. Neben der Quantität spielt bei der Ausbildung die Qualität eine besondere Rolle.

Die Mittel für die Förderung der beruflichen Bildung konnten für die beiden kommenden Jahre um jeweils acht Millionen DM erhöht werden. Damit wird den notwendigen Ausbildungsanstrengungen der bayerischen Wirtschaft Rechnung getragen.

Die Erfolge dieser Förderung zeigen sich auch in einer von Jahr zu Jahr steigenden Anzahl von Lehrgängen, in steigenden Teilnehmerzahlen und auch in der

steigenden Qualifikation der Auszubildenden. So sind beispielsweise beim praktischen Leistungswettbewerb der Deutschen Handwerksjugend auf Bundesebene 1986 von insgesamt 127 Goldmedaillen allein 34 von bayerischen Teilnehmern errungen worden. Das zweitbeste Bundesland war Baden-Württemberg mit 26 Siegern. Ich möchte deshalb betonen: Investitionen in die berufliche Bildung sind Zukunftsinvestitionen im wahrsten Sinne des Wortes. Sie haben besonders für Bayern mit seiner hochentwickelten Wirtschaft allergrößte Bedeutung.

Neben der Förderung der beruflichen Bildung ist die Förderung der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Neue Technologien und Technologietransfer spielen in mittelständischen Betrieben eine immer größere Rolle. Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in den Betrieben müssen intensiviert werden. Auch die Ergebnisse der Mikroelektronik müssen im mittelständischen Betrieb entsprechend nutzbar gemacht werden.

Es ist auch notwendig, daß die Wartung und Reparatur der neuen technischen Geräte beherrscht wird. In dieser Hinsicht gibt es natürlich beim kleinen Betrieb ein entsprechendes Defizit. Deshalb bin ich dankbar, daß vom Staat entsprechende Unterstützung und Förderung gegeben wird. Die Staatsregierung hat schnell gehandelt; ich verweise auf die verschiedenen Technologiezentren in München, Nürnberg, Würzburg und dgl. Ich meine, die Weichen sind gestellt, damit für die Förderung der Technologie im Mittelstand und für den Mittelstand die entsprechenden Mittel bereitstehen.

Lassen Sie mich abschließend folgendes sagen:

Erstens. Die solide Haushaltspolitik des Freistaates Bayern hat wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns beigetragen.

Zweitens. Wirtschaftliche und technologische Entwicklungen wurden rechtzeitig erkannt und vom Staat als Hilfe zur Selbsthilfe gefördert.

Drittens. Die Mittel werden produktiv, d. h. für Investitionen und Innovationen eingesetzt.

Der Einzelplan 07 des Wirtschaftsministeriums sorgt zweifellos für eine kontinuierliche und erfolgreiche weitere Entwicklung gerade auch des Mittelstandes. Dafür meinen besten Dank!

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Die nächste Wortmeldung ist von Frau Kollegin Memmel. Ich erteile ihr das Wort.

Frau Memmel (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Änderungsanträge der GRÜNEN zum Haushalt Ihres Ministeriums, Herr Staatsminister Jaumann, die ich Ihnen vorstellen will, haben zwar schon den Haushaltsausschuß durchlaufen, aber wer nicht dabei war, sollte nicht glauben, daß

dort etwa über die von uns aufgeworfenen Fragen inhaltlich diskutiert worden wäre.

(Abg. Will: Das stimmt aber nicht, Frau Kollegin!)

- Herr Kollege Will, Sie wissen ganz genau, wie schnell abgestimmt worden ist. Jede Frage, die ich stellen wollte, wurde ziemlich böse aufgefaßt.

Die überwiegend altgediente Garde der Haushaltsexperten macht es Parlamentsneulingen wie mir nicht gerade leicht, aus dem Trott einer regierungsfrommen Abstimmungsmaschinerie auszubrechen.

Wir nehmen für unsere Anträge und Forderungen in Anspruch: Sie sind eine einzige große Anfrage an den Zukunftsentwurf, den uns eine zu diesen Themen in diesem Hohen Hause oft sehr wortkarge Staatsregierung anbieten will. In Ihrem Zukunftsentwurf, Herr Staatsminister Jaumann, reden Sie viel von Technologie und von Innovationen, von den sozialen und Umweltbedingungen, unter denen Wirtschaft betrieben wird, ist dagegen kaum die Rede.

Noch einmal zur Verdeutlichung: Wir verstehen unsere Anträge nicht als den Entwurf eines alternativen Regierungsprogramms in Wirtschaftsfragen. Sie sind nicht mehr als ein minimales Sofortprogramm, das auch eine kohlrabenschwarze Regierung aufgreifen müßte, wenn sie ihre eigenen Sonntagsreden ernst nehmen und umsetzen würde; ich denke etwa an die schönen Presseerklärungen oder die Besinnungsaufsätze von Umweltstaatssekretär Glück.

Sie betreiben, wie ich meine, eine doppelbödige Arbeitsteilung. Unter dem Titel Umweltpolitik betreiben Sie Verschönerungskosmetik unter dem Druck eines wachen Umweltbewußtseins und vieler Forderungen. Sie verkünden, das Zeitalter der bloßen Umweltreparaturen sei jetzt wohl zu Ende, die Zeit des vorbeugenden Umweltschutzes müsse beginnen.

Unter dem Titel Wirtschaftspolitik aber, wo es gewissermaßen ernst werden müßte, verschwinden diese wolkigen Ankündigungen völlig. Sie haben schon in der tatsächlichen Politik des Ministeriums für Atomund Landesplanung viel zu wenig Gewicht, um so schwerer werden Sie sich tun, um in dem 940-Millionen-DM-Wirtschaftsetat, zu dem wir von Rechts wegen den komplett als Wirtschaftspolitik verkauften Straßenbauetat dazurechnen müssen – im Gegensatz dazu haben Landesentwicklung und Umweltfragen nur einen Haushalt von 336 Millionen DM –, die wenigen Titel herauszufinden, in denen Sie hartes Geld für eine umweltverträgliche Wirtschaftspolitik lockergemacht haben.

(Zuruf von der CSU: 70 Millionen DM für den öffentlichen Personennahverkehr zum Beispiel!)

- Darüber haben wir auch länger diskutiert. Ich habe nur den Haushaltstitel 898 05-4 gefunden, einmalige Zinszuschüsse an die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung für Kredite im Rahmen des Abwasser-Luft-Reinhaltungsprogramms. Da haben Sie, das muß man sich einmal vorstellen, ganze drei Millionen DM pro Jahr vorgesehen, während der Gesamthaushalt 940 Millionen DM ausmacht, wie ich Ihnen schon erklärt habe. Überall, wo in diesem Entwurf von neuen Technologien die Rede ist, fehlen uns Antworten auf die Frage: Warum, wozu, wohin, zu welchem Nutzen eigentlich? Ich denke, Sie sollten inzwischen gelernt haben, daß der technische Fortschritt seine Weihe als selbstverständlich höchstes Entwicklungsziel verloren hat, daß es notwendig ist, jetzt endlich einmal Entwicklungspausen einzulegen, daß das gesellschaftliche Nachdenken über den Weg in die Zukunft organisiert werden muß.

(Frau Abg. Stamm: Meine Güte! – Weitere Zurufe von der CSU)

- Ich freue mich, daß Sie so heftig reagieren. Das zeigt ja, daß Sie zuhören. Ich wünsche mir immer, daß Sie sich im Ausschuß auch so beteiligen, wenn Sie nicht soviel Publikum haben.

(Oh-Rufe bei der CSU – Abg. Will meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Ja, ich lasse gerne von Ihnen eine Zwischenfrage zu, selbstverständlich.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Will? – Bitte!

Will (CSU): Frau Kollegin, hätten Sie die Güte, mir wenigstens zuzugestehen, daß ich verzweifelt versucht habe, einige Ihrer Anträge so umzuformulieren, daß man sie hätte allgemein annehmen können, und daß wir Ihre Anträge nicht im Hauruck-Verfahren behandelt haben?

Frau **Memmel** (DIE GRÜNEN): Herr Kollege Will, darauf komme ich noch gegen Ende meiner Rede zurück. Der einzige Punkt, zu dem Sie einen Änderungsantrag gestellt haben, war die Maxhütte. Aber das haben Sie noch rechtzeitig gemerkt, so daß Sie sich nicht verrannt haben.

(Zuruf von der CSU: Ihre Anträge haben Sie zurückgezogen, Frau Kollegin!)

- Ich habe ihnen schon eingangs gesagt, daß Sie es den Neulingen meiner Generation wirklich unheimlich schwer machen, wie Sie die Inhalte in ihren Ausschüssen bestimmen und was in Ihren Haushaltsetat gehört.

(Frau Abg. Stamm: Wir waren alle mal neu!)

Mit unseren Änderungsanträgen wollen wir bescheiden an einigen Punkten zeigen, was das heißen könnte. Es könnte zum Beispiel heißen, der wirtschaftsnahen Kunststofforschung, die Sie ja in diesem Haushalt fördern wollen, Projekte der sogenannten Technologiefolgenabschätzung an die Seite zu stellen. Dies habe ich gefordert. Ich meine damit Untersuchungen darüber, welche Folgerungen zum Beispiel aus dem Vordringen von Kunststoffen in immer weitere Anwendungsgebiete zu ziehen wären; Folgen nicht nur für die Giftigkeit der Abfallberge,

sondern, wenn wir jetzt an Boden, Luft, Grundwasser denken, auch für traditionelle Wirtschaftsformen, und hier wiederum nicht nur für Handwerksbetriebe wie Schreiner, sondern auch für Altindustrien wie die Stahlindustrie, die den wachsenden Kunststoffeinsatz in der Automobilindustrie sehr zu spüren bekommt. Gibt es darüber Untersuchungen, frage ich Sie, Fakten oder eine fundierte politische Diskussion? Bürden wir uns mit dem Weg in die Kunststoffgesellschaft vielleicht Lasten auf, die wir möglicherweise gar nicht tragen können? Das wären Fragen, finde ich, die es wert wären, endlich einmal gestellt und verfolgt zu werden. Wir wissen, daß Ihnen das wahrscheinlich viel zu schöngeistig ist. Denn im Wirtschaftshaushalt, da gebe ich Ihnen recht, Herr Kollege Will, darf zwar kühnen Utopien nachgejagt werden, aber immer nur in Richtung Hochtechnologie.

Es darf zum Beispiel der Utopie einer sicheren und sauberen Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen nachgejagt werden, und zwar mit Steuergeldern für Hochglanzbroschüren mit neun Ministerialräten und Hilfsstellen, um die gar nicht utopische, aber atomskeptische Bevölkerung in der Oberpfalz und anderswo endlich davon zu überzeugen, daß Atom wohl das beste für sie wäre. Ich frage Sie: Können Sie das wirklich noch verantworten?

(Zuruf des Abg. Dr. Freiherr von Waldenfels)

- Jawohl, Herr von Waldenfels, Sie auch, gerade Siet Können Sie es wirklich noch verantworten, daß in Schwandorf zum Beispiel Informationsstellen bezahlt werden, die mit Steuergeldern für die Kernenergie werben? Das frage ich mich.

(Zuruf von der CSU: Aufklärung ist das Problem!)

Oder wenn irgend etwas Kritisches zu Atom erscheint! Ich denke da nur an das Deutsche Museum, wo es die Leiterin der Abteilung Energie gewagt hat, eine Broschüre herauszugeben und in ihr kritisch zur Kernenergie zu stehen. Was war das für ein Geschrei!

(Abg. Dr. Freiherr von Waldenfels: Uns geht es um die objektive Aufklärung!)

Natürlich, Sie wollen eine objektive Aufklärung.
 Aber dann schaffen Sie mit demselben Gehalt eine Stelle in Schwandorf, die sich kritisch mit Kernenergie auseinandersetzt und nicht nur Ihre Meinung vertritt.

(Abg. Dr. Freiherr von Waldenfels: Das wäre ja keine objektive Aufklärung! – Weitere Zurufe von der CSU, u.a.: Keine Ahnung! – Zuruf des Abg. Hiersemann)

 Herr Hiersemann, er hat mir gesagt, er will eine objektive Aufklärung.

(Abg. Hiersemann: Da dürfen Sie kein Wort glauben!)

 - Ich versuche, ihm doch zu glauben; sonst könnte ich das hier schon längst stecken.

(Glocke des Präsidenten)

Ferner darf als Wirtschaftsförderung verkauft werden, daß die extrem kapitalintensiven Arbeitsplätze einer vielleicht nie genehmigungsfähigen WAA aus dem Topf der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur massiv subventioniert worden sind. Ich wüßte übrigens gerne einmal, wie viele Landes- und Bundesgelder dort hineingeflossen sind. Dazu muß ich wahrscheinlich wieder einmal eine Anfrage stellen.

(Glocke des Präsidenten)

Das scheint uns einfach zu widersinnig und zu verantwortungslos. Wir haben deshalb eine Sperre für den gesamten Haushaltstitel Gemeinschaftsaufgabe verlangt, damit niemand den Mitteln für die WAA in diesem Haushaltsentwurf zustimmen kann, ohne zu wissen, warum er eigentlich da noch zustimmen soll.

Nachgejagt werden darf auch zum Beispiel dem Traum von der wirtschaftlichen Nutzung des Weltalls. Mein Kollege Magerl hat es ja schon einmal so schön erwähnt. Es sollen da für Oberpfaffenhofen in den nächsten fünf Jahren 42,2 Millionen DM ausgegeben werden.

(Frau Abg. Stamm: Sehr gut! Hervorragend!)

Daraufhin fragte ich im Haushaltsausschuß, was da für ein wirtschaftlicher Sinn dahinter sein solle. Da kam die Antwort von einem Ministerialbeamten: So etwas wie Challenger solle nicht mehr passieren; oder: Weltraummissionen in den Himmel schicken. Da kann es einem bloß angst und bange werden.

Die Industrie der Bundesrepublik, auch nicht die feinsten Adressen, halten vom Weltraum als Markt jedenfalls nicht viel. Ich weiß nicht, ob Sie das in den Wirtschafts- und Handelsblättern verfolgt haben. Vor einigen Wochen hat eine Gruppe von Studenten immerhin mit Industriegeldern den Kongreß "Der Weltraum als Markt" organisiert. Auf ihm war die Elite der deutschen Großindustrie vertreten. Man hat sie aufgefordert zu berichten, welche Zukunftsmotivationen sie bei diesem Wirtschaftszweig haben. Alle führenden Wirtschaftler haben versichert, daß sie nicht bereit sind, weiter große Summen in solche Projekte hineinzuschaufeln. Deswegen bin ich auch sehr gespannt, Herr Minister Jaumann, ob Ihr kühner und naiver Vorschlag, eine Stiftung für Zukunftstechnologien einzurichten, geeignet sein wird, diesen industriellen Kostgängern der bayerischen Wirtschaftsgießkanne mehr als Almosen abzuluchsen, oder ob Sie wie immer wieder alle Mittel aus Steuergeldern einsetzen.

Ich denke, daß für uns endlich klar sein müßte: Wir haben genug irdische Probleme hier vor der Haustür, als daß wir die angeblich so knappen Steuermillionen in einem Raumfahrtzentrum verpulvern könnten.

(Zurufe von der CSU)

Ich finde, es gibt genug Probleme und Herausforderungen, bei denen sich der technische Sachverstand bewähren könnte.

Ich möchte auch folgendes erwähnen: So wie wir die 42,2 Millionen DM Sondermittel für die Oberpfaffenhofener Weltraumträume streichen oder umwidmen

wollen, wollen wir auch nicht einsehen, daß das Fraunhofer-Institut für Lebensmitteltechnologie und -verpackung mit 20 Millionen DM aus Landesmitteln seinen Umzug nach Weihenstephan bezahlt bekommen soll. Ich habe mir den Jahresbericht des Fraunhofer-Instituts schicken lassen und bin ihn einmal durchgegangen. Das ist sehr lesenswert. Wir stehen den von den Fraunhofer-Instituten betriebenen Forschungen, das ist mir durch den Jahresbericht auch bestätigt worden, mit großem Mißtrauen gegenüber. Zu viel wissen wir über die dort betriebene militärische Auftragsforschung, über die Kriegstechnologien, denen man sich da in vielen Abarten verschrieben hat. Auch im hier erwähnten Institut für Lebensmitteltechnologie spricht das Militär mit, wahrscheinlich wegen der Energieriegel; aber auf die komme ich gleich noch einmal zu sprechen.

Auf jeden Fall ist kein Fraunhofer-Institut, auch nicht das, das hier mit 20 Millionen DM in fünf Jahren gefördert werden soll, jemals durch kritische und für Verbraucherinteressen wichtige Beiträge zum Problemkreis Chemie in Lebensmitteln aufgefallen.

Wir wollen, daß die weitere Chemisierung und Denaturierung der Lebensmittel endlich nicht mehr so blind vorantritt. Wir wollen stattdessen eine Rückverlagerung der Nahrungsmittelverarbeitung in die Regionen und ins Lebensmittelhandwerk, wo sie eigentlich hingehört. Das wäre endlich eine sinnvolle Regionalförderung. Damit, so meine ich, sollen Gegengewichte zu den widersinnigen Großstrukturen entstehen, die sich unter dem Schirm der EG-Agrar- und Industriepolitik herausgebildet haben. Das diskutierte Beispiel zeigt: Das Falsche wird nicht mehr im fernen Brüssel, es wird genauso hier vor unserer Haustür in der Prinzregentenstraße ausgebrütet.

Noch ein weiteres zu diesem Fraunhofer-Institut: Schaut man sich den Trägerkreis dieses Institutes an, so liest er sich wie ein Gotha der deutschen Chemieund Verpackungsindustrie. Mit dieser Verpackungsindustrie hatte der glücklose Umweltminister Zimmermann sich manche erfolglose Schlacht geliefert, indem er den Einwegmüll reduzieren wollte, der zum Beispiel sehr von diesem Institut forciert wurde.

In diesem Institut werden sage und schreibe so hoch bedeutsame Projekte, um darauf jetzt zurückzukommen, wie zum Aromaverhalten lang gelagerter Milchschokoladen, über den Qualitätsverfall bei Energieriegeln, Instant- und Trockensuppen und Halbfertiggerichten wie Pizza geführt. Da frage ich Sie einmal: Fängt Ihre Wirtschaftsförderung hier nicht an, einfach lächerlich zu werden? Wenn Wirtschaftszweigen, die bei geringen Umsatzrenditen mit großen Schritten wachsen, noch staatliche Entwicklungsgelder hinterhergeworfen werden, dann macht eine marktwirtschaftliche Politik, wie Sie sie dauernd fordern, so finde ich, keinen Sinn mehr.

(Abg. Dr. Wilhelm: Was ist das Schlimme daran?)

- Bitte?

(Abg. Dr. Wilhelm: Was ist das Schlimme daran genau?)

- Ich habe Ihnen doch erzählt, was das Fraunhofer-Institut macht. Wie finden Sie es, wenn mit Steuermitteln untersucht wird, wie lange Schokolade sich lagert, die von der Industrie hergestellt wird? Das ist wohl Sache der Industrie, oder? Müssen wir Verbraucher da mit Steuern noch einmal bezahlen? Herr Wilhelm, da bitte ich Sie, sich einmal zu erkundigen, was das Institut macht.

Wir wissen allerdings, und hier kann ich Ihnen, Herr Wilhelm, wieder zustimmen, daß Sie in diesem Punkt weniger engherzig sind als Ihre Koalitionspartner in Bonn. Wenn die Adresse stimmt, sind Ihnen nämlich in Wirklichkeit alle Subventionen recht.

Eine gute Subventionsadresse ist Ihnen auch die Mikroelektronik, ein explodierender Markt, wie jeder weiß. Hier sind zweistellige Jahreswachstumsraten an der Tagesordnung. Was soll hier staatliche Förderung, außer den großen Misthaufen, so finde ich, noch größer zu machen?

Nicht Beschleunigung der atemberaubenden Entwicklung scheint uns nötig, sondern wieder einmal Atem holen, innehalten und nachdenken. Es ändert sich unser tägliches Leben durch den allumfassenden Fortschritt der kleinen Schaltkreise mit ihrer herzzerreißenden 0/1-Logik. Ich finde, daß Marktforschung auch einmal solche Fragen stellen könnte. Es ist nicht gerechtfertigt, dies zum bedingungslosen Hipp-Hipp-Hurra-Schreien für die neuen Mega-Chips zu machen.

Ich habe mir einmal aus der "Internationalen Wehr-Revue" von 1983 herauskopiert, es hat mich sehr erschreckt, wie der Soldat des Jahres 2000 aussehen soll, wie alles nur noch mit Mikrochips laufen soll, wie Kriege technisch geführt werden. Sie müssen sich klar sein: Alle Steuergelder, die ohne große Bedingungen in die Forschung kommen, kommen auch zur Kriegsforschung. Das müßte Ihnen schon längst klar geworden sein.

(Abg. Dr. Wilhelm: Wie können Sie das beweisen?)

- Wie ich das beweisen kann?

(Abg. Dr. Wilhelm: Ja!)

Indem ich die Industrieberichte durchlese.

Ich greife noch zwei Punkte auf, die wir in unseren Änderungsanträgen aufwerfen:

Einmal den Punkt Wirtschaftsförderung. Ihr Anspruch ist immer, daß Arbeitsplätze zu schaffen sind. Derzeit läuft das Rennen immer gegen die Arbeitslosen. Mit gleich hohen Finanzmitteln werden im Prinzip von Jahr zu Jahr immer weniger Arbeitsplätze gefördert. Es ist immer noch ein großer Geldschub nötig.

Der Wirtschaftsminister hat eben einen neuen Vorstoß im Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe angekündigt, damit Rationalisierungsinvestitionen, die Arbeitsplätze nicht neu schaffen, sondern überflüssig machen, noch mehr und noch leichter ge-

fördert werden als bisher schon. Das hängt, so glaube ich, mit der Größenlastigkeit dieses Wirtschaftsförderungsprogramms zusammen. Hinter dem dehnbaren Mittelstandsbegriff versteckt sich in diesem Etat in Wirklichkeit eine sehr einseitige Industrieförderung. Von dieser Art der Förderung müssen wir endlich wegkommen hin zu einer Politik, die kleineren Betrieben in Gewerbe und Handwerk das Leben leichter macht, ihnen Aufträge und Aufgaben zuschiebt, zweckgebunden vor allem für Betriebe, die als Anbieter von Umwelttechnologien auftreten, und zur Überwindung von Anfangsschwierigkeiten bei der Neubelebung von traditionellen Handwerkszweigen.

Solche alten und schon lange ins Abseits gedrängten Gewerbe werden gerade im Bereich der Dorf- und Städtesanierung und -erneuerung in Zukunft immer wichtiger. Sie sollen nach unseren Vorstellungen der Bau- und Baustoffindustrie mit ihren gestaltlosen Montagebauten wieder Marktanteile streitig machen.

ich will nicht viel Aufhebens von unserem Antrag machen, Alternativbetriebe zu unterstützen, die sich mit ihren kollektiv selbstverwaltenden Betriebsführungen bei den Banken oft vergeblich die Hacken ablaufen müssen, um ihr mangelndes Eigenkapital etwas größer stricken zu können. Sie werden das natürlich wieder einmal als eigensüchtige Forderung unserer Leute hinstellen wollen. Sie nehmen dabei aber nicht die Fakten in der Bundesrepublik zur Kenntnis, die Sie zum Beispiel ganz seriösen Untersuchungen des Wissenschaftszentrums Berlin entnehmen können. Bei Ihnen fängt ja die wissenschaftliche Seriosität erst an, wenn man CSU-Mitglied ist oder zum Beispiel Jagdkumpel des Ministerpräsidenten.

(Zurufe von der CSU: So ein Quatsch! – Abg. Dr. Wilhelm: Unverfrorenheit! – Abg. Eykmann: So ein Blödsinn!)

Um es zu wiederholen: Dieses Wissenschaftszentrum in Berlin hat festgestellt, daß es auf diesem durchaus eigenständigen Wirtschaftssektor in der Bundesrepublik inzwischen sage und schreibe 80 000 Arbeitsplätze mit einem hohen Anteil qualifizierter und flexibler Frauenarbeitsplätze gibt. Es gibt keinen Grund, daß ein so wichtiger Ausschnitt des Arbeitsmarktes und des Wirtschaftslebens von staatlicher Förderung ausgenommen sein sollte. Ich finde, daß die es wirklich brauchen, mehr als die Großindustrie.

Nun zu einem kleinen Lichtblick. Wo viel Schatten ist, soll angeblich ein kleines Licht sein. Es war für mich jedenfalls ein Lichtblick, daß Sie immerhin aus unserem Antrag auf fünf Millionen DM für ein Forschungszentrum am Standort der Maxhütte in der Oberpfalz einen windelweichen Prüfungsantrag an die Staatsregierung gemacht haben.

(Abg. Will: So windelweich ist er auch nicht!)

- Sie wissen aus eigener Erfahrung, Herr Kollege Will, schon viel länger als ich, wie die Staatsregierung mit Prüfungsaufträgen umgeht, die nicht präzisiert sind und nicht mit einem Berichtstermin versehen sind. Aber wir sehen bei aller Verwässerung unseres Antrages in einem Prüfungsantrag durch den Finanzausschuß ein kleines Signal, daß es Probleme gibt, die im Grunde nur einen Lösungsweg zulassen. Im Falle der Maxhütte zeichnet sich dieser Weg, so denke ich, langsam ab: Produktion im kleinen Maßstab, Priorität für Umweltprobleme, für Probleme in der Region.

(Zuruf der Frau Abg. Stamm)

Die Herausforderung bedrohter Arbeitsplätze ist damit für die Maxhütte noch nicht einmal im Ansatz gelöst.

(Zuruf der Frau Abg. Stamm)

- Frau Stamm, das ist beantragt worden, darum brauchen Sie sich nicht zu kümmern.

Ich denke, daß es dazu viele kleine Schritte geben muß. Jeder ist wichtig, hier ist ein vernünftiger Weg gewiesen.

Zum Schluß: Wir sprechen oft von der Notwendigkeit, zu einer anderen Entwicklungslogik zu kommen. Unsere Anträge sollen ein paar Fingerzeige geben, wie der Einstieg in eine solche neue Richtung aussehen könnte. Sie haben auf diese Fingerzeige bisher aber nicht gerade mit Argumenten, sondern nur mit Tatzen reagiert. Das ehrt Sie gerade nicht.

Sie haben vor wenigen Jahren gegen unsere Skepsis, daran möchte ich Sie erinnern, damals waren wir noch nicht im Landtag, den Umweltschutz als Staatsziel in die Bayerische Verfassung geschrieben. Wir haben damals den Argwohn gehabt, daß es Ihnen damit nicht ernst wäre. Der Wirtschaftshaushalt ist für mich ein deprimierendes Beispiel dafür. Wenn der Umweltschutz nicht alle Bereiche staatlichen Handels entscheidend mitbestimmt, dann war diese Verfassungsänderung wirklich eine Farce. Wir wollen dafür kämpfen, daß das nicht so bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Nächster Redner ist Herr Kollege Niedermayer. Ich erteile Ihnen das Wort!

Niedermayer (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wenn das Thema nicht so ernst wäre und im Verlauf dieser Debatte um den Wirtschaftsetat nicht die Problematik der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung aufgezeigt werden sollte, dann müßte man jetzt feststellen, daß die heutige Aussprache weit unter dem Niveau liegt, das dieser Etat eigentlich verdient.

(Beifall bei der CSU)

Es wurden Beiträge gebracht, die mit Wirtschaft und Wirtschaftsproblemen überhaupt nichts zu tun haben. Frau Kollegin Memmel, ich habe Sie bisher noch immer etwas abgehoben von Leuten wie Herrn Dr. Magerl, der sich durch seine Ausführungen heute als jemand gekennzeichnet hat, der von Tuten und Blasen und von wirtschaftlichen Problemen überhaupt

(Niedermayer [CSU])

keine Ahnung hat, aber nach Ihren Ausführungen heute muß ich Sie, Frau Kollegin Memmel, fast in die gleiche Kategorie einreihen.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Frau Abg. Memmel)

Da war es wohltuend, ich sage das ganz bewußt nach den Beiträgen verschiedener Oppositionspolitiker, heute Herrn Dr. Seebauer zu hören. Herr Seebauer ist ein alter Hase in diesem Hohen Hause und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und ich sage in aller Offenheit, er weiß, wenn er sich mit Dingen befaßt, wovon er spricht, wenn man auch gespürt hat, daß er sich hart tut, den Weg der Bayerischen Staatsregierung in der Wirtschaftspolitik zu kritisieren oder gar einen besseren Weg aufzuzeigen. Aber er ist jedenfalls auf dem Niveau geblieben, das man sich gerade für eine solche Aussprache wünschen und erwarten möchte.

(Beifall bei der CSU)

Nein, meine Damen und Herren, bei aller Kritik sind wir der Meinung, daß der von der Bayerischen Staatsregierung auf dem wirtschaftlichen Sektor eingeschlagene Weg richtig ist, und wir sollten uns bei der wirtschaftlichen Situation in diesem Lande Bayern alle glücklich schätzen. Es ist doch unbestritten, daß uns viele Länder darum beneiden. Aber wir tun gerade so, als ob wir am Abrutschen wären, und nehmen das, was in den letzten Jahren geleistet worden ist, überhaupt nicht zur Kenntnis. Das ist unredlich.

(Beifall bei der CSU)

Auch die Opposition sollte den Mut aufbringen, nicht nur, was nach ihrer Meinung kritikwürdig ist, anzuprangern, sondern auch einmal das Positive in der Öffentlichkeit und gerade bei einer solchen Aussprache zu betonen.

Meine Damen und Herren! Gerade wir aus den wirtschaftlich schwachen Räumen sind natürlich in erster Linie am Funktionieren der Wirtschaftspolitik in diesem Lande interessiert. Wir haben ja Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre erlebt, wie die Bundesrepublik abgerutscht ist. Wer hatte denn darunter am meisten zu leiden? Das waren doch das Grenzland und die strukturschwachen Räume. Sie sind die ersten, die so etwas zu spüren bekommen, und wenn dann der Aufschwung einsetzt, sind sie die letzten, die davon erfaßt werden.

Meine Damen und Herren! Wie stellt sich die Situation im Grenzland dar? Ich habe den Auftrag, dies in der heutigen Aussprache darzulegen. Wir erhalten jährlich den Grenzlandbericht, zu dem alle Ministerien Fakten zusammentragen und der uns vom Vorsitzenden des Staatssekretärsausschusses vorgetragen wird. Dieser Grenzlandbericht ist für uns deshalb so wichtig, weil er die Situation schildert und aufzeigt, ob im Vergleich zu früher Verbesserungen eingetreten sind oder ob die Entwicklung stagniert. Jeder, der die Grenzlandberichte, auch den letzten, aufmerksam gelesen und diskutiert hat, wird feststel-

len, daß positive Entwicklungen einfach nicht zu übersehen sind. Ich meine, da sind alle Kollegen des Grenzlandausschusses, auch die der Opposition, einzubeziehen. Ich möchte, wie schon in der letzten Ausschußsitzung, herzlichen Dank an die Medien sagen, denn wir sind darauf angewiesen, daß nicht nur ein kleiner Kreis über die Probleme des Grenzlands informiert, sondern die Problematik landesweit aufgezeigt wird. Ich möchte auch Herrn Kollegen Dr. Herbert Huber dafür danken, daß er dieses Thema heute morgen in seine Ausführungen hat einfließen lassen. Es ist unsere Pflicht, dies immer wieder zu tun und darauf hinzuweisen, daß das Grenzland und die strukturschwachen Gebiete trotz ungünstiger Ausgangsbedingungen heute nicht am Rande, sondern inmitten der wirtschaftlichen Entwicklung stehen. Dies haben wir nicht durch Lamentieren und Jammern, sondern, um aus dem Bericht des Herrn Staatssekretärs von Waldenfels zu zitieren, "durch Selbstvertrauen und optimistisches Anpacken der Probleme" erreicht. Die Menschen in den benachteiligten Landesteilen haben ein Recht darauf, daß die großartige Aufbauleistung, die auch durch ihre Schaffenskraft drau-Ben mit erreicht worden ist, anerkannt und nicht zerredet wird. Wer wider besseres Wissen ständig Negativmeldungen verbreitet, handelt unredlich. Mit aller Deutlichkeit möchte ich herausstellen, daß man endlich damit aufhören soll, den Eindruck zu erwecken, als Johne es sich nicht, in diesen Gebieten zu leben. Das stimmt einfach alles nicht.

(Beifall bei der CSU)

Es wäre letztlich Sabotage an den Entwicklungschancen des Grenzlandes.

Wir dürfen aber auch nicht in das andere Extrem verfallen und die in den schwachen Räumen bestehenden Probleme bagatellisieren. In der Tat bestehen noch deutliche regionale Unterschiede. Wir müssen sie kennen und insbesondere immer wieder auch in unsere Arbeit im Bayerischen Landtag einfließen lassen. Niemand kann bestreiten, daß für das Grenzland und die strukturschwachen Räume und die dort lebenden 3,8 Millionen Menschen eine positive Politik betrieben worden ist, meine Damen und Herren. Die Probleme müssen aber nicht nur von uns Grenzländern, sondern vom gesamten Parlament immer wieder aufgezeigt und berücksichtigt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Kestel)

- Herr Dr. Kestel, ich sage das Positive und das Negative, warten Sie nur ab. Wenn Sie den Mut hätten, draußen das gleiche zu sagen, was Sie hier in diesem Hohen Hause oft als Beitrag bringen, dann wäre das wohl wesentlich besser.

(Zurufe der Frau Abg. Memmel und des Abg. Dr. Kestel)

Meine lieben Freunde! Wir können feststellen, daß die Infrastruktur in den letzten Jahren in der Tat hervorragend verbessert worden ist. Das sage ich insbesondere auch an die Kollegen vom Grenzland. Die dringend benötigten Fremdenverkehrseinrichtungen konnten mit entsprechender staatlicher Unterstützung gebaut werden, und auch der Bau von Schulen

(Niedermayer [CSU])

und Krankenhäusern und aller dieser Dinge wurde im Grenzland zu unserer Zufriedenheit gefördert. Das gleiche gilt für den Staatsstraßenbau, der von den Kollegen einmal als Hüh und dann als Hott oft so derb kritisiert wurde. Ich habe mich stets gegen diese Kritik gewehrt, denn es werden letztlich acht Prozent vorab aus dem Staatsstraßentitel in das Grenzland vergeben. Es ist auch nicht von der Hand zu weisen, daß ein Kilometer Straßenbau im Bayerischen Wald einfach teurer ist als zum Beispiel im Gäuboden oder in den Isarauen. Deswegen sollte man das wirklich einmal zu den Akten legen.

Herr Dr. Magerl von den GRÜNEN hat heute morgen den Bau der Bundesfernstraßen angeprangert. Ja, meine lieben Freunde, jetzt, wo diese Gebiete endlich einmal im Sinne der Erschließungsfunktion Bundesfernstraßen erhalten sollen, hakt man plötzlich ein und sagt: Nein, jetzt muß gestoppt werden. Dr. Magerl stellt sich damit auf die gleiche Stufe wie Herr Hauff, der damals auch gesagt hat, der Autobahnbau sei für ihn abgeschlossen. Nein, auch diese Räume haben ein Recht, Hauptverbindungsstraßen zu bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind sehr dankbar, daß man endlich nach dem Erschließungsprinzip vorgeht. Wir müssen Herrn Bundesminister a. D. Dr. Dollinger nicht nur dafür herzlich danken, sondern auch dafür, daß die Mittel entsprechend aufgestockt worden sind.

(Beifall bei der CSU)

Denken denn Leute wie Herr Dr. Magerl zum Beispiel nicht an unsere Pendler, die jede Woche zu Tausenden nach München, Nürnberg oder sonstwo hinfahren? Ist es Ihnen denn gleichgültig, Herr Dr. Kestel, daß diese Pendler sich auf nicht ausgebauten Straßen dahinwürgen müssen? Nein, auch sie haben ein Recht wie die Leute in allen anderen Gegenden und Bundesländern, auf modernen Autobahnen zu ihrem Arbeitsplatz und nach Hause zu fahren, nachdem sie die Beschwerden des Pendlertums 10, 20 oder 30 Jahre mitgemacht haben.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Memmel?

Niedermayer (CSU): Frau Kollegin Memmel, kümmern Sie sich bitte schön um die Main-Autobahn, und reden Sie da herin nicht von der Atomfabrik –.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Herr Kollege, Sie brauchen nur ja oder nein zu sagen.

Niedermayer (CSU): Nein.

(Frau Abg. Memmel: Großzügig!)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Also nein.

Niedermayer (CSU): Dann ist heute vom Schienenverkehr gesprochen worden. Herr Naumann, glauben Sie denn, daß wir nicht daran interessiert wären, die Dinge draußen so zu gestalten, daß mehr Leute mit dem Zug fahren? Aber die Wirklichkeit sieht doch ganz anders aus! Wen bringen Sie denn heute noch auf die Schiene? Das ist doch die Schwierigkeit! Wenn Sie uns einen Schlüssel oder auch nur einen Rat geben, der zum Ziel und zum Erfolg führt, dann haben Sie uns morgen als Partner. Aber das ist ja in der Tat nicht der Fall.

Einen Satz zu Ihren Beiträgen, Frau Memmel, von Herrn Magerl möchte ich gar nicht mehr reden: Sie schimpfen über alles, aber Sie bringen nicht einen konstruktiven Vorschlag ein, der brauchbar wäre, wo wir mitgehen könnten, um die Situation zu verbessern.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch und Zurufe von den GRÜNEN)

Was sind unsere größten Sorgen? Wir verfolgen natürlich mit Ernst die Bevölkerungsentwicklung. Zwar ist in verschiedenen Grenzregionen sogar ein Zuwachs zu verzeichnen, aber wir müssen leider Gottes feststellen, daß in anderen Regionen Zwanzig- bis Dreißigjährige in nicht unbedeutenden Größenordnungen abwandern. Das erfüllt uns natürlich mit Sorge. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir dem Herr werden.

Jeder wird mit Sicherheit auch bemüht sein, die Arbeitslosenquote abzubauen. Aber das ist eben nicht von heute auf morgen zu machen. Wenn wir die Entwicklung zwischen 1982 und 1987 verfolgen, sind wir aber doch ein Stück weitergekommen. Im Grenzland haben wir schon seit vielen, vielen Jahren und noch immer das Problem, daß wir im Winter eine Quote von 30 bis 40 Prozent Arbeitslosen haben. Die Quote reduziert sich natürlich im Frühling, wenn die Bauwirtschaft wieder Aufträge bekommt. Besorgniserregend ist aber, daß die Zeit der Arbeitslosigkeit nicht mehr wie früher zweieinhalb oder drei Monate dauert, sondern sich bereits auf vier bis fünf Monate erstreckt. Das wirkt sich selbstverständlich auf die Einkommensverhältnisse der Familien und auf die Umsätze der Gemeinden aus. Diese Situation muß uns geradezu zu Überlegungen zwingen, andere und bessere Lösungen zu finden.

Für mich und für andere liegt das größte Problem bei der Jugendarbeitslosigkeit. 50 Prozent aller arbeitslosen Jugendlichen leben im Grenzland und in strukturschwachen Gebieten. Dazu kommt die Misere in der Landwirtschaft.

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege, Sie haben noch eine Minute. Ich kann die Redezeit nicht verlängern.

Niedermayer (CSU): Lassen Sie mich noch eines ansprechen: Ich bitte Sie alle, zusammenzustehen und gegen die EG-Beschlüsse anzukämpfen. Wenn diese zum Tragen kämen, wären die Auswirkungen katastrophal, dann wäre auch das Zonenrandförderungsgesetz in Frage gestellt. Ich bitte Sie, hier Einigkeit zu beweisen.

Ich bitte auch die Ministerien, wenn wir wieder Anträge zur Behördenverlagerung stellen, endlich von ihrem Roß herunterzusteigen und uns Ver(Niedermayer [CSU])

lagerungsmöglichkeiten anzubieten, denn wir brauchen im Grenzland Dienstleistungsarbeitsplätze. Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Moser!

Moser (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Aussprache zum Einzelhaushalt 07 gibt mir Gelegenheit, wie mein Vorredner Probleme des Grenzlandes darzustellen, um so mehr, als nunmehr Staatssekretär von Waldenfels Vorsitzender des Staatssekretärsausschusses ist.

Nachdem Sie, Herr Kollege Niedermayer, der Opposition so viel Lob gezollt haben, fällt es mir schwer, nun mit der Posaune von Jericho zu blasen. Ich gehöre aber auch nicht zu den Leuten, die sich hierherstellen und Schwarzmalerei betreiben oder den Unglückspropheten spielen wollen. Es ist nämlich ohne Zweifel nicht zu bestreiten, daß im Grenzland manches geschehen ist. Aber es gehört nun einmal zu den Aufgaben der Opposition, hier darzustellen, daß uns manche Maßnahmen einfach zu langsam gehen und daß manches oft in die falsche Richtung geht. Ich stelle mit Befriedigung fest, daß wir dabei im Grenzlandausschuß oft eine breite, ja einstimmige Mehrheit finden, aber wir sind wie die Kollegen der CSU in der Fraktion in der Minderheit. Gerade der Wirtschaftshaushalt sollte Anlaß sein, wieder einmal für ein gutes Drittel unserer bayerischen Bevölkerung, das im Grenzland und in strukturschwachen Räumen zuhause ist, zu sprechen.

Für die SPD-Fraktion hat Grenzlandförderung nach wie vor Gültigkeit und Priorität. Wir wissen, daß es wegen der Fördermaßnahmen Irritationen gibt. Sie kommen von Brüssel und der EG über den Bund auch ins eigene Land. Ich meine aber, daß wir dem Anliegen des Grenzlands nicht dienen, wenn wir die anderen Interessenlagen, wie sie zum Beispiel in Bremen und Hessen bestehen mögen, weil sich dort die Grenzlandproblematik nicht in dem Maße darstellt wie bei uns, zum Anlaß parteipolitischer Auseinandersetzungen nehmen. Es ist ganz klar, daß diese Länder, die mit sektoralen Problemen zu kämpfen haben, in die regionalen Förderprogramme zu kommen versuchen. Ich unterstütze die Haltung der Staatsregierung, eine Vermischung zu verhindern, insoweit. Gerade wir, die wir aus seit eh und je strukturschwachen Gebieten kommen, wissen, was Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Einbrüche für die Menschen dort bedeuten.

Lassen Sie mich ein paar Punkte ansprechen:

Ich habe in Ihrer Rede Ausführungen darüber vermißt, was die Bayerische Staatsregierung gerade in den jüngsten Koalitionsverhandlungen zugunsten des Grenzlandes erreicht hat. Es stellt sich bei uns zum Beispiel immer die Frage nach der Anhebung der Kilometerpauschale. Sie ist während der Amtszeit von Finanzminister Strauß von 50 auf 36 Pfennige gekürzt worden. Heute erhöhen die Mineral-

ölkonzerne die Preise erneut um vier Pfennige. Ich meine, hier wäre eine Anhebung auf den alten Stand mehr als überfällig gewesen. Wir haben nichts davon gehört.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auch nichts darüber vernommen, ob in den Koalitionsvereinbarungen, auch wenn es hier einen strukturschwachen Raum betrifft, aber die Auswirkungen reichen weit darüber hinaus bis ins Grenzland, konkrete Zusagen zum Erhalt des Stahlstandortes Maxhütte in der Oberpfalz gemacht worden sind. Wir vermissen auch klare Aussagen, wie es mit den Bundeseinrichtungen Post und Bahn weitergeht. Hier haben die Vereinbarungen, die das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr Ende 1985 getroffen hat, dazu geführt, daß zwei Drittel der Streckenstillegungen in Grenz- bzw. strukturschwachen Räumen stattgefunden haben. Wir können aber nicht feststellen, daß dafür ein Angebot im öffentlichen Personennahverkehr gemacht worden wäre, weil dieses ja etwas kosten würde und weil niemand die Kosten übernehmen will und weil auch die Staatsregierung hier nicht mit gutem Beispiel vorangeht.

Lassen Sie mich zur Situation des Grenzlandes insgesamt sagen:

Wenn wir die von der EG und vom Bund kommenden Angriffe abwehren, dann auch deshalb, weil unsere Grenzlandbevölkerung ihre Lage nicht mit der anderer Länder Europas, sondern mit der Lage der bayerischen Ballungsgebiete vergleichen soll, mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen in München, Nürnberg, Augsburg und anderen Ballungsgebieten, wenn wir schon immer von gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen sprechen. Deshalb hat für uns die Entwicklung der Bevölkerung und der Arbeitsplätze große Bedeutung.

ich weiß natürlich, daß sich die Staatsregierung schwer tut zuzugeben, daß es hier Probleme gibt. Aber ich muß anerkennen, daß die Situation bei der Vorlage des Grenzlandberichts 1985 erstmals etwas differenzierter gesehen wurde und daß man eingestanden hat, daß gerade bei den Erwerbspersonen und bei den Bewohnern unter 25 Jahren erhebliche Wanderungsverluste festzustellen sind. Die Wanderungsgewinne bestehen dagegen aus Pensionisten aus Westdeutschland und aus Berlin, die hier ihren Lebensabend verbringen, die aber für die Wirtschaftskraft der Region nichts bringen. Deshalb muß die Bedeutung der Bevölkerungsentwicklung für die Zukunft des Grenzlandes deutlicher gesehen werden. Wir müssen versuchen, das Arbeitsplatzangebot zu erhöhen.

Aber hier, so stelle ich fest, gibt es immer nur Erfolgsmeldungen. Ich verstehe ja, daß man die neuen Arbeitsplätze, die aufgrund der Förderprogramme geschaffen worden sind, als Erfolg verkauft. In Ihrem Bericht steht, daß es in den letzten beiden Jahren 21000 Arbeitsplätze waren. Aber daneben müßte die Zahl der Arbeitsplätze stehen, die in diesen beiden Jahren im Grenzland und in strukturschwachen Gebieten verlorengegangen sind.

(Beifall bei der SPD)

(Moser [SPD])

Der Regierungspräsident der Oberpfalz stellt im Jahresbericht 1986 fest, daß allein im Jahr 1986 zehn größere Betriebe in Industrie und Handwerk mit insgesamt zirka 850 Arbeitsplätzen stillgelegt worden sind. Es wäre einmal interessant zu erfahren, wie denn die Zahl der Konkurse im Land, in den Verdichtungsräumen und im Vergleich dazu in den strukturschwachen und Grenzlandräumen ist.

Wenn ich die Arbeitslosenzahlen betrachte, sehe ich, daß es Arbeitsamtsbereiche wie Passau, Deggendorf, Schwandorf, Schweinfurt und Weiden gibt, wo die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt bei mehr als zehn Prozent liegt, wobei ich weiß, daß die Zahl vielleicht doppelt so hoch wäre, wenn die Arbeitsfähigen nicht vorher schon abgewandert wären.

(Beifall bei der SPD)

Daraus resultiert unsere Forderung, auch wenn manche sie nicht mehr hören können – ich erhebe sie in diesem Haus seit zehn Jahren und werde es so lange tun, solange ich hier bin –, daß der Staat mit gutem Beispiel vorangehen muß. Das heißt: Wir müssen verhindern, daß sich Staatsbetriebe aus dem Grenzland zurückziehen. Es kann doch keinen Sinn geben, daß die Bundesbahn Ausbesserungswerke im Grenzland schließt und die Arbeit in die Ballungszentren verlagert.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage, wo die Güterwagen und die Personenwagen repariert werden, kann für die Bundesbahn keine Rolle spielen!

Das heißt aber auch, daß die Staatsregierung endlich den Mut haben muß, den Wasserkopf München ein wenig aufzustechen, damit mehr Arbeitsplätze des öffentlichen Bereichs in das Grenzland und in die strukturschwachen Räume kommen. Ich sage noch einmal: Sie können sich nicht mit der Verlagerung allein der Zentralen Bußgeldstelle nach Viechtach exkulpieren, wobei ich noch in Sorge bin, ob sie überhaupt jemals stattfinden wird. Beschlossen haben wir sie vor zwei Jahren; bis heute ist nichts geschehen.

Ich bitte auch die Kollegen von der CSU sehr eindringlich, mit uns nicht lockerzulassen, damit auf diesem Gebiet mehr geschieht. Es gibt genügend Ansätze, und es gibt genügend Menschen, die in das Grenzland zurückkehren wollen; denn in der Vergangenheit waren die Niederbayern, die Ostbayern und die Nordostbayern die Blutspender für eine funktionierende Verwaltung in Bayern. Wenn wir nun Behörden, die keinen Publikumsverkehr haben, ins Grenzland verlagern, könnten wir damit auch viele soziale Probleme lösen.

Das gilt natürlich auch – und hier richte ich einen Appell an die Staatsregierung – für Einrichtungen des Bundes. Wir haben ja schließlich auch die Belastungen zu tragen. Wir nehmen es hin, daß die Grenzregionen beispielsweise im militärischen Bereich durch Truppenübungsplätze, Truppenverkehr, Manöver und dergleichen mehr besonders belastet

sind. Nur meine ich, daß Beschaffungsämter, Materialprüfungsstellen und vieles andere nicht im Landesinnern sein müßten, sondern auch zu uns ins Grenzland verlagert werden könnten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Staatsregierung wird natürlich sagen: Wir haben ja angesiedelt; wir haben Universitäten angesiedelt, und wir haben jetzt BMW angesiedelt. Auch in Ihrer Rede, Herr Staatsminister, sprachen Sie davon, daß Sie sich von der Ansiedlung von bisher 13 Zulieferbetrieben für BMW einen positiven Effekt versprechen. Nur sage ich Ihnen, und dafür habe ich einen prominenten Zeugen, nämlich meinen Kollegen Max Fischer: Wir im eigentlichen Grenzland verspüren von der Ansiedlung keinen positiven Effekt.

(Abg. Dr. Freiherr von Waldenfels: Aber, Herr Kollege, darüber haben wir lange gesprochen!)

- Herr von Waldenfels, wir hatten uns für die Betriebe im Grenzland, die mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfen, einen positiven Effekt erhofft. Erst in der letzten Woche war der Herr Staatsminister z.B. in Wernberg bei der Flachglas, und Sie kennen die Situation bei Kunststoff in Weiden.

Wir haben zwei große bayerische Automobilwerke vor der Tür: in Ingolstadt und jetzt in Regensburg. Ich frage mich: Ist es nicht möglich, daß der Staat irgendwie kooperierend mit eingreift, damit diese Werke gehalten werden können? Denn was nützen Investitionen und Staatsgelder, die wir auf der einen Seite hineinbuttern, wenn wir auf der anderen Seite Arbeitsplätze verlieren? Da könnten wir manche Mark Wirtschaftsförderung sparen.

Meine Damen und Herren! Ich könnte noch vieles sagen, aber mir wurde signalisiert, daß ich zum Ende kommen muß. Ich kann Ihnen sagen: Wir von der SPD werden auch in Zukunft im Grenzlandausschuß konstruktiv mitarbeiten, um die Situation zu bessern. Ich behaupte: Es ist nicht so, daß im Grenzland alles schlecht ist. Aber es ist wirklich so, daß im Grenzland noch viel zu tun bleibt. Packen wir es gemeinsam an!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Als nächster hat das Wort Herr Dr. Richter!

Dr. Richter (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich im Rahmen der Beratungen zum Etat des bayerischen Wirtschaftsministeriums einige grundlegende Anmerkungen zur Forschungs- und Technologieförderung machen, nachdem die im Jahre 1983 neu angetretene Bundesregierung versprochen hat, die Wende auch auf dem Gebiet der Forschungsförderung herbeizuführen. Dies ist ihr, so meine ich, in der Tat gelungen.

Anstelle von technologiebesessenen Bürokraten in Bonner Ministerien und bei deren Projektträgern entscheidet heute wieder weitgehend der Unternehmer selbst, ob er in seinem Betrieb Forschungsvorhaben verwirklichen will und welchen Forschungsprojekten (Dr. Richter [CSU])

er Priorität einräumt. Damit ist eine alte Forderung der Bayerischen Staatsregierung realisiert, nämlich auch im Bereich der Forschungsförderung wieder mehr Marktwirtschaft durchzusetzen.

Die Bayerische Staatsregierung hat in den vergangenen drei Jahren erhebliche Anstrengungen zur Intensivierung der angewandten Forschung in Bayern unternommen; sie hat auch die Hilfen für die Anwendung neuer Technologien in mittelständischen Unternehmen beträchtlich verstärkt.

Wir von der CSU-Fraktion in diesem Hohen Haus halten diesen Weg für marktwirtschaftlich richtig und für mittelstandspolitisch geboten. Nicht von ungefähr blicken heute Länder mit altindustrieller Wirtschaftsstruktur neidvoll auf Bayern und verfolgen fasziniert die in unserem Land herrschende Aufbruchstimmung zu neuen technologischen Ufern. Ein Beispiel hierfür bietet die Vorstellung des ersten funktionsfähigen Vier-Megabit-Chip aus den Forschungslabors von Siemens und Philips.

In einem Kommentar schrieb die Süddeutsche Zeitung am 19. März, ich zitiere:

Spitzentechnologie zu produzieren, gehört für ein rohstoffarmes und lohnkostenintensives Land wie die Bundesrepublik zu den ökonomischen Lebensnotwendigkeiten. Unter diesem Aspekt markiert die Vorstellung des ersten funktionsfähigen Vier-Megabit-Chip aus den Forschungslabors von Siemens und Philips einen wichtigen Schritt in dem Bemühen, zu den mikroelektronischen Pionieren in der Welt aufzuschließen. Über viele Jahre hinweg hatten Amerikaner und Japaner einen beträchtlichen Vorsprung auf dem Gebiet der integrierten Schaltungen, die den Produkten, in die sie eingebaut sind, zu ungeahnten Fähigkeiten verhelfen. Jetzt scheint es so, als sei es mit dem Superchip geglückt, die technologische Lücke zu schließen. ... Mit dem Vier-Megabit-Speicher sind Siemens und Philips in die Spitzengruppe jener sechs bis zehn Unternehmen vorgestoßen, die sich das Geschäft auf diesem Feld in Zukunft teilen werden.

Ich möchte den Damen und Herren von den GRÜNEN empfehlen, sich dieses Zitat aus der Süddeutschen Zeitung hinter die Ohren zu schreiben.

(Zuruf von der CSU: Die sind auch da noch grün!)

Die Verstärkung der Forschungsinfrastruktur eines Landes dient allen Unternehmen, und hier insbesondere den kleinen und mittleren Firmen, die sich keine eigenen Forschungsabteilungen leisten können und auf externe Forschung angewiesen sind. Gezielte Hilfen für mittelständische Betriebe bei Innovationen und zur Markteinführung technologisch neuer Produkte und Verfahren tragen entscheidend dazu bei, deren Stellung im Markt zu festigen.

Nach der derzeitigen Planung sind durch die starke und noch weiter ansteigende Inanspruchnahme des Bayerischen Technologieberatungsprogramms für Verbilligungszuschüsse, den Personal- und Sachaufwand der Landesgewerbeanstalt sowie den externen Betriebsaufwand zum Beispiel für Messen und Info-Aktionen, die eingesetzten Haushaltsmittel größtenteils gebunden. Mit der laufenden Förderung der bestehenden Technologiezentren in München und Nürnberg/Erlangen sowie der Anfinanzierung des neu zu gründenden Technologiezentrums Würzburg, der Förderung der Roboterzentren, der Förderung des OTTI-Projektes TWN - technisch-wissenschaftlicher Nachwuchs - und der Beratungsstelle ZAM -Zentrum für angewandte Mikroelektronik - sind die in Ansatz gebrachten Mittel in Höhe von zehn Millionen DM für 1986 und zwölf Millionen DM für 1987 voll verplant. Durch die Aufstockung des Technologietransfertitels um jährlich zwei Millionen DM auf zwölf Millionen DM für 1987 beziehungsweise vierzehn Millionen DM für 1988 sind die Vollfinanzierung des Technologiezentrums Würzburg und die Anfinanzierung des Applikationszentrums Innovative Werkstofftechnologien in Amberg möglich. Darüber hinaus prüft das Wirtschaftsministerium, ob folgende Maßnahmen verwirklicht werden können und inwieweit eine Finanzierung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ermöglicht werden kann:

- Anwenderzentrum f
 ür Mikroperipherik in Schweinfurt.
- Errichtung von Technologiekontakt- und -anlaufstellen, besonders in strukturschwachen Gebieten.

Im Rahmen der Maßnahmen für die Forschungsförderung setzt das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr Haushaltsmittel unter anderem auch für Verpflichtungsermächtigungen ein, die zum Teil bis in die neunziger Jahre hinein wirksam werden. ich nenne stichwortartig die Mittel zur Errichtung eines Europäischen Weltraumzentrums in Oberpfaffenhofen mit 42 Millionen DM, die Förderung der Lebensmitteltechnikforschung mit Aufwendungen von 30 Millionen DM, die Aufstockung der Mikroelektronikforschung mit acht Millionen DM und die Aufwendungen für technologische Modeliversuche in Höhe von 15 Millionen DM, insgesamt also Aufwendungen in Höhe von 95 Millionen DM, durch die wiederum Bundesmittel in Höhe von 63 Millionen DM gebunden werden.

Während sich also die Staatsregierung bemüht, Forschung, Entwicklung und Innovation intensiv zu fördern, um mit staatlicher Hilfe auf möglichst vielen Teilgebieten den Rückstand gegenüber Fernost und den USA aufzuholen, hat die Fraktion der GRÜNEN in diesem Hohen Hause die Diskussion um den Wirtschaftsetat durch eine Reihe signifikanter Negativanträge "bereichert". Die GRÜNEN lehnen beispielsweise die Förderung der Mikroelektronik mit Steuergeldern ab (Drucksache 11/996), sie verweigern eine bayerische Sonderfinanzierung für das Weltraumzentrum Oberpfaffenhofen (Drucksache 11/998), und sie fordern nicht zuletzt einen Baustopp für den Rhein-Main-Donau-Kanal (Drucksache 11/698). Mein Kollege Will wird auf diese Anträge noch näher eingehen und diese Sündenregister noch im Detail darstellen. Was Sie wollen, meine Damen und Herren von der Fraktion der GRÜNEN, ist der radikale Kahlschlag (Dr. Richter [CSU])

auf dem Gebiet der Forschung, Entwicklung und Innovation.

(Beifall bei der CSU)

Sie wollen den Freistaat Bayern, der sich durch den Fleiß, den Ideenreichtum und durch das Engagement seiner Bürger in wenigen Jahrzehnten vom Agrarstaat zum hochleistungsfähigen Industriestaat entwickelt hat, auf den Weg zur ökonomischen Prärie zurückführen. Sie wollen eine wirtschaftliche Landschaft, in der es nicht mehr möglich ist, die zielstrebig erarbeiteten Ergebnisse der Forschung in neue Produkte und Verfahren umzusetzen und erfolgreich auf dem Weltmarkt anzubieten. Dazu wäre nämlich Aufgeschlossenheit gegenüber der Technik notwendig.

Sie streben eine ökonomische Landschaft an, in der dann allerdings auch kein Platz mehr ist für breit gestreute soziale Wohltaten, weil hierfür auf die Dauer gesehen die finanziellen Mittel ebenso fehlen wie die finanziellen Voraussetzungen, um notwendige ökologische Fortschritte zu erzielen, die wir von der CSU-Fraktion mindestens ebenso anstreben wie Sie selbst.

Bedrückend an diesem gefährlichen Spiel ist die Tatsache, daß Sie sich, meine Damen und Herren von der SPD, von Ihren linken Verweigerungsaposteln, angefangen bei Herrn Lafontaine, auf wirtschaftlichem Gebiet immer wieder zu Erfüllungsgehilfen grüner Traumtänzer degradieren lassen.

(Abg. Hiersemann: Ein Krampf, ein Schmarrn ist das!)

Präsident Dr. Heubl: Herr Hiersemann, darf ich die beiden Sätze als unparlamentarisch qualifizieren und davon ausgehen, daß Sie Ihre Meinung auch auf andere Weise zum Ausdruck bringen können?

Herr Kollege Dr. Richter, wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hiersemann zulassen?

Dr. Richter (CSU): Leider nein, Herr Präsident, meine Redezeit erlaubt es nicht.

(Abg. Hiersemann: Dann muß ich wieder einen solchen Zwischenruf machen!)

- Machen Sie den ruhig!

Ihnen fehlt heute, meine Damen und Herren von der SPD, trotz besserer Einsicht in zukunftsweisende ökonomische Notwendigkeiten, leider mitunter die intellektuelle Kraft, diesen Verweigerungstendenzen gegenüber der modernen Industrie- und Technologiegesellschaft zu widerstehen und mit uns gemeinsam den volkswirtschaftlichen Mindestkonsens demokratisch legitimierter Parteien zu suchen.

Dies, und gerade dies, so meine ich, ist der Grund, daß sich immer mehr Wähler in diesem Land, Wähler vor allem Ihrer Klientel, zum Beispiel qualifizierte Facharbeiter, Ihrer Partei verweigern, weil sie genau erkennen, was am Ende dieses Weges steht: Verlust der volkswirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit,

der Abbau von Arbeitsplätzen und schließlich Gefährdung unseres sozialen Netzes. Der Wahlausgang in Hessen, meine Damen und Herren von der SPD, sollte gerade für Sie in dieser Hinsicht ein Menetekel sein.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Als nächste hat das Wort Frau Memmel!

Frau **Memmel** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auf zwei Kritikpunkte eingehen, die gerade genannt worden sind.

Es geht um die Klarstellung unserer Haltung hinsichtlich Megachips und Computertechnik. Ich habe unsere Auffassung dazu bereits im Haushaltsausschuß und, wie ich glaube, auch im Grenzlandausschuß dargelegt. Wir GRÜNEN sind bestimmt nicht gegen Megachip- und Computertechnik. Computertechnik ist eine sinnvolle Einrichtung, wenn sie etwa für Nahverkehrssysteme eingesetzt wird. Durch Computer können kleine Verkehrssysteme gesteuert und für diese auch Fahrpläne ausgegeben werden.

Vielleicht ist der andere Aspekt vorhin aber nicht richtig herausgekommen, den ich erwähnt habe: Wenn Forschungsmittel für diese Technik ausgegeben werden, dann sollen sie, wenn Firmen berücksichtigt werden, zweckgebunden ausgegeben werden. Man soll also das Geld nicht einfach so vergeben, sondern Kriterien festlegen. Dann wären solche Dinge, wie ich sie erwähnt habe, zum Beispiel Kriegsforschung, für die ja auch Megachips eingesetzt werden, ausgeschlossen. Wir kennen ja alle das Beispiel der Teflonpfanne als Abfallprodukt der Raumfahrt; darüber habe ich neulich einen sehr schönen Spruch gelesen: Wir brauchen SDI nicht, wir haben schon eine Teflonpfanne zu Hause! Ich glaube, das zeigt das Problem ganz klar.

Ich finde es wirklich bedauerlich, daß man immer noch an diesem Größenwahn festhält, auch im Grenzland riesige Autobahnen durchzuschlagen und zu glauben, daß sich dadurch dort die Betriebsstruktur verändern könnte. Ich gehöre auch zu den "Grenzländern" und weiß, wovon ich rede. Ich wohne gerne dort und werde auch dort bleiben; denn was in München läuft, kann mich ohnehin nicht so reizen. Durch die großen Straßen wären noch mehr Grenzländer gezwungen, in die Ballungsgebiete zu fahren.

(Widerspruch von der CSU)

Es muß unsere Aufgabe sein, die Arbeit endlich vor Ort zu bringen, und nicht durch große Straßen —

(Zurufe von der CSU: Das ist ja eine Zumutung, diese Inkompetenz! Dazu braucht man doch Straßen!)

- Sie brauchen sich gar nicht so aufzuregen!

(Zuruf von der CSU: Wer hat sich denn aufgeregt?)

Sie hätten meine Änderungsanträge im Haushaltsausschuß lesen sollen, die Vorschläge für Handwerksbetriebe, die ich vorhin aufgezählt habe, oder zur Lebensmittelverarbeitung. Wir sollten das Geld nicht dem Fraunhofer-Institut geben, sondern lieber vor Ort den kleinen Handwerksbetrieben, die Lebensmittel verarbeiten. Aber damit beschäftigen Sie sich ja gar nicht. Deswegen brauchen Sie dort hinten sich gar nicht so aufzuregen.

Ich möchte noch eine Bemerkung zu den großen Straßen im Grenzland machen. Sie führen dazu, daß meistens die Männer, die Familienväter, in die großen Ballungsräume fahren. Sie müssen also das Auto mitnehmen. Wie sieht es dann für die Frauen und die Kinder zu Hause aus? Ich kenne das aus meiner Dorfsituation: Die kommen nicht einmal mit dem Nahverkehrssystem in die nächste Kreisstadt! So sieht die Wirklichkeit aus.

Sie können mir nicht weismachen, daß Ihre großen Straßen da etwas bewirken könnten. Wenn Sie 3,8 oder vier Millionen DM für das Grenzland ausweisen, dann weisen Sie doch endlich einmal die Millionen aus, die nur in den Straßenbau fließen, nicht in eine große Strukturveränderung! Das wollte ich Ihnen noch dazu sagen.

Präsident Dr. Heubl: Als nächster hat das Wort der Herr Kollege Dinglreiter!

Dingireiter (CSU): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Teil des Mosaiks erfolgreicher Wirtschaftspolitik in Bayern ist die Fremdenverkehrspolitik. Bayern hat trotz großer Anstrengungen anderer Bundesländer seine Stellung als Urlaubsland Nummer eins in der Bundesrepublik nicht nur gehalten, sondern weiter ausgebaut.

Mit rund 85 Millionen Übernachtungen im Jahre 1986 ist Bayern heute ein Reiseland von internationaler Bedeutung. Es hat etwa so viele Übernachtungen wie die Schweiz, zwei Drittel so viele wie Österreich, und das, obwohl die Bettenkapazität bei uns um 50 Prozent geringer ist als im Nachbarland. Das bedeutet, daß unsere Fremdenverkehrswirtschaft eine bessere Auslastung und damit eine günstigere Kostenentwicklung hat, was mittlerweile ein Vergleich der Preise in Bayern und Österreich auch ganz deutlich zeigt.

Allein im Hotel- und Gaststättengewerbe und in den Beherbergungsbetrieben sind 200 000 Menschen beschäftigt. Rund 12 Milliarden DM werden umgesetzt; hinzu kommen die Einnahmen aus Privatvermietungen. Im gewerblichen Bereich erwirtschaftet die Fremdenverkehrswirtschaft allein rund drei Prozent des Bruttoinlandprodukts; in typischen Fremdenverkehrsgebieten sind es sogar 20 Prozent.

Man kann somit deutlich sagen, daß die Fremdenverkehrswirtschaft eine wichtige Säule der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Bayern ist. Geht man davon aus, daß heute zwei Drittel der 85 Millionen Übernachtungen in strukturschwachen Gebieten Bayerns registriert werden, dann ist die Förderung des Fremdenverkehrs auch regionale Wirtschaftsförderung von großer und nachhaltiger Bedeutung.

Eine weitere Entwicklung ist bemerkenswert:

Bayern hat mit einem Plus von rund 200000 Reisen im letzten Jahr seinen Marktanteil am deutschen Inlandsurlaub von 31 Prozent auf 33 Prozent erhöht. Bayern wird auch als Urlaubsland für die Bayern immer attraktiver: 1986 kam ein Fünftel aller Gäste in Bayern aus Bayern. Das ist positiv, weil das Geld im Lande bleibt und somit wieder dazu beiträgt, die Wirtschaft zu beleben. Eine erfolgreiche Fremdenverkehrspolitik, wie sie bei uns betrieben wird, ist aus allgemeinwirtschaftspolitischen, aber auch aus arbeitsmarktpolitischen Überlegungen von großer Bedeutung.

An der positiven Entwicklung haben alle bayerischen Regierungsbezirke teilgenommen; bei einigen schwächer strukturierten Gebieten wie Oberfranken war dies im letzten Jahr in besonderem Maße möglich.

Dieses erfreuliche Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß viele für den Fremdenverkehr Verantwortlichen in unserem Lande große Anstrengungen unternommen haben. Ganz besonders ist dies aber der konsequenten staatlichen Fremdenverkehrspolitik des bayerischen Wirtschaftsministers zu verdanken. Deshalb wurde der bayerische Wirtschaftsminister jüngst in Essen zurecht als der erfolgreichste Länderverkehrsminister bezeichnet.

(Beifall bei der CSU)

Herr Minister Jaumann, Ihnen, Ihrem Herrn Staatssekretär und dem ganzen Ministerium gilt der Dank und die Anerkennung unserer Fraktion dafür, daß Sie so zielgerichtet die zukunftsträchtige Fremdenverkehrsindustrie entwickelt und die Grundlage dafür geschaffen haben, daß es auf diesem Gebiet auch in Zukunft in Bayern weiter aufwärts geht.

Dies kommt allerdings, wie wir wissen, nicht von selbst. Auch in der Zukunft müssen die bewährten Anstrengungen fortgesetzt werden. Zum Beispiel muß die kommunale Infrastruktur für den Fremdenverkehr gefördert werden, wobei wichtig ist, daß wir mehr als in der Vergangenheit beachten, daß die Urlauber heute andere Bedürfnisprioritäten setzen. Deshalb müssen neben betriebsbezogenen auch orts- und regionalbezogene Investitionen stärker in die Förderung einbezogen werden. Ein Beispiel: Nicht mehr das kleine Hallenbad in einer Pension ist das Attraktive und Erstrebenswerte für den Urlauber von heute und morgen, sondern, um im Bild zu bleiben, die Badelandschaft im Ort ist gefragt. Der Zweitund Dritturlaub, in zunehmender Weise der Kurzurlaub, machen spezielle Zielgruppenangebote notwen- * dig: für Familien mit Kindern, für Senioren, für sportlich Interessierte, für Liebhaber von Kunst und Kultur usw. Dazu sind gezielte Anstrengungen erforderlich.

Deshalb ist es sehr zu begrüßen, daß 1987 erstmals im Haushalt Mittel für Fremdenverkehrsentwicklungspläne vorgesehen sind, daß Fremdenverkehrsgebieten, Landkreisen und Problemgemeinden die Mög(Dinglreiter [CSU])

lichkeit gegeben wird, Planungen in Auftrag zu geben, eine ganze Landschaft zu erforschen, um so zu erfahren, wie Konzepte vernünftig angelegt werden müssen, um ein Gebiet für die Urlauber attraktiv zu machen. Es soll auch dafür vorgesorgt werden, daß Nachfolgelasten von Investitionen eines Tages nicht zum Stöhnen Anlaß geben, sondern daß sie so gestaltet werden, daß die Einrichtungen optimal ausgelastet und damit rentabel betrieben werden können.

Darauf aufbauend wirkt das Programm zur Betriebsberatung, für Gutachten und für Veranstaltungen in diesem Zusammenhang, das 1987 mit 850 000 DM ausgestattet ist und das dazu beitragen kann, positive Erfahrungen aus Fremdenverkehrsgebieten und Erkenntnisse aus Gutachten auf breiter Basis umzusetzen

Probleme macht uns die innerörtliche Verkehrssituation in einer Reihe von Fremdenverkehrsorten. Sie müssen so schnell wie möglich gelöst werden, denn stark belastete Ortsdurchfahrten von Bundes-, Staats- und Kreisstraßen mindern vielerorts das ansonsten gute Angebot. Diese Schwachstellen des bayerischen Fremdenverkehrs müssen zügig behoben werden, sonst riskieren wir, daß Ruhe und Erholung suchende Urlauber in andere Bereiche abwandern.

(Beifall bei der CSU)

Die Verstärkung der Werbe- und Absatzmaßnahmen ist ein weiterer wichtiger Punkt der bayerischen Fremdenverkehrspolitik. Wir sind dankbar, daß es 1987 dafür einen Ansatz in Höhe von 5,5 Millionen DM gibt, weil wir wissen, daß die Werbemaßnahmen der Fremdenverkehrsverbände und -institutionen und auch des Landesfremdenverkehrsverbandes gefördert werden müssen, wenn wir weiter zurechtkommen wollen. Wir wissen nämlich, daß wir uns in einer ungeheuer schwierigen Konkurrenzsituation befinden und daß die internationalen und nationalen Märkte auf den bayerischen Fremdenverkehrsmarkt einwirken. Unser Hauptkonkurrent Österreich gibt heuer 17 Millionen Mark für die Fremdenverkehrswerbung aus. Auch unsere innerdeutschen Mitbewerber wie Baden-Württemberg oder Niedersachsen verstärken ihre Werbeanstrengungen laufend.

Wenn wir unsere Stellung halten wollen, müssen wir also einiges an zusätzlichen Anstrengungen unternehmen, insbesondere für zentrale Dachwerbung oder für Sonderwerbeaktionen, wie sie stattfinden und stattgefunden haben. Wenn die von Weltuntergangsstimmung geprägte Katastrophenmalerei der GRÜNEN sich noch weiter ausbreitet, werden wir die Werbeanstrengungen für den bayerischen Fremdenverkehr noch weiter verstärken müssen, damit wir das, was da an Nestbeschmutzung betrieben wird, wieder ausgleichen und den Menschen sagen können, daß es schöner ist in unserem Land, als diese es darstellen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind in Bayern insgesamt auf einem guten Weg. Die Zielprojektion stimmt. Wir werden das Erreichte

sichern und touristische Entwicklungsreserven behutsam im Einklang von Mensch und Natur weiter erschließen. Denn Fremdenverkehr ist für unser Land ein wichtiger wirtschaftspolitischer Faktor. Unsere Devise ist auch die des Wirtschaftsministers: Neues zu wagen, aber Altes und Bewährtes dabei nicht aufzugeben und insbesondere nicht zu vergessen, daß es gerade beim Fremdenverkehr um den Menschen geht, um den Gastgeber ebenso wie um den Gast. Unsere Politik ist darauf ausgerichtet. Weil sie beiden dient, ist sie, wie ich meine, auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heub!: Als letzter hat das Wort der Herr Kollege Will!

Will (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte an einigen Anträgen die Gegensätzlichkeit unserer politischen Auffassungen noch etwas deutlicher herausstellen, vorher aber noch zu den Redebeiträgen von Herrn Dr. Seebauer und von Frau Memmel etwas bemerken.

Herr Dr. Seebauer kritisierte die bescheidene Steigerungsrate im Einzelplan 07 mit 2,4 Prozent in diesem und fünf Prozent im kommenden Jahr. Nun, ich meine für die CSU-Fraktion dazu sagen zu müssen: Je weniger staatliche Förderung erforderlich ist, desto besser steht es um unsere Wirtschaft. Ich glaube, das ist eine Grundeinstellung, die wir gerade hier in Bayern sehr deutlich spüren.

(Abg. Dr. Seebauer: Nach diesem Motto könnten Sie ja den ganzen bayerischen Staatshaushalt streichen!)

Die Ansätze reichen aus, um die wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen der Bayerischen Staatsregierung zu verwirklichen. Wir machen eine Wirtschaftspolitik mit Augenmaß, ausgerichtet auf das Machbare und auf das Notwendige, wie es der Wirtschaftsminister heute früh ausgedrückt hat; eine Politik, die einen klaren Handlungsrahmen setzt und in der Platz ist für marktwirtschaftliche Dynamik, für Eigenverantwortung und für Innovationsbereitschaft. Ich glaube, das muß vom Grundsätzlichen her einmal zum Haushalt 07 gesagt werden.

Frau Memmel, Sie sagten vorhin in etwa, daß wir die 25 Anträge der GRÜNEN im Haushaltsausschuß zu rasch abgehandelt hätten, ohne in die Tiefe zu gehen. Ich frage mich ehrlich: In welchem Antrag ist überhaupt eine Tiefe zu finden? Wir konnten sie beim besten Willen nicht feststellen.

Ich möchte dazu auch meinerseits ein persönliches Wort sagen. Ich habe weiß Gott oft versucht, dem einen oder anderen Antrag noch ein bißchen auf die Sprünge zu helfen, wobei bessere Einsicht immerhin dazu geführt hat, daß Sie vier Anträge zurückgezogen und daß wir einen Prüfungsantrag gemeinsam formuliert haben.

Meine Damen und Herren! Ich spreche jetzt insbesondere die linke Seite des Hohen Hauses, die GRÜ-NEN, an: Bevor wir wirtschaftspolitische Zusammenhänge behandeln, sollten wir uns eigentlich erst ein(Will [CSU])

mal mit der ganzen Problematik intensiv befassen und auch ein Wort darüber reden. Sicherlich haben sich viele von uns hier im Haus und vielleicht auch manche Zuhörer die Frage gestellt: Wovon reden die GRÜNEN eigentlich? Meines Erachtens gibt es hierfür in Abwandlung eines Bibelwortes nur eine einzige Entschuldigung: Denn sie wissen nicht, wovon sie reden! Das ist die einzige Entschuldigung für Ihre Redebeiträge und die vorliegenden Anträge.

Zu den Anträgen der GRÜNEN aber zunächst pauschal: Die Politik der GRÜNEN ist gekennzeichnet von Schlagwörtern, von Ideologien; die Anträge sind absolut ohne Inhalt, ein Wirrwarr und ein Widerspruch in sich. Ich darf hier nur einige Punkte aus den Anträgen herausgreifen:

Erstens. Keine neuen Technologien, sagen die GRÜNEN, es sei denn für den Umweltschutz – mit allen Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Unternehmen, für neue Arbeitstechniken und damit für die Qualität der Arbeitsplätze; keine Zuschüsse für Rationalisierungs- und Normungsmaßnahmen, keine Mittel für Sonderprogramme und Modellversuche usw.

Zweitens. Was heißt alternativ? Ohne darzustellen, wozu die Alternative eigentlich gedacht ist, fordern Sie im Antrag auf Drucksache 11/986 eine Zweckbindung der Verbraucherberatungsorganisationen. Was immer das auch ist, spielt ja dabei überhaupt keine Rolle.

Drittens. Umweltschutz um jeden Preis und unabhängig von der Effizienz verlangen Sie, die höhere Förderung der Regentalbahn beantragen Sie, auch wenn der Einstundentakt, den Sie dabei vorschlagen, in diesem Gebiet vom Bedarf her überhaupt nicht gerechtfertigt ist. Hauptsache, man spricht in diesem Gebiet über Sie, so möchte man gerade zu diesem Antrag sagen.

Viertens. Tiefes Mißtrauen besteht gegenüber dem Unternehmer. Sie sagen: keine Förderung der Rohstoffausbeuter, keine staatliche Industrieansiedlungswerbung. Solche Äußerungen können Sie doch nur deshalb bringen, weil Sie nicht wissen, wie notwendig es ist, in bestimmten Bereichen Industrieansiedlungswerbung zu betreiben, und zwar im gesamten Landesgebiet.

Fünftens und letztens: Ebenso herrscht tiefes Mißtrauen gegenüber der Verwaltung. Sie wollen die Kürzung der Mittel für die Selbstdarstellung Bayerns aus dem Messeprogramm; Sie wollen eine Entscheidung über jede Fördermaßnahme aus der Gemeinschaftsaufgabe im Haushaltsausschuß. Das wäre also praktisch eine Verdrehung der Möglichkeiten: Die Arbeit, die letzten Endes die Exekutive auszuführen hat, wollen Sie zu uns, in den Haushaltsausschuß, verlagern. Sie wollen, daß wir uns mit der Verteilung von 58,7 Millionen DM an Zuschüssen befassen und jeden Antrag einzeln behandeln.

Meine Damen und Herren! Wer die Anträge der GRÜ-NEN ernsthaft betrachtet, dem vergeht das Lachen in der Tat. Ich habe mich ehrlich bemüht, mich in die Anträge einzulesen. Ihre Politik heißt nicht nur Stillstand, sie bedeutet alternativ zurück zur Unwirtschaftlichkeit und damit ohne Übertreibung zur sozialen Not! Wer keine staatliche Industrieansiedlungswerbung, keine Mittel für Berufsbildungseinrichtungen, keine Förderung der Mikroelektronik und keine Modellversuche in der wirtschaftsnahen Forschung will, der will nicht nur Rückschritt, sondern der stellt soziale Sicherheit und letztlich den wirtschaftlichen Erfolg in unserem Land in Frage. Deshalb mußten wir Ihren Anträgen weitgehend ein konkretes Nein entgegensetzen.

Lassen Sie mich weiter Antrag Drucksache 11/985 herausgreifen. Dort heißt es: keine staatliche Industrieansiedlung, Kürzung von 1,3 Millionen DM. Es wäre gut gewesen, wenn Sie sich, bevor Sie diesen Antrag formuliert haben, einmal in den Gemeinden und Städten unseres Landes draußen umgeschaut und gefragt hätten, was unsere Kommunen von der Industrieansiedlungswerbung halten; wie sehr sie es schätzen, daß sie als Bürgermeister, als Landrat zum Wirtschaftsministerium gehen und sich dort erkundigen und auch entsprechende Anregungen bekommen können. Das ist eine Sache, die sich über Jahre hinweg wirklich großartig bewährt hat. Trotz erschwerter Rahmenbedingungen waren dadurch in den letzten fünf Jahren 300 gewerbliche Neuansiedlungen in strukturschwachen Gebieten in Bayern möglich.

Präsident Dr. Heubl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Bitte sehr, Frau Kollegin!

Frau **Scheel** (DIE GRÜNEN): Herr Kollege Müller – – (Abg. Will: Will heiße ich noch!)

– Entschuldigen Sie, Herr Kollege Will. Wissen Sie, daß Mikroelektronik vor allem im Bereich der Megabits laut Aussage des Herrn Professors Dr. Ruge Sonntagsarbeit unabdingbar machen wird?

Will (CSU): Das hat mit dem Antrag, den ich hier beschrieben habe, überhaupt nichts zu tun. Vielleicht heben Sie sich das bis zum nächsten Punkt Mikroelektronik auf.

Sie haben also den Antrag gestellt, keine Förderung der Mikroelektronik mit Steuergeldern. Hier geht es um einen Betrag von 11,3 Millionen DM. Ich weiß nicht, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, was Sie sich dabei eigentlich gedacht haben. Ich beziehe mich jetzt auf die Beratungen des Haushaltsausschusses, wo ich schon Ihre Kollegin Paulig zitiert habe, die in einem Beitrag hier vor dem Hohen Haus darauf hingewiesen hatte, daß es eine glückliche Fügung gewesen sei, daß z.B. der Vater eines behinderten Kindes der Schule selbst Unterrichtshilfsmittel unter Nutzung der Mikroelektronik für seine Tochter mit auf den Weg habe geben können. Sie von den GRÜNEN aber wollen eine radikale Streichung der Mittel zur Förderung von Mikroelektronik. Wissen Sie denn nicht, um an das Beispiel anzuknüpfen, das Ihre Kollegin Paulig gebracht hat, wie wertvoll der Einsatz moderner Technik, gerade der Mikroelektronik, im (Will [CSU])

Bereich der Behinderten ist, z.B. bei der Blick- oder Sprachsteuerung, bei der Prothesensteuerung, wo wir auf diese Errungenschaften nicht verzichten können. Es ist als ein regelrechtes Wunder zu betrachten, was die Technik hier geschaffen hat. Daß wir hier noch weitere Fortschritte brauchen, versteht sich von selbst. Ich verstehe partout nicht, daß Sie sich als GRÜNE hinstellen und sagen können: Weg mit diesen 11,3 Millionen Mark, Mikroelektronik soll in unserem Lande nicht gefördert werden.

Ein letzter Punkt! Auf den Drucksachen 11/983 und 11/984 verlangen Sie die Streichung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit bei Großobjekten. Sie wollen zwei Planstellen gestrichen haben und letztendlich keine Mittel für die Förderung der Öffentlichkeitsarbeit. Worum geht es Ihnen dabei? Um bei Ihrer Aussage zu bleiben, die Kunstdruckinformationen für Wackersdorf seien Ihnen zu schön und zu einseitig.

Meine Damen und Herren! Was Sie in dem Zusammenhang bisher getan haben, glaube ich, fordert statt einer Streichung eine Stärkung der Mittel, damit wir eine wirklich objektive Berichterstattung über Wakkersdorf und die Kernenergie in unserem Lande ermöglichen können. Das ist notwendig, keinesfalls eine Streichung. Ich verstehe dabei in der Tat nicht die Gemeinsamkeit SPD/GRÜNE, die sich da bei der Abstimmung ergeben hat. Ich darf das Protokoll zum Änderungsantrag auf Drucksache 11/983 und 11/984 zitieren:

... wird mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Ich bedauere diese Einmütigkeit auf der linken Seite des Hauses. Es wäre in der Tat an der Zeit, und ich wende mich hier besonders an die Kolleginnen und Kollegen der SPD, auf Ihrer Seite einmal darüber nachzudenken, wohin dieser Weg, dieser gemeinsame Weg, wie hier gerade zum Ausdruck gebracht worden ist, letztendlich führt.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf eine ganz junge aktuelle Sache hinweisen. Dieser Tage bekam ich einen Brief von der Firma Noell in Würzburg, Absender: Würzburger Ostermarsch 1987, Würzburger Friedensinitiative. Ich darf aus dem Anschreiben an die Firma zitieren:

Wie bereits in den vergangenen Jahren wird die Würzburger Friedensinitiative auch in diesem Jahr am Karsamstag, dem 18. April, einen Friedensmarsch in Würzburg veranstalten. Inhaltlicher Schwerpunkt für die Auftaktkundgebung und den Marsch selber wird diesmal das Thema "militärisch-zivile Verflechtungen der Industrie" sein, aufgezeigt am Beispiel Würzburger Firmen.

Das Schreiben schließt:

Zwar wird die Frage, ob das in der WAA gewonnene Plutonium atomwaffenfähig sei, derzeit noch kontrovers diskutiert. Aus unserer Sicht sprechen jedoch einige Indizien für eine Nutzung zum Bau der Atombombe...

usw.

Darauf reagierten Gott sei Dank die Firmenchefs und Betriebsräte – letztere gehören Ihrer Partei an, der SPD – eindeutig; ich darf kurz zitieren:

Da das Thema Ihrer Veranstaltung "militärisch-zivile Verflechtungen der Industrie" heißt, aufgezeigt am Beispiel der Würzburger Firmen, sind Sie bei Noell wie sicher auch bei anderen Firmen an der falschen Adresse. Wir hoffen zwar im Rahmen des noch ausstehenden Wettbewerbs auf eine Beteiligung am Bau der WAA Wackersdorf, ein Unternehmen mit 2000 Arbeitern. Es handelt sich hier jedoch entgegen Ihrer Meinung um eine Anlage zur Aufarbeitung von Kernbrennstoffen für rein friedliche Zwecke. Diese Anlage wird der Entsorgung von Kernkraftwerken dienen, die wiederum für unsere Bevölkerung, für unser Land und somit auch für Sie und Ihre Freunde eine wichtige und positive wirtschaftliche wie auch ökologische Bedeutung haben.

Präsident Dr. Heubl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Wax-Wörner?

Will (CSU): Meine Damen und Herren! Gerade dieser Hinweis der Firmenleitung und des Betriebsrates zeigt, wie notwendig es ist, daß die Bayerische Staatsregierung in Sachen WAA und Kernkraft intensiv aufklärt, damit der Wirrwarr, die Saat des Ungewissen und vor allen Dingen das Spiel mit der Angst ein Ende haben.

Als letzten Punkt darf ich noch den SPD-Antrag aufgreifen, die sogenannte ZATU-Einrichtung zu fördern: Zentrum für Arbeit, Technik und Umwelt. Ich möchte dazu nur, ohne es zu vertiefen, sagen, ZATU wäre ein Beispiel staatlicher Lenkung und gewerkschaftlicher Fremdbestimmung, wie es toller nicht mehr gehen kann.

Ich habe das Vergnügen gehabt, im Kreistag in Würzburg ein ablehnendes Plädoyer zu geben, und habe mich dazu in die Sache etwas vertieft. Ich möchte pauschal sagen: Fremdbestimmung brauchen wir nicht! Was wir brauchen, ist Initiative der Unternehmer und gegenseitiges Vertrauen. Wir brauchen auch nicht Fremdkontrolle! Wenn es der DGB für unbedingt notwendig erachtet, sich zu seinen Aufgaben eine neue Beschäftigung zu suchen, dann soll er sich ein anderes Feld aussuchen als diese Art ZATU-Überlegungen, wie sie in Nürnberg und Würzburg vorgelegt worden sind.

(Zuruf des Abg. Karl-Heinz Müller)

Herr Kollege Müller, lesen Sie einmal die ZATU-Überlegungen, dann kommen Sie zu demselben Ergebnis, das ich erwähnt habe. Unter anderem heißt es da:

Der gewerkschaftlichen Einschätzung eines steigenden Qualifikationsbedarfs im Zusammenhang mit der Verbreitung neuer Technologien ist an sich grundsätzlich zuzustimmen, nur, die geforderte umfassende Qualifizierung ist allerdings einfach nicht verwirklichbar. Die Schaffung außerbetrieblicher Ausbildungsstätten ist weder notwendig noch sinnvoll.

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege, ich muß Sie darauf hinweisen, daß in einer Minute Ihre Redezeit zu Ende ist.

Will (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Nur noch ein Zitat an die Adresse der SPD. Heute steht in der "Welt" ein recht interessanter Artikel unter der Überschrift "Wie geht es weiter mit der SPD", aus dem ich einen Satz zitieren darf:

Eine Partei wie die SPD, die mehr als 120 Jahre Geschichte sowie Sozialistengesetze und Widerstand in der NS-Zeit hinter sich hat, geht den falschen Weg, wenn sie sich weiter bei einem Trupp anbiedert, der mit dem Rechtsstaat nichts im Sinne hat und wie ein Geschwulst auf ihre Kosten wächst.

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Seebauer!

Dr. Seebauer (SPD): Herr Präsident, meine Damen und, Herren! Herr Kollege Will, zum Schluß haben Sie ja wohl ein bißchen danebengegriffen.

(Zuruf von der SPD: Nicht bloß zum Schluß!)

Ich verstehe eigentlich nicht, daß Sie die Zurückstellung des Antrags betreffend ZATU beantragt haben. Es wäre zu Recht geschehen, wenn Sie sich erst hätten sachkundig machen wollen; das wäre legitim gewesen. Nachdem Sie aber schon wissen, um was es bei ZATU geht, Herr Will, ist es völlig falsch, und es hat natürlich wenig Zweck, am Ende einer Debatte noch Unsachlichkeit und Unredlichkeit hereinzubringen.

ZATU ist genau das Gegenteil von dem, was Sie dargestellt haben. Es geht nicht um Fremdbestimmung. Es ist vielmehr vorgesehen, und es wird im Raum Erlangen, Nürnberg, Fürth praktiziert, die Kommunen, die Kammern und die Gewerkschaften zu beteiligen. Genauso läuft es dort. Sie können sich bei den Nürnberger Kollegen erkundigen. Insofern geht es also überhaupt nicht um Fremdbestimmung, um Funktionärsbestimmung oder was auch immer. Vielmehr handelt es sich um eine Einladung an die Betroffenen einer Region, die weiß Gott genügend Schwierigkeiten hat, sich zusammenzutun und über Wege nachzudenken, wie man das eine oder andere verbessern könnte. Ich glaube, das ist legitim.

Ich komme auf einen zweiten Punkt zu sprechen, der mich veranlaßt, hier noch kurz ein paar Bemerkungen zu machen. Herr Kollege Will, wie hätten Sie es eigentlich gerne? Sie haben gesagt, es sei nicht schlimm, daß der Haushalt nur wenig wachse; dies sei ein Zeichen für die gute wirtschaftliche Lage und dafür, daß der Freistaat Bayern wenig eingreifen müsse. Wäre es aber dann nicht viel logischer, Sie würden angesichts der euphorischen Lobeshymnen, die Sie hier vorher auf die allgemeine Entwicklung in Bayern gesungen haben, den ganzen Etat streichen?

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Sie müssen sich schon entscheiden. Wenn wir mit den Ansätzen des Wirtschaftsministeriums eine vernünftige, erfolgreiche Politik betreiben, dann müssen Sie sich als Wirtschaftspolitiker auch dazu bekennen, daß das Wachstum des Wirtschaftshaushalts dem des Gesamthaushalts entspricht und der Wirtschaftshaushalt für die wichtigen investiven Aufgaben nicht unterdurchschnittlich bedacht wird. Wenn Sie aber der Meinung sind, der ganze Wirtschaftsetat habe sowieso keinen Sinn und sei überflüssig, so etwa haben Sie es gerade dargestellt, deswegen müsse er auch nicht besonders wachsen, dann sollten Sie dies aber auch sagen. Ich kann Ihnen in diesem Punkt nur widersprechen. Der Wirtschaftsetat hat gegenüber dem Etat vieler anderer Ministerien einen Vorteil, das ist auch als Kompliment an das Ministerium gemeint: Er ist nur zu einem sehr geringen Teil ein bürokratischer Etat, ein Verwaltungsetat oder wie auch immer staatlicher Etat. In diesem Etat ist die investive Quote sehr hoch. Das heißt, je mehr Mittel der Einzelplan 07 aufweist, um so höher sind die Mittel, die der Wirtschaft, dem Arbeitsmarkt und anderen Bereichen zur Verfügung stehen.

Herr Kollege Will, ich meine also, man kann jetzt zum Schluß nicht einen kleinen Schlenker machen und einfach sagen: Es ist bei uns alles in Ordnung; wir kämen an sich sogar mit noch weniger Geld aus. Ihre Ausführungen in dieser Richtung haben mich herausgefordert, hier noch kurz Stellung zu nehmen.

(Abg. Will: Das habe ich nicht gesagt!)

 Doch, das haben Sie gesagt. Sie müssen sich halt vorher überlegen, was Sie sagen.

Meine letzte Bemerkung soll sich auf das Verhältnis von SPD und GRÜNEN beziehen. Es ist ja jetzt Mode, darüber zu sprechen. Aktuelle Anlässe dazu gibt es auch genug. Wir wollen aber bei den Fakten bleiben. Die Kollegen im Haushaltsausschuß werden genausowenig wie alle Kollegen dieser Fraktion allen Anträgen der GRÜNEN zustimmen. Überhaupt nicht! Im Gegenteil, wir halten die Anträge, die eine Benachteiligung Bayerns im Wettbewerb der Länder, die eine Verschlechterung des Standorts Bayern für Arbeitsplätze, Wirtschaft und Dienstleistungen mit sich bringen würden, für falsch. Wir halten es selbstverständlich für notwendig, daß wir an einer vernünftigen Wirtschaftsförderung festhalten. Insofern haben wir es, Herr Kollege Will, trotz Ihrer gutgemeinten Krokodilstränen, die Sie hier, aus der "Welt" vorlesend, vergossen haben, nicht nötig, uns zu distanzieren. Wann immer aus dem Hause vernünftige Vorschläge kommen, egal von welcher Seite, werden wir sie im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeitsplätze in Bayern auch unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Die Aussprache ist geschlossen. Das Wort hat der Herr Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr!

Staatsminister Jaumann: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Haushalt des Wirtschaftsministers zeige, so haben Sie gesagt, seinen praktischen Machtverlust. Es stinkt einem natürlich, wenn man so einen Satz hört. Das ist logisch. Der Satz ist gedanklich aber völlig falsch. Gedanklich ist es wohl so: Je besser es einer Wirtschaft geht, um so weniger muß sie unterstützt werden.

(Zuruf von der SPD)

- Nein, das ist etwas anderes. Herr Kollege Will hat in der Tendenz etwas anderes gesagt. Ich sage Ihnen: Je besser es einer Wirtschaft geht, um so weniger muß sie unterstützt werden, und um so weniger habe ich Anlaß, mich über die Dotation der einzelnen Punkte zu beschweren. Es hat natürlich, wie es immer bei Haushaltsverhandlungen ist, zwei oder drei Punkte gegeben, in denen ich gerne mehr bekommen hätte. Ich nenne sie hier nicht, weil das einfach zur Disziplin des Kabinetts gehört. Insgesamt gesehen bin ich aber mit dem Haushalt, wie er in der Vorlage und auch noch in der Beratung ausgestattet worden ist, zufrieden. Ich sage das ganz ehrlich.

Herr Kollege Dinglreiter, Sie haben den Erfolg des bayerischen Fremdenverkehrs ein bißchen unterschätzt. Die Lage ist derzeit so: Das Land mit den meisten Übernachtungen in Europa ist Spanien. Spanien hat Italien überflügelt. An zweiter Stelle steht Italien. An dritter Stelle steht Bayern, vor Österreich und vor der Schweiz. Ich lege großen Wert darauf, dies festzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist nun wirklich ein durch Zahlen nicht mehr widerlegbarer Beweis.

(Zuruf von der SPD: Gute Nacht, Bayern!)

- Was soll denn das?

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den vergangenen vier Stunden ist eine Fülle von Themen, zum Teil sehr kontrovers, diskutiert worden. Ich kann aus Zeitgründen nicht zu jedem Einzelargument Stellung nehmen. Zum Abschluß dieser Landtagsdebatte über den Haushalt des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums möchte ich aber doch zu einigen Schwerpunktbereichen noch Anmerkungen machen. Diese Anmerkungen sollen zugleich eine Zusammenfassung darstellen.

Über die derzeitige Konjunkturlage kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Die Opposition hat heute vor allem die negativen Aspekte, die Gefahren und Risiken, betont. Ich habe in meiner Eingangsrede ja gesagt, daß ich heute nicht einen tollen Erfolgsbericht vorlegen möchte. Einen solchen Erfolgsbericht könnten wir vorlegen. Darüber gibt es im Grunde genommen keine Meinungsverschiedenheiten, wenn auch die eine oder andere kritische Anmerkung gemacht wird. Ich habe gesagt: Ich möchte die Probleme aufzeigen. Ich habe das schon einmal in einer Haushaltsrede getan. Prompt verlief die Aussprache daraufhin so negativ, wie ich es gedacht habe. Ich habe die Probleme aufgezeigt, und die Opposition

ist daraufhin noch stärker in die Diskussion über die Probleme eingestiegen. Man kann nur sagen: Wir werden alles tun, um dieses oder jenes zu bewerkstelligen. Ich halte es trotzdem für gut, daß wir heute nicht einen Erfolgsbericht vorgelegt haben, wir haben das ganz bewußt nicht getan, sondern einmal die Probleme dargestellt haben, mit denen sich die bayerische Wirtschaft konfrontiert sieht.

Ich möchte deshalb noch einige Anmerkungen zur allgemeinen Wirtschaftslage und zum Arbeitsmarkt machen. Ich sage noch einmal: Ich halte die einseitige Sicht, nur das Negative zu sehen, für falsch. Allgemeiner Konjunkturpessimismus ist sachlich nicht gerechtfertigt, denn neben unbestreitbaren Negativtrends, auch ich bestreite diese nicht, gibt es auch Lichtblicke: Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe sind erstmals seit Mitte vergangenen Jahres wieder kräftig gestiegen. Das ist so. Die Industrieproduktion hatte sich im Februar bundesweit um ein Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht, in Bayern sogar um vier Prozent. Das ist ein Argument gegen Herrn Naumann, der gesagt hat, wir hätten eine Stagnation. Das ist nicht wahr. Die Umsätze von Einzelhandel und Handwerk sind weiter nach oben gerichtet. Die Steigerungsraten liegen bei acht bis zehn Prozent.

Der Verlauf der Hannover-Messe signalisiert, wie zuvor schon der Verlauf der Internationalen Handwerksmesse in München, daß die Konjunktur derzeit besser ist als ihr Ruf. Das sind Fakten. Eine verantwortliche Beurteilung der wirtschaftlichen Lage darf daran nicht vorbeigehen.

Dabei ist die aktuelle Konjunktur, also die kurzfristige Betrachtung des gegenwärtigen Wirtschaftsverlaufs, gar nicht einmal das Entscheidende. Viel wichtiger sind die mittel- und langfristigen Trends. Solide Haushaltsgestaltung muß langfristig orientiert sein. So haben wir unsere Aufgabe auch immer verstanden.

Um so höher ist es zu bewerten, daß die deutsche wie speziell auch die bayerische Wirtschaft in den letzten Jahren strukturell, d. h. in der Ertragskraft der Unternehmen, in der Modernität ihrer Produkte und Verfahren und in ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit deutlich vorangekommen ist. Auch das wird man nicht bestreiten können. Das muß sogar die SPD anerkennen, und sie erkennt es auch an. Im Antrag der SPD-geführten Bundesländer zum Jahreswirtschaftsbericht 1987 heißt es nämlich:

Die deutsche Wirtschaft ist in den letzten Jahren auf dem Weg ihrer strukturellen Anpassung und Festigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sichtlich vorangekommen.

So ist es. Auch die SPD-Wirtschaftsminister erkennen das an.

Vorangekommen sind wir aber auch auf dem Arbeitsmarkt. Auch das ist so, wie sehr die Opposition das auch immer bestreiten mag.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt eigentlich nicht!)

Ich habe in der Haushaltsrede bereits die einzelnen Fakten genannt. Es ist einfach nicht wahr und letztlich auch unverantwortlich, wie hier die Opposition aus parteitaktischen Motiven nicht zur Kenntnis nehmen will, daß wir in Bayern überdurchschnittliche Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt erreicht haben. Oder sie behauptet wider besseres Wissen das Gegenteil; aber das möchte ich nicht annehmen.

Dazu nur ein Beispiel. In einem Fernschreiben vom 3. April 1987 des Fraktionsvorsitzenden Karl-Heinz Hiersemann heißt es zum Arbeitsmarkt: "Gefährliche Signale am weiß-blauen Konjunkturhimmel". Aber wie ist die Realität? Die Arbeitslosigkeit ist im März gegenüber dem Vormonat in Bayern und in Rheinland-Pfalz mit minus 6,4 Prozent im Vergleich zu allen anderen Bundesländern am deutlichsten zurückgegangen.

(Beifall bei der CSU)

Es setzt also wieder eine positive Bewegung ein. In Nordbayern wurde mit minus 6,8 Prozent das beste Ergebnis aller deutschen Landesarbeitsamtsbezirke erzielt.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind also in Nordbayern an der Spitze. Meine Damen und Herren, da kann man doch nicht von Negativ-Anzeichen aus Bayern reden. Sind das die gefährlichen Signale?

Ich meine, wir haben deshalb allen Grund, den bisherigen Kurs in der bayerischen Wirtschaftspolitik weiterzugehen.

(Abg. Tandler: So ist es!)

Die Bonner Koalitionsvereinbarungen geben uns Rückenwind. Wir haben jetzt Rückenwind. Der neue Einzelplan 07 setzt vernünftige Akzente. Ich bin deshalb sicher: Wir werden in den kommenden beiden Jahren wirtschaftlich wie beschäftigungspolitisch weiter vorankommen, und zwar über das Bundesdurchschnittsmaß hinaus.

Nun darf ich zu einer Frage etwas sagen, zu der Sie, Herr Dr. Seebauer, so dezidiert Stellung genommen haben, nämlich zum innerdeutschen Handel und zu meiner, wie Sie gemeint haben, dürftigen Reaktion dazu. Wenn Sie behaupten, der Freistaat Bayern bzw. die bayerische Wirtschaft seien im innerdeutschen Handel ins Hintertreffen geraten, so trifft dies nicht zu. In den beiden letzten Jahren konnte Bayern erhebliche Zuwächse bei seinen Lieferungen in die DDR verzeichnen, und zwar 1987 plus 22 Prozent und 1986 plus 14 Prozent, während die Lieferungen der Bundesrepublik Deutschland einen Rückgang von 1,4 Prozent im Jahre 1985 und 5,7 Prozent im Jahre 1986 hinnehmen mußten. Unter den Bundesländern können für 1986 nur noch Baden-Württemberg und Berlin eine ähnlich positive Entwicklung ihres Handels mit der DDR aufweisen.

Der Bayerischen Staatsregierung ist auch keineswegs Passivität und Untätigkeit vorzuwerfen. Seit langem bemüht sie sich in direktem Kontakt mit offiziellen DDR-Vertretern um Intensivierung der Beziehungen, insbesondere der Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR. Viermal war Herr Ministerpräsident Franz Josef Strauß seit 1983 zu Besuch in der DDR

(Zurufe von der SPD: In der sogenannten! Anführungszeichen!)

und führte Gespräche mit der DDR-Spitze. Sie wissen das ganz genau. Auch Herr Staatssekretär Dr. Georg von Waldenfels und ich selbst sprachen bei unseren Besuchen auf den Leipziger Messen im Herbst 1984 und im Frühjahr 1985 mit Vertretern des Ministeriums für Außenhandel der DDR mit dem Ziel, den Wirtschaftsverkehr, vor allem die Lieferungen Bayerns in die DDR, zu verstärken. Mein Gespräch mit Herrn Beil dauerte etwa drei Stunden.

Im Rahmen dieser Gespräche haben nicht nur wir unsere, sondern selbstverständlich auch die DDR-Vertreter ihre Vorstellungen und Wünsche zur weiteren Entwicklung des innerdeutschen Handels vorgetragen, auch was sie von uns beziehen und was sie uns liefern wollen, unter anderem auch sehr viel Getreide. Handeln Sie einmal mit Getreide; es geht um Getreideeinfuhr. Schon das deutet darauf hin, daß die Chancen mehr als dürftig sind, bei aller Liebe dazu. Natürlich hätte ich gern einen hervorragenden Erfolg mit nach Hause gebracht, wer hätte das nicht.

Was die Präsenz unseres Landes auf der letzten Leipziger Messe angeht, so war Bayern ebenso wie Baden-Württemberg auf der Frühjahrsmesse 1987 mit einem Gemeinschaftsstand vertreten, und zwar in derselben Halle unmittelbar neben Baden-Württemberg. Bayern ist im übrigen seit Jahren - noch länger als Baden-Württemberg - mit einem Gemeinschaftsstand für mittelständische Firmen auf der Leipziger Messe. Allerdings vertritt die Bayerische Staatsregierung ein etwas anderes Konzept als die schwäbische Konkurrenz: nicht alle mittelständischen Aussteller zusammengepfercht in einem Stand, wie es die Baden-Württemberger machen, sondern Zuordnung nach Fachbereichen und Warengruppen, in unserem Fall Maschinenbau und Elektrotechnik. Damit erscheint Bayerns Gemeinschaftsbeteiligung optisch zwar etwas kleiner, ist aber fachlich nach Auffassung vieler Fachleute wirksamer. Bei diesem Fachkonzept wird Bayern auch in Zukunft bleiben, und dies in voller Übereinstimmung mit den Organisationen der bayerischen Wirtschaft, aber auch mit dem neuen, stärker branchenorientierten Konzept des Leipziger Messeamtes. Das Konzept der Leipziger Messe kommt also unseren Vorstellungen entgegen.

Schließlich hängt die Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs nicht allein von unseren Aktivitäten, sondern auch von den Möglichkeiten der DDR-Wirtschaft ab. Es ist bekannt, daß die Ausweitung des innerdeutschen Handels vor allem dadurch gehemmt wird, daß die DDR in steigendem Maße Probleme hat, ausreichend Güter des erforderlichen Qualitätsstandards – das ist das Wichtigste – für den innerdeutschen Handel und den Westhandel zur Verfügung zu stellen. Gleichwohl werden wir im Rahmen unserer Möglich-

keiten nicht zuletzt durch Intensivierung unserer Kontaktpflege zu offiziellen DDR-Stellen unsere Bemühungen um Verstärkung des Handels des Freistaates Bayern mit der DDR fortsetzen.

Ein weiteres gewichtiges Argument, das Sie dankenswerterweise offen angesprochen haben, ist das Messekonzept, das für die Stadt München und für die weitere Entwicklung des Umlandes von einiger Bedeutung ist. Der Messeplatz München steht in scharfem nationalen und internationalen Wettbewerb. Mit derzeit 105 000 m² Ausstellungsfläche rangiert er innerhalb der bundesdeutschen Großmesseplätze mit weitem Abstand auf Platz 5.

Internationale Großmessen drohen wegen der Platzund Terminenge am derzeitigen Messegelände abzuwandern. Damit wäre ein gewaltiger wirtschaftlicher
Schaden für ganz Bayern verbunden. Lassen Sie
mich in diesem Zusammenhang nur darauf hinweisen,
daß aus dem Wirtschaftsfaktor Messewesen allein für
den Großraum München eine "Umwegrentabilität"
von jährlich mehr als 770 Millionen DM resultiert.

Ich bin deshalb dem Herrn Ministerpräsidenten dafür dankbar, daß er auf die Notwendigkeit einer deutlichen Verbesserung der Messesituation in München anläßlich der Eröffnung der Internationalen Handwerksmesse nochmals hingewiesen hat.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zu Nürnberg und Augsburg. Die Bayerische Staatsregierung hat mit erheblichem finanziellen Aufwand dazu beigetragen, die Messe- und Ausstellungsinfrastruktur in Nürnberg auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau anzuheben. Nürnberg hat sich stets bei mir und bei der Bayerischen Staatsregierung dafür bedankt; das Messewesen ressortiert bei mir.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich kann das nur mit allem Respekt sagen, obwohl mir gegenüber niemand zu Dank verpflichtet ist. Aber es ist so, wie man halt unter gestandenen Leuten miteinander umgeht, daß man einmal Dankeschön sagt. Nürnberg hat nie den Wunsch geäußert, zusätzlich Geld und Kapital in sein Messewesen zu stecken. Man hat allerdings erklärt, daß das Messewesen erweiterungsfähig sei und daß man dann auf die Hilfe des Freistaates Bayern rechne. Ich habe dazu erklärt, die Hilfe habe Nürnberg, wenn die Messe und das Messewesen allgemein so ausgedehnt werden könnten, daß sie nicht nur für die Stadt Nürnberg - das war ja auch unsere Begründung für die Spielwarenmesse -, sondern für die ganze Region Oberfranken und die nördliche Oberpfalz als Anziehungs- und Mittelpunkt gelten könnten. Das ist in aller Regel natürlich der Fall. Bevor ein Antrag in diesem Haus gestellt war, habe ich auch dem Augsburger Oberbürgermeister zugesagt, sechs Millionen DM zu geben, auch wenn ich noch keinen Titel und kein Geld hätte; ich würde aber so viel im Haushalt zusammenkratzen, daß ich die Zusage erfüllen könnte. Ich nehme dankbar zur Kenntnis, daß das Hohe Haus einen Leertitel eingefügt und diesen für 1987 und 1988 auch mit Mitteln ausgestattet hat.

Meine Damen und Herren! Unsere messe- und ausstellungspolitischen Anstrengungen in München, Nürnberg und Augsburg stehen in einem engen Zusammenhang. Der Großmesseplatz München und die Ausstellungsplätze Augsburg und Nürnberg ergänzen sich gegenseitig. Die auf internationalen Münchner Messen vorgestellten technologischen Neuerungen werden auf regionalen Veranstaltungen anwender- und verbraucherbezogen umgesetzt.

Ein Wort zur Regionalpolitik. Die Vorstellungen der SPD zur Regionalpolitik, die wir heute gehört haben, sind weder neu noch originell. Die Behauptung eines Süd-Nord-Gefälles innerhalb Bayerns wird mit häufiger Wiederholung nicht wahrer. Ich darf auf den Statistikteil verweisen, der der Rede anhängt.* Dort finden Sie das nötige Material. Ich kann es aus Zeitgründen jetzt nicht wiederholen.

Die Forderung nach einem Programm für alte bayerische Industriegebiete wurde durch Umbenennung in ein Programm für klassische bayerische Industriegebiete nicht sinnvoller. Das ist im Grunde dasselbe, es ist nur ein anderes Wort. Im übrigen bitte ich zu sehen, daß ein solches Programm von der EG her überhaupt nicht aufgelegt werden darf. Die EG würde sofort gegen mich vorgehen.

(Abg. Langenberger: Das haben Sie bei der Maxhütte auch gesagt!)

– Das habe ich bei der Maxhütte gesagt, und das gilt auch, das stimmt. Ich werde nachher, wenn Sie Lust haben, sehr ausführlich noch zur Maxhütte Stellung nehmen. Ich sage noch einmal: Das ist so. Ich habe aber gleichwohl in Ausnahmefällen auch für Nürnberg und für andere alte Industriestandorte Hilfe zugesagt.

Meine Damen und Herren! In Augsburg sind es bereits über 1500 Arbeitsplätze, die allein über eine solche Augsburg-Formel gefördert worden sind. Ich muß aber auch sehen, daß meine regionalen Strukturmittel nicht für das ganze Land da sind. Sie sind vornehmlich für die strukturschwächsten Gebiete da, und die strukturschwächsten Gebiete haben ein Anrecht darauf, daß nur in ganz wenigen Ausnahmefällen von der allgemeinen Regel ausgebrochen wird. Die Forderung nach einem Programm für klassische bayerische Industriegebiete verkennt, daß in den Arbeitsmarktregionen Bayreuth, Hof, Schwandorf und Schweinfurt schon jetzt alles gefördert werden kann, was sinnvoll ist. Man ignoriert, daß in Nürnberg schon viel geschieht. Es schafft eine Förderkonkurrenz zwischen dem Verdichtungsraum Nürnberg und strukturschwachen peripheren Gebieten. Die Staatsregierung setzte sich schon bisher stets auch für die Industriestandorte außerhalb der Fördergebiete und in Verdichtungsräumen ein.

Im Raum Nürnberg wurden und werden die Standortbedingungen durch den Ausbau des Messezentrums, den U- und S-Bahn-Bau, das Zentrum für Mikroelektronik und den Neubau der Landesgewerbeanstalt verbessert, alles Maßnahmen, die aus meinem Haushalt gefördert werden.

^{*} Anlage S. 1224

Ich sehe im Programm der SPD keine Ansatzpunkte, wie die Bedingungen für den Ausbau der Infrastruktur in den von der SPD genannten Industriegebieten noch weiter zu verbessern wären.

Dann wurde nach neuen Vorschlägen in der Technologieförderung gefragt. Antwort: Nein.

Der Opposition fällt es offenbar auch schwer, sinnvolle Alternativen zur regionalen Strukturpolitik der Bayerischen Staatsregierung zu formulieren. Das ist auch nicht leicht. Ich möchte das hier ganz bewußt sagen. Das ist meine Überzeugung. Bei den Grenzen, die uns von der EG und durch die Gemeinschaftsaufgabe gesetzt sind, in weiteren Räumen zu fördern, ist dies schwer zu begründen. Jedenfalls hat sich das Instrumentarium der regionalen Wirtschaftsförderung, wie wir es heute praktizieren, bewährt. Es wird in sehr effizienter Weise eingesetzt.

Bei Herrn Seebauer bedanke ich mich ausdrücklich für die Anmerkung, daß das Wirtschaftsministerium über den Haushalt verfügt, der die höchste Investitionsquote hat und die geringste Verwaltungsdichte und die geringsten Verwaltungskosten aufweist. Herr Kollege Seebauer, es war schon einmal anders. Ich entsinne mich meiner ersten Haushaltsrede. Damals stellte die SPD-Fraktion den Antrag, das Wirtschaftsministerium abzuschaffen.

(Abg. Dr. Seebauer: Das hat Herr Will auch gerade gesagt! – Heiterkeit bei der SPD)

- Nein, das hat er nicht gesagt.

Herr Fichtner hat gefragt, wie lange die Staatsregierung noch zusehen werde, wie sich weltbekannte Unternehmen im Nürnberger Raum aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen. Wer verabschiedet sich denn hier aus dem Arbeitsmarkt? Ich frage jetzt einmal bewußt, weil in Nürnberg zur Zeit von einer bestimmten Schicht dieses Geschwätz ständig verbreitet wird. Ich frage: Wer verabschiedet sich in Nürnberg aus dem Arbeitsmarkt? Welche größere Firma? Es gibt dort natürlich auch kleine.

Präsident Dr. Heubl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Langenberger?

Langenberger (SPD): Herr Staatsminister, Sie wissen doch sicherlich, daß im Gegensatz zu München in Nürnberg Firmenleitungen ihre Sitze ganz woanders hinlegen, sodaß die Gefahr groß und auch bereits sichtbar ist, daß in der Folge durch diese Fremdbestimmung von anderen Orten aus gerade Arbeitsplätze in Nürnberg verlorengehen.

Staatsminister Jaumann: Meine Damen und Herren, das kann man nun wirklich nicht sagen. Wenn ein Betrieb, etwa MAN, den Firmensitz nach München oder einen Teil nach Oberhausen verlegt, kann man nicht sagen, daß sich die Firma von Nürnberg verabschiedet. Kein Mensch denkt daran, daß die Firma abzieht. Es gehört zu einer freien Marktwirtschaft, daß betriebs- und unternehmensinterne Verfügungen ge-

troffen werden können. Dagegen ist im Grunde genommen nichts einzuwenden.

Wir haben auch Firmensitze in Nürnberg. Denken Sie an Triumph-Adler; da ist nichts in Frankfurt und nichts in Schwandorf, Da ist der Sitz in Nürnberg und bleibt in Nürnberg. Deshalb noch einmal die Frage: Wer verabschiedet sich denn vom Arbeitsmarkt Nürnberg? Siemens hat Weltspitzenniveau in der Medizintechnik und investiert großzügig in die Entwicklung von Steuerungssystemen. SHI und AEG-Elektronik entwickeln sich günstig, und Grundig hat nicht ohne Zutun der Staatsregierung wieder Boden unter den Füßen

Probleme bei Triumph-Adler und MAN haben zu verschiedenen Gesprächen mit meinem Hause geführt. Man kann Unternehmen, die eine Konsolidierungsphase durchlaufen müssen, auch totreden, statt ihnen zu helfen. Ich meine, die Gewerkschaften und die SPD sollten sich sehr genau überlegen, ob ihr Verhalten hier dem Erhalt von Arbeitsplätzen dient. Ich meine gerade Triumph-Adler.

Herr Dr. Seebauer, Sie haben gemeint, ich wäre zuviel bei Einweihungen in München und weniger in der Provinz. Sie stellen damit Behauptungen auf, die absolut nicht stimmen.

Auch Herr Kollege Moser hat einige Fragen gestellt und Behauptungen aufgestellt, die eine Erwiderung verdienen. Er fragt: Was ist in den Koalitionsverhandlungen für das Grenzland erreicht worden? Ausdrückliche Aussage: Die Zonenrandförderung bleibt unangetastet. Das war eine ganz wichtige Fragestellung.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie wissen, daß auf der letzten Tagung des Planungsausschusses der Gemeinschaftsaufgabe die Zonenrandförderung nur mit einer Stimme gehalten werden konnte, dann wissen Sie auch, was es bedeutet, was in der Koalitionsabsprache steht. Das ist gerade angesichts der Angriffe auf die Zonenrandförderung eine wichtige Aussage. Es soll auch das Prinzip der Schwerpunktorte aufgelockert werden, eine alte bayerische Forderung.

Die Maxhütte ist das einzige Stahlunternehmen, das in der Koalitionsvereinbarung ausdrücklich genannt ist. Es heißt dort:

Bei der Bewältigung der Anpassungsprobleme in der Stahlindustrie wird die Bundesregierung alles im Rahmen ihrer Möglichkeit Stehende ---

(Zurufe von der SPD)

- Sie können nicht Fragen stellen, und dann, wenn ich antworte, darüber maulen, daß ich zu lange brauche. Das geht nicht, dann dürfen Sie keine Fragen stellen. Noch einmal:

Bei der Bewältigung der Anpassungsprobleme in der Stahlindustrie wird die Bundesregierung alles im Rahmen ihrer Möglichkeit Stehende tun, um unter anderem die Maxhütte entsprechend zu berücksichtigen.

Die Maxhütte ist das einzige Stahlunternehmen, das überhaupt in der Koalitionsaussage genannt ist. Die Aussage, daß die Gemeinschaftsaufgabe dem Abbau regionaler Ungleichgewichte dient, wurde bestätigt. Dadurch ist die Aufnahme norddeutscher Industriereviere natürlich vorsätzlich abgegrenzt.

Zum Arbeitsplatzangebot im Zusammenhang mit der Regionalförderung haben Sie gefragt, wie viele Arbeitsplätze weggefallen sind. Es wurden 1983 bis 1986 über 35 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, 1986 allein 10 500. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat zugenommen. Die Zahl der Arbeitsplätze ist also nicht geringer geworden. Ihre Feststellung trifft insoweit nicht zu.

Vorwurf, Bundesbahnausbesserungswerke würden aus dem Grenzland in die Ballungsräume verlegt, ist absurd. Genau das Gegenteil ist der Fall. Der Nachfolgebetrieb für das Ausbesserungswerk Weiden soll 1100 Beschäftigte haben gegenüber derzeit knapp 400 beim AW Weiden. Herr Kollege Moser, meinen Sie nicht, daß es einem Minister, der selbst ein Ausbesserungswerk in seinem eigenen Stimmkreis hat, sehr schwer fällt, zu einem solchen Konzept ja zu sagen? Wir haben es getan. Ich sage das nur deshalb, damit uns nicht Leichtfertigkeit unterstellt wird. Das haben Sie auch nicht getan. Das neue Werk sichert zugleich Arbeitsplätze bei der Flachglas-AG, von der Herr Kollege Moser sprach.

Herr Kollege Moser hat dann die Bedeutung der Industrieansiedlungen in Regensburg für das weitere Umland bezweifelt. Nach einer Mitteilung der "Mittelbayerischen Zeitung" vom 3. April 1987 erklärte der Betriebsratsvorsitzende der Maxhütte, daß viele Mitarbeiter zu BMW oder Siemens wechselten, wo sie mit offenen Armen aufgenommen würden. BMW und Siemens in Regensburg nutzen also auch den Arbeitsmarkt in der mittleren Oberpfalz. Das haben wir mit unserer Förderung auch gewollt, und ich bin sicher, daß ähnliches für andere Bereiche im Umland von Regensburg gilt.

Ein Wort zur Energiepolitik, insbesondere zu Ihrem neuerlichen sogenannten Energiepaket, meine Damen und Herren von der SPD, zu dessen Umsetzung Sie verschiedene Änderungen in diesem Haushalt gefordert haben; Paket ist wohl etwas übertrieben, wenn man nicht nur die Papiermenge der elf Anträge, sondern auch den sachlichen Inhalt betrachtet:

Bei diesen Anträgen handelt es sich überwiegend um eine Sammlung altbekannter und zum Teil in diesem Hohen Hause mehrfach behandelter Forderungen, die Sie nur neu verpackt haben. Ein energiepolitisches Konzept ist darin schwer auszumachen. Sie wollen aus der Kernenergie aussteigen. Das wissen wir. Wir wollen das aus guten Gründen nicht, über die wir im letzten Sommer eingehend diskutiert haben.

Sie fordern aber auch Dinge, denen Sie dann selbst widersprechen: Sie wollen zum Beispiel Monopolstrukturen in der Energieversorgung aufbrechen, fordern aber im gleichen Atemzug die Umwandlung der heute in Wettbewerb stehenden Öl-, Gas- oder

Stromversorgungsunternehmen zu einem Einheitsunternehmen, einem sogenannten Energiedienstleistungsunternehmen. Sie wollen die Energieversorgung allein den Kommunen als Aufgabe zuweisen, weil diese besonders auf Energieeinsparung hinwirkten, werfen aber den Kommunen im nächsten Satz vor, sie seien wegen der Konzessionsabgabe an einem besonders hohen Energieverbrauch interessiert. Dies paßt doch alles nicht zusammen.

(Abg. Loew: Den Zusammenhang wollen wir auflösen!)

 Sie k\u00f6nnen dann nicht andererseits ein allgemeines Energiedienstleistungsunternehmen zurechtzimmern.

(Abg. Loew: Wir wollen den Zusammenhang zwischen Energieverbrauch und Konzessionsabgabe auflösen!)

- Wenn Sie kommunalisieren, dann trifft eines nicht zu.

Sie wollen auch eine umwelt- und ressourcenschonende Versorgung, sehen aber nicht, daß wir in Bayern die Umwelt von Belastungen durch Energieumsatz in den vergangenen Jahren mehr entlastet haben als jedes andere Bundesland.

(Beifall bei der CSU)

Sie wollen eine langfristig sichere Versorgung, treiben mit Ihrer Aussteigepolitik die Energiewirtschaft aber wieder in die früheren fossilen Abhängigkeiten.

Sie wollen eine volkswirtschaftlich kostengünstige Versorgung, tun aber dreistellige Milliardenbeträge, die der Ausstieg aus der Kernenergie kosten würde, als Bagatelle ab.

Wir haben mit unserer Energiepolitik in den letzten Jahren viel erreicht – für den Verbraucher, für die Wirtschaft und für die Umwelt. Wir werden auf diesem Weg weitergehen.

Ein weiterer Vorwurf lautet, daß Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im Bereich der regenerativen Energien nicht genügend unterstützt werden; daß wir nicht genug zur Unterstützung anderer Energiearten unternehmen. Forschung und Entwicklung im Bereich regenerativer Energien werden aber seit Jahren ausreichend unterstützt. Seit 1974 werden praktisch alle auch nur halbwegs aussichtsreichen Vorhaben gefördert. 1987 stehen beim BMFT 213 Millionen DM hierfür zur Verfügung, auf EG-Ebene sind es pro Jahr ebenfalls über 200 Millionen DM. Wir haben in Bayern seit Jahren das uns hierfür zur Verfügung stehende Geld von sage und schreibe jährlich sechs Millionen DM, weiß Gott nicht viel, nicht angebracht. Das ist doch die Lage. Es geht ja gar nicht um Geld, sondern darum, daß die menschlichen Kapazitäten fehlen, die das Geld verbrauchen. Ich habe erst neulich an einer Veranstaltung von Professor Schäfer teilgenommen, der das jetzt in der Oberpfalz aufgebaute Projekt in kleinerem Ausmaß durchführt und damit zu denselben Ergebnissen zu kommen glaubt. Ich habe ihm vor den versammelten Journalisten gesagt: Herr Professor, sagen Sie öffentlich, ohne Rücksicht auf mich, was Sie noch Geld brauchen. Antwort: Keines! Das ist

doch die wirkliche Lage. Wir tun immer so, als bräuchten wir nur Geld hinzugeben, dann sei alles in Ordnung. So kann zwar das Parlament urteilen, das entspricht aber nicht der Wirklichkeit draußen.

Die Förderung neuer Energietechnologien übersteigt dem Umfang nach den Betrag der Forschungsförderung um ein Mehrfaches. Höhere Forschungsmittel allein bringen keinen Durchbruch, ich habe es schon gesagt.

Ich frage mich: Wo wären wir in Bayern heute, meine Damen und Herren, wenn wir nach dem Kriege den technischen Fortschritt nicht zum Programm gemacht hätten? Das wäre einmal sehr interessant. Wir wären sicher ein Land mit Millionen arbeitsloser Menschen, davon bin ich überzeugt. Wir wären ein Land, das auf der Stufe der Agrarwirtschaft stehengeblieben wäre, und wir wären ein Land, das weder eine Gegenwart für uns noch eine Zukunft für unsere Kinder hätte. Gerade weil wir das nicht wollen, werden wir in Bayern auch in Zukunft eine verantwortungsvolle Forschungs- und Technologiepolitik betreiben. Nur damit können wir die Grundlagen für eine erfolgreiche Zukunft schaffen.

Jetzt hätte ich noch etwas zu sagen zum Vorwurf des Abgeordneten Dr. Seebauer, daß wir zuwenig tun. Aber dazu liegt eine Aufstellung der über 30 Programme des Ministeriums vom Januar 1987 vor. Es ist ja schon fast unglaublich, wie so etwas überhaupt gemacht werden kann, so dick ist das Papier. Ich gebe es Ihnen ganz gerne. Es ist doch einmal interessant, wenn man sieht, was die öffentliche Hand wirklich tut.

(Zurufe von der SPD)

- Das gibt es doch nicht. Was, man versteht mich nicht?

(Zurufe von der SPD – Frau Abg. Stamm: Lassen Sie sich nur nicht drausbringen! Das stimmt schon, Herr Minister!)

- Die SPD-Fraktion hat offenbar angedeutet, es genügt ihr. "Es langt", hat einer gesagt.

(Zurufe von der SPD – Staatsminister Jaumann klopft zur Tonkontrolle gegen das Mikrophon – Heiterkeit und Zurufe bei der SPD)

 Sehen Sie, so schön ist das. Jetzt kommt der Einwurf, weil ich gerade gegen das Mikrophon geklopft habe: Jetzt watscht er schon die Mikrophone.

(Zurufe von der SPD)

- Ich höre Sie sehr gut. Daß Sie mich nicht hören, verstehe ich gar nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Zum Verkehr wäre noch etwas zu sagen, zur Situation des öffentlichen Personennahverkehrs; auch das Thema angewandte Forschung wäre noch zu behandeln. Es ist der Vorwurf erhoben worden, die Wirtschaftspolitik der Staatsregierung sei zu einseitig auf München ausgerichtet.

Ich weiß nicht, ob ich Ihnen die Antwort zumuten darf, es sind zwei Seiten.

(Zurufe von der SPD)

- Nein, nein. Hört mal ruhig zu. Ich darf nur drei oder vier Orte nennen: Zum Beispiel Würzburg:
- Neubau eines Biozentrums an der Universität
- Zukunftsprojekt für neue Werkstoffe am dortigen Fraunhofer-Institut
- Erweiterungsbau unserer Technologie-Schaltstelle Landesgewerbeanstalt
- Aufbau eines Technologiezentrums
- Ausbau des s\u00fcdeutschen Kunststoffzentrums zu einer modernen Forschungseinrichtung

Das allein in den letzten drei Jahren in Würzburg.

(Abg. Loew: Aber nicht in Würzburg!)

- Ja, es tut mir leid, wenn Sie das nicht wissen. Da sind Sie nicht gut informiert. Dann in Schweinfurt
- ein Hochspannungs-Labor, das dem Technologietransfer zu den mittelständischen Firmen dient.
- ein Anwenderzentrum f
 ür das Spezialgebiet Mikroelektronik an der Fachhochschule

Es hat sich in den letzten Tagen abgezeichnet, es ist auch in der Presse erschienen, daß Mannesmann bei Fichtel & Sachs eingestiegen ist. Ich habe das Versprechen —

(Zuruf von der SPD: Wann, wie?)

- Wann, wie, ich weiß natürlich nicht, in welchem Zeitraum es erfüllt wird. Ich habe das Versprechen, daß Schweinfurt zu einem Forschungszentrum dieses Großkonzerns ausgebaut wird. Damit wäre das Problem der Arbeitslosen in Schweinfurt zum Teil gelöst, genauso wie es in Ansbach durch Bosch-Ansiedlungen geschehen ist.

Dann

Gründung der Fraunhofer-Arbeitsgruppe Integrierte Schaltungen in Erlangen-Nürnberg

Hier werden in Kürze 85 Mitarbeiter modernste Mikroelektronik-Forschung betreiben.

- ein Technologiezentrum für junge technologieorientierte Unternehmen
- ein Anwenderzentrum für Automatisierungstechnik
- der Neubau der Landesgewerbeanstalt als Landeszentrum für technische Wirtschaftsförderung
- die Schaffung eines Zentrums für Geisteswissenschaften in Bayreuth
- die finanzielle Absicherung des renommierten Instituts für Mittelstandsfragen
- die Finanzierung eines Technologie-Lehrstuhls an der Universität
- der Ausbau der Polymer-Forschung an Universitäten, verbunden mit dem Ausbau der Werkstoffforschung in Erlangen

usw. Es war – entgegen dem, was ich eingangs meiner Rede gesagt habe – ein ungewöhnliches Jahr der Erfolge.

(Beifall bei der CSU)

Das mag Zufall sein oder Tüchtigkeit oder was weiß ich, aber wir haben diese Erfolge erzielt. Wir haben in den letzten drei Jahren Zentren nicht nur in München, sondern auch in Nürnberg, Würzburg, Bayreuth und Augsburg ausgebaut, so daß ich guten Gewissens sagen kann: Hier ist die Grundlage für eine gleichgewichtige Entwicklung im ganzen Lande gelegt.

Vor zwei Tagen hat der Ministerpräsident unsere Ausstellung in Hannover eröffnet. Das Wirtschaftsministerium hatte sie ausgerichtet und bezahlt. Auf der Technologiestraße, die wir aufgebaut haben und die als Attraktion der Hannover-Messe bezeichnet wird, ergeben sich Auspizien für die künftige Entwicklung, und es wäre geradezu hirnrissig, diese einfach abzuschalten. Wir haben bereits jetzt ein solches Maß an kritischer Masse geschaffen, daß sich in Bayern sehr vieles mit kleinen Korrekturen von selbst entwickeln wird. Wo sich etwas von selbst gut entwickelt, da möchte ich nicht eingreifen.

Der Stolz des Wirtschaftsministers ist es, genügend Mittel für Anreize zu bekommen, nicht mehr. Mehr braucht er auch nicht, weil sich die Wirtschaft selbst entwickeln und entfalten kann. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegt der Entwurf des Einzelplans 07 für 1987 und 1988 sowie die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 11/1288.

Bei Kapitel 0701 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/983, wonach die vorgesehenen neuen Stellen für die Informationsstelle WAA in Schwandorf und für die Koordinierungsgruppe WAA gestrichen werden sollen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN abgelehnt.

Bei Titel 531 21 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/984, wonach die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit über aktuelle Großprojekte zur Verbesserung der bayerischen Wirtschaftsstruktur um 400000 DM gekürzt werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthal-

tungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN abgelehnt.

Kapitel 07 01 bleibt somit unverändert.

Kapitel 07 02 wird zur unveränderten Annahme empfohlen.

Bei Kapitel 07 03 Titel 685 02 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/986, wonach der Haushaltsansatz zur Förderung der Verbraucheraufklärung und der hauswirtschaftlichen Beratung für 1987 und 1988 um 500000 DM erhöht werden soll. Es wird die Ablehnung empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der CSU und der SPD gegen die Stimmen der GRÜNEN abgelehnt.

Bei Titel 685 63 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/991, wonach die Mittel für 1987 und 1988 für wissenschaftliche Untersuchungen zur Technikfolgenabschätzung bzw. der Sozial- und Umweltverträglichkeit neuer Technologien in Höhe von jeweils 500 000 DM zweckgebunden werden sollen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN abgelehnt.

Bei Titel 685 09 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Harrer, Max von Heckel, Dr. Seebauer auf Drucksache 11/1015, wonach der Haushaltsansatz zur Förderung der Verbraucheraufklärung und der hauswirtschaftlichen Beratung für 1987 um 100 000 DM erhöht werden soll. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN abgelehnt.

Bei dem gleichen Kapitel ist einschlägig der Antrag der Abgeordneten Dr. Seebauer, Karl-Heinz Müller, Heinrich und anderer auf Drucksache 11/206, wonach ein neuer Titel mit der Zweckbestimmung "Förderung der Errichtung einer festen Ausstellungshalle mit Nebengebäuden für Mehrzwecknutzung im Messegelände Augsburg" mit den entsprechenden Haushaltsmitteln ausgebracht werden soll. Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt eine Neufassung des Antrags. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen hat jedoch die Ablehnung des Antrags empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen

der SPD bei Stimmenthaltung der GRÜNEN abgelehnt.

Einschlägig bei der Titelgruppe 51 des gleichen Kapitels ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/987, wonach die Mittel zur Förderung des Handwerks um zwei Millionen DM erhöht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der CSU bei Stimmenthaltung der SPD gegen die Stimmen der GRÜNEN abgelehnt.

Bei den Titelgruppen 52 und 56 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Max von Heckel, Dr. Seebauer auf Drucksache 11/1020. Danach sollen die Haushaltsansätze zur Schaffung über- und außerbetrieblicher Ausbildungsplätze für 1987 um insgesamt 18 Millionen DM erhöht werden. Es ist Ablehnung empfohlen. Ich lasse positiv abstimmen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der Fraktion der GRÜNEN abgelehnt.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Herbert Huber, Klinger, Gürteler und anderer auf Drucksache 11/1024 empfiehlt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen, bei Titel 892 52 des gleichen Kapitels die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je vier Millionen DM anzuheben.

Die Summe der Titelgruppen 51 und 52 beträgt nunmehr für 1987 und 1988 je 39 500 000 DM.

Einschlägig bei diesem Kapitel sind die Änderungsanträge der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/999 und der Abgeordneten Max von Heckel, Dr. Seebauer auf Drucksache 11/1017, wonach eine neue Titelgruppe 53 zur Förderung selbstverwalteter Betriebe mit einem Haushaltsansatz für 1987 und 1988 von fünf Millionen DM ausgebracht werden soll. Ich darf über beide Änderungsanträge zusammen abstimmen lassen. Ich lasse positiv abstimmen. Der Haushaltsausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Danke. Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN abgelehnt.

Aufgrund des vorgenannten Änderungsantrages auf Drucksache 11/1024 schlägt der Haushaltsausschuß weiter vor, bei Titel 892 56 des gleichen Kapitels die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je 3900 000 DM zu erhöhen.

Die Summe der Titelgruppen 55 bis 58 erhöht sich somit um diesen Betrag.

Bei der Titelgruppe 60 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/922, wonach für die vorgesehenen Mittel in Höhe von vier Millionen DM für neue Sonderförderprogramme und Modellversuche ein Sperrvermerk ausgebracht werden soll. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer entgegen der Empfehlung des Ausschusses für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei den Titelgruppen 63 bis 68 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Seebauer, Max von Heckel auf Drucksache 11/1018. Danach sollen die Mittel zur Förderung neuer Technologien und des Technologietransfers sowie zur Förderung der Mikroelektronik für 1987 um zwei Millionen DM erhöht werden. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Ich lasse positiv abstimmen. Wer entgegen der Empfehlung des Ausschusses für die Annahme ist, den bitte ich, das Handzeichen zu geben. - Danke. Die Gegenprobe! - Danke. Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen aus den Reihen der Fraktion der GRÜNEN mit den Stimmen der CSU und einigen Stimmen aus der Fraktion der GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD abgelehnt.

(Abg. Moser: Ein schwarz-grünes Bündnis!)

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Herbert Huber, Dr. Richter, Gürteler und anderer auf Drucksache 11/1022 schlägt der Haushaltsausschuß vor, bei Titel 685 63 des gleichen Kapitels die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je zwei Millionen DM zu erhöhen.

Die Summe der Titelgruppen 63 und 64 beträgt nunmehr für 1987 32 Millionen DM und für 1988 34 Millionen DM.

Bei der Titelgruppe 68 des gleichen Kapitels ist noch einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/996, wonach die Mittel zur Förderung der Mikroelektronik in Bayern für beide Haushaltsjahre gestrichen werden sollen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU und der SPD abgelehnt.

Bei der Titelgruppe 71 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/997, wonach die Verlagerung des Instituts für Lebensmitteltechnologie und Verpackung der Fraunhofer-Gesellschaft von München nach Weihenstephan nicht gefördert werden soll. Es ist Ablehnung empfohlen. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzei-

chen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU und der SPD ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei der Titelgruppe 73 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/998. Danach soll der Haushaltsansatz für 1987 um den Betrag von 1 650 000 DM gekürzt werden, der als bayerische Sonderfinanzierung für das Weltraumzentrum Oberpfaffenhofen vorgesehen ist. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Ich lasse positiv abstimmen. Wer entgegen der Empfehlung des Ausschusses für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU und der SPD wurde auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Beim gleichen Kapitel ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/993, wonach eine neue Titelgruppe mit den entsprechenden Mitteln zur Förderung der Technikfolgenabschätzung für 1987 und 1988 in Höhe von einer Million DM ausgebracht werden soll. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt Ablehnung. Ich lasse positiv abstimmen. Wer entgegen der Empfehlung des Ausschusses für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der Fraktion der GRÜNEN ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Bei den Titelgruppen 85 bis 87 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/994. Danach sollen die Mittel für die Darstellung Bayerns auf Messen gekürzt und statt dessen zur Förderung von Messe- und Ausstellungsbeteiligungen mittelständischer Betriebe und von Handwerksbetrieben verwendet werden. Auch hier ist Ablehnung empfohlen. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU und der SPD ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Wengenmeier, Zeller, Will und anderer auf Drucksache 11/1185 empfiehlt der Haushaltsausschuß, einen neuen Titel 892 86 zur Förderung der Errichtung eines neuen Ausstellungszentrums in Augsburg mit einem Haushaltsansatz für 1987 und 1988 von je 3 600 000 DM und mit einer Verpflichtungsermächtigung für 1987 von ebenfalls 3 600 000 DM auszubringen.

Die Summe der Titelgruppen 85 bis 87 erhöht sich somit für 1987 auf 11 250 000 DM und für 1988 auf 11 800 000 DM.

Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen erhöhen sich die Kapitelsummen bei Kapitel 07 03 bei den Gesamtausgaben und beim Zuschuß um je 13 500 000 DM.

Bei Kapitel 07 04 Titel 891 01 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Seebauer, Max von Heckel auf Drucksache 11/1014, wonach die Mittel für die regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung für 1987 um 18 Millionen DM erhöht werden sollen. Es wird die Ablehnung empfohlen. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der Fraktion der GRÜNEN ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Wengenmeier, Will, Dr. Herbert Huber und anderer auf Drucksache 11/1186 empfiehlt der Haushaltsausschuß, bei dem gleichen Titel für 1987 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von zehn Millionen DM auszubringen.

Bei Titelgruppe 71 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/1000, wonach der Haushaltsansatz zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur bei Titel 992 71 gesperrt werden soll, um dem Haushaltsausschuß die Entscheidung über jede einzelne Maßnahme, die gefördert werden soll, vorbehalten zu können. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Ich lasse wiederum positiv abstimmen. Wer entgegen der Empfehlung des Ausschusses für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. -Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Die Gegenprobe! -Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen der CSU und der SPD wurde auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Bei der Titelgruppe 78 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Harrer, Max von Heckel, Dr. Seebauer auf Drucksache 11/1016, wonach die Mittel zur Förderung des sogenannten Privatzimmerprogramms zur qualitativen Verbesserung des Angebotes an Privatzimmern durch Modernisierungsmaßnahmen für 1987 um sieben Millionen DM erhöht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Ich lasse positiv abstimmen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der GRÜNEN gegen den Rest der Fraktion der GRÜNEN ist der Antrag abgelehnt.

Bei Kapitel 0704 ist noch einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Hiersemann, Dr. Seebauer, Max von Heckel auf Drucksache 11/1013. Danach soll eine neue Titelgruppe mit einem Förderprogramm für die klassischen bayerischen Industriereviere mit einem Haushaltsansatz für 1987 in Höhe von 50 Millionen DM und einer Verpflichtungsermächtigung von 100 Millionen DM ausgebracht werden. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Fi-

nanzfragen empfiehlt Ablehnung. Die Fraktion der SPD hat zu diesem Änderungsantrag namentliche Abstimmung beantragt

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über diesen Antrag. Ich lasse auch hier positiv abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, stimmt mit Ja, wer ihn ablehnt, mit Nein, im übrigen Enthaltung.

Ich bitte die Schriftführer, ihres Amtes zu walten.

(Namensaufruf)

Das Alphabet wird einmal wiederholt. -

Die Sitzung wird zur Auszählung der Stimmen unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 18 Uhr 03 Minuten bis 18 Uhr 06 Minuten)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Die Sitzung wird wiederaufgenommen. Ich bitte, Platz zu nehmen.

Ich gebe das Ergebnis bekannt: Mit Nein stimmten 93, mit Ja 53, keine Stimmenthaltungen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Mit Ja stimmten die Abgeordneten Bäumer, Brandl Max (Cham), Dr. Braun, Frau Burkei, Engelhardt Walter, Fichtner, Franz, Franzke, Gausmann, Geisperger, Frau Haas, von Heckel, Hefele, Heinrich, Hering, Hiersemann, Hollwich, Frau Jungfer, Kaiser Willi, Klasen, Langenberger, Leichtle, Loew, Mehrlich, Frau Meier Christa, Frau Memmel, Moser, Müller Herbert, Müller Karl-Heinz, Nentwig, Frau Paulig, Frau Psimmas, Frau Radermacher, Dr. Ritzer, Frau Romberg, Frau Rothe, Dr. Rothemund, Frau Scheel, Schimpl, Schlosser, Schramm, Dr. Schuhmann Manfred, Schuhmann Otto, Schultz, Dr. Seebauer, Sommerkorn, Stenglein, Straßer, Trapp, Frau Wax-Wörner, Dr. Weiß Armin, Wirth und Zierer.

Mit Nein stimmten die Abgeordneten Asenbeck, Bauereisen, Baumann, Beck, Dr. Beckstein, Breitrainer, Brosch, Dandorfer, Daum, Diethei, Dinglreiter, Dobmeier, Dumann, Engelhard Rudolf, Eykmann, Fendt, Feneberg, Fickler, Frau Fischer, Dr. Fischer, Freller, Gabsteiger, Dr. Glück Gebhard, Dr. Goppel, Grossmann, Gruber, Gürteler, Heckel, Frau Hecker, Heiler, Hofmann, Huber Erwin, Dr. Huber Herbert, Ihle, Jaumann, Jetz, Kaiser Gebhard, Kaul, Kling, Klinger, Kobler, Kopka, Lang, Lechner, Leeb, Leschanowsky, Loscher-Frühwald, Lukas, Dr. Maier Christoph, Dr. Matschl, Maurer, Dr. Mayer Martin, Dr. Merkl, Meyer Otto, Michl, Miller, Mittermeier, Müller Willi, Nätscher, Neder, Niedermayer, Nüssel, Dr. Pollwein, Ponnath, Freiherr von Redwitz, Dr. Richter, Ritter, Rosenbauer Georg, Dr. Rost, Schmid Albert, Schön Gustl, Dr. Schosser, Frau Schweiger, Seehuber, Seitz, Sinner, Frau Stamm, Stein, Strehle, Tandler, Traublinger, Urban, Dr. Weiß Manfred, Welnhofer, Widmann, Dr. Wilhelm, Will, Wünsche, Frau Würdinger, Würth, Zeitler, Zeller und Zenz.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren! Aufgrund der vorgeschlagenen Änderung erhöht sich bei Kapitel 07 04 die Summe der Verpflichtungsermächtigungen um zehn Millionen DM. Die weiteren Kapitelsummen bleiben unverändert.

Bei Kapitel 07 05 Titel 892 08 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/1001, wonach die Haushaltsansätze für Zuschüsse an die Regentalbahn zur Angebotsausweitung für 1987 und 1988 um je zwei Millionen DM erhöht werden sollen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, darf ich bitten, Platz zu nehmen. Wir befinden uns bereits wieder in der Abstimmung. Es ist einfach unzumutbar, wenn der Geräuschpegel nicht geringer wird. Ich bitte das Hohe Haus um die gebührende Aufmerksamkeit; mein Blick richtet sich dabei nach links.

Meine Damen und Herren! Es ist Ablehnung empfohlen. Ich lasse abstimmen. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der Fraktion der GRÜNEN ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei dem gleichen Kapitel ist einschlägig der Änderungs antrag der Abgeordneten Max von Heckel, Naumann, Dr. Seebauer auf Drucksache 11/1021, wonach ein neuer Titel für die Sanierungsmaßnahmen an Brücken im Streckennetz der Deutschen Bundesbahn mit einem Haushaltsansatz von fünf Millionen DM für 1987 und 1988 ausgebracht werden soll. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen der Empfehlung des Ausschusses für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der Fraktion der GRÜNEN ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei der Titelgruppe 71 des gleichen Haushalts ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/1002, wonach zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere im ländlichen Raum, die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 auf 100 Millionen DM angehoben werden sollen. Ich lasse abstimmen. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der Fraktion der GRÜNEN ohne Enthaltungen abgelehnt.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Hollwich, Moser, Max Brandl (Passau) und anderer auf Drucksache 11/536, wonach die Mittel zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs für die Förderung von Verkehrsverbünden und Verkehrsgemeinschaften mit je 15 Millionen und für die Beschaf-

fung von Omnibussen durch Träger des öffentlichen Personennahverkehrs auf zehn Millionen DM festgelegt werden sollen. Der Ausschuß für Staatshaushalt empfiehlt Ablehnung. Ich lasse abstimmen. Wer entgegen der Empfehlung des Haushaltsausschusses für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der Fraktion der GRÜNEN abgelehnt.

Bei der gleichen Titelgruppe ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Max von Heckel und anderer auf Drucksache 11/1019. Danach soll ein neuer Titel mit einem Haushaltsansatz von 15 Millionen DM für 1987 zur teilweisen Abdekkung der Betriebskostendefizite der drei großen Verkehrsverbünde in München, Nürnberg und Augsburg ausgebracht werden. Es ist Ablehnung empfohlen.

(Abg. von Heckel meldet sich zu Wort)

 Herr Kollege Max von Heckel, das ist nicht möglich, denn die Anträge werden immer in die Aussprache einbezogen. Im übrigen hatten wir ohnehin begrenzte Redezeit.

Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der Fraktion der GRÜNEN abgelehnt.

Entsprechend dem Antrag der Abgeordneten Baumann, Neder, Böhm auf Drucksache 11/451 und dem Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Herbert Huber, Strehle, Lechner und anderer auf Drucksache 11/1023 schlägt der Haushaltsausschuß vor, bei Titel 685 71 des gleichen Kapitels die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je drei Millionen DM zu erhöhen. Darüber hinaus wird die Staatsregierung gebeten, sich auch weiterhin für die Wiedereinführung der Gasölbetriebsbeihilfe einzusetzen.

Die Summe der Titelgruppe 71 beträgt nunmehr für 1987 und 1988 je 73 450 000 DM.

Bei der Titelgruppe 73 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/1004, wonach die Zuschüsse zur Förderung des Flugwesens wegen der besonderen Lärm- und Umweltbelastung des Flugsports gestrichen werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Ich lasse positiv abstimmen. Wer entgegen der Ausschußempfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Stimmenthaltungen? – Ohne Stimmenthaltung mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der Fraktion der GRÜNEN abgelehnt.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig ein weiterer Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/1005. Danach sollen die Personen- und Gepäckkontrolle auf den Flughäfen München-Riem und Nürnberg wieder von der bayerischen Polizei durch-

geführt und die Haushaltsansätze deshalb auf 1700 000 DM gekürzt werden. Es ist die Ablehnung empfohlen. Ich lasse auch hier positiv abstimmen. Wer entgegen der Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU ohne Stimmenthaltung gegen die Stimmen der SPD und der Fraktion der GRÜNEN abgelehnt.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist noch einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/1003. Danach sollen die Mittel für Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung des Nahluftverkehrs und zum Erwerb und Ausbau von Landeplätzen für den Nahluftverkehr für beide Haushaltsjahre in voller Höhe gestrichen werden. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Bei der Titelgruppe 75 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Seebauer, Kolo, Loew und Fraktion auf Drucksache 11/932. Danach soll der Haushaltsansatz zur Anfinanzierung eines zehnjährigen Programmpakets zur Förderung einer sparsamen, rationellen, umweltschonenden, sozialverträglichen und wirtschaftlich effizienten Energieverwendung sowie zur beschleunigten Entwicklung und Markteinführung neuer Energietechnologien in Bayern um 50 Millionen DM erhöht werden. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung, Ich lasse positiv abstimmen. Wer entgegen der Empfehlung des Ausschusses für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! - Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? - Keine. Der Änderungsantrag ist somit abgelehnt.

Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt vor, bei Titel 883 75 für 1987 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 24 Millionen DM auszubringen.

Bei der Titelgruppe 77 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Memmel und Fraktion auf Drucksache 11/1006, wonach der Haushaltsansatz bei dieser Titelgruppe gestrichen werden soll. Es ist Ablehnung empfohlen. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Aufgrund der vorgeschlagenen Änderungen erhöhen sich die Kapitelsummen bei Kapitel 07 05 bei den Gesamtausgaben und beim Zuschuß für 1987 und 1988 um je drei Millionen DM und bei den Verpflichtungsermächtigungen für 1987 um 24 Millionen DM.

Kapitel 07 06, 07 09 und 07 10 werden zur unveränderten Annahme empfohlen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Schlußabstimmung. Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen ergeben sich folgende Abschlußsummen:

1987

Gesamteinnahmen	171 026 900 DM
Gesamtausgaben	956 885 300 DM
Gesamtzuschuß	785 858 400 DM

1988

Gesamteinnahmen	176 464 400 DM
Gesamtausgaben	1 003 981 600 DM
Gesamtzuschuß	827 517 200 DM

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen für 1987 erhöht sich auf 389 680 000 DM.

Wer dem Einzelplan 07 mit den vorgetragenen Änderungen und den genannten Abschlußsummen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Danke. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen! – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Einzelplan 07 ohne Stimmenthaltung mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD. und der Fraktion der GRÜNEN angenommen.

Dem Einzelplan 07 sind folgende Anlagen beigefügt:

- Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 07
- Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 750 000 DM Gesamtkosten im Einzelfall – Anlage S –
- Stellenplan für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr

Das Hohe Haus nimmt von diesen Anlagen zustimmend Kenntnis.

Außerdem schlägt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen zum Einzelplan 07 noch folgende Beschlußfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der vorstehenden Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen zum Sachhaushalt und der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans 07 vorzunehmen.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen! – Darf ich bitten abzustimmen? – Die Gegenprobe! – Gegenstimmen gibt es keine. Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU und einigen Stimmen aus den Reihen der SPD ohne Gegenstimmen bei Stimmenthaltung der anderen Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion der GRÜNEN so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 2 f: Erste Lesung zum

Gesetzentwurf der Abgeordneten Jungfer, König, Wirth und anderer und Fraktion zur Änderung des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte und der Bürgermeister (Drucksache 11/1252)

Wird dieser Gesetzentwurf von den Antragstellern begründet? – Nein. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Wortmeldungen? – Keine. Die allgemeine Aussprache ist geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf zu überweisen erstens dem Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, zweitens dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. So beschlossen.

lch rufe auf Tagesordnungspunkt 2g: Erste Lesung zum

Gesetzentwurf der Abgeordneten Jungfer, König, Wirth und anderer und Fraktion zur Änderung des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren und Volksentscheid (Drucksache 11/1253)

Der Gesetzentwurf wird seitens der Antragsteller nicht begründet. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die allgemeine Aussprache ist geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf zu überweisen erstens dem Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, zweitens dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. So beschlossen.

Ich rufe auf zur gemeinsamen Aussprache die Tagesordnungspunkte 2h und 2i: Erste Lesung zum

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hiersemann, Starzmann, Kolo und anderer und Fraktion zur Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes (Drucksache 11/1254)

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Tandler, Diethei, Feneberg und anderer und Fraktion zur Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes (Drucksache 11/1290)

Wird der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD seitens der Antragsteller begründet?

Das Wort hat der Kollege Otto Schuhmann!

(Zuruf von der CSU: Schuhmann, muß das sein? – Abg. Otto Schuhmann: Ich habe den Auftrag!) Schuhmann Otto (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erstmals hat die SPD einen Gesetzentwurf zur Änderung des Jagdgesetzes im Oktober 1984 eingebracht. Dieser Antrag ist von der CSU damals im Jahre 1985 in allen Punkten abgelehnt worden. Die Ablehnung und die Haltung der CSU dabei waren mehr als ein Trauerspiel. Daß die CSU jetzt einen Änderungsantrag zum Jagdgesetz einbringt, ist der Beweis dafür.

(Beifall bei der SPD)

Dabei wurden recht unsinnige Argumente von der CSU gebracht:

Da wurde einmal behauptet, daß wir den Bauern das Jagdrecht auf ihrem Grund und Boden nähmen, und es wurde die alte Masche gebracht, daß wir Enteigner wären. Die tatsächliche Wahrheit war, daß wir die Stellung der Bauern stärken wollten, um ihr Recht durchzusetzen, und ihr Eigentum, den Wald, zu schützen.

Es gab auch das Argument der CSU, daß die Stimmung bei den Jägern so verdorben sei, daß selbst die Umweltpolitiker der CSU unserem Antrag nicht mehr zustimmen könnten, auch nicht in Einzelpunkten. Und es gab den Herrn Staatsminister Dr. Eisenmann, der einen Tag vor der Behandlung des SPD-Gesetzentwurfes im Landtag sich in einem Interview mit der SZ für die Zulassung der Drück- und Riegeljagd aussprach, am Tage darauf im Landtag aber dagegen stimmte. Es gab dann die Äußerung des Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses, des Kollegen Feneberg, daß man zwar den SPD-Gesetzentwurf ablehnen müsse, daß man aber in der Zukunft etwas in dieser Sache unternehmen werde. Der heutige Tag ist ja der Beweis dafür.

Entscheidend war, daß die Waldbauern die CSU nicht mehr verstanden haben, daß sie sogar eine richtige "Wut" auf "ihre Partei" gehabt haben, die zu ihren Fehlern in der Agrarpolitik sich nun auch noch beim Wald gegen ihre Bauern gestellt hätte.

Aus diesem Grunde haben wir nun erneut einen Jagdgesetzänderungsantrag eingebracht, denn wir wollen, daß die Wälder in Bayern nicht weiterhin Schaden leiden und daß vor allem die bayerischen Bauern ihr Eigentum, nachdem sie ihr Jagdrecht verpachtet haben, schützen können.

Die wichtigsten Ziele dieses Gesetzentwurfs sind:

- stärkere Berücksichtigung des Zustandes der Vegetation bei der Abschußplanung durch Gutachten und deren Überwachung,
- mehr Revierinhaber durch kleinere Jagdreviere,
- Erleichterung der Jagdmethoden,
- Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen des Wildes,
- flexiblere Handhabung der Abschußplanung als Mindestabschuß,
- Einbeziehung von Naturschutz und Wildbiologie bei Entscheidungen über die Freigabe von geschontem Wild,

- Lockerung des Zwanges zur Winterfütterung, wo diese nicht artgemäß und nicht notwendig ist,
- Erhöhung der Stimmenzahl der Waldbesitzer und Berücksichtigung der Wildbiologie in den Jagdbeiräten.
- Verbot des Aussetzens von Wildtieren zu jagdpolitischen Zwecken.

Verbunden mit dieser Gesetzesänderung sind eine Reihe von Einzelanträgen der SPD zur Änderung jagdlicher Bestimmungen unterhalb der Gesetzesebene, z. B. Aufhebung der Pflichttrophäenschau. Der CSU hat leider der Mut gefehlt, dies mit in ihre Anträge einzuarbeiten. Was Sie da jetzt groß vorschlagen, ist ein Wischiwaschi

(Beifall bei der SPD)

- bessere Bestimmungen zur Waldschadensregelung, damit die Bauern zu ihrem Recht kommen,
- eine Beschränkung der Fütterung von Schalenwild, wenn diese zu einer Erhöhung der Bestände führt.

Grundlage dafür aber ist die Änderung des Jagdgesetzes.

Seit Jahren hat sich die SPD wegen ihrer Änderungsanträge vom Bayerischen Jagdverband wüst beschimpfen lassen müssen. Die CSU und die Staatsregierung haben es sich bequem gemacht. Sie haben dazu geschwiegen, obwohl vom Landwirtschaftsministerium und von Teilen der CSU schon längst die Notwendigkeit einer Änderung zugunsten des Waldes erkannt worden war. Die CSU war froh über diese Auseinandersetzungen, die nur uns betrafen, aus denen sie sich heraushalten konnte. Dies ist jetzt vorbei. Die Diskussion unserer Anträge hat uns große Unterstützung bei den Waldbauern und bei den Förstern gebracht. Den Bauern und den Forstleuten wurde bewußt, daß bei der SPD der Grundsatz gilt: Wald vor Wild; daß dieser Grundsatz konsequent von der SPD getragen wird.

Daß die CSU jetzt einen Schritt in die von der SPD gewiesene Richtung wagt und nun einen eigenen Antrag zur Änderung des Jagdgesetzes eingebracht hat, ist erfreulich.

(Zuruf von der CSU)

 Herr Kollege, genau das, was Sie beantragen, war alles in unserem Gesetzentwurf, in manchen Teilen bloß etwas konsequenter.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Die Übereinstimmung ist in der Sache begründet. Es ist keine Schande für eine Regierung und die Regierungsfraktion, wenn man erkannt hat, daß die Opposition recht hat, genau das zu beantragen, was die Opposition schon lange fordert.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Es wäre nur besserer Stil gewesen, wenn die CSU schon vor zwei Jahren zusammen mit der SPD die notwendigen Beschlüsse gefaßt hätte,

(Beifall bei der SPD)

nachdem es ihr heute ja auch nicht die Beschimpfun-

(Schuhmann Otto [SPD])

gen durch den Bayerischen Jagdverband erspart, der den CSU-Initiatoren vorwirft, sie wollten den Bauern ihr Eigentum, ihr Jagdrecht, nehmen. Gegen diesen Vorwurf können wir die CSU guten Gewissens verteidigen. Er ist genauso falsch, wie er falsch war gegenüber der SPD.

(Abg. Hiersemann: Wir nehmen die CSU in Schutz!)

Nun hört man draußen schon manchmal, so auch ein Bericht über eine Versammlung des Kollegen Möslein, die CSU bewahre durch ihre Vorschläge die Jäger vor größeren Konsequenzen; denn die SPD-Forderungen wären schlimm. Ich halte dies für kein sehr redliches Verfahren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Ich meine, dies verdient das Thema nicht, dies entspricht auch nicht dem Ernst der Situation. Wir sollten als Abgeordnete des Bayerischen Landtags vielmehr gemeinsam daran gehen, leidenschaftslos das Jagdgesetz und die Jagdvorschriften so zu ändern, daß Jungwald aufwachsen kann, daß die Jagd den ihr zukommenden Stellenwert erhält und daß der Grundsatz Wald vor Wild in gesetzlichen Normen und in der Praxis durchgesetzt wird.

(Starker Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich dem Kollegen Diethei das Wort.

(Abg. Hiersemann: Er sagt dasselbe wie Herr Möslein!)

Diethei (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß Sie enttäuschen. Ich werde weder lange sprechen noch dasselbe sagen wie der Kollege Möslein. Ich beschränke mich auf zwei Feststellungen:

Erstens. Herr Kollege Hiersemann, Herr Kollege Schuhmann! Die Presseerklärung, die Sie mit der Einbringung dieses Gesetzentwurfes verbunden haben, zeugt nicht gerade von Sorgfalt. Sie haben dabei Rehwild mit Rotwild verwechselt. Wie kann das passieren? Vielleicht war es ein Flüchtigkeitsfehler. Ich hoffe nicht, daß es typisch für eine Schlamperei ist, mit der dieser Gesetzentwurf bei Ihnen behandelt worden ist.

(Abg. Dr. Wilhelm: Sag einmal, was der Unterschied ist! – Abg. Hiersemann: War das jetzt das Wesentliche dieses Gesetzentwurfes? – Weitere Zurufe von der SPD)

- Es war deshalb das Wesentliche, Herr Kollege Hiersemann, weil ich der Meinung bin, daß ein Gesetzentwurf, der dem Wald und auch dem Eigentum zu dienen hat, publizistisch besser verkauft werden sollte, als das bei Ihnen der Fall ist. Bedanken Sie sich beim Kollegen Starzmann dafür. Zweitens. Wir haben den Gesetzentwurf in zwei Monaten Vorbereitung mit allen Betroffenen diskutiert: dem Bayerischen Bauernverband, dem Waldbesitzerverband, den Forstbetriebsgemeinschaften, dem Landesjagdverband, dem Bundesnaturschutzverband. Dabei sind wir auf weitestgehende Zustimmung gestoßen.

Diese Gesetzesinitiative ist so vorbereitet, daß sie einer näheren Begründung wahrlich nicht mehr bedarf. Schönen Dank!

(Beifall bei der CSU - Lachen bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Ich eröffne die allgemeine Aussprache.

(Frau Abg. Paulig meldet sich zu Wort – Zurufe von der CSU und der SPD)

- Ich bitte, unqualifizierte Zwischenrufe zu unterlassen. Frau Paulig hat das Wort!

Frau Paulig (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Auch wir GRÜNEN begrüßen es, daß endlich ein Gesetzentwurf der CSU zur Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes vorliegt. Wir hoffen, daß die Diskussionen zwischen Jagdverband und Fraktion nun zu einem Ende gekommen sind und daß ein Konsens bezüglich dieses Entwurfs besteht.

(Zuruf von der CSU: Habt ihr denn ein großes Interesse?)

- Ja, wir haben Interesse, weil wir Interesse am Wald haben. Wir hoffen, daß die Regelungen, die in diesem Gesetzentwurf getroffen werden, nicht wieder durch denkbare Regelungen, Empfehlungen oder Abmachungen unterlaufen werden.

(Zuruf von der CSU: Unterstellungen!)

Wir GRÜNEN haben am 02. Februar dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur Einführung der Drück- und Riegeljagd auf Rehwild vorgelegt. Eine Gesetzesänderung in diesem Sinne ist für uns ganz wesentlich und dringlich. Wir wollen, daß sie bereits in diesem Jagdjahr Geltung hat.

Die CSU hat es verstanden, die Diskussion über unseren Entwurf im Ausschuß trotz Erster Lesung im Plenum Mitte Februar um letztlich drei Monate zu verzögern. Ich frage mich, nach welchem Geschäftsordnungsparagraphen Sie die Behandlung eingereichter Anträge oder Gesetzentwürfe zurückstellen können, bis interne Diskussionsprozesse bei Ihnen abgeschlossen sind und entsprechende Gesetzentwürfe von Ihnen eingereicht werden können. Mich wundert, daß die SPD bei diesem Spiel mitgemacht hat, obwohl sie doch selber unter genau diesem Verfahren leiden mußte und dieses kritisiert hat. Eine Zusammenfassung bereits eingereichter Anträge ist schließlich sinnvoll. Eine Zurückstellung mit dem Hinweis auf irgendwann zu erwartende eigene Gesetzentwürfe widerspricht den parlamentarischen Regeln.

(Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

(Zuruf von der SPD: Das ist Arroganz der Mehrheit!)

– Durchaus. Auch die Absetzung unseres Gesetzentwurfes von der Tagesordnung im Landwirtschaftsausschuß mit dem Hinweis auf einen einvernehmlichen Ältestenratsbeschluß ist nicht korrekt, Herr Feneberg. Wir hatten unser Einverständnis dazu nicht gegeben.

(Zuruf von der CSU: Die Mehrheit war da!)

- Die Mehrheit ist immer da, das wissen wir.

Es ist sehr begrüßenswert, daß die Einführung der Drück- und Riegeljagd auf Rehwild in beiden Gesetzentwürfen, sowohl in dem von der CSU als auch in dem von der SPD, gefordert wird. Sie wäre wohl auch seit längerem konsensfähig und abstimmungsreif gewesen. Wir vermissen aber die Festschreibung der Verwendung frei laufender Hunde. Ich darf in diesem Zusammenhang auf das LMS vom 20. Februar 1987 an die unteren Jagdbehörden verweisen. Dr. Leonhard fordert darin, das Wild ohne Einsatz von Hunden aus eingezäunten Verjüngungsflächen herauszudrücken. Wie dies ohne Hunde ablaufen soll, ist Jägern und Förstern wohl nur schwer vorstellbar.

(Zuruf von der CSU: Keine Ahnung!)

In gleicher Weise würde die Drück- und Riegeljagd ohne Hunde oder mit angeleinten Hunden ihren Zweck verfehlen. Wir befürchten, daß ähnliche LMS auch für die Drück- und Riegeljagd zu erwarten sind, und wir fordern Sie darum auf, die Verwendung freilaufender Hunde gesetzlich festzuschreiben. Reden Sie mit Waldbauern und Förstern in Ihrer Fraktion.

Lassen Sie mich noch auf einige andere Punkte Ihrer Gesetzentwürfe eingehen.

(Zuruf von der CSU: Im Ausschuß!)

 Es erscheint mir wichtig, hier ein paar Fragen vorab zu klären.

Der Verzicht auf die Pflichtmitgliedschaft in Hegegemeinschaften, wie er im CSU-Gesetzentwurf enthalten ist, ist begrüßenswert und kann als eine sich positiv auswirkende Randmaßnahme eingestuft werden. Auch die Änderungen des SPD-Entwurfes betreffend Artikel 13 sind als sinnvoll anzusehen. Artikel 29 bezieht sich auf die Jagdbeschränkungen. Uns erstaunt im CSU-Gesetzentwurf die Streichung des Satzes 3 bezüglich des Verbotes nicht zugelassener Fanggeräte. Warum wird dieser Satz gestrichen?

(Abg. Diethei: Weil Bundesrecht dem entgegensteht!)

– Richtig. Wir haben aber ein bißchen Sorge. Im Bundesrecht ist das festgeschrieben. Bis jetzt war dieser Satz im Gesetz aber enthalten. Wir haben die Sorge, daß mit der Streichung Rückschritte für den Tier- und Artenschutz verbunden sein könnten. Vielleicht können wir über diesen Punkt im Ausschuß dann noch detaillierter diskutieren.

Auch die Änderung des Artikels 32, wonach jetzt die vorrangige Berücksichtigung des Vegetationszustandes, insbesondere der Waldverjüngung, zur Wildregulierung gefordert ist, begrüßen wir. Solange aber das Verbißgutachten nur neben anderen Kriterien steht, ist eine Verwässerung und Abschwächung der forstlichen Forderungen zu befürchten. Es ist etwa so: Sie springen ab, aber Sie sind doch nicht gestartet. Gleiches gilt auch für die SPD-Forderungen in diesem Punkt. Wenn die Vegetation stimmt, stimmt auch die Wilddichte. Das forstliche Gutachten über den Zustand der Waldverjüngung muß alleinige Grundlage für die Regelungen der Bejagung sein.

Eine weitere Änderung zielt darauf ab, daß Bejagung ohne Abschußplan in Gebieten, in denen die Hege untersagt ist, möglich sein soll. Das ist eine richtige Forderung. Ich darf Sie hier aber bitten, auch auf die Vollzugsdefizite zu achten. Wie Sie sicher wissen, ist für den Ebersberger Forst seit zehn Jahren der Totalabschuß von Rotwild beschlossen. Es gibt dort aber immer noch 150 Stück und auch Futterplätze der Forstverwaltung.

(Abg.Diethei: Das ist ein Gatter!)

Sehr bedenklich sind für uns die Änderungen in Artikel 33 Absatz 1 Satz 4. Danach soll gestrichen werden, daß die Staatsregierung ermächtigt ist, die Überwachung der Schonzeiten für Tiere, die dem Jagdrecht unterliegen, in Büchern und Nachprüfungen bei Tierpräparatoren, Gerbern und Fellhändlern anzuordnen. Wir befürchten mit dieser Streichung hier Gefahren für den Artenschutz. Wir befürchten, daß mit einer gewissen Heimlichkeit ein Ausufern ins Illegale erfolgen könnte. Ich bitte Sie, auch diesen Punkt im Ausschuß zu klären.

(Abg. Diethei: Das sind doch Fragen für die Ausschußberatung, nicht für das Plenum!)

- Doch, diese Punkte erscheinen uns auch hier wichtig.

(Zuruf von der CSU: Das gehört doch in die Ausschußberatungen! – Abg. Diethei: Die Grundzüge!)

Dies sind Grundzüge.

Wir begrüßen die von der SPD erhobene Forderung nach Beteiligung der Naturschutzbehörden bei der Festlegung der Abschußplanung. Wir bitten aber auch hier, es bei dem stärkeren Begriff "im Einvernehmen" zu belassen.

Wir begrüßen ebenfalls die Erhöhung der Zahl der Stimmen der Waldbauern und Wildbiologen in den Jagdbeiräten bei der unteren und oberen Jagdbehörde.

Wir vermissen die Abschaffung der Pflichttrophäenschau. Dies hat mein Vorredner angesprochen. Die Umwandlung in eine freiwillige Einrichtung wäre wohl richtig und entspräche auch den Forderungen des Naturschutzbundes.

Wir sollten auch die Änderung der Jagdpachtverträge in Angriff nehmen. Eine Festlegung auf neun Jahre erscheint als zu lang. Auch eine Regelung betreffend (Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

die Mindestreviergrößen sollte in Angriff genommen werden. Kleinrevierinhaber könnten sich durchaus als Hechte in einem überhegten Karpfenteich erweisen.

Wir begrüßen alle Maßnahmen, die zur Wiederherstellung des biologischen Gleichgewichts in unseren Wäldern beitragen. Der gegenwärtige Stand der Wilddichte ist ökologisch und wildbiologisch nicht zu vertreten. Ich darf Sie, gerade die Vertreter der CSU, auffordern, alle diesbezüglichen Maßnahmen in den Gesetzentwurf zu übernehmen, besonders einige der SPD. Ich bitte hierzu um Ihre Zustimmung in den Ausschüssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Meine Damen und Herren! Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Die allgemeine Aussprache ist geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, die Gesetzentwürfe erstens dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, zweitens dem Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen und drittens dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zu überweisen. Besteht darüber Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist dies so beschlossen.

lch rufe auf Punkt 3 der Tagesordnung: Zweite Lesung zum

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hiersemann, Christa Meier und Fraktion über die Einrichtung von Hausaufgabenbetreuungs- und Förderkursen (Drucksachen 11/16, 11/330, 11/519, 11/836, 11/1193)

Über die Beratungen im Ausschuß für kulturpolitische Fragen (Drucksache 11/330) berichtet Herr Kollege Trapp. Ich erteile ihm das Wort.

Trapp (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf und der Änderungsantrag auf Drucksache 11/153 wurden am 28. Januar 1987 im Kulturpolitischen Ausschuß beraten. Berichterstatter war ich, Mitberichterstatter der Kollege Müller. Ich möchte mich kurz fassen, weil hernach noch dazu gesprochen wird. Der Gesetzentwurf der SPD wurde mit den Stimmen der CSU und der GRÜNEN abgelehnt.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Ich bedanke mich für die Berichterstattung. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Frau Kollegin Radermacher hat das Wort!

Frau Radermacher (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei dem Gesetzentwurf über die Einrichtung von Hausaufgabenbetreuungs- und Förderkursen handelt es sich um einen Gesetzentwurf, den, wie Sie gleich anmerken werden, die SPD zum wiederholten Male einreicht. Aber manchmal hat die CSU Einsicht gezeigt und Initiativen der SPD übernommen, wenn wir nur hartnäckig genug waren.

(Zuruf von der SPD: Siehe Jagdgesetz!)

Als Neuling hat man den Vor- oder Nachteil, daß man sich recht intensiv vorbereitet. Bei dieser Vorbereitung habe ich mir die Protokolle seit dem Jahr 1979 durchgesehen. Es ist schon erstaunlich, welche Aussagen die CSU im Laufe der Jahre in den einzelnen Diskussionen gemacht hat; ich komme darauf gleich zurück. Zu der pädagogischen Notwendigkeit solcher Hausaufgabenbetreuungs- und Förderkurse wird nachher Kollege Trapp Stellung nehmen. Ich spare das hier aus.

(Abg. Fendt: Das ist doch die Erste Lesung, zum Kuckuck noch einmal!)

Nein, das ist die Zweite Lesung.

(Abg. Fendt: Entschuldigung!)

 Bitte! Im Oktober 1979 hat der Herr Kollege Meyer für die CSU festgestellt; ich zitiere:

Durch die Anordnung des Ministeriums, ein Hausaufgabenheft zu führen, ist sichergestellt, daß die Schüler ohne Hilfe die Hausaufgaben daheim bewältigen können.

Anspruch und Wirklichkeit, könnte man hier fragen. Wieso haben dann die Institute für Nachhilfeunterricht seit 1979 ständig zugenommen?

Zu den Förderkursen haben Sie gesagt: Zusätzliche Stunden, kleinere Klassen. Was ist daraus geworden? Die Anträge der SPD auf kleinere Klassen wurden in der Folgezeit immer abgelehnt.

(Frau Abg. Fischer: Die Klassen werden immer kleiner!)

- Aber nicht durch politische Initiativen, sondern durch den natürlichen Schwund. Nicht durch ihr Zutun!

(Beifall bei der SPD)

Die Frau Kollegin Stamm hat dann im Dezember im Kulturpolitischen Ausschuß erklärt, gegen ein Angebot von Hausaufgabenhilfen auf unterster, also kommunaler Ebene, sei nichts einzuwenden. Da muß man sich schon fragen, ob dies dann doch ein Einverständnis der Unzulänglichkeiten ist oder ob es nur um Kosten geht. Allerdings bleiben die Kosten den Kommunen und den Verbänden für Aufgaben, für die sie nicht zuständig sind.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hiersemann: Die alte Masche!)

Also nach dem Motto: kommunale und freie Hausaufgabenhilfe ja, staatlich geförderte nein.

Ich komme jetzt zu den Jahren 1985/86; hier wird es besonders interessant. Im März 1985 hat die SPD-Fraktion einen Antrag eingereicht, der darauf abzielte, Hausaufgabenhilfen anzubieten bzw. die freien Träger, die dies tun, finanziell zu unterstützen. Die SPD hat dies wohlgemerkt nicht als Gesetzentwurf eingebracht. Damit ist sie einem Wunsch, den die CSU immer geäußert hatte – Unterstützung ja, aber nicht in Form eines Gesetzes –, nachgekommen.

(Frau Radermacher [SPD])

Es ist ganz interessant, wie es dann weitergeht. Zwischenzeitlich hat nämlich die CSU ihr sogenanntes "Freude-Papier" im Entwurf fertig gehabt. In diesem "Freude-Papier" stehen drei Dinge. Da steht zum Beispiel: "pädagogische Beratung auch an den Nachmittagen", "persönliche Betreuung von Kindern mit besonderen Schwierigkeiten", und es steht dort auch: "Ausweitung des Förder- und Gruppenunterrichts" – alles Forderungen, die wir mit unserem Gesetzentwurf immer eingebracht haben.

(Abg. Hiersemann: Spruchbeutel-Papier wäre besser!)

Im Ausschuß wird dann erstmals unsere Initiative nicht abgelehnt, sondern der Antrag wird zurückgestellt. Die CSU signalisiert, ich zitiere, "möglicherweise gebe es zu einem späteren Zeitpunkt mehr Gemeinsamkeiten". Und weiter: Im Hinblick auf das Positionspapier – gemeint ist das der CSU – "müsse man die aufgegriffenen Inhalte ohne Hektik diskutieren". Die Frage stellt sich, ob jetzt endlich der Sinneswandel eingetreten ist.

Die CSU hat dann auch einen eigenen Antrag auf Hausaufgabenbetreuung eingebracht. Da ist der letzte Absatz recht interessant, den ich zitieren will: Für Schüler, die trotzdem Schwierigkeiten mit der Erstellung von Hausaufgaben haben, sollen zum Beispiel am Nachmittag in der Schule Lehrer anwesend sein, die eine entsprechende Unterstützung gewähren können. Einen solchen Antrag mußte die CSU ja auch einbringen, nachdem im "Freude-Papier" all die schönen Sachen stehen, die ich zitiert habe.

Im November 1985 wurde dann im Kulturpolitischen Ausschuß diskutiert, und selbstverständlich wurde der Antrag der SPD abgelehnt. Was geblieben ist, ist ein Prüfungsantrag, in dem gebeten wird. Also alles nur Schau, oder wurde das nur getan, um dem "Freude-Papier" Genüge zu tun?

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, daß ein Prüfungsantrag für eine Mehrheitsfraktion etwas wenig ist. Tatsache ist, daß sich der graue Markt der Nachhilfeinstitute ständig weiterverbreitet hat. Wir wollen Nachhilfeunterricht für alle Eltern und Schüler erschwinglich machen, nicht nur für die mit dem großen Geldbeutel.

(Beifall bei der SPD)

Tatsache ist auch, daß Hausaufgaben nach wie vor nicht von allen Schülern bewältigt werden können, auch nicht von allen Eltern. Wir wollen die Eltern, oder besser gesagt die Mütter, nicht weiter zu Nachhilfelehrern der Nation machen. Tatsache ist auch, daß die Förderstunden an den Schulen nicht ausreichen. Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle Kinder. Tatsache ist auch, daß allein von der Arbeiterwohlfahrt bayernweit ca. 75 Hausaufgabenbetreuungskurse abgehalten werden. Ich könnte mir vorstellen, daß für Caritas und Innere Mission ähnliche Zahlen gelten. Dies ist Beweis genug für die Notwendigkeit von Hausaufgabenbetreuung.

Wir fordern deshalb eine finanzielle Unterstützung all dieser Betreuungseinrichtungen. Tatsache ist auch, daß in Bayern keine oder kaum Ganztagsschulen und Gesamtschulen zur Verfügung stehen.

Wir werden solange Hausaufgabenbetreuungs- und Förderkurse fordern, bis wir das dreigliedrige Schulsystem überwunden haben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat Herr Kollege Miller!

Miller (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß hier etwas Klassenkampf, den wir glaubten überwunden zu haben, in die Schulpolitik getragen wird.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: Ach du lieber Himmel!)

Ich sage Ihnen auch, warum:

Dieser Antrag zielt nicht auf das Wohl der Kinder ab, sondern auf den falschen Ehrgeiz der Eltern. Sie lassen sich damit vor einen verkehrten Karren spannen, das kann gar nicht in Ihrem Interesse sein.

(Beifall bei der CSU – Abg. Geisperger: Sie haben eine Ahnung! – Abg. Hiersemann: Auf welche Schule gehen denn Ihre Kinder?)

Wenn die falsche Schule gewählt wurde, versuchen natürlich die Eltern, durch Nachhilfestunden das Defizit auszugleichen, meist mit nur befristetem Erfolg.

(Abg. Geisperger: Ist die Hauptschule auch die falsche Schule?)

Ich sage noch einmal: Stammt die Zustimmung für diesen Nachhilfeunterricht nicht gerade von den Eltern, die mehr aus ihren Kindern herausholen wollen, als überhaupt möglich ist, und die das auch noch gerne vom Staat bezahlt hätten? Vor diesen Karren, das habe ich schon gesagt, lassen Sie sich spannen.

(Zuruf des Abg. Hiersemann)

Zur individuellen Förderung, Sie wollen Nachhilfestunden für alle Kinder, betone ich: Die individuelle Förderung der Kinder ist ureigenste Aufgabe der Schule.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Abg. Jungfer)

Wir wollen die Schule aus dieser Verantwortung nicht entlassen. Die Hausaufgaben dienen der Vertiefung des Wissens und der Wiederholung des Lehrstoffes. Sie müssen so gestellt werden, daß sie in einer angemessenen Zeit von den Kindern selbständig erledigt werden können.

(Beifall bei der CSU)

Wenn das im Einzelfall nicht so ist, dann setzen Sie sich bitte mit den Elternbeiräten auseinander. Auch dazu haben wir sie. Die praktischen Erfahrungen mit den Kursen haben gezeigt, daß diese ausschließlich von ehrgeizigen guten Schülern besucht werden, damit sie noch bessere Noten erzielen. Ich habe das selbst an einer Schule, wo es die Kurse gegeben hat,

(Miller [CSU])

erlebt. Diejenigen, für die diese Kurse eigentlich notwendig wären, für die sie eingerichtet sind, zeigen schon zu wenig Interesse am Unterricht und gehen gar nicht hin. Das haben auch die Schulversuche mit dem Ganztagsbetrieb eindeutig gezeigt.

(Abg. Klasen: Das stimmt doch gar nicht!)

Wichtig erscheint aber auch eine Betrachtung aus der Sicht des Schülers. Dieses Gesetz würde den Unterricht verlängern. Wir reden heute sehr viel von der 35-Stunden-Woche; den Schülern aber wollen Sie mehr zumuten, als Sie heute jedem Arbeitnehmer zumuten

(Beifall bei der CSU)

Sie haben dies alles zu wenig überdacht. Es stellt sich damit auch die Frage der Verpflegung, es stellt sich die Frage der Schulbussysteme. Oder reden Sie denen das Wort, die einen Zweitwagen haben und ihre Kinder damit täglich in die Förderkurse bringen können?

(Zuruf des Abg. Klasen)

Ganz entscheidend erscheint mir aber, daß die Schüler nicht mehr disponieren könnten. Sie könnten nicht mehr heimgehen, sich entspannen und anschließend Hausaufgaben machen, sondern sie müßten sie sofort machen.

(Abg. Klasen: Das ist doch gar nicht wahr! Wo sind Sie denn her?)

Ich meine: Wir sind für Leistung.

Präsident Dr. Heub!: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Stenglein?

Stenglein (SPD): Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, daß eine Reihe von karitativen Verbänden schon mit großem Erfolg Hausaufgabenhilfe geben und daß diese von den Schulen sehr begrüßt wird, besonders von den Schülern der Realschule?

Miller (CSU): Die Realschule hat den Unterricht so zu gestalten, daß die Kinder ihre Hausaufgaben zu Hause erledigen können.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

- Vielleicht ist das Kind auf der falschen Schule. Wir sind für Leistung mit Maß und Ziel. Wir wollen Kinder Kinder sein lassen und aus ihnen keine Lernmaschinen machen. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Präsident Dr. Heubi: Das Wort hat der Herr Kollege Trapp!

Trapp (SPD): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr gut, daß Sie das Wort vom Klassenkampf hier gebracht haben, Herr Kollege Miller. Der Klassenkampf kommt allerdings nicht von un-

serer Seite, es ist eher in den Klassen ein Konkurrenzkampf der Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Sie auch bitten, den Schwarzen Peter hier nicht den Eltern zuzuschieben.

Sie haben recht: Die individuelle Förderung der Schüler, um Sie zu zitieren, ist Aufgabe der Schule, und die Schule soll daraus auch nicht entlassen werden. Wenn Sie unseren Gesetzentwurf gelesen hätten, hätten Sie auch festgestellt, daß wir die Schule hier nicht entlassen wollen; die Kurse sollen Veranstaltungen der Schule bleiben. Aber Sie zeigen damit, daß Sie zumindest die Verordnungen des Kultusministeriums gelesen haben. Denn im KMB I/5/1977 Seite 77 ist verordnet, daß Hausaufgaben im bayerischen Schulwesen kein Problem darzustellen haben.

Frau Radermacher hat vorhin sehr richtig die Probleme dargestellt, daß sich hier über Jahre nichts geändert hat und daß Sie jetzt offensichtlich wieder diese Probleme aussitzen wollen. Es gibt doch genügend Mißstände, und diesen Mißständen wollen wir abhelfen, die bestimmt kein Aushängeschild für unser Schulsystem sind. Wir bedauern, daß Sie sich weigern, diese Realität zur Kenntnis zu nehmen.

Fragen Sie doch die Eltern! Das Hauptproblem bei den Hausaufgaben sind die Lernlücken, die auftreten: Fragen Sie die Lehrer und die Schüler! Sie werden Ihnen ähnliches sagen. Vielleicht ist es kein Problem für die Mehrheit der Schüler, aber es ist doch ein Problem für Zehntausende und für Hunderttausende von Kindern, und für diese wollen wir etwas tun.

(Beifall bei der SPD)

Die Realität bei den Hausaufgaben spiegelt sich halt nicht in ministeriellen Verordnungen, sondern eher in zunehmenden überflüssigen familiären Belastungen. Auch Sie können offensichtlich nicht ganz ignorieren, was hier los ist.

Der von der CSU initiierte Landtagsbeschluß vom 3. Juli 1986 zeigt denn auch, daß es notwendig ist, differenziert und sorgfältig die Hausaufgaben zu stellen. Diese Feststellung ist "revolutionär" wie das dreigliedrige Schulsystem, es hat bei den Kollegen draußen an den Schulen auch nur Kopfschütteln verursacht. Das hat etwa den gleichen Effekt, als wenn Sie durch Landtagsbeschluß unfallfreies Fahren verfügen wollten. Es ist Scheinhandeln, was Sie hier betreiben, und Sie lassen die Lehrer, indem Sie nichts tun, damit allein, weil Sie ihnen kein neues Instrument an die Hand geben. Das Hausaufgabenproblem wird so nicht entschärft.

Der Lehrer, der Kinder vor sich hat, hat nicht lauter Durchschnittskinder. Die Kinder kommen aus unterschiedlichen Elternhäusern mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten, das Bildungsspektrum ist verschieden. Sie kommen aus Kreisen Alleinerziehender, und gerade hier, Frau Würdinger hat es im Ausschuß angesprochen, stellt sich das Problem der Hausaufgaben besonders schwierig dar.

(Trapp [SPD])

Sie haben dann die Frage aufgeworfen, ob pädagogische Betreuung am Nachmittag möglich sel; das sei doch alles nur zaghaft, das werde nicht wirksam. Wenn Sie aber den Mund spitzen, dann müssen Sie auch pfeifen und etwas Gescheites tun.

Die Alleinerziehenden werden von Ihnen dabei ohnehin ziemlich am Rande abgehandelt. Ihre Politik geht an ihnen vorbei. Es gibt nicht genügend Kinderkrippen, es gibt nicht genügend Kinderhorte; ganztägige Kindergärten sind Mangelware, von der Ganztagsschule gar nicht zu sprechen. Ihre Schulpolitik ist auf die Familie ausgerichtet, wie sie in der Margarinewerbung vorkommt, wo der Vater einen Haufen Geld verdient

(Widerspruch bei der CSU)

und die Mutter nicht zu arbeiten braucht und am Nachmittag zum Kaffeekränzchen der Frauen-Union gehen kann,

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

während der Junge aufs Gymnasium geht und bei der Schüler-Union mitarbeitet und die Tochter die Realschule besucht.

Präsident Dr. Heub!: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Würdinger?

(Zurufe von der CSU)

Frau **Würdinger** (CSU): Herr Kollege Trapp, woraus schließen Sie, daß Kinder von Alleinerziehenden weniger begabt, oder auf bayerisch gesagt, dümmer sind als die anderen?

(Zurufe von der SPD: Das hat er nicht gesagt!)

 Doch, das hat er gesagt, klar und deutlich. Er hat abgehoben auf die Alleinerziehenden. Das lasse ich mir als Frau nicht gefallen.

Trapp (SPD): Frau Würdinger, das ist eine ganz grobe Unterstellung. Ich möchte Sie bitten, das Protokoll nachzulesen. Ich habe nur gesagt, daß die Politik der CSU für die Alleinerziehenden kaum etwas übrig hat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Frau Abg. Würdinger)

Ich bin lange genug selbst Lehrer gewesen, und ich weiß, daß die Kinder der Alleinerziehenden genauso intelligent sind. Darüber brauchen wir uns nicht zu streiten. Nur haben es die Mütter und Väter dieser Kinder in unserem Schulsystem wesentlich schwerer.

(Zuruf der Frau Abg. Würdinger)

Präsident Dr. Heubl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Fischer?

Dr. Fischer (CSU): Herr Kollege Trapp, ich bin kein Kulturpolitiker, das gebe ich zu. Aber wenn Sie unser bewährtes Schulsystem mit Margarine-Werbung in

Beziehung bringen, wie erklären Sie sich dann, daß unsere Schüler in Bayern, insbesondere die Abiturienten, hervorragend abschneiden, besser als in anderen Bundesländern?

(Beifall bei der CSU)

Trapp (SPD): Herr Kollege Fischer, es macht nichts, daß Sie kein Kulturpolitiker sind. Sie hätten aber genau zuhören sollen. Ich sage nur, Sie gehen von einem Familienbild aus, das die intakte Familie voraussetzt.

Zurufe von der CSU)

Sie sollten mich jetzt aber allmählich fortsetzen lassen.

(Abg. Hiersemann: Also laß' Dich nicht drausbringen, mach' weiter!)

Dieser bahnbrechende Beschluß, der den Lehrern sagt, wie sie Hausaufgaben zu stellen haben, indem sie das Prinzip der Differenzierung – das übrigens älter ist als Ihre Partei – beachten, hilft also nicht weiter. Er ist vor allem unzureichend bei Kindern, die aus Problemfamilien kommen, und auch bei Ausländerkindern; ihnen hilft es nichts, daß Hausaufgaben differenziert nach dem Leistungsvermögen gestellt werden. Differenzierte Hausaufgabenstellung hat ja nur einen Sinn, wenn sich die Kinder in kleinen Klassen finden. Mit 15 Kindern lasse ich es mir eingehen. Aber Sie wissen doch alle, daß wir in Bayern die größten Klassen der ganzen Bundesrepublik haben.

(Zurufe und Unruhe bei der CSU)

33 Kinder und mehr sind in den Schulen zusammen, und da greifen differenzierte Hausaufgabenstellungen einfach nicht mehr. Das wissen alle Kolleginnen und Kollegen, die von der Praxis nicht weit entfernt sind. Das mag in Bremen greifen, wo höchstens 20 Kinder in der Grundschulklasse sind, aber nicht hier. Die Realität in Bayern ist doch, daß wir die größten Klassen verzeichnen; die wünschenswerte Schülerzahl kommt allenfalls in angebotenen Hausaufgabenkursen zustande. Auf der Strecke bleiben dadurch vor allem Kinder aus bildungsfernen Schichten, die sich das nicht leisten können, Kinder aus finanzschwachen Familien und immer mehr Kinder auch von Normalverdienern. Der Hammer Ihrer Politik trifft oben die großen Schüler, denen Sie das Schüler-BAföG entzogen haben, wo Sie auch an der Kostenfreiheit des Schulwegs gedreht haben, und er trifft unten die kleinen Kinder, wo Sie die Kosten zunehmend auf die Eltern verlagern.

(Beifall bei der SPD)

Der jetzige Zustand macht den Eltern gerade bei den Hausaufgaben Sorgen, überfordert viele Schülerinnen und Schüler, er ist unbefriedigend für die Lehrer. Er sollte deswegen diesen Landtag zum Handeln veranlassen. Gut ist der jetzige Zustand allenfalls für Paukstudios, die ja in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Der Boom auf dem Nachhilfemarkt zeigt doch, daß die Eltern unter großen finan-

(Trapp [SPD])

ziellen Opfern Geld investieren, damit ihr Kind den Anschluß nicht verliert. Vor allem die Eltern aus betuchten Kreisen blättern 300 bis 400 DM hin.

(Unruhe und Zurufe bei der CSU – Abg. Hiersemann: Ja, warum regt ihr euch denn so auf, wenn mal jemand die Wahrheit sagt! Verstehe ich gar nicht! – Fortgesetzte Unruhe – Glocke des Präsidenten – Wortwechsel zwischen CSU- und SPD-Abgeordneten – Abg. Hiersemann: Da hält euch mal jemand den Spiegel vor!)

- Gut, Sie werden sich ja bestimmt zu einer Zwischenfrage melden, wenn Ihnen ein Problem am Herzen liegt. Die Eltern blättern 300 bis 400 DM hin, und wo das nicht möglich ist, sind es vielleicht auch nur 100 DM. Den Paukstudios geht es dabei gut, und zwar viel besser als den Kindern. Den Paukstudios kommt dabei zugute, Kollege Miller, da sollten Sie jetzt gut zuhören, daß unser bayerisches Schulsystem eben auch schon von neunjährigen Kindern eine Entscheidung verlangt, welche Schule sie künftig besuchen. Das führt natürlich auch dazu, daß die falsche Schule gewählt wird. An diesem Grundübel wollen Sie aber nicht drehen lassen. Den Paukstudios kommt auch zugute, daß wir so große Klassen haben und daß sich in unserem bayerischen Schulsystem zunehmend eine Erstarrung breitmacht; daß Sie nicht einmal mehr den Mut haben, Schulversuche durchzuführen

(Fortgesetzte Zurufe und Unruhe bei der CSU)

In unserem bayerischen Schulsystem, ob Sie das nun wahrhaben wollen oder nicht, machen sich langsam die Spinnweben breit, und es rostet immer mehr ein. Da nützt es überhaupt nichts, daß Sie es gesundbeten wollen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch und Unruhe bei der CSU)

Wir wissen natürlich, daß die Hausaufgaben- und Förderkurse eine Reparaturmaßnahme sind. Wir hätten grundlegende Reformen lieber, die dann auch vom dreigliedrigen Schulsystem wegführen müßten. Aber Hausaufgaben- und Förderkurse halten wir in der jetzigen Situation halt für durchsetzbar, und wir müßten auch mit Ihrer Zustimmung rechnen können, wenn Sie nicht alles unter ideologischen Gesichtspunkten sähen, Herr Kollege Miller.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Hausaufgabenkurse sind freiwillig und kostenlos. Es geht daher völlig an der Sache vorbei, wenn Sie davon sprechen, wir wollten den Kindern die Freizeit nehmen. Wenn Sie den Text lesen, werden Sie feststellen, daß die Maßnahmen auch zeitlich befristet sein können. Die Kinder unterliegen der Diagnose, die Kurse können abgesetzt werden, und es ist die individuelle Förderung möglich, die Sie der Schule zuweisen wollen, Herr Miller. Das ist halt möglich bei Gruppen von fünf bis zwölf Kindern, nicht aber in unseren großen Klassen.

Diese Hausaufgaben- und Förderkurse, vor allem die Förderkurse, sollen Hilfe gewähren bei Lernschwierigkeiten, Blockierungen und Lücken; sie sollen auch kurzfristige Lücken ausgleichen, wenn zum Beispiel ein Kind zwei oder drei Wochen krank gewesen ist, damit es den Anschluß findet und nicht immer Bahnhof versteht. Dann haben die Kinder auch Freude an der Schule, und das wollen wir mit unserem Antrag erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte langsam zum Ende kommen. Die CSU verneint einen Handlungsbedarf. Sie ist der Auffassung, daß alles in Ordnung sei. Sie wissen aber doch, daß die Realität anders aussieht als Ihr Wunschdenken. Wenn Sie sich einmal die Wünsche der Eltern anhören, dann werden Sie fruchtbaren Boden für unser Vorhaben finden. Auch Frau Kollegin Fischer hat vor zwei Jahren bekannt, daß regelmäßige Hausaufgabenbetreuung sehr gefragt ist. Mit dieser Auffassung steht die SPD also nicht allein. Wir befinden uns vielmehr in der breiten Front vom Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband über den Realschullehrerverband bis zum Bayerischen Elternverband.

(Zurufe von der CSU)

- Die sind auch mit dabei. Sie können bestimmt noch mehr aufzählen. Ich gebe Ihnen gerne das Wort zu einer Zwischenfrage, ob ich auch die und die Organisation noch weiß, die ebenfalls dafür ist. Es sind so viele dafür, daß ich gar nicht mehr alle weiß.

> (Abg. Hiersemann: Nur die Junge Union nicht! – Abg. Klasen zu Abg. Hiersemann: Weil sie wissen, daß sie selbst hingehen müssen!)

Alle Organisationen halten diese Forderung für sinnvoll.

(Signal des Präsidenten)

Ende der Redezeit, ja, ich komme zum Schluß.

Diese Verbände, die alle fachkompetent sind, halten das für notwendig. Die CSU hält es dagegen nicht für notwendig, und ich zweifle auch nicht, daß Sie irgendwo einen Leihprofessor à la Gauweiler haben, so einen Professor Sadlowowitsch, der sagt, das sei gar nicht notwendig. Aber seien Sie bitte in dieser Sache lernbereit, zeigen Sie doch auch hier, daß Sie Ihre Hausaufgaben machen können, damit wir den Kindern zuliebe vorankommen.

Wir Sozialdemokraten halten es für unerträglich, daß der Erfolg der Schule zunehmend erkauft werden kann, daß der Schulerfolg mit dem Geldbeutel der Eltern korrespondiert. Für uns sind Hausaufgaben- und Förderkurse ein Element der Chancengleichheit. Wir bitten Sie deshalb, wenn Schule, Eltern, Lehrer und Schüler es wollen, daß Hausaufgaben- und Förderkurse eingerichtet werden. Wenn Sie für eine schülerund sozialgerechte Betreuung sind, müssen Sie gerechte Chancen auch für die Kinder von Normalverdienern wollen. Ich bitte Sie, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat Herr Kollege Otto Meyer!

Meyer Otto (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt wollen wir doch einmal die Kirche im Dorf lassen. Wenn nur ein Bruchteil der Wunschvorstellungen, die Sie hier entwickelt haben, in den SPDregierten Ländern verwirklicht worden wäre, wären Ihre Ausführungen wesentlich glaubwürdiger, als sie jetzt erscheinen.

(Beifall bei der CSU - Zuruf des Abg. Trapp)

Sie sagen, Bayern verzeichne die größten Klassenstärken. Das stimmt hinten und vorne nicht. Wir haben in Bayern, Herr Kollege Trapp, die beste Relation Schüler/Lehrer, bei uns treffen die meisten Lehrer auf die Schüler. Sie unterschlagen beispielsweise, daß wir allein 4000 Planstellen vorhalten für die Lehrerserve oder Pädagogische Assistenten. Das gibt es in keinem anderen Land. Herr Kollege Trapp, Bayern ist auch das Land, das noch die meisten Lehrer anstellt.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege Meyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Klasen?

Meyer Otto (CSU): Die CSU ist die einzige Regierungspartei eines Landes, die ein Programm hat, in dem festgelegt ist, daß keine weiteren Lehrerplanstellen gekürzt werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege Meyer, darf ich Sie noch einmal fragen, ob Sie eine Zwischenfrage gestatten?

Klasen (SPD): Herr Kollege Meyer, sind Sie bereit, endlich zur Kenntnis zu nehmen, daß Kinder nicht in eine Relation gehen, sondern in eine Klasse, und daß es deswegen auf die Klassenstärke ankommt?

Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Ich habe das Gefühl, daß das die richtige Einstimmung für den Fußball nachher ist.

(Heiterkeit)

Meyer Otto (CSU): Zur Sache! Man kann doch Schwierigkeiten, die sich aus der Stellung von Hausaufgaben ergeben, nicht in der von Ihnen vorgeschlagenen Weise lösen. Wenn Kinder Hausaufgaben, die die Schule stellt, nicht erledigen können, dann kann die Lösung doch nicht darin liegen, daß wir eine Nebenschule schaffen, in der die Hausaufgaben gemacht werden.

(Beifall bei der CSU)

Hierfür gibt es ganz klare Richtlinien des Kultusministeriums. Wenn es Schwierigkeiten geben sollte, dann sollen sich die Eltern engagieren, dann soll sich der Schulleiter entsprechend einsetzen. Ich bin aber nicht bereit, meiner Fraktion vorzuschlagen, Hausaufgabenbetreuungskurse einzurichten und der Schule die Möglichkeit zu geben zu sagen: Wir nehmen den Stoff durch, ob ihn die Kinder kapiert haben oder nicht, ist nicht unser Bier, das können sie dann in der Hausaufgabenbetreuung machen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte auch den Kindern nicht die Chance geben zu sagen: Ach, was interessiert mich heute der Unterricht von dem Lehrer, da brauch' ich nicht besonders aufzupassen, da gehe ich in die Hausaufgabenbetreuung, die sollen es mir einpauken.

(Zuruf von der SPD: So ein Käse!)

Um das alles zu erreichen, stellen wir dann zu den 75000 Lehrern, die wir in Bayern haben, noch 10000 oder 15000 ein, die mit den Kindern die Hausaufgaben machen. Das kann doch kein realistischer Vorschlag sein.

(Zustimmung bei der CSU – Abg. Klasen meldet sich zu einer Zwischenfrage)

 Herr Kollege Klasen, ich möchte das jetzt zu Ende führen.

Erstens. Wir fordern die Eltern auf, sich um das Problem zu kümmern, und wir weisen die Lehrer an, sich an die Auflagen des Kultusministeriums zu halten und daran zu denken, was dieses Parlament im EUG beschlossen hat: Jeder einzelne Lehrer ist verantwortlich für Erziehung und Unterricht.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir schlagen eine differenzierte Hausaufgabenstellung vor. Vor 40 Jahren hatte ich eine ungeteilte Schule mit acht Klassen und 56 Kindern. Heute haben wir Klassenstärken von 20 bis 25 Kindern in einem Schülerjahrgang. Sechs Prozent aller Klassen haben noch mehr als 30 Schüler. Bei 20 Kindern soll die Lehrerin oder soll der Lehrer nicht in der Lage sein, die Kinder herauszufinden, die besondere Schwierigkeiten haben, und ihnen differenziert eine Hausaufgabe zu stellen, die sie auch erledigen können?

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege Meyer, gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage?

(Zurufe von der CSU)

Meyer Otto (CSU): Wir haben uns, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, vor Ihrem Vorschlag nicht zu verstecken. Was Sie sagen, ist irreal. Was wir sagen, ist die Realität. Unser Vorschlag weist den Weg in die Zukunft, den Weg zur Pädagogik, und er kommt dem Lehrer und auch dem Steuerzahler entgegen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Präsident Dr. Heubl: Nächster Redner, Herr Kollege Geisperger!

Gelsperger (SPD): Ich hätte mich nicht gemeldet, wenn nicht die ganze Angelegenheit auf eine völlig einseitige Schiene geschoben worden wäre.

Reden Sie einmal mit dem CSU-Oberbürgermeister Ludwig Scherl der Stadt Straubing und mit dem Vorsitzenden der Stadtratsfraktion der CSU, die die Mehrheit in der Stadt stellt, warum sie der Arbeiterwohlfahrt in Straubing wirksame finanzielle Hilfen zu den Personalkosten ihrer Hausaufgabenstube geben.

Meine Damen und Herren! Sie reden von "falscher" Schule.

(Widerspruch bei der CSU)

- Hören Sie doch einmal zu. Es gibt eine Hausaufgabenstube der Arbeiterwohlfahrt. Wissen Sie, wer dort betreut wird? Es sind Grundschülerinnen und Grundschüler, Hauptschülerinnen und Hauptschüler, deren berufstätige Eltern Angst haben, die Kinder könnten ihre Hausaufgaben nicht machen, nicht weil die Kinder nicht die Fähigkeit dazu hätten oder weil sie es vielleicht nicht verstanden haben könnten oder weil der Lehrer die Aufgabe nicht erklärt hat, sondern weil ein Kind eben nicht ausschließlich ein intellektueller Apparat ist, sondern auch ein Wesen mit einer Seele.

(Beifall bei der SPD)

Bei einer normalen Familie sagt die Mutter: "Geh' Sepperl, host dei Aufgab' scho g'macht? Maderl, setz' di hi, du host doch bestimmt wos auf." Die Eltern der Kinder unserer Hausaufgabenstube sind überglücklich, daß es für die Gruppe von 12 bis 15 Kindern Erzieherinnen gibt, die den Kindern ein bisserl psychologische Hilfe leisten. Sie sagen: "Jetzt spuin ma amoi a Stund' oder zwoa, und dann setz' ma uns hi und mach'ma unser Aufgab'." Sie machen also das, was sonst in einer Familie die Mutter macht.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Würdinger? – Bitte, Frau Kollegin Würdinger!

Frau **Würdinger** (CSU): Diese Betreuungsstätten haben wir in vielen Städten. Meinen Sie nicht, daß das, was Sie hier fordern, Aufgabe des Kinderhortes wäre? Kollege Trapp hatte bei seiner Argumentation eine ganz andere Intention. Ihnen geht es um die Bewahrung der Kinder, und deshalb setzt sich die CSU ein

(Widerspruch bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Frau Kollegin, bitte stellen Sie eine Frage!

Frau **Würdinger** (CSU): Glauben Sie, daß wir da nicht mit einem Hortgesetz besser vorankämen?

(Zurufe von der SPD)

Geisperger (SPD): Frau Kollegin Würdinger, die Arbeiterwohlfahrt unterhält mit Unterstützung der Stadt bei den Personalkosten auch einen Kinderhort. Das sind zwei grundverschiedene Dinge. Die einen Kinder

brauchen nur eine Hausaufgabenstube, eine Hilfe beim Hausaufgabenmachen, und die anderen brauchen den Kinderhort. Bitte unterscheiden Sie zwischen den beiden Bedürfnissen.

Herr Miller, Sie haben es sich wirklich sehr leicht gemacht, als Sie gesagt haben, es gehe hier, um jetzt einmal zu übertreiben, nur um die eingebildeten Eltern, die ihre unbegabten Kinder aufs Gymnasium schicken, und wenn sie da nicht mitkommen, dann müsse der Staat diese Kinder so fördern, wie wohlhabende Eltern ihre Kinder mit Nachhilfelehrern fördern. Solche Fälle gibt es, aber das ist doch nicht das Ziel der Hausaufgabenstube.

Ich möchte noch einmal sagen: Richtlinien sind prima. Aber das Kind kann sich nicht auf die Richtlinien verlassen. Sagen Sie einmal einem zehnjährigen Mädchen oder einem zwölfjährigen Buben, der fußballnärrisch ist: "Du, lies mal die Richtlinien des Kultusministeriums. Da steht drin, Du mußt Deine Aufgaben machen." Da gehören menschliche Nähe und menschliche Hilfe her, und es ist zutiefst traurig, daß Sie für diese menschliche Seite kein Verständnis haben, ausgerechnet Sie, die Sie immer behaupten, der Mensch stehe im Mittelpunkt. Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Meldungen zu einer Zwischenfrage)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Es tut mir leid, Herr Kollege, es wollten gleich drei Kollegen eine Zwischenfrage stellen.

Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Paulig!

Frau **Paulig** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der SPD zur Einrichtung und Finanzierung von Förderund Hausaufgabenbetreuungskursen weist auf ganz gravierende Mängel unseres Schulsystems hin, Mängel, die einmal in der Schulgliederung und -organisation und zum anderen im Schultagesablauf liegen.

"Schule verteilt Lebenschancen." Dies haben inzwischen vor allem die Eltern verinnerlicht. Sie geben ihre Kinder gern auf höhere Schulen, und alle Lobpreisungen der Hauptschule, der beruflichen Bildung oder auch der mittleren Schulabschlüsse verhallen ungehört.

Das ist auch verständlich, wenn wir überlegen, welche gesellschaftlichen Stellungen, welche unterschiedlichen Bezahlungen an derartige Schulabschlüsse gebunden sind. Wenn ich mir dazu anschaue, mit welcher Leichtigkeit Sie gestern unsere Änderungsanträge abgelehnt haben, mit denen wir eine bessere Besoldung für Arbeiter und Angestellte im Landtagsamt gefordert haben, so bestätigt dies meine Ausführungen.

Der Wunsch der Eltern nach höherer Schulbildung ist auch dann verständlich, wenn man bedenkt, mit wie vielen Mühen und Belastungen ein zweiter Bildungsweg verbunden ist. Das wissen Sie sicher auch genau.

Eltern schicken ihre Kinder also in "höhere" Schulen, um ihnen die Chance zu geben, vom gesellschaftli(Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

chen Kuchen der Schulbildung ein Stück und nicht nur ein paar Brösel zu erlangen. Das aber bedeutet nun leider in vielen Fällen eine enorme Belastung der Schülerinnen und Schüler, das Erleben von Versagen oder mühseligen Fortschritten im leistungsorientierten Schulwesen.

Für Sie, meine Damen und Herren in der CSU, ist an diesem Punkt die Analyse der Situation der Bildung meistens abgeschlossen. Eltern sind also schuld, weil sie ihre Kinder alle ins Gymnasium schicken; so ähnlich ist es hier angeklungen. Aber gehen Sie doch bitte in Gedanken einen Schritt weiter! Hinterfragen Sie doch einmal bitte ganz vorsichtig das dreigliedrige Schulsystem, die mit ihm verbundenen frühen Ausgliederungsprozesse und den gesellschaftlichen Wert des beruflichen Bildungsweges über die Hauptschule! Denken Sie dabei bitte auch an die unterschiedlichen Belastungen der Lehrer und Lehrerinnen in den verschiedenen Schultypen!

(Zuruf des Abg. Asenbeck)

– Alle sind sehr belastet, aber sie werden nicht gleich bezahlt. Das muß man einmal feststellen. Hier wäre ein Ansatzpunkt, um berechtigten Elternerwartungen und Schulanforderungen überlasteter Schüler entgegenzukommen. Wir bräuchten eine Vereinheitlichung im Bildungssystem.

(Abg. Daum: Ja, freilich!)

Daraus folgend wären dann beispielsweise eine Integration allgemeiner und beruflicher Bildung und eine Aufwertung der Hauptschule möglich, die unterschiedliche Begabungen auch wirklich anerkennt.

(Frau Abg. Fischer: Das paßt doch nicht zusammen!)

 Das paßt schon zusammen! Es wäre auch möglich, Lerngruppen oder Schulen leichter zu wechseln, wenn wir eine gemeinsame und länger dauernde Grundbildung hätten.

(Abg. Daum: Das haben wir doch!)

Es wäre auch möglich, frühe Schulentscheidungen, die über Jahre belastend sind, zu ändern und die Belastungen der Schüler nicht für Jahre beizubehalten.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Fischer?

Frau **Paulig** (DIE GRÜNEN): Nein, ich mache weiter. Es tut mir leid, aber es gibt ein Fußballspiel oder so etwas, habe ich gehört. Ich bin also gehalten, weiterzusprechen.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Unbeschadet des Fußballspiels haben Sie eine Viertelstunde Redezeit.

Frau **Paulig** (DIE GRÜNEN): Die Notwendigkeit von Förder- und Hausaufgabenbetreuungskursen würde sich dann ganz anders darstellen.

Aber lassen Sie mich auch noch auf schulinterne Bedingungen im Unterrichtsablauf, in Inhalten und im pädagogischen Umgang mit Kindern eingehen! Wer sich Gespräche unter Schülern anhört, wird feststellen, daß sie so gut wie nie über Inhalte, sondern immer nur über erzielte oder erzielbare Noten und Punkte sprechen. Es geht in der Schule nicht mehr um Erkenntnisse oder gar um Wahrheitssuche; es geht nur noch um die Auslese streßfester Schüler. Allein die Menge des zugemuteten Stoffes verhindert ja eine Auseinandersetzung mit dem Stoff. Sie kennen die wohl berechtigte Forderung der Eltern gymnasialer Schülerinnen und Schüler, daß wir mehr Qualität statt Quantität brauchen. Hier müßte man ansetzen!

Wer im Unterricht nicht mithält, muß sich den Stoff außerhalb der Schule auf Kosten der Freizeit aneignen. Hier setzt unsere Kritik am vorliegenden Gesetzentwurf an: In ihm werden Maßnahmen gefordert, die am Nachmittag, in der Freizeit, reparieren sollen, was vormittags kaputtgemacht und versäumt worden ist.

(Abg. Daum: Vom Lehrer? – Weitere Zurufe)

Der Förderunterricht arbeitet überwiegend mit methodisch-didaktisch gleichen Mitteln. Er schließt an einen Schulalltag an, der von Mißerfolgen geprägt war. Meistens fehlen die echte Entspannungspause, das Mittagessen, die Ruhe.

Bezüglich der Hilfe bei den Hausaufgaben besteht ein Bedarf; denn sogar Eltern mit gymnasialer Bildung sitzen häufig ratlos über den Hausaufgabenheften ihrer Kinder.

Hier wären offene Hausaufgabenbetreuungseinrichtungen denkbar, die Schülerinnen und Schüler wirklich freiwillig besuchen können, wenn Fragen und Probleme anstehen. Schulische Veranstaltungen mit der Verpflichtung zu regelmäßiger Teilnahme, entsprechender Haftung und Kontrolle lehnen wir ab. Wir denken, daß die Chancengleichheit nicht durch eine Verlängerung des Unterrichts zu erreichen ist.

Lassen Sie mich hier aber auch kurz auf das Angebot von Ganztagsschulen eingehen. Wir brauchen Ganztagsschulen, aber mit anderen Lehr- und Lernmethoden, mit einer offenen Gestaltung des Tages, mit Phasen der Ruhe und Entspannung, der Konzentration und intellektuellen Leistung und auch mit Zeiten musischer und praktischer Betätigung. So müßten künftige Ganztagsschulen aussehen; dann würden sie auch akzeptiert.

Bei den differenzierten Hausaufgaben sieht es düster aus; es gibt sie sehr, sehr selten. Wir bräuchten auch mehr Wiederholungsphasen im Unterricht, und wir bräuchten kleinere Klassen und Lerngruppen, Phasen des Lernens ohne Leistungskontrollen, und wir bräuchten für Lehrerinnen und Lehrer auch mehr Freiräume in der Gestaltung des Unterrichts am Vormittag.

(Abg. Daum: Freilich, noch mehr!)

Wir bräuchten Schulen, in die Kinder und Jugendliche jeden Tag gern, ohne Angst und ohne Not über nachmittägliche Hausaufgaben gehen; so etwas gibt es. Es gibt genug Modellschulen, in denen auch schwa(Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

che Kinder gefördert werden, ohne daß sie unter Angst oder Druck stehen.

Wir brauchen also grundlegende Änderungen im Schulsystem, und es wäre sehr begrüßenswert, wenn die CSU ihre schönen bildungspolitischen Worte über Erfolg und Freude in der Schule endlich auch in Taten umsetzen würde.

Im Kulturpolitischen Ausschuß habe ich gegen den Gesetzentwurf gestimmt. Meine Fraktion wird sich heute der Stimme enthalten, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß wir uns der schulpolitischen Mißstände, die zu dem Antrag geführt haben, sehr wohl bewußt sind,

(Abg. Langenberger: Wir auch!)

jedoch andere Lösungswege bevorzugen. Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegt der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 11/16. Gemäß § 55 Absatz 3 der Geschäftsordnung treten wir in die Einzelberatung ein.

Ich rufe auf Artikel 1. – Wortmeldungen sehe ich keine. Die Ausschüsse empfehlen die Ablehnung.

Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD a b g e l e h n t.

Da auch die Artikel 2 bis 8 zur Ablehnung empfohlen werden, schlage ich vor, über sie gemäß § 55 Absatz 3 Satz 2 der Geschäftsordnung gemeinsam abstimmen zu lassen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Ich rufe auf die Artikel 2 bis 8. – Wortmeldungen sehe ich keine. Von den Ausschüssen wurde Ablehnung empfohlen. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme der Artikel 2 bis 8 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Danke. Stimmenthaltungen? – Die Artikel 2 bis 8 sind mit den Stimmen der CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD abgelehnt.

Da in den abgelehnten Artikeln alle wesentlichen Teile der Gesetzesvorlage enthalten sind, unterbleibt jede weitere Beratung und Abstimmung. Der Gesetzentwurf ist insgesamt abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist für heute geschlossen. Fortsetzung morgen 9 Uhr.

(Schluß der Sitzung: 19 Uhr 29 Minuten)

Anlage 1

Mündliche Anfragen gem. § 73 Abs. 2 Satz 2 GeschO

Abg. Franz (SPD), Fragesteller:

Wie beurteilt die Staatsregierung den Kahlschlag in einem vor ca. 10 Jahren mit Beratung und Zustimmung durch das Forstamt aufgebauten Feldgehölz in der Gemeinde Königshofen/Hellingen, Landkreis Haßberge, durch die untere Naturschutzbehörde des Landratsamtes ohne Zustimmung der Gemeinde als Grundeigentümer in einer ohnehin biotop- und äsungsflächenarmen Flur?

Antwort der Staatsregierung:

Bei dem angesprochenen Feldgehölz handelt es sich um einen Trockenstandort in der Gemarkung Heilingen der Stadt Königsberg – nicht Königshofen – im Bereich des sogenannten Oberliedenbergs. Eigentümerin der Fläche ist die Stadt Königsberg. Dort gibt es Bestände der Küchenschelle, einer sehr seltenen und daher besonders geschützten Pflanze, die eben auf Trockenstandorte angewiesen ist. Im Jahr 1984 wurde der Oberliedenberg deshalb teilweise als Landschaftsbestandteil unter Schutz gestellt.

Etwa um das Jahr 1970 war diese Fläche, die bis dahin unter dem Namen "Geißrange" landwirtschaftlich extensiv genutzt wurde, als landwirtschaftliche Grenzertragsfläche vom örtlichen Jagdpächter aufgeforstet worden. Die Aufforstung war nach damaliger Rechtslage zulässig und deshalb vom Forstamt gefördert worden. Nach heute geltendem Recht wäre eine solche Aufforstung im Hinblick auf die große ökologische Bedeutung der Trockenstandorte nach Art. 16 BayWaldG in Verbindung mit Art. 6d Abs. 1 BayNatSchG nicht mehr zulässig.

Im Zusammenhang mit der Unterschutzstellung der Fläche hat sich das Landratsamt mit der Stadt im Jahre 1984 darauf geeinigt, daß die forstwirtschaftliche Nutzung zwar grundsätzlich erhalten werden soll, daß aber langfristiges Ziel ein Feldgehölz mit Freiflächen für den seltenen Pflanzenbestand ist. Heuer verständigte man sich auf die Durchführung entsprechender Pflegemaßnahmen, die das Landratsamt dann mit ABM-Kräften durchführte. Dabei handelt es sich keineswegs um einen Kahlschlag, sondern um eine Durchforstung des Bestandes zur Vergrößerung bereits vorhandener Freiflächen. Nach Auffassung des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wären diese Maßnahmen auch aus forstlicher Sicht geboten gewesen.

Bedauerlicherweise hat es das Landratsamt infolge eines Versehens unterlassen, die Stadt vor Durchführung der bereits grundsätzlich vereinbarten Maß-

m. The

nahme zu unterrichten. Die dadurch bedingten Unstimmigkeiten werden vom Landratsamt bedauert.

Festzuhalten bleibt aber, daß es sich bei den Maßnahmen sowohl aus naturschutzfachlicher als auch aus forstlicher Sicht um eine notwendige und sinnvolle Maßnahme zur Biotopverbesserung gehandelt hat. Ich sehe deshalb keine Veranlassung, die Entscheidung des Landratsamtes zu beanstanden.

Frau Abg. **Memmei** (DIE GRÜNEN), Fragestellerin:

Mit welchen Vorschlägen und Forderungen hat der Bayerische Umweltminister bei seinem Informationsbesuch in der CSSR gegenüber dem tschechoslowakischen Energieminister die Sorgen der Bevölkerung in Bayern und in der ganzen Bundesrepublik wegen der Gefährlichkeit der Atomkraftwerke in der CSSR vorgebracht und welche Position hat er gegenüber den anscheinend auch nach der Katastrophe von Tschernobyl unerschütterten Ausbauplänen für die atomare Energiegewinnung in der CSSR bezogen?

Antwort der Staatsregierung:

In meinen Gesprächen mit Energieminister Ehrenberger, die eine Verringerung der SO₂-Immissionsbelastung in Nordostoberfranken durch eine Absenkung der Schwefeldioxidemissionen der Braunkohlekraftwerke in der CSSR zum Ziele hatten, hat dieser darauf hingewiesen, daß eine wirksame Reduzierung der Schadstoffemissionen auch durch einen weiteren Ersatz der Braunkohlekraftwerke durch Kernkraftwerke erfolgen werde. Beim Ausbau der Kernenergie habe die Sicherheit jedoch Vorrang gegenüber allen anderen Aspekten. Die CSSR begrüße deshalb auch die internationalen Übereinkommen über die gegenseitige Information und Hilfeleistung bei kerntechnischen Unfällen.

Nach Auffassung von Minister Ehrenberger kann der RBMK-Reaktor von Tschernobyl sicherheitsmäßig nicht mit den in der Tschechoslowakei verwendeten Reaktoren verglichen werden. Wir haben in der Auffassung übereingestimmt, daß bei Berücksichtigung der international gültigen Sicherheitsstandards die friedliche Nutzung der Kernenergie eine verantwortbare Energietechnologie mit extrem geringen ökologischen Auswirkungen darstellt.

Frau Abg. König (SPD), Fragestellerin:

Aus welchem Grund hat die Staatsregierung einen Antrag im Ausschuß für Arbeit und Soziales

im Bundesrat, der einen Bericht über evtl. Leistungsverbesserungen bei der Arbeitslosenhilfe zur Entlastung der Sozialhilfe anforderte, abgelehnt?

Antwort der Staatsregierung:

Im Ausschuß für Arbeits- und Sozialpolitik wurde am 18.03.1987 der Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung des Versicherungsschutzes bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit beraten. Dabei war u.a. über einen Antrag zu entscheiden, mit dem von der Bundesregierung ein schriftlicher Bericht zum Ende des Jahres 1987 über die Frage erbeten werden sollte, inwieweit auch bei der Arbeitslosenhilfe Leistungsverbesserungen möglich seien, die eine zusätzliche Inanspruchnahme von Sozialhilfe ersparen würden.

Dieser Antrag wurde ohne Gegenstimme angenommen. Insofern geht die gestellte Frage, die eine Ablehnung des Antrags durch den Vertreter der Staatsregierung im Ausschuß unterstellt, von unrichtigen Voraussetzungen aus.

Im Hinblick darauf, daß §44 Abs.2 und 3 der Geschäftsordnung des Bundesrates zu vertraulicher Behandlung sowohl im Hinblick auf die Abstimmungsergebnisse wie auch die Aussprache im Ausschuß verpflichtet, bitte ich um Verständnis, wenn ich hierzu im einzelnen keine weiteren Ausführungen mache.

Abg. Eykmann (CSU), Fragesteller:

Nachdem zum wiederholten Male öffentlich über den Erhalt einer C 3-Professur in den Politischen Wissenschaften an der Universität Würzburg diskutiert wird, frage ich die Staatsregierung, ob davon auszugehen ist, daß diese Stelle im Teilgebiet "Internationale Beziehungen" erhalten bleibt und alsbald durch eine Entscheidung des Wissenschaftsministeriums die Diskussion beendet wird?

Antwort der Staatsregierung:

Die C 3-Stelle für Politische Wissenschaften wurde im Jahre 1982 von der Juristischen Fakultät der Universität Würzburg in die Philosophische Fakultät III zum Fach Politische Wissenschaften übertragen. Entsprechend dem Vorschlag der Universität Würzburg wurde diese Stelle im Frühjahr 1983 zur Ausschreibung für "Politische Wissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Beziehungen" freigegeben.

Die Universität Würzburg konnte wegen interner Schwierigkeiten bis heute noch keinen Besetzungsvorschlag vorlegen. Da die ursprüngliche Vertretung der Stelle durch den früheren Inhaber ausgelaufen war, wird die Stelle seit 1.10.1986 durch einen qualifizierten Politologen vertreten. Der Lehrbetrieb ist damit gesichert. Der Bestand der Stelle für die Politische Wissenschaft wurde vom Ministerium nie in Frage gestellt. Andererseits fühle ich mich nicht aufgerufen, ohne Not in die interne Meinungsbildung einer Universität einzugreifen und hochschulinterne Diskussionen und deren Wiedergabe in der Öffentlichkeit zu beenden.

Frau Abg. Fischer (CSU), Fragestellerin:

Trifft die Pressemitteilung im Nordbayerischen Kurier vom Donnerstag, 19. März 1987, zu, daß die Reaktivierung der naturwissenschaftlichen Sammlung in Bayreuth auf den Einspruch des Finanz- und Wissenschaftsministeriums hin aus dem Regionalplan (für die Region Oberfranken-Ost) herausgestrichen wurde, und sind die zuständigen Ministerien (Umwelt-, Finanz- und Wissenschaftsministerium) grundsätzlich bereit, eine Reaktivierung der naturwissenschaftlichen Sammlung, auch für Forschungszwecke der Universität Bayreuth, zu unterstützen, vor allem im Hinblick auf die von der Stadt Bayreuth geäu-Berte Bereitschaft, übergangsweise die Kosten für Unterbringung und Betreuung zu übernehmen?

Antwort der Staatsregierung.

- 1. Die Behauptung, "die Reaktivierung der naturwissenschaftlichen Sammlung in Bayreuth (sei) auf den Einspruch des Finanz- und Wissenschaftsministeriums hin aus dem Regionalplan (für die Region Oberfranken-Ost) herausgestrichen" worden, beruht auf einem Irrtum. Das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen stellt im Bescheid vom 20.10.1986 betreffend Verbindlicherklärung des Regionalplans der Region Oberfranken-Ost dazu fest: "Die naturwissenschaftliche Sammlung der Außenstelle Erdgeschichtliches Museum Bayreuth soll reaktiviert werden".
- Ein Antrag der Universität Bayreuth auf Reaktivierung der naturwissenschaftlichen Sammlung für Forschungszwecke liegt dem Ministerium nicht vor. Die Einrichtung einer universitären, naturwissenschaftlichen Sammlung in Bayreuth hätte im Rahmen der Ausbauplanung der Hochschule nur eine geringe Priorität.

Abg. Dr. Schosser (CSU), Fragesteller:

Nachdem die Industrie seit vielen Jahren an Universitäten und Fachhochschulen Spenden zur Anschaffung von Geräten gibt oder solche direkt spendet, frage ich die Staatsregierung, wie die Hochschulen verfahren sollen, wenn diese Objekte Wartungs- oder gar Bedienungskosten erfordern und wenn sie selbst nicht über die dafür nötigen Mittel verfügen?

Antwort der Staatsregierung:

Wartungs- und Bedienungskosten der Geräte an Hochschulen müssen aus den Ansätzen für Forschung und Lehre (Titelgruppe 73) der einzelnen Hochschulkapitel bestritten werden. Die Staatsregierung und nicht zuletzt der Bayerische Landtag waren und sind bemüht, in den Haushalten dafür einen ausreichenden Spielraum zu schaffen. So wurden auch im Doppelhaushalt 1987/1988 die Ansätze für Lehre und Forschung überdurchschnittlich gesteigert. Gleichwohl sind die Mittel knapp bemessen.

Die Bayerische Staatsregierung wird auch in den kommenden Haushalten um überproportionale Steigerungsraten bemüht sein. Abg. Dr. Rost (CSU), Fragesteller:

In welcher Form kann bzw. wird die Staatsregierung das vom Nürnberger Generalintendanten für das Jahr 1988 geplante Projekt der Wiederbelebung und Aufführung der barocken Festoper ORLANDO PALADINO von Joseph Haydn – mit vornehmlicher Darbietung in der Bayreuther Eremitage – fördernd unterstützen?

Antwort der Staatsregierung:

Bei dem in der Mündlichen Anfrage erwähnten Projekt handelt es sich um ein Einzelstück, das die Städtischen Bühnen Nürnberg offensichtlich im Rahmen ihres Spielplans 1988 einzustudieren beabsichtigen. Eine spezielle Projektförderung dazu kann nicht in Aussicht gestellt werden. Die Städtischen Bühnen Nürnberg werden – wie die Bühnen anderer kommunaler Theaterträger – vom Freistaat Bayern jährlich durch Betriebskostenzuschüsse gefördert. Welche Spielpläne mit welchen Einzelstücken oder welche besonderen Projekte aus den dem Theater verfügbaren Mitteln (und damit auch aus den vom Staat zur Verfügung gestellten Betriebskostenzuschüssen) finanziert werden, liegt in der alleinigen Entscheidung der Städtischen Bühnen.

Abg. Mehrlich (SPD), Fragesteller:

Wie ist der aktuelle Planungsstand für das vorgesehene zentrale Finanzamtsgebäude für den Landkreis Main-Spessart in Lohr, und wann kann voraussichtlich mit dem Baubeginn gerechnet werden?

Antwort der Staatsregierung:

Gegenwärtig erstellt die Oberfinanzdirektion Nürnberg für das neue zentrale Finanzamtsgebäude das erforderliche Raumprogramm. Für die weiter notwendigen Planungsschritte sind erfahrungsgemäß 1½ bis 2 Jahre anzusetzen. Dies bedeutet, daß mit dem Bau während der Laufzeit des Doppelhaushalts 1989/1990 begonnen werden kann. In diesem Doppelhaushalt sollen auch die erforderlichen Mittel für den Baubeginn eingestellt werden.

Abg. Breitrainer (CSU), Fragesteller:

Nachdem in den letzten Wochen bei Rimsting durch einen streunenden und bei Bad Aibling durch einen freilaufenden Hund trächtige Rehgeiße zerfleischt wurden, frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, um solche grausamen Tiertragödien zu verhindern und die Fahndung nach den verantwortlichen Hundehaltern wirksam zu gestalten?

Antwort der Staatsregierung:

Nach dem Bayer. Jagdgesetz ist es verboten, Hunde in einem Jagdrevier unbeaufsichtigt frei laufen zu lassen. Verstöße gegen diese Regelung werden mit einer Geldbuße bis zu 1000,— DM geahndet.

Der Revierinhaber ist außerdem berechtigt, wildernde Hunde und streunende Katzen zu töten.

Die Fahndung nach den betreffenden Hundehaltern ist vorwiegend Aufgabe der Polizei. Sie wird dabei von den Jagdschutz- und Forstschutzberechtigten unterstützt.

Abg. Mittermeier (CSU), Fragesteller:

Ist aufgrund der Tatsache, daß die letzte Weizenlieferung aus EG-Beständen an die UdSSR mit 300 DM pro Tonne subventioniert werden mußte, die Behauptung noch haltbar, nachwachsende Rohstoffe würden sich wirtschaftlich nicht rechnen?

Antwort der Staatsregierung:

Die zur Zeit von der EG gewährten Ausfuhrerstattungen in Höhe von 300 DM je Tonne Weizen reichen bei den gegenwärtigen Energierohstoffpreisen nicht aus, um Agraralkohol für die Verwendung im Treibstoffbereich wettbewerbsfähig zu machen. Bei einem Erzeugerpreis für Getreide von rund 42,— DM müßte unter Einbeziehung der EG-Stützung für die Ethanol-Herstellung der Übernahmepreis rund 0,75 DM je Liter Ethanol betragen. Bei dem derzeit äußerst niedrigen Raffinerieabgabepreis von rund 30 Pfennigen je Liter ist noch ein zusätzlicher Stützungsbetrag von rund 45 Pfennigen je Liter Ethanol bzw. 150,— DM je Tonne Getreide erforderlich.

Anlage 2

Anhang

zur Haushaltsrede des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr für die Jahre 1987/88

Übersicht Seite:

I. Teil

Allgemeine Daten zur wirtschaftlichen Lage im nationalen und internationalen Rahmen	3— 5
Bevölkerungsbewegung und -struktur, Beschäftigte	6—10
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	11 — 14
Energieverbrauch nach Energieträgern	15
Berriehsorößenstruktur Industie-/Bauhauptoewerbe	16
Lage der Bauwirtschaft	
Handwerksberichterstattung	18
Finzelhandel Gastgewerhe und Fremdenverkehr	19
Konkurse, Gewerbean- und -abmeldungen	20 — 21
Preisentwicklung	
Bruttostundenverdienste im Produzierenden Gewerbe	23
Außenhandel	24 — 26
Arbeitsmarkt	27 — 30
Berufliche Bildung	31
Verkehrswesen	32 — 39

- Öffentlicher Personenverkehr
- Luftverkehr
- Binnenschiffahrt
- Güterumschlag auf Straße und Schiene
- Kraftfahrzeugbestände

Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
Statistisches Bundesamt
Kraftfahrtbundesamt
Bundesanstalt für Arbeit
Bundesverwaltungsamt

Bayerns wirtschaftliche Stellung im Bundesgebiet

1. Größenordnungen

	Einheit		Bayern		Bund	esgebiet	= 100
	Clunelt	1970	1985	1986	1970	1985	1986
Fläche	qkm		70 552,7			28,4	
Wohnbevölkerung (jew. 30.6.)	1000	10 479,4	10 961,0	10 993,4	17,3	18,0	18,0
Erwerbstätige	1000	4 887,2	5 243,5		18,8	19,7	
Selbständige	1000	640,2	533,2		23,1	22,0	
Bruttoinlandsprodukt (in jew. Preisen)	Mrd. DM	107,4	325,0	347,0	15,9	17,7	17,8
Bruttoinlandsprodukt je Einw.	. DM	10 247	29 642	31 560	92,0	98,3	99,1
Industriebeschäftigte 1)	1000	1 485,0	1 304,3	1 344,9	16,7	18,8	19,0
Industrieumsatz 1)	Mrd. DM	83,5	242,6	241,2	14,2	16,2	16,4
Exportquate 1)	%	18,0	32,3	32,9	98,9	108,8	110,8
Ausfuhr	Mrd. DM	15,8	79,6	81,8	12,6	14,8	15,5
Einfuhr	Mrd. DM	12,4	69,2	62,0	11,3	14,9	15,0
Arbeitslose (Jahres ∅)	1000	36,9	344,7	316,0	24,8	15,0	14,2
Kraftfahrzeug-Dichte (jew. 1.	7.) 2)	299	526	546	108,3	106,7	106,6
Straßenlängen (ohne Gemeindes	tr.) Km	35 524	40 573	40 696	21,9	23,4	23,5

2. Entwicklungen

	Bayern Bundesgebiet							
	Veränderung in %							
	1986/70	1985/84	1986/85	1986/70	1985/84	1986/85		
Wohnbevälkerung (jew. 30.6.)	+ 4,9	± 0	+ 0,3	+ 0,7	- 0,3	+ 0,1		
Erwerbstätige	•	+ 1,1			+ 0,1	•		
Bruttoinlandsprodukt (in jew. Preisen)	+ 223,1	+ 5,7	+ 6,8	+ 187,9	+ 4,9	+ 5,7		
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	+ 208,0	+ 5,7	+ 6,5	+ 186,1	+ 5,1	+ 5,6		
Gesamtwirtschaftliche Produktivität 3)	+ 59,2	+ 2,4	+ 1,6	+ 47,1	+ 1,9	+ 1,5		
Industriebeschäftigte 1)	- 9,4	+ 2,2	+ 3,1	- 20,5	+ 1,3	+ 1,7		
Industrieumsatz 1)	+ 188,9	+ 9,2	- 0,5	+ 249,7	+ 7,0	- 1,9		
Ausfuhr	+ 416,2	+ 11,6	+ 2,8	+ 320,2	+ 10,0	- 2,0		
Einfuhr	+ 398,6	+ 8,5	- 10,4	+ 277,9	+ 6,8	- 10,7		
Kraftfahrzeugbestand (jew. 1.7.)	+ 91,5	+ 3,0	+ 4,2	+ 87,0	+ 2,4	+ 3,9		
Straßenlängen (ohne Gemeindestr.)	+ 14,6	+ 0,6	+ 0,3	+ 6,7	- 0,1	+ 0,1		

¹⁾ Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen

²⁾ Kraftfahrzeuge je 1000 Einwohner

³⁾ Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

B/-4- DLP11/20

Internationale Vergleichszahlen

1. Größenordnungen

Land	BIP 1) Mrd. KKS 2)	Arbeitsl	osenquote 3)	Leistungsbilanz- saldo; Mrd. US \$	Devisenreserven ohne Gold;Mrd. US \$
	1986	1985	1986	. 1986	1986 4)
BR Deutschland	966,2	8,2	7,9	+ 35,8	45,6
Italien	699,3	12,9	13,8	+ 4,8	17,2
Großbritannien	797,4	12,0	12,1	- 0,5	14,7
Frankreich	806,5	10,5	10,8	+ 3,8	26,5
Spanien	382,1	22,1	21,2	+ 4,8	12,1
Niederlande	209,5	13,3	12,4	+ 7,3	11,2
Belgien	135,8	13,6	12,6	7.0	5,1
Luxemburg	6,7	1,7	1,5	+ 3,8	•
Portugal	70,2	8,6		+ 1,8	1,1
Griechenland	74,6	2,2	2,8	- 1,8	1,0
Dänemark	81,7	8,7	7,6	- 4,3	4,7
Irland	32,3	18,0	18,4	- 0,5	3,0
USA	4 993,7	6,9	6,8	- 138,0	35,4
Japan	1 810,0	2,6	2,8	+ 81,8	31,3

2. Veränderungen in % jeweils zum Vorjahr

Land	1	Bruttosozial- produkt real		Verbraucherpreise		Außenhandel real 1986		Bruttoanlage- investitionen real	
	1985	1986	1985	1986	Export 5)	Import 5)	1985	1986	
BR Deutschland	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,2	- 0,2	- 0,5	+ 3,5	- 0,3	+ 3,1	
Italien	+ 2,3	+ 2,5	+ 9,2	+ 5,9	+ 4,5	+ 8,0	+ 4,1	+ 5,0	
Großbritannien	+ 3,5	+ 2,5	+ 6,1	+ 3,5	+ 1,5	+ 6,0	+ 1,8	+ 2,0	
Frankreich	+ 1,1	+ 2,5	+ 5,8	+ 2,5	+ 0,5	+ 5,5	+ 3,4	+ 3,5	
Spanien	+ 2,0	+ 3,0	+ 8,8	+ 8,8	+ 3,5	+ 4,5	+ 6,0	+ 7,0	
Niederlande	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,3	+ 0,3	+ 3,0	+ 4,5	+ 3,7	+ 4,0	
Belgien	+ 1,5	+ 2,0	+ 4,9	+ 1,3	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,0	+ 3,5	
Portugal	+ 2,8	+ 2,0	+ 19,7	+ 11,7	+ 6,0	+ 5,5	± 0	+ 1,5	
Griechenland	+ 2,0	+ 0,5	+ 19,3	+ 23,0	+ 4,0	- 2,0	+ 3,0	- 3,0	
Dänemark	+ 3,8 + 2,0 + 2,7	+ 2,5	+ 4,7	+ 3,6	+ 3,0	+ 4,0	+ 14,6	+ 6,0	
Irland		+ 2,5	+ 5,4	+ 3,9	+ 4,0	+ 3,5	- 0,3	+ 1,5	
USA		+ 2,5	+ 3,6	+ 2,0	+ 2,0	+ 10,0	+ 8,2	+ 1,0	
Japan	+ 4,5	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,6	- 5,5	+ 4,0	+ 5,4	+ 6,0	

- 1) Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen
- 2) Kaufkraftstandard: Kaufkraftparität berechnet vom Stat. Amt der EG auf der Grundlage von Preisrelationen, für 1986 entspricht 1 KKS = 2 DM
- 3) Näherungswerte
- 4) Jahresmitte
- 5) Von Gütern und Diensten

Die ausgewiesenen Zahlen sind zum Teil standardisiert und können deshalb von nationalen Angaben abweichen.

Quellen: Nationalstatistiken, Eurostat, OECD, Wirtschaftsforschungsinstitute u. eigene Berechnungen

DLP11/20 B/

Die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in Bayern und im Bundesgebiet (in Preisen von 1980)

			Reales	Bruttoinland	sprodukt			
Jahr	Mrd.	DM	1970	= 100	Veränd. geg.	Vorjahr in %	% Anteil	
	Bund	Bayern	Bund	Bayern	Bund	Bayern	Bayern/Bund	
1970	1 132,8	179,3	100	100	•	•	15 , 8	
1975	1 254,8	203,2	111	113	+ 1,6	- 0,9	16,2	
1980	1 478,9	249,8	131	139	+ 1,4	+ 1,8	16,9	
1981	1 481,4	252,5	131	141	+ 0,2	+ 1,1	17,0	
1982	1 471,8	253,7	130	141	- 0,6	+ 0,5	17,2	
1983	1 493,9	260,2	132	145	+ 1,5	+ 2,6	17,4	
1984	1 534,9	271,1	135	151	+ 2,7	+ 4,2	17,7	
1985	1 574,9	280,5	139	156	+ 2,6	+ 3,4	17,8	
1986	1 614,7	289,5	143	161	+ 2,5	+ 3,2	17,9	

		Rea	ales Bruttoin	landsprodukt	- je Einwohne	r <u>-</u>	
Jahr		DM ,197		= 100 .	Veränd. geg.	Vorjahr in %	Rund - 100
	Bund	Bayern	Bund	Bayern	Bund	Bayern	Bund = 100
						\mathbf{S}_{j}	
1970	18 674	17 112	100	100	•	<i>:</i>	92
1975	20 295	18 765	109	110	- 1,2	- 0,7	92
1980	24 022	22 916	129	134	+ 1,0	+ 1,3	95
1981	24 017	23 071	129	135	± 0	+ 0,7	96
1982	23 879	23 143	128	135	- 0,6	+ 0,3	97
1983	24 322	23 730	130	139	+ 1,9	+ 2,5	98
1984	25 090	24 728	134	145	+ 3,2	+ 4,2	99
1985 *)	25 807	25 582	138	149	+ 2,9	+ 3,5	99
1986 ^{*)}	26 450	26 336	142	154	+ 2,5	+ 2,9	100

^{*)} Vorläufig

3/-6- DLP11/20

Natürliche Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstand in Bayern

	Bayern	Ober- bayern	Nieder- bayern	Ober- pfalz	Ober- franken	Mittel- franken	Unter- franken	Schwa- ben
	=	Saldo de	er Geburt	en/Sterbe	fälle		-	
1970	+ 21 333	+ 4 818	+ 3 437	+ 3 862	+ 910	+ 895	+ 3 902	+ 3 509
1980	- 8 404	- 1 820	+ 43	- 111	- 3 119	- 2 887	+ 313	- 827
1984	- 10 874	- 2 856	- 600	- 479	- 3 431	- 3 041	+ 231	- 698
1985	- 10 576	- 2 331	- 671	- 489	- 3 015	- 3 084	- 135	- 851
1986	- 2 050	- 47	+ 422	+ 186	- 2 134	- 2 036	+ 995	+ 564
	Bevo	ilkerungs	stand jewe	eils 31.1	2. (in 1	000)	•	
1970	10 561	3 373	980	967	1 080	1 499	1 185	1 476
1980	10 928	3 658	998	967	1 052	1 524	1 195	1 534
1984	10 958	3 688	1 011	963	1 040	1 515	1 199	1 541
1985	10 973	3 705	1 013	962	1 038	1 513	1 199	1 543
1986 (30. Sept.)	11 016	3 729	1 017	963	1 037	1 521	1 202	1 548

Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerungsgruppen in Bayern (Dez. 1986)

Unselbständig Erwerbstätige	383 061	229 800	11 100	8 850	13 726	51 800	19 307	48 478
_						46,4	44,3	48,5
Erwerbsquote	·55,4	63,6	47,6	44,3	43,9	40,4	44,7	40,7
Ausländer insg.	691 083	361 323	23 324	19, 994	31 278	111 599	43 606	99 959
Anteil a. d.								
Wohnbev. in %	6,3	9,7	2,3	2,1	3,0	7,4	3,6	6,3
Männer	328 939	183 084	11 459	9 338	13 588	48 720	19 025	43 725
Frauen	226 752	120 895	7 730	6 502	9 907	36 410	14 015	31 293
Kinder unter 16 Jahren	135 392	57 344	4 135	4 154	7 783	26 469	10 566	24 941
Nationalit ät:								
Türken	192 499 .	70 604	6 262	6 162	14 196	35 107	17 637	42 531
Jugoslawen	120 120	78 883	2 604	2 752	2 454	15 571	3 620	14 236
Österreicher	78 022	54 338	5 21 9	1 653	1 440	5 464	1 869	8 039
Italiener	71 896	35 681	1 572	1 174	2 525	12 057	5 494	13 393
Griechen	47 885	25 282	378	462	1 468	13 657	2 645	3 993
Spanier	10 991	4 271	109	490	706	3 231	751	1 433
Portugiesen	3 467	1 083	31	38	376	706	323	910
Übrige	166 203	91 181	7 149	7 263	8 113	25 806	11 267	15 424

B/-7- DL P 1 1 / 20 ______ Wanderungssalden in den bayerischen Regierungsbezirken nach Altersgruppen

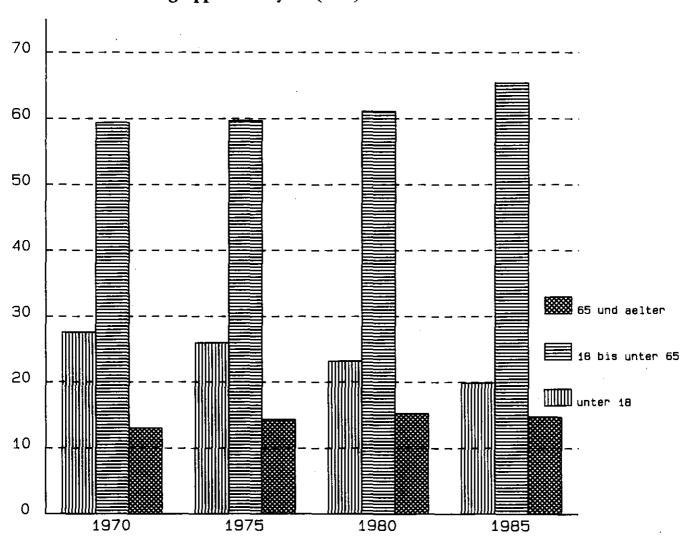
	· · ·			sgruppen	· 	<u> </u>	1	
Jahr		40.11	T	dar.:				
	unter 18	18 bis unter 25	25 bis unter 30	30 bis unter 50	50 bis unter 65	65 u. älter	Insgesamt	Ausländer
	•			0be	rbayern			
1983	46	11 425	814	- 1 077	- 433	618	11 393	- 6 882
1984	- 133	6 588	797	- 3 435	- 1 330	616	3 103	- 8 978
1985	3 566	10 735	3 642	1 963	- 1 065	521	19 362	2 342
				Nied	lerbayerr	1		
1983	295	- 1 411	706	1 261	985	435	2 271	128
1984	33	649	873	1 297	752	405	4 009	- 151
1985	298	- 238	824	1 089	865	409	3 247	888
				0b	erpfalz			
1983	- 252	_ 287	- 496	- 880	306	191	- 1 418	- 556
1984	32	- 1 030	- 563	- 1 219	279	246	- 2 255	- 499
1985	268	- 1 135	- 251	110	381	96	- 531	337
	ř			0be	erfranker	1	·	
1983	- 294	- 686	367	612	423	140	562	- 917
1984	- 1 128	- 455	273	- 396	192	76	- 1 438	- 2 919
1985	164	- 233	332	443	268	26	1 000	615
				Mitt	elfranke	en		
1983	- 745	937	- 297	- 1 375	- 63	86	- 1 457	- 4 282
1984	- 1 924	1 388	281	- 2 295	- 187	440	- 2 297	- 6 594
1985	445	1 276	393	- 887	- 125	82	1 184	- 2 436
				Unte	rfranken	1		
1983	- 360	891	97	- 121	360	345	1 212	- 1 566
1984	- 1 206	44	512	- 924	374	310	- 890	- 3 032
1985	122	- 744	- 352	- 180	338	350	- 466	208
				Sc	hwaben			
1983	- 160	279	898	683	472	769	2 941	- 3 553
1984	- 1 483	59	839	- 1 405	176	497	- 1 317	- 6 530
1985	593	3	642	662	437	619	2 956	- 425
				E	Bayern			
1983	- 1 470	11 148	2 089	- 897	2 050	2 584	15 504	-17 628
1984	- 5 809	7 243	3 012	- 8 377	256	2 590	- 1 085	-28 703
1985	5 456	9 664	5 230	3 200	1 099	2 103	26 752	1 529
		. '	•	-	-			•

Altersstruktur der Wohnbevölkerung (in 1 000)

DLP11/20 ===

Jahr	Insgesamt		unter 18	% Anteil	18 bis unter 65	% Anteil	65 u. älter	% Anteil
				Baye	ern	i		
1970	10 479,4	100	2 893,5	27,6	6 227,5	59,4	1 358,4	13,0
1980	10 928,2	100	2 536,8	23,2	6 729,7	61,6	1 661,6	15,2
1984	10 957,5	100	2 241,2	20,5	7 133,3	65,1	1 583,0	14,4
1985	10 973,7	100	2 177,7	19,8	7 180,7	65,4	1 615,3	14,7
			•	Bundesg	, Jebiet		•	•
1970	60 650,6	100	16 450,5	27,1	36 208,3	59,7	7 991,7	13,2
1980	61 657,9	100	14 215,6	23,1	37 907,8	61,5	9 534,5	15,5
1984	61 049,3	100	12 246,9	20,1	39 821,6	65,2	8 980,8	14,7
1985	61 020,5	100	11 830,1	19,4	40 063,7	65,7	9 126,7	15,0

Anteile in den Altersgruppen in Bayern (in %)



3/9- ULP11/20 ===

Personalstand im öffentlichen Dienst in Bayern 1985

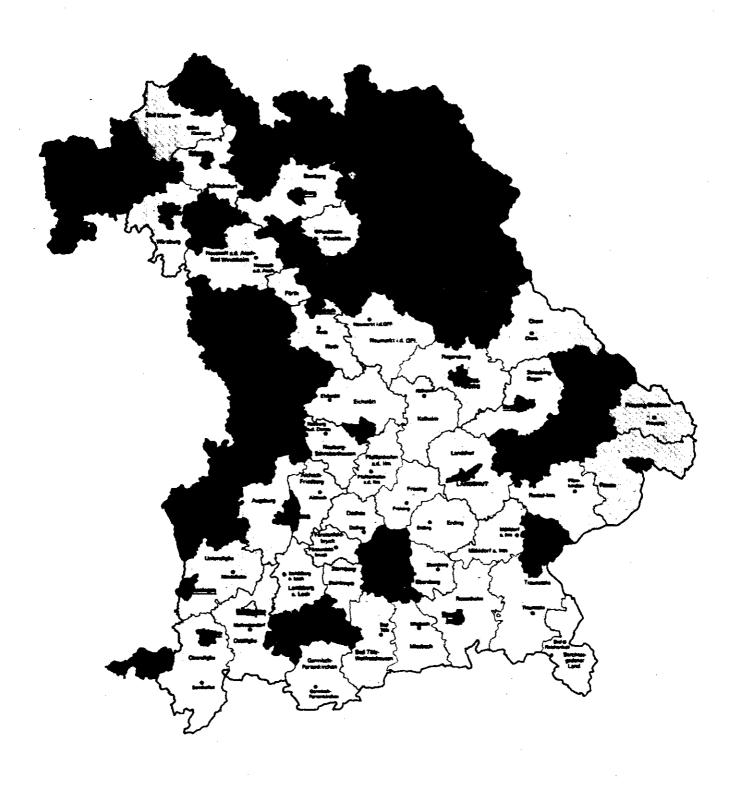
	Bea	mte	Anges	tellte	Arb	eiter	Insge	esamt	dar. Teilzeit- beschäftigte in %
Öffentlicher Dienst insgesamt	323	306	279	203	212	370	814	879	14,9
Gebietskörperschaften	227	886	212	332	132	208	572	426	16,1
Verbände mit kommunalen Aufgaben	1	065	12	134	7	885	21	084	33,0
Deutsche Bundesbahn	34	899	1	718	25	540	62	157	1,6
Deutsche Bundespost	53	540	8	997	28	093	90	630	17,0
Bundesanstalt für Arbeit	3	658	8	042		733	12	433	12,5
Sozialversicherungsträger	2	258	23	753	3	565	29	576	10,3
Rechtlich selbst. Wirtschaftsuntern.		-	12	227	14	346	26	573	4,7

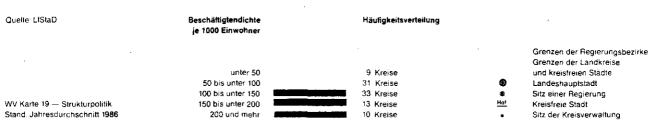
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Bayern (in 1 000)

		Juni		Veränd. in %
	1980	1985	1986	1986/85
Beschäftigte insgesamt	3 717,7	3 738,3	3 822,9	+ 2,3
Wirtschaftsbereiche Land- u. Forstwirtschaft	47,3	48,9	47,8	- 2,2
Produzierendes Gewerbe Verzrbeitendes Gewerbe Baugewerbe	2 021,0 1 638,9 342,9	1 915,3 1 561,4 312,9	1 964,6 1 613,7 309,8	+ 2,6 + 3,3 - 1,0
Tertiärer Bereich Handel Verkehr Dienstleistungen	1 649,4 490,6 157,6 595,3	1 774,1 490,1 160,2 683,3	1 810,5 490,0 160,2 708,9	+ 2,1 ± 0 ± 0 + 3,7
Stellung im Beruf Arbeiter weiblich in %	2 153,0 30,8	2 059,3 29,8	2 108,6 29,7	+ 2,4
Angestellte weiblich in %	1 564,7 55,3	1 679,0 56,2	1 714,4 56,3	+ 2,1
In beruflicher Ausbildung weiblich in %	340,0 42,2	333,0 45,0	341,8 45,0	+ 2,6
Altersgruppen unter 20 20 bis unter 30	439,4 959,3	379,0 1 059,3	371,4 1 112,3	- 2,0 + 5,0
30 bis unter 40 40 bis unter 50 50 bis unter 60 60 und älter	841,9 833,8 566,1 77,2	797,3 860,0 569,2 73,5	833,5 846,6 586,9 72,3	+ 4,5 - 1,6 + 3,1 - 1,6

Beschättigtendichte 1986

- Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe je 1 000 Einwohner -





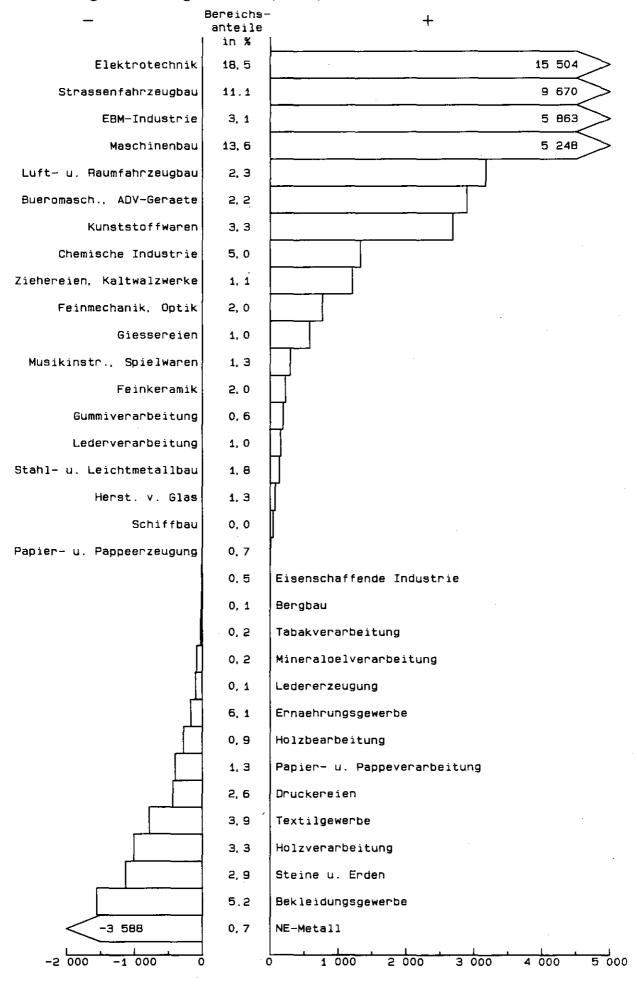
BI-11- DLP11/20==

Eckdaten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Bayerns (Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

1. Absolute Werte und Relationen

Merkmale	1986	Veränd. in % 1986/85	Bund Veränd. in % 1986/85	Bayerns Anteil am Bund in %
Löhne u. Gehälter absolut in Mio DM	54 103	+ 8,3	+ 5,9	17,7
Löhne und Gehälter je Beschäftigten in DM	40 227	+ 5,0	+ 4,1	X
Löhne und Gehälter je 1000 DM Umsatz in DM	224	+ 8,7	+ 7,8	X
Umsatz je Beschäftigten in DM	179 374	- 3,5	- 3,5	X
Umsatz je geleistete Arbeiterstunde in DM	161	- 1,8	- 2,6	X
Beschäftigte insgesamt Grundstoff- u. Produktionsg. u. Bergbau Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe Elektrotechnik Maschinenbau Straßenfahrzeugbau Ernährungsgewerbe Bekleidungsgewerbe Chemische Industrie Textilgewerbe Herst. v. Kunststoffwaren	1 344 942	+ 3,1	+ 1,7	19,0
	171 988	- 1,4	- 0,4	10,9
	746 422	+ 6,3	+ 3,6	20,0
	341 440	- 0,2	- 0,3	26,0
	85 092	- 0,2	- 0,7	19,2
	248 560	+ 6,7	+ 4,3	25,8
	183 233	+ 2,9	+ 3,6	18,6
	149 242	+ 6,9	+ 3,6	17,8
	82 682	- 0,2	- 0,5	19,5
	70 423	- 2,1	- 1,7	38,0
	67 685	+ 2,0	+ 1,8	11,9
	52 560	- 1,4	- 1,6	23,1
	44 997	+ 6,4	+ 4,7	20,6
Holzverarbeitung Gesamtumsatz in Mio DM Grundstoff- u. Produktionsg. u. Bergbau Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe Elektrotechnik Straßenfahrzeugbau Maschinenbau Ernährungsgewerbe Chemische Industrie Iextilgewerbe Bekleidungsgewerbe Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden Herst. v. Kunststoffwaren	44 589 241 247 42 001 127 051 44 862 27 334 45 167 33 050 28 921 24 894 16 377 8 164 6 996 6 764 6 352	- 2,2 - 0,5 - 8,2 + 0,9 + 2,4 + 1,1 + 6,1 + 5,5 - 14,0 + 1,6 - 3,1 - 0,4 + 2,3 + 9,2 + 6,3	- 2,3 - 1,9 - 11,4 + 3,5 + 3,0 + 0,2 + 4,5 + 5,3 + 0 + 0,3 - 5,5 - 0,8 + 3,6 + 4,1 + 6,3	24,0 16,4 9,5 19,5 22,4 15,5 28,5 17,0 18,4 16,1 9,7 22,4 30,6 22,6 17,4
Auslandsumsatz in Mio DM Grundstoff- u. Produktionsg. u. Bergbau Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe Elektrotechnik Straßenfahrzeugbau Maschinenbau Chemische Industrie Ernährungsgewerbe Iextilgewerbe Herst. v. EBM-Waren Herst. v. Büromasch., ADV-Geräte	79 336 10 836 55 473 9 245 3 782 18 037 17 172 12 819 6 904 3 150 2 529 1 721 1 286 1 284	+ 1,2 - 9,8 + 3,5 + 1,9 + 1,6 + 0,8 + 3,3 + 6,1 - 4,7 + 1,2 + 0,1 + 32,8 + 6,6 - 14,9	- 1,8 - 9,8 + 1,7 + 3,1 - 4,4 + 0,7 + 1,6 + 3,7 - 7,5 - 5,3 + 0 + 8,7 + 6,2 - 7,2	18,2 9,0 21,3 22,9 23,9 36,6 18,4 17,9 9,7 21,8 25,9 13,6 15,2 12,9

2. Veränderung der Beschäftigten 1985/86 (absolut)



DLP11/20==

-	Produ	uktion	Auftragseingang				
Wirtschaftsgruppe Wirtschaftszweige	1986	Veränd. in % 1986/85	1986	Veränd. in % 1986/85	dav. Inland 1986	in % des Umsatzes 1986	
Verarbeitendes Gewerbe 1)	116,8	+ 4,0	135,3	+ 2,2	122,9	100,6	
Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe	102,6	- 0,7	120,1	- 3,9	109,0	98,7	
Investitionsgüter Produ- zierendes Gewerbe	- 133,7	+ 7,4	146,4	+ 3,8	135,3	101,5	
Verbrauchsgüter Produ- zierendes Gewerbe 2)	98,7	+ 0,6	120,2	+ 2,4	111,7	99,3	
Elektrotechnik, Reparatur v. Haushaltsgeräten	144,1	+ 11,8	145,3	+ 3,3	138,3	101,6	
Feinmechanik, Optik, Herstellung v. Uhren	85,2	+ 0,5	129,2	+ 10,6	118,2	106,1	
Maschinenbau	116,7	+ 5,4	129,3	+ 3,0	135,9	101,0	
Gummiverarbeitung	115,9	+ 4,1	118,8	+ 8,2	111,5	97,9	
Straßenfahrzeugbau, Reparatur v. Kfz.	140,8	+ 0,9	171,8	+ 3,9	127,2	101,1	
Herstellung v. Eisen-, Blech- u. Metallwaren	110,1	+ 8,9	125,9	+ 5,2	113,9	99,2	
Herstellung v. Kunststoff- waren	122,3	+ 5,8	141,2	+ 7,7	133,7	100,5	
Herstellung u. Verarbeitung v. Glas	103,8	+ 4,5	118,0	+ 6,1	102,2	100,9	
Textilgewerbe	105,3	+ 0,8	118,4	- 0,3	103,3	99,2	
Druckerei, Vervielfältigung	109,1	+ 0,6	135,1	+ 1,9	134,8	97,8	
Chemische Industrie	119,9	+ 0,9	130,3	- 5,9	116,1	99,6	
Feinkeramik	91,9	- 2,3	121,7	+ 1,8	118,2	105,0	
Papier- u. Pappeverarbeitung	100,6	- 2,4	122,4	- 1,3	118,3	98,1	
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- u. Pappeerzeugung	122,0	- 1,5	153,6	+ 1,0	133,1	107,7	
Bekleidungsgewerbe	81,5	- 1,9	108,2	- 1,5	97,7	94,8	
Stahl- u. Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	89,9	+ 4,1	135,2	+ 11,1	125,4	114,5	
Gewinnung u. Verarbeitung v. Steinen u. Erden	91,6	+ 5,4	103,5	+ 2,7	102,4	93,4	
Ziehereien u. Kaltwalzwerke	80,0	+ 1,9	96,9	- 2,5	84,3	93,7	

¹⁾ Produktion: einschl. Nahrungs- u. Genußmittel Auftragseingang: ohne Nahrungs- u. Genußmittel

²⁾ Produktion: ohne Herstellung, Verarbeitung u. Veredlung v. Flachglas

DLP11/20===

Wirtschaftsgruppe	Insgesamt 1000 To SKE	Veränd	l. in %	To SKE je Mio DM Umsatz	
	1986	1986/80	1986/85	umsatz 1986	
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	. 9 920	- 11,0	- 1,9	41	
Grundstoff- u. Produktionsgütergew. u. Bergbau	5 500	- 16,0	- 4,1	131	
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1 773.	+ 4,0	+ 2,3	14	
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1 594	- 5,3	+ 1,4	36	
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	1 052	- 13,,0	- 1,8	39	
Chemische Industrie	1 647	- 20,1	- 5,7	101	
Gewinnung u. Verarb. v. Steinen u. Erden	1 217	- 23,6	- 7,2	180	
Ernährungsgewerbe	1 040	- 13,2	- 1,8	42	
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- u. Pappeerz.	912	- 7,8	- 0,7	285	
Eisenschaffende Industrie	579	- 10,8	- 11,2	407	
Straßenfahrzeugbau	550	+ 25,8	+ 6,7	17	
Mineralölverarbeitung	522	- 10,1	+ 11,5	87	
Maschinenbau	444	- 9,1	- 7,5	15	
Textilgewerbe	437	- 13,6	+ 0,1	53	
Elektrotechnik	389	- 6,3	+ 0,2	9	
Herstellung u. Verarbeitung v. Glas	348	- 8,6	- 4,4	164	
NE~Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	297	+ 21,9	- 4,7	118	
Herstellung v. Kunststoffwaren	203	+ 25,8	+ 8,8	32	
Feinkeramik	197	- 11,8	- 1,8	102	
Papier- u. Pappeverarbeitung	145	+ 12,1	+ 22,5	47	
Herstellung v. EBM-Waren	128	+ 5,6	+ 24,8	22	
Gießerei	123	- 13,0	- 8,8	84	
Hozbearbeitung	102	- 41,1	+ 0,1	48	
Druckerei, Vervielfältigung Luft- u. Raumfahrzeugbau Bekleidungsgewerbe	90 78 59	+ 23,3 + 6,0 - 26,2	+ 4,9	17	
Holzverarbeitung	59	- 16,4	- 1,3	10	
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung	59	+ 3,7	+ 10,1		
Herst. v. Büromaschinen, ADV-Geräte	54	+ 40,6	+ 14,1		
Bergbau	51	- 1,3	- 4,0	187	
Stahl- u. Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	44	+ 0,8		19	
Gummiverarbeitung	40	- 25,3		31	
Feinmechanik, Optik, Herst. v. Uhren	33	- 18,8	- 9,6	10	
Herst. v. Musikinstr., Spielw., Schmuckwaren	27	- 3,6	+ 0,5	13	
Ledererzeugung	17	+ 0,5	- 2,0	73	
Tabakverarbeitung	12	+ 2,9	- 1,6	5	
Lederverarbeitung	1 2	- 18,5	+ 14,3	5	

¹⁾ Einschl. Herst. u. Verarb. v. Spalt- u. Brutstoffen

Energieverbrauch nach Energieträgern in Bayern (in 1 000 t SKE)

	1970	1983	1984	1985	Veränd 1985/70	in % 1985/84
Strom						
Nutzbarer Verbrauch insgesamt	3 480	6 011	6 242	6 485	+ 86,4	+ 3,9
Verarbeitendes Gewerbe	1 941	2 555	2 701	2 789	+ 43,7	+ 3,3
Haushalte	662	1 623	1 685	1 753	+ 164,8	+ 4,0
Handel, Gewerbe	346	775	797	821	+ 137,3	+ 3,0
Öffentl. Einricht. u. Sonst.	203	538	550	584	+ 187,7	+ 6,2
Verkehr	185	270	264	280	+ 51,4	+ 6,1
landwirtschaft	142	251	245	258	+ 81,7	+ 5,3
Gas						
Nutzbarer Verbrauch insgesamt	2 168	6 297	6 988	7 354	+ 239,2	+ 5,2
Verarbeitendes Gewerbe	981	2 940	3 413	3 588	+ 265,7	+ 5,1
Haushalte	402	1 271	1 437	1 665	+ 314,2	+ 15,9
Stromerzeugung, Fernwärme	587	1 232	1 347	1 024	+ 74,4	- 24,0
Öff. Einr., Heizwerke, Sonst.	80	481	459	709	+ 786,3	+ 54,5
Handel und Gewerbe	118	373	332	368	+ 211,9	+ 10,8
Kohle						
Verbrauchergruppen insgesamt	8 5 13	5 827	6 544	6 179	- 27,4	- 5,6
Elektrizítäts- u. Fernheizwerke	3 730	3 910	4 172	3 773	+ 1,2	- 9,6
Verarbeitendes Gewerbe	1 665	1 250	1 518	1 554	- 6,7	+ 2,4
Haushalte u. sonst. Kleinverbr.	2 339	667	854	852		- 0,2
Verkehr ¹⁾	287	-	_	_	_	
Mineralölprodukte						
Energetischer Verbrauch insgesamt	25 046	24 226	24 116	24 369	- 2,7	+ 1,0
Heizöl leicht	10 782	9 711	9 756	10 149	- 5,9	+ 4,0
Heizöl schwer	6 188	2 666	2 399	1 951	- 68,5	- 18,7
Vergaserkraftstoff	4 265	6 393	6 604	6 522	+ 52,9	- 1,2
Dieselkraftstoff	2 797	4 233	4 185	4 377	+ 56,5	+ 4,6
Flugturbinenkraftstoff	293	544	575	619	+ 111,3	+ 7,7
Sonstige Mineralölprodukte	721	679	597	751	+ 4,2	+ 5,8

¹⁾ Ab 1983 bei Haushalte

Betriebsgrößenstruktur in Bayern

DLP11/20 ===

1. Beschäftigtengrößenklassen in der Industrie¹⁾

]	{	Anteil in %						
	Jahr	Insgesamt	1-19	20-99	100-499	1-499	500 u. mehr		
Betriebe	1970	20 977	64,1	24,1	9,6	97,7	2,3		
n n	1980	19 351	65,1	22,6	9,9	97,6	2,4		
11	1985	19 935	68,7	20,2	8,9	97,8	2,2		
п	1986	19 150	67,4	21,0	9,2	97,6	2,4		
Veränderung in %	1986/70	- 8,7	- 4,0	- 20,3	- 12,3	- 8,8	_ 4,9		
Beschäftigte	1970	1 450 907	4,8	15,7	29,2	49,7	50,3		
11	1980	1 373 440	5,0	14,5	29,9	49,3	50,7		
11	1985	1 301 205	5,3	14,2	29,0	48,6	51,4		
11	1986	1 337 129	5,0	13,8	28,4	47,2	52,8		
Veränderung in %	1986/70	- 7,8	- 3,8	- 18,9	- 10,6	- 12,6	- 3,2		
Umsatz (Mio DM; Sept.)	1970	7 213	4,9	13,5	29,6	48,0	52,0		
11	1980	16 360	5,1	13,3	31,1	49,5	50,5		
ti ·	1985	22 007	4,2	11,7	26,9	42,8	57,2		
11	1986	22 167	4,3	12,0	27,4	43,7	56,3		
Veränderung in %	1986/70	+ 207,3	+ 167,0	+ 172,5	+ 184,9	+ 179,6	+ 232,9		
2. Beschäftigtengrößenk	lassen im E	Bauhauptgewer	be ²⁾						
Betriebe	1970	10 519	66,7	28,0	4,9	99,6	0,4		
n .	1980	11 608	73,6	22,9	3,2	99,7	0,3		
11	1985	12 322	78,2	19,2	2,4	99,8	0,2		
Ħ	1986	12 519	78,8	18,6	2,4	99,8	0,2		
Veränderung in %	1986/70	+ 19,0	+ 40,7	- 20,7	- 43,2	+ 19,3	- 43,5		
Beschäftigte	1970	307 249	16,2	38,7	30,8	85,7	14,3		
11	1980	271 289	23,4	39,3	25,5	88,2	11,8		
II	1985	237 968	28,7	38,8	23,0	90,5	9,5		
11	1986	235 602	28,8	38,6	23,0	90,3	9,7		
Veränderung in %	1986/70	- 23,3	+ 36,2	- 23,6	- 42,8	- 19,2	- 48,1		
Umsatz (Mio DM; Juni)	1970	793	15,8	39,0	32,1	86,9	13,1		
**	1980	1 857	25,6	36,0	25,7	87,3	12,7		
11	1985	1 920	.24,8	36,2	27,5	88,5	11,5		
11	1986	2 044	25,4	37,8	26,3	89,6	10,4		
Veränderung in %	1986/70	+ 157,6	+ 316,0	+ 150,1	+ 110,9	+ 165,7	+ 104,4		

¹⁾ Totalerhebung jew. September

²⁾ Totalerhebung jew. Juni

DLP11/20 ==

	19	980	1984	1985	1986	Veränd. in % 1986/85
Auftragseingang (Index 1980 = 100)		100	96,4	98,2	110,0	+ 12,0
Hochbau	·	100	98,5	94,4	109,9	+ 16,4
Tiefbau	1	100	92,8	104,9	110,2	+ 5,1
1161040		100	72,0	107,7	110,2	7), (
Auftragsbestand (Index 1980 = 100)		100	89,2	83,1	93,2	+ 12,2
Hochbau	Į	100	97,1	81,0	95,7	+ 18,1
Tiefbau		100	78,2	85,9	89,7	+ 4,4
Bauproduktion (Index 1980 = 100)		100	88,5	78,4	80,8	+ 3,1
Bauhauptgewerbe 1)						
Betriebe	11	608	12 113	12 322	12 519	+ 1;,6
Beschäftigte	263	107	238 861	222 860	221 001	- 0,8
Baugewerblicher Umsatz (Mio DM) ²⁾	21	664	22 925	21 633	22 888	+ 5,8
Gel. Arbeitsstunden (1000)	357	364	316 155	279 361	284 865	+ 2,0
Hochbau	252	436	236 279	201 656	201 295	- 0,2
Tiefbau	104	928	79 876	77 705	83 570	+ 7,5
Wohnungsbau	149	829	142 214	115 133	110 168	- 4,3
Landwirtschaftlicher Bau	6	084	5 007	4 977	4 431	~ 11,0
Gewerblicher Bau	71	549	67 882	62 378	65 783	+ 5,5
Verkehrs- u. öffentl. Bau	129	902	101 052	96 873	104 483	+ 7,9
Ausbaugewerbe 3)						
Betriebe		936	984	1 014	995	- 1,9
Beschäftigte	37	716	41 491	41 956	41 198	- 1,8
Gel. Arbeitsstunden (1000)	55	103	60 667	59 935	58 595	- 2,2
Ausbaugewerbl. Umsatz (Mio DM) ²⁾	2	945	3 732	3 947	4 061	+. 2,9
Preisindex für Wohngeb. (1980 = 100)	•	100	116,2	117,7	120,2	+ 2,1
Konkurse im Baugewerbe 4)		204	304	420	376	- 10,5
Arbeitslose in Bauberufen	10	994	32 773	38 321	32 068	- 16,3

¹⁾ Alle Betriebe (hochgeschätzte Ergebnisse)

²⁾ Ohne Mehrwertsteuer

³⁾ Betriebe mit 20 u. mehr Beschäftigten

⁴⁾ Einschl. Anschlußkonkurse u. mangels Masse abgelehnter Verfahren

Ergebnisse der Handwerksberichterstattung

1. Beschäftigtenentwicklung (in 1 000)

DLP11/20 ==

	Вауе	ŗn	Veränd.	Bundesgebiet		Veränd.
Gewerbegruppen	1980	1986	in % 1986/85	1980	1986	in % 1986/85
Handwerk insgesamt	821,9	773,9	- 0,8	3 930,1	3 630,8	- 7,6
Bau- und Ausbaugewerbe	244,3	209,9	- 0,9	1 190,9	969,4	- 18,6
Metallgewerbe	243,3	233,2	- 0,5	1 144,6	1 070,3	- 6,5
Holzgewerbe	56,0	52,6	- 4,0	246,3	213,6	- 13,3
Bekleidungs-, Textil-, Ledergewerbe	33,7	28,9	- 2,0	119,6	96,5	- 19,3
Nahrungsmittelgewerbe	107,2	105,4	- 1,3	479,1	475,2	- 0,8
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemisches und Reinigungsgewerbe	113,8	121,5	+ 0,8	654,7	717,3	+ 9,6
Glas-, Papier-, Kera- mische u. sonst. Gewerbe	23,7	22,5	<u>+</u> 0	94,8	88,7	- 6,4

2. Umsatzentwicklung (in Mio DM)

Handwerk insgesamt	65 004,9	75 018,0	+ 5,5	317 090,2	340 715,5	+ 7,5
Bau- und Ausbaugewerbe	18 091,7	19 289,7	+ 5,7	92 867,0	86 489,9	- 6,9
Metallgewerbe	25 026,0	32 031,9	+ 8,8	118 498,9	145 047,4	+ 22,4
Holzgewerbe	4 566,0	4 881,6	+ 0,9	22 317,0	20 864,4	- 6,5
Bekleidungs-, Textil-, Ledergewerbe	2 122,2	2 136,8	- 1,6	7 730,4	7 204,0	- 6,8
Nahrungsmittelgewerbe	10 082,0	10 758,8	- 0,1	49 641,1	51 940,2	+ 4,6
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemisches und Reinigungsgewerbe	2 827,7	3 275,5	+ 3,9	17 104,8	19 451,4	+ 13,7
Glas-, Papier-, Kera- mische u. sonst. Gewerbe	2 289,4	2 643,6	+ 6,7	8 931,1	9 718,1	+ 8,8

B(-19 DLP11/20===

Umsatzentwicklung im Einzelhandel und Gastgewerbe Bayerns (Meßzahlen 1980=100)

	1983	1984	1985	1986	Veränd. in % 1986/85
Einzelhandel insgesamt	111,2	116,8	120,7	125.2	. 7 c
rrusermander tusdesemr	111,2	110,0	120,7	125,2	+ 3,5
Nahrungsmittel	118,7	123,7	128,2	133,4	+ 3,9
Textilien, Schuhe	103,7	106,8	111,0	116,1	i + 4,6
Einrichtungsgegenstände	106,4	115,9	115,7	124,0	+ 7,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	112,0	118,8	123,1	126,4	+ 2,7
Papierwaren, Büromaschinen	112,3	113,5	116,3	123,7	+ 6,4
Pharmazeut., kosmet. Erzeugn.	122,0	131,3	140,5	147,8	+ 5,2
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	115,1	124,3	127,5	147,6	+ 15,8
Gastgewerbe insgesamt	110,1	114,9	118,7	120,2	+ 1,3
Beherbergung	112,0	120,6	125,9	129,8	+ 3,1
Gaststätten	108,3	110,4	113,1	112,2	- 0,8

Fremdenverkehr in Bayern (Beherbergungsbetriebe mit 9 und mehr Gästebetten)

		1983	1984	1985	1986	Veränd. in % 1986/85
Ankünfte insgesamt	1000	14 088,2	15 057,7	15 454,7	15 721,2	+ 1,7
Inländische Gäste	11	11 475,1	11 768,3	12 001,2	12 497,2	+ 4,1
Ausländische Gäste	11	2 613,1	3 289,4	3 453,6	3 224,0	- 6,6
Übernachtungen insgesamt	n	55 983,9	59 722,0	60 891,8	63 023,5	+ 3,5
Inländische Gäste	"	50 665,4	52 808,5	53 670,8	56 204,1	+ 4,7
Ausländische Gäste	n	5 318,5	6 913,4	7 221,1	6 819,4	- 5,6
Bettenausnutzung	%	32,4	36,4	37,0	37,9	-
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	Tage	4,0	4,0	3,9	4,0	
Inländische Gäste	ri	4,4	4,5	4,5	4,5	-
Ausländische Gäste	. 11	2,0	2,1	2,1	2,1	-

b(-20-DLP11/20)

Konkurse von Erwerbsunternehmen in den Regierungsbezirken Bayerns 1986

	Konkurse Anzahl	Veränd. geg. 1985 in %	Geltend gemacht in Mio DM	e Forderungen je Konkurs in 1000 DM	Konkurs 1 häufigkeit
Bayern	1 941	+ 0,9	1 238,2	638	55
Kreisfreie Städte	890	+ 10,0	450,7	506	73
Landkreise	1 051	- 5,7	787,5	749	45
Oberbayern	798	+ 10,1	445,0	558	57
Kreisfreie Städte	440	+ 15,2	192,5	438	75
Landkreise	358	+ 4,4	252,5	705	45
Niederbayern	134	- 19,8	123,5	922	44
Kreisfreie Städte	20	- 20,0	6,2	. 310	41
Landkreise	114	- 19,7	117,3	1 029	45
Oberpfalz	163	+ 15,6	76,7	- 471	65
Kreisfreie Städte	65	+ 91,2	28,4	437	106
Landkreise	98	- 8,4	48,3	493	52
Oberfranken	138	- 22,0	113,9	825	47
Kreisfreie Städte	44	- 10,2	41,8	950	60
Landkreise	94	- 26,6	72,1	767	42
Mittelfranken	249	+ 5,1	206,8	831	53
Kreisfreie Städte	154	- 7,2	104,1	676	63
Landkreise	95	+ 33,8	102,7	1 081	43
Unterfranken	175	- 19,0	113,5	649	51
Kreisfreie Städte	61	+ 3,4	47,8	784	76
Landkreise	114	- 27,4	65,7	576	43
Schwaben	284	+ 8,8	158,8	559	59
Kreisfreie Städte	106	+ 12,8	29,9	282	85
Landkreise	178	+ 6,6	128,9	724	50

¹⁾ Bezogen auf 10 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen

Insolvenzen (eröffnete Verfahren ohne Anschlußkonkurse)

,		E	Bayern			Bundesgebi	et
	1986 Anzahl	Veränd. in % 1986/85	Forderungen je Fall in 1000 DM 1986	Veränd. in % 1986/85	1 986 Anzahl	Veränd. in % 1986/85	Bayerns Anteil am Bund in %
Verarb. Gewerbe	334	- 1,2	1 317	- 27,6	2 148	- 6,9	15,5
Baugewerbe	374	- 10,7	551	- 7,1	-3 008	- 6,8	12,4
Handel	537	+ 9,1	470	+ 5,4	3 547	+ 5,3	15,1
Verkehr	70	- 9,1	391	+ 14,0	535	- 9,2	13,1
Dienstleistungen von Unternehmen u. Freien Berufen	590	+ 4,6	522	- 26,9	3 946	+ 2,9	15,0
Übrige	37	+ 5,7	439	- 95,4	316	+ 6,4	11,7
Unternehmen und Freie Berufe zus.	1 942	+ 0,9	643	- 33,1	13 500	- 0,9	14,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter u. private Haushalte	707	+ 0,3	137	- 25,1	5 342	+ 1,7	13,2
Insolvemzen insg.	2 649	+ 0,7	508	- 32,4	18 842	- 0,2	14,1
dar. Handwerk	398	- 10,2	659	- 34,1	2 148	+ 1,7	18,5

An- und Abmeldungen gewerblicher Arbeitsstätten in Bayern

				4006	Veränd	. in %
·	1970	1980	1985	1986	1986/70	1986/85
Anmeldúngen insg.	24 087	38 662	55 337	54 090	+ 124,6	- 2,3
Industrie	3 150	4 610	1 273	1 234	- 60,8	- 3,1
Handwerk	2 299	4 425	5 298	5 086	+ 121,2	- 4,0
Handel	9 801	14 882	19 845	18 122	+ 84,9	- 8,7
Sonstige	8 837	14 745	28 921	29 648	+ 235,5	+ 2,5
Abmeldungen insg.	24 380	27 115	40 293	40 284	+ 65,2	± 0
Industrie	5 557	5 634	764	826	- 85,1	+ 8,1
Handwerk	5 324	4 236	4 674	4 692	_ 11,9	+ 0,4
Handel	10 353	10 739	17 961	16 657	+ 60,9	- 7,3
Sonstige	3 146	6 506	16 894	18 109	+ 475,6	+ 7,2
Saldo insg.	- 293	+11 547	- +15 044	+13 806	_	-
Industrie	- 2 407	- 1 024	+ 509	+ 408	-	_
Handwerk '	- 3 025	+ 189	+ 624	+ 394	_	_
Handel	- 552	+ 4 143	+ 1 884	+ 1 465	_	-
Sonstige	+ 5 691	+ 8 239	+12 027	+11 539	-	_

DLP11/20====

		1980	= 100		Veränd. in %
	1983	1984	1985	1986	1986/85
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte					
Inlandsabsatz	115,8	119,2	121,8	118,2	- 3,0
Erzeugnisse des Verarb. Gewerbes	112,8	116,0	118,3	114,9	- 2,9
Investitionsgüter	113,9	116,8	120,1	123,4	+ 2,7
Verbrauchsgüter	112,7	115,4	118,5	110,6	- 6,7
Grundstoffpreise	115,2	121,2	122,1	104,7	- 14,3
Inländische Grundstoffe	113,5	117,8	119,1	112,5	- 5,5
Importierte Grundstoffe	117,9	126,3	126,6	93,2	- 26,4
Großhandelsverkaufspreise	113,7	116,9	117,5	108,8	- 7,4
Einzelhandelspreise	113,2	115,6	117,5	117,3	- 0,2
Einfuhrpreise	115,8	122,8	124,6	101,0	- 18,9
Güter aus EG-Länder	112,8	118,0	120,0	104,6	- 12,8
Güter aus Drittländer	118,5	127,0	128,6	97,9	- 23,9
Ausfuhrpreise	112,3	116,2	119,4	116,8	- 2,2
Güter für EG-Länder	112,5	116,4	119,8	116,5	- 2,8
Güter für Drittländer	112,2	116,0	119,0	117,1	- 1,6
Lebenshaltungskosten (Alle priv. Haushalte)	115,6	118,4	121,0	120,7	- 0,2
Nahrung, Getränke, Tabakwaren	114,3	116,0	116,9	117,6	+ 0,6
Bekleidung, Schuhe	113,0	115,7	118,4	120,6	+ 1,9
Wohnungsmiete	115,6	120,0	123,9	126,4	+ 2,0
Energie	124,5	128,8	133,4	116,4	- 12,7
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter	113,7	115,9	117,7	119,1	+ 1,2
Güter f. d. Gesundheit u. Körperpflege	115,6	118,0	119,7	121,5	+ 1,5
Güter f. Verkehr u. Nachrichtenübermittl	117,1	120,1	123,2	118,3	- 4,0
Güter f. Bildung, Unterhaltung, Freizeit	111,4	114,2	116,2	117,8	+ 1,4
Güter f. d. persönliche Ausstattung	118,5	120,8	125,7	130,1	+ 3,5

B|-23-

Bruttostundenverdienste im Produzierenden Gewerbe¹⁾

Leistung:	eneu	nnén .		jew. Oktobe	r 	Veränd. in %
rersenily:	ayı u		1970	1980	1986	1986/85
		Bay	ern (DM)			
Männlich	I	Facharbeiter	6,52	14,40	17,99	+ 4,4
	ΙI	Angelernte oder Spezialarbeiter	5,82	12,90	16,20	+ 4,4
	III	Hilfsarbeiter	5,36	11,70	14,64	+ 4,4
		Zusammen	6,14	13,66	17,16	+ 4,3
Weiblich	I	Facharbeiter	4,80	11,06	13,88	+ 4,6
	ΙΙ	Angelernte oder Spezialarbeiter	4,40	10,12	12,95	+ 4,8
	III	Hilfsarbeiter	4,13	9,61	12,05	+ 4,5
		Zusammen	4,34	10,00	12,69	+ 4,6
Alle			5,65	12,75	16,09	+ 4,5
		Bundesg	ebiet = 10	00	•	•
Männlich	I	Facharbeiter	90,4	94,7	94,9	+ 3,8
	II	Angelernte oder Spezialarbeiter	89,8	94,5	94,2	+ 3,9
	III	Hilfsarbeiter	92,3	95,9	95,7	+ 3,7
		Zusammen	90,8	95,1	95,1	+ 3,9
Weiblich	I	facharbeiter	94,5	97,4	95,5	+ 4,6
	II	Angelernte oder Spezialarbeiter	93,0	95,7	96,1	+ 4,3
	III	Hilfsarbeiter	91,2	94,9	93,8	+ 4,6
		Zusammen	92,3	96,2	96,0	+ 4,4
Alle			89,0	93,5	93,6	+ 4,0
		Beschäftigtenanteile na	ch Leistur	ngsgrúppen	(Bayern)	1
Männlich	I	facharbeiter	52,8	58,0	60,7	} -
	ΙI	Angelernte oder Spezialarbeiter	36,1	33,3	31,6	-
	III	Hilfsarbeiter	11,1	8,7	7,8	-
		Zusammen	100,0	100,0	100,0	_
weiblich	I	Facharbeiter	6,0	5,5	6,4	-
	II	Angelernte oder Spezialarbeiter	61,3	62,1	58,6	_
	III	Hilfsarbeiter	32,7	32,3	35,0	_
		Zusammen	100,0	100,0	100,0	_
Männlich			71,2	73,9	75,2	-
Weiblich			28,8	26,1	24,8	_
Alle			100,0	100,0	100,0	_
				1	I '	Į.

¹⁾ Industrie (einschl. Hoch- u. Tiefbau mit Handwerk)

DLP11/20 _____

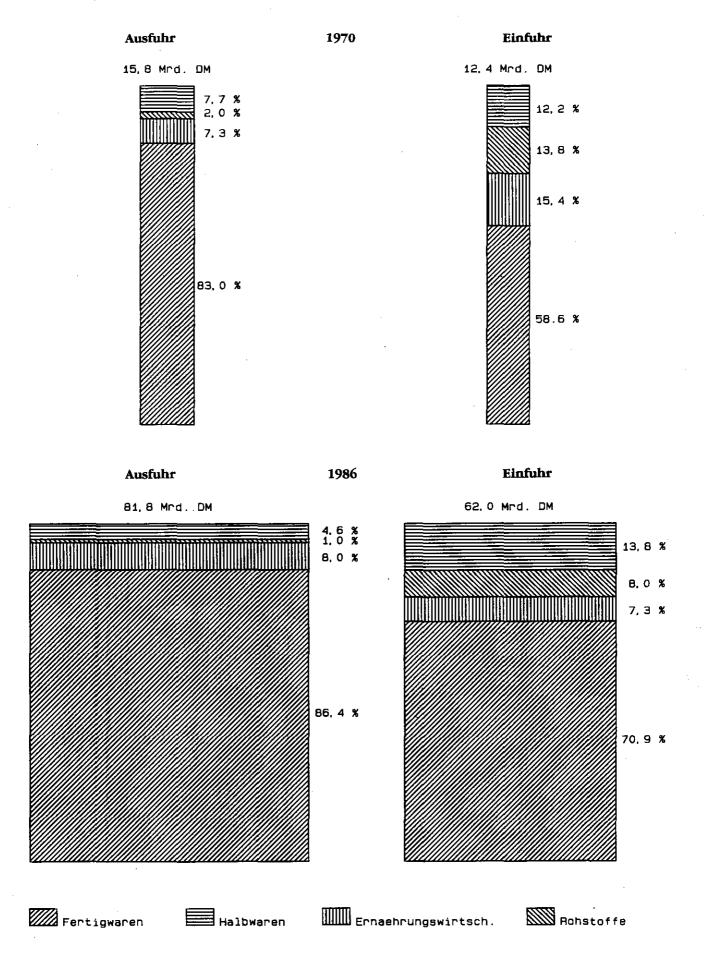
	19	984	19	85	<u> </u>	1986 *)	
	Mio DM	Anteil in %	Mio DM	Anteil in %	Mio DM	Anteil in %	Anteil a Bund in
		Einfu	hr			•	
insgesa mt	63 821	100,0	69 224	100,0	62 009	100,0	14,6
Industrial. westl. Länder	43 416	68,0	48 239	69,7	47 863	77,2	13,8
EG (12)	24 375	38,2	26 994	39,0	26 543	42,8	12,2
EFTA	9 202	14,4	10 266	14,8	10 831	17,5	19,5
Entwicklungsländer	11 989	18,8	12 820	18,5	6 873	11,1	12,3
Staatshandelsländer	8 415	13,2	8 165	11,8	7 273	11,7	32,7
Italien	8 262	12,9	8 921	12,9	9 194	14,8	24,1
Österreich	5 326	8,3	5 986	8,6	6 333.	10,2	38,5
USA	4 953	7,8	5 400	7,8	4 561	7,4	16,2
Frankreich	3 719	5,8	4 302	6,2	4 323	7,0	9,1
UDSSR	5 368	8,4	5 095	7,4	4 311	7,0	45,1
Vereinigtes Königreich	4 176	6,5	4 256	6,1	4 194	6,8	14,0
Japan	2 569	4,0	3 008	4,3	3 355	5,4	12,4
Niederlande	3 398	5,3	4 097	5,9	3 053	4,9	6,4
Schweiz	2 309	3,6	2 570	3,7	2 786	4,5	15,0
Belgien/Luxemburg	2 136	3,3	2 238	3,2	2 405	3,9	8,1
Jugoslawien	1 235	1,9	1 427		1 463	2,4	29,6
Schweden	1 058		1 132	2,1	1 116	1,8	11,0
CSSR	1 242	1,7	1 256	1,6	1 057		43,7
	4 084	1,9		1,8	1	1,7	
Libyen Irland	580	6,4	3 813	5,5	932 822	1,5	43,4
Spanien	609	0,9	798 768	1,2	765	1,3	26,1
Spanien	[009	1,0	ļ	1,1	,,,,	1,2	10,0
		Ausfu	hr				
nsgesamt	71 339	100,0	79 601	100,0	81 795	100,0	15,5
Industrial. westl. Länder	59 241	83,0	67 929	85,3	70 790	86,5	16,0
EG (12)	33 039	46,3	36 920	46,4	38 690	47,3	14,5
EFTA	11 763	16,5	13 655	17,2	14 153	17,3	16,3
Entwicklungsländer	9 296	13,0	8 498	10,7	7 897	9,7	14,1
Staatshandelsländer	2 793	3,9	3 172	4,0	3 109	3,8	12,0
USA	9 322	13,1	11 441	14,4	12 055	14,7	21,8
Italien	9 367	13,1	9 943	12,5	10 103	12,4	23,6
frankreich	6 508	9,1	7 246	9,1	8 011	9,8	12,9
Vereinigtes Königreich	6 051	8,5	6 851	8,6	6 739	8,2	15,1
Österreich	5 251	7,4	5 947	7,5	5 871	7,2	20,9
Niederlande	4 028	5,6	4 630	5,8	4 751	5,8	10,5
Schweiz	3 512	4,9	4 018	5,0	4 404	5,4	14,2
Belgien/Luxemburg	3 069	4,3	3 345	4,2	3 700	4,5	10,0
Schweden	1 727	2,4	2 003	2,5	2 108	2,6	14,3
Spanien	992	1,4	1 224	1,5	1 743	2,1	14,4
Japan	1 131	1,6	1 440	1,8	1 547	1,9	17,7
Dänemark	937	1,3	1 154	1,4	1 313	1,6	10,7
Griechenland	1 133	1,6	1 255	1,6	1 165	1,4	22,3
Jugoslawien	883	1,2	951	1,2	1 076	1,3	16,8
Norwegen	653	0,9	967	1,2	1 007	1,2	14,2
Kanada	643	0,9	847	1,1	845	1,0	16,0

^{*)} vorläufig

	19	984	1	985	\	1986 *)	
	Mio DM	Anteil in %	Mio DM	Anteil in %	Mio DM	Anteil in %	Anteil am Bund in %
		Einfu	hr		A		
Gesamte Einfuhr	63 821	100,0	69 224	100,0	62 009	100,0	14,6
Ernährungswirtschaft	4 439	7,0	4 483	6,5	4 522	7,3	7,9
Rohstoffe	11 049	17,3	10 784	15,6	4 968	8,0	15,8
Halbwaren	9 805	15,4	11 230	16,2	8 577	13,8	14,2
Fertigwaren	38 528	60,4	42 727	61,7	43 942	70,9	16,5
Fertigwaren = 100		100,0		100,0		100,0	
Elektrotechn. Erzeugn.	8 229	12,9	9 198	13,3	8 956	14,4	25,4
Maschinen	5 365	8,4	6 830	9,9	7 211	11,6	18,9
Textilien, Chemiefasern	5 608	8,8	5 974	8,6	6 341	10,2	20,6
Chemische Industrie	4 608	7,2	5 085	7,3	4 983	8,0	11,8
fahrzeuge, Fahrräder	4 321	6,8	4 839	7,0	4 962	8,0	12,6
Eisen- u. Metallwaren	3 113	4,9	3 221	4,7	3 451	5,6	13,2
Felle, Leder, Schuhe	1 817	2,8	1 829	2,6	1 959	3,2	20,8
Papier, Pappe, Druckerz.	1 335	2,1	1 447	2,1	1 508	2,4	14,8
Feinmech. u. opt. Erz.	978	1,5	1 152	1,7	1 273	2,1	17,2
Fertigwaren aus Holz	1 023	1,6	986	1,4	1 068	1,7	19,4
Kautschukwaren	420	0,7	413	0,6	482	0,8	11,9
Feinkeramik, Porzellan	458	0,7	453	0,7	457	0,7	20,8
Glas u. Glaserzeugnisse	425	0,7	436	0,6	443	0,7	17,9
Spielz., Christbaumschm.	307	0,5	319	0,5	307	0,5	27,3
Musikinstrumente	54	0,1	49	0,1	59	0,1	34,6
Sonstige Fertigwaren	466	0,7	495	0,7	480	0,8	9,2
	•	Ausfu	hr ·		ı	•	
Gesamte Ausfuhr	71 339	100,0	79 601	100,0	81 795	100,0	15,5
Ernährungswirtschaft	6 172	8,7	6 334	8,0	6 535	8,0	23,9
Rohstoffe	905	1,3	934	1,2	836	1,0	11,5
Halbwaren	4 010	5,6	4 389	5,5	3 766	4,6	12,3
Fertigwaren	60 252	84,5	67 944	85,4	70 659	86,4	15,4
Fertigwaren = 100		100,0	1	100,0		100,0	İ
Fahrzeuge, Fahrräder	16 640	23,3	18 886	23,7	18 804	23,0	17,9
Maschinen	11 382	16,0	13 331	16,7	14 588	17,8	15,3
Elektrotechn. Erzeugn.	10 513	14,7	11 601	14,6	12 771	15,6	22,8
Chemische Industrie	6 643	9,3	7 295	9,2	7 110	8,7	9,4
Textilien, Chemiefasern	3 250	4,6	3 636	4,6	3 791	4,6	18,3
Eisen- u. Metallwaren	2 815	3,9	3 026	3,8	3 027	3,7	6,2
Feinmech. u. opt. Erz.	1 627	2,3	1 965	2,5	2 434	3,0	20,1
Papier, Pappe, Druckerz.	2 096	2,9	2 307	2,9	2 240	2,7	16,4
Feinkeramik, Porzellan	1 027	1,4	1 142	1,4	1 136	1,4	43,0
Fertigwaren aus Holz	792	1,1	926	1,2	990	1,2	17,2
Glas u. Glaserzeugnisse	669	0,9	753	0,9	780	1,0	23,2
Spielz., Christbaumschm.	367	0,5	408	0,5	436	0,5	43,7
Felle, Leder, Schuhe	408	0,6	435	0,5	401	0,5	10,8
Kautschukwaren	256	0,4	272	0,3	295	0,4	6,5
Musikinstrumente	78	0,1	84	0,1	86	0,1	23,0
	1 687	2,4	1 875	2,4	.1 768	2,2	18,8
Sonstige Fertigwaren	1 ,001	","	1 1077	, -, -	1 . 1 /00	","	10,0

^{*)} vorläufig

Struktur der Ein- und Ausfuhren in Bayern



B) -27- OLP11/20 ===

Arbeitsmarkt

1. Eckdaten

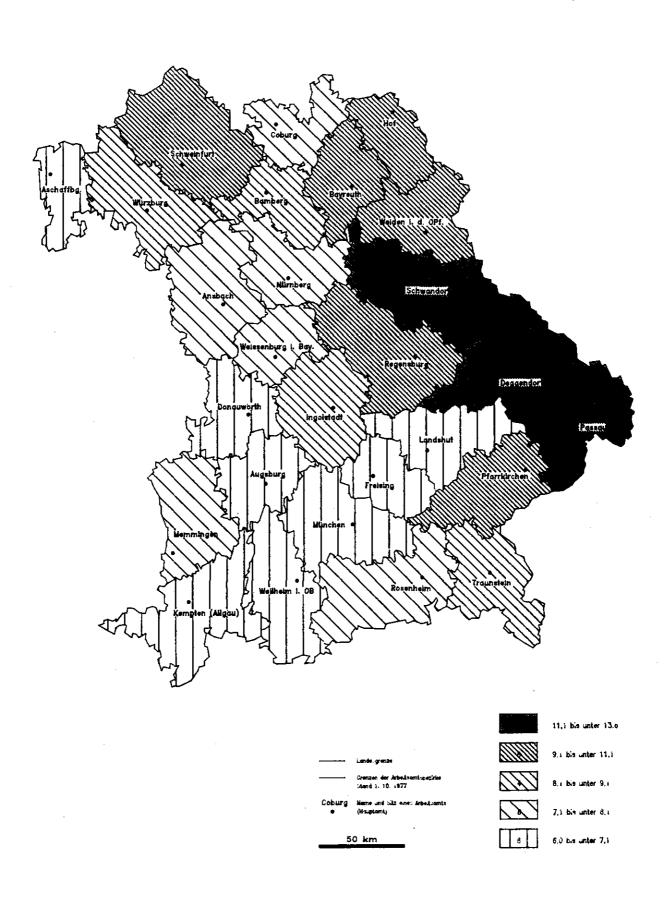
Jahr	Arbeits- lose	Quote in %	Jugend- arbeits- lose	Quote in %	Offene Stellen	Arbeitsl. je off. Stelle	Kurz- arbeiter
			Baye	rn			
1970	36 918	1,0	1 026	0,2	133 411	0,3:1	2 813
1980	147 714	3,5	10 853	2,3	61 218	2:1	23 384
1984	347 797	7,8	28 037	5,8	18 325	19:1	57 102
1985	344-681	7,7	24 916	5,1	22 783	15:1	35 008
1986	316 039	7,0	20 228	4,4	30 605	10:1	27 990
			Bundesg	ebiet			
1970	148 846	0,7	7 522	0,3	794 817	0,2:1	9 615
1980	888 900	3,8	72 767	3,2	308 348	3:1	136 562
1984	2 265 559	9,1	166 182.	7,9	87 929	26 : 1	383 704
1985	2 304 014	9,3	158 998	7,8	109 997	21:1	234 533
1986	2 228 004	9,0	144 625	7,4	153 866	14:1	197 371

2. Arbeitslose nach ausgewählten Berufsabschnitten in Bayern (Anteile in %)

Berufsabschnitte	Dez. 1985	März 1986	Juni 1986	Sept. 1986	Dez. 1986	Veränd. in % Dez. 1986/85
Fertigungsberufe	47,0	52,8	41,8	39,0	46,2	- 12,0
Metallberufe	10,5	10,0	10,9	11,0	10,7	- 9,0
Bauberufe	10,7	17,3	5,6	4,0	9,4	- 21,0
Textil- u. Bekleidungsberufe	3,1	2,7	4,1	4,0	3,4	+ 0,4
Technische Berufe	2,8	2,5	3,2	3,3	2,7	- 16,2
Dienstleistungsberufe	46,2	40,9	52,0	54,2	46,9	- 9,0
Organisations- u. Büroberufe	11,6	10,4	14,5	14,6	11,4	- 11,5
Warenkaufleute	7,6	6,7	9,1	9,3	7,5	- 12,0
Lager- u. Transportarbeiter	4,2	3,8	4,8	4,8	4,3	- 8,4
Verkehrsberufe	3,5	3,8	2,3	2,3	3,4	- 9,0
Übrige Berufe	4,0	3,8	2,9	3,5	4,2	- 6,3
Alle Berufe	357 575	398 243	265 048	256 707	320 006	- 10,5

Arbeitslosenquoten der bayerischen Arbeitsamtsbezirke 1986

DLP11/20====



3. Dauer der Arbeitslosigkeit in Bayern

DLP11/20===

Septe	mber	Arbeitslose insgesamt	unter 1 Monat	1 bis unter 3 Monate	3 Monate bis unter 1 Jahr	1 Jahr und länger
1970	Absolut	16 100	5 721	4 818	4 565	996
	%	100,0	35 , 5	29,9	28,4	6,2
1980	Absolut	126 978	23 696	34 613	49 066	19 603
	%	100 , 0	18 , 7	27,3	38,6	15,4
1984	Absolut	301 246	33 380	64 516	117 340	86 010
	%	100,0	11,1	21,4	39,0	28,6
1985	Absolut	287 576	43 324	62 724	107 782	73 746
	%	100 , 0	15,1	21,8	37,5	25,6
1986	Absolut	256 616	38 400	55 802	95 962	66 452
	%	100,0	15,0	21 , 7	. 37,4	25,9

4. Arbeitslose im bayerischen Zonenrandgebiet nach Regierungsbezirken

	1980	1982	1983	1984	1985	1986
Zonenrandg e biet insgesamt			·			
Arbeitslose	39 251	78 632	87 937	82 556	81 512	73 647
Anteil an Bayern in %	26,6	25,8	24,2	23,7	23,6	23,
Arbeitslosenquote	5,6	11,2	12,6	. 11,9	11,7	10,0
onenrandgebiet Niederbayern	ļ					
Arbeitslose	9 910	17 544	19 045	17 675	18 273	16 97
Anteil am ZRG in %	25,2	22,3	21,7	21,4	22,4	23,
Arbeitslosenquote	8,5	14,9	16,2	14,9	15,3	14,
onenrandgebiet Oberpfalz						
Arbeitslose	8 192	14 761	16 481	16 170	16 338	14 77
Anteil am ZRG in %	20,9	18,8	18,7	19,6	20,0	20,
Arbeitslosenquote	7,4	13,4	15,1	14,8	15,0	13,
onenrandgebiet Oberfranken						
Arbeitslose	14 297	33 945	38 232	35 318	34 056	30 64
Anteil am ZRG in %	36,4	43,2	43,5	42,8	41,8	41,
Arbeitslosenquote	4,0	9,6	10,9	10,1	9,7	8,
onenrandgebiet Unterfranken		İ				
Arbeitslose	6 851	12 382	14 179	13 393	12 845	11 25
Anteil am ZRG in %	17,5	15,7	16,1	16,2	15,8	15,
Arbeitslosenquote	5,8	10,4	11,9	11,3	10,8	9,

bi-30-DLP11/20===

5. Arbeitslosenquoten in den bayerischen Arbeitsamtsbezirken und in den Bundesländern 1986

Arbeitsamtsbezirke	Ar	beitslosenquo	ten	Meßz	ahl Bayern =	100
Bundesländer	Jahres- durch- schnitt	Höchst- stand	Tief- stand	Jahres- durch- schnitt	Höchst- stand	Tief stan
Bayer. Arbeitsamtsbezirke	7,0	9,9	5,6	100,0	100,0	100,
Schwandorf Deggendorf Passau	13,6 13,6 13,6	21,8 23,0 23,8	9,8 9,2 8,9	194,3 194,3 194,3	220,2 232,3 240,4	175, 164, 158,
Weiden Regensburg Pfarrkirchen	10,8 10,5 10,3	17,0 15,1 15,3	8,1 8,1 7,8	154,3 150,0 147,1	171,7 152,5 154,5	144, 144, 139,
Bayreuth Hof Schweinfurt	10,0 9,8 9,4	15,3 13,7 13,6	7,9 7,8 7,6	142,9 140,0 134,3	154,5 138,4 137,4	141, 139, 135,
Bamberg Iraunstein Würzburg	8,2 8,2 8,1	12,4 13,2 10,5	6,1 5,6 6,9	117,1 117,1 115,7	125,3 133,3 106,1	108, 100, 123,
Ingolstadt Weißenburg Memmingen	8,1 7,7 7,5	11,5 12,6 10,7	6,1 5,4 6,0	115,7 110,0 107,1	116,2 127,3 108,1	108, 96, 107,
Nürnberg Ansbach Rosenheim	7,4 7,4 7,3	8,9 12,7 11,1	6,6 5,1 5,6	105,7 105,7 104,3	89,9 128,3 112,1	117, 91, 100,
Coburg Landshut Donauwörth	7,3 7,0 6,8	11,6 11,8 10,6	5,0 4,9 5,0	104,3 100,0 97,1	117,2 119,2 107,1	89, 87, 89,
Augsburg Kempten Weilheim	6,5 6,5 6,5	8,3 9,5 10,2	5,6 4,7 4,5	92,9 92,9 92,9	83,8 96,0 103,0	100, 83, 80,
Aschaffenburg Freising München	6,4 6,1 6,0	8,3 9,5 7,1	5,5 4,2 5,4	91,4 87,1 85,7	83,8 96,0 71,7	98, 75, 96,
Bremen	15,5	16,2	14,9	221,4	163,6	266,
Saarland	13,3	14,3	12,5	190,0	144,4	223,
lamb u rg	13,0	13,4	12,7	185,7	135,4	226,
Niedersachsen	11,5	13,8	10,2	164,3	139,4	182,
Nordrhein-Westfalen	10,9	11,7	10,3	155,7	118,2	183,
Schleswig-Holstein	10,9	13,0	9,6	155,7	131,3	171,
Berlin	10,5	11,1	9,9	150,0	112,1	176,
Rheinland-Pfalz	8,3	10,2	7,2	118,6	103,0	128,
Hessen	6,8	7,9	6,2	97,1	79,8	110,
Baden-Württemberg	5,1	5,9	4,6	72,9	59,6	82,
Bundesgebiet	9,0	10,4	8,1	128,6	105,1	144,

Ausbildungsverhältnisse

DLP11/20===

Jahr	IHK Bereich insgesamt	1970=100	HK Bereich	1970=100	Summe IHK +HK	1970=100	Summe aller Ausbildungs- verhältnisse	1979=100
				Bay	ern		,	
1970	98 500	100,0	66 971	100,0	165 471	100,0	194 029	100,0
1980	144 158	146,4	151 676	226,5	295 834	178,8	335 475	172,9
1984	144 316	146,5	143 864	214,8	288 180	174,2	331 964	171,1
1985	149 595	151,9	141 891	211,9	291 486	176,2	334 454	172,4
1986 1)	150 607	152,9	136 756	204,2	287 363	173,7		
				Bundes	gebiet			
1970	724 116	100,0	420 936	100,0	1 145 052	100,0	1 270 100	100,0
1980	786 917	108,7	702 331	166,8	1 489 248	130,1	1 712 716	134,8
1984	841 081	116,2	693 232	164,7	1 534 313	134,0	1 800 141	141,7
1985	874 614	120,8	687 454	163,3	1 562 068	136,4	1 831 265	144,2

Ausbildung im Ländervergleich 1985

-		Auszubi	ldende		Neu abgeso	hlossene Au	sbildungsve	rhältnisse
Land	Industrie u. Handel	Handwerk	Sonst. 2)	Insgesamt	Industrie u. Handel	Handwerk	Sonst. 2)	Insgesamt
NW	253 054	182 037	70 533	505 624	106 162	62 125	29 224	197 511
BAY	149 595	141 891	42 968	334 454	61 292	48 556	17 081	126 929
BAWÜ	141 785	94 558	38 235	274 578	56 340	33 901	15 341	105 582
NDSA	87 231	87 629	41 264	216 124	37 955	29 466	16 670	84 091
HESS	77 436	55 536	23 699	156 671	31 520	19 350	10 078	60 948
RHPF	50 199	43 890	16 583	110 672	20 946	15 088	6 698	42 732
SCHH	35 860	31 842	15 492	83 194	14 811	10 261	6 376	31 448
нмв	27 410	15 390	6 472	49 272	11 122	5 287	2 782	19 191
BLNW	21 781	14 993	6 767	43 541	9 331	5 635	2 857	17 823
SAAR	16 300	11 827	4 192	32 319	7 078	4 174	1 805	13 057
B RM	13 963	7 861	2 992	24 816	5 798	2 841	1 240	9 879
BUND	874 614	687 454	269 197	1 831 265	362 355	236 684	110 152	709 191

¹⁾ Vorläufig

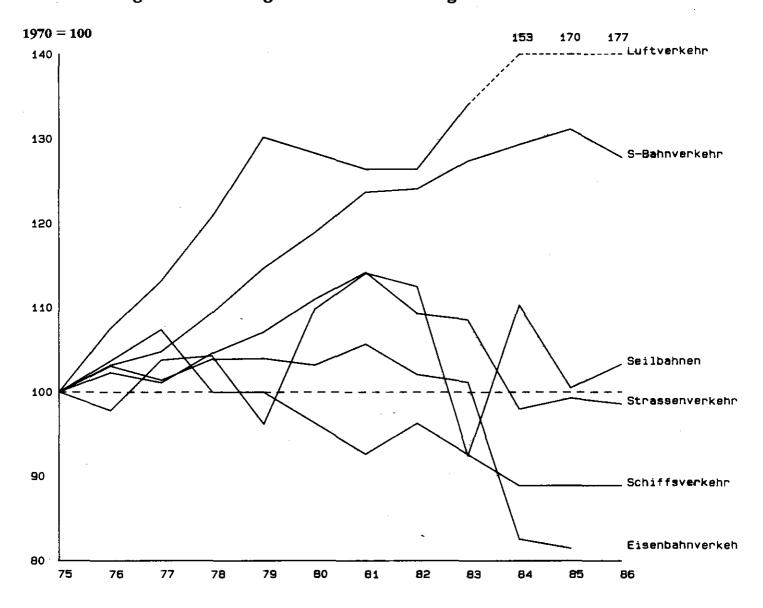
²⁹ Landwirtschaft, Öffentlicher Dienst, freie Berufe, Hauswirtschaft, Seeschiffahrt IHK = Industrie- u. Handelskammer HK = Handwerkskammer

Öffentlicher Personenverkehr in Bayern (Beförderungsfälle in Mio)

	1970	1980	1985	1986 ^{*)}	Veränd. in % 1986/85
Insgesamt	1 023,8	1 428,2	1 305,2	1 290	- 1,1
Eisenbahnverkehr	164,7	121,3	95,8		
S - Bahnverkehr	_	177,3	195,5	190,5	- 2,6
Straßenverkehr 1)	840,7	1 100,0	984.0	977,2	- 0,7
Linienverkehr	828,2	1 077,6	965,6	959,1	- 0,7
Gelegenheitsverkehr	12,5	22,3	18,4	18,1	- 1,6
Luftverkehr	4,1	6,8	9,0	9,4	+ 4,4
Seilschwebebahnen	11,9	20,2	18,5	19.0	+ 2,7
Schiffahrt 2)	2,4	2,6	2,4	2,4	± 0

^{*)} Vorläufig 1) Einschl. Stadtschnellbahnen; ab 1984 neuer Berichtskreis 2) Auf bayerischen Seen

Entwicklung der Beförderungsfälle nach Verkehrsträgern



B/ -33-ULVII/4U___

Einreisen nach Bayern im grenzüberschreitenden Personenverkehr in 1 000 (einschl. Durchreisen)

	1970	1980	1985	1986	Veränd. in % 1986/85
Schweiz 1)	215,7	269,5	281,9	263,8	- 6,4
Eisenbahnübergänge	171,7	229,5	245,0	228,0	- 6,9
Wasserübergänge	43,9	40,1	37,0	35,8	- 3,2
Österreich	74 135,4	93 741,1	100 739,2	108 519,6	+ 7,7
Straßenübergänge	67 626,4	87 536,9	95 541,5	103 553,6	+ 8,4
Eisenbahnübergänge	6 264,2	5 771,1	4 767,0	4 527,9	- 5,0
Wasserübergänge	244,8	433,1	430,6	438,2	+ 1,8
CSSR	401,2	679,8	818,3	863,2	+ 5,5
Straßenübergänge	330,5	565,5	702,6	748,7	+ 6,6
Eisenbahnübergänge	70,7	114,3	115,6	114,5	- 1,0
DDR	1 631,8	919,3	996,9	1 103,4	+ 10,7
Straßenübergänge	1 177,9	593,0	661,8	693,5	+ 4,8
Eisenbahnübergänge	453,9	326,3 ·	335,1	409,8	+ 22,3
Berlin (West) -über die Grenzen der DDR∸	-	2 453,4	2 809,0	2 921,8	+ 4,0
Straßenübergänge		2 185,5	2 600,7	2 728,6	+ 4,9
Elsenbahnübergänge	-	267,9	208,3	193,3	- 7,2
flugverkehr aus dem Ausland					
Flughafen München	923,1	1 634,6	1 993,6	2 098,3	+ 5,3
Flughafen Nürnberg	30,1	86,7	150,2	164,4	+ 9,5
Insgesamt	77 337,1	99 784,4	107 789,0	115 934,5	+ 7,6
Straßenübergänge	69 134,8	90 880,9	99 506,6	107 724,4	+ 8,3
Eisenbahnübergänge	6 960,5	6 709,1	5 671,0	5 473,5	- 3,5
Wasserübergänge	288,7	473,2	467,6	474,0	+ 1,4
flugverkehr	953,1	1 721,2	2 143,8	2 262,7	+ 5,5

¹⁾Einschl. Schienenverkehr, aber ohne Parallelverkehr auf der Straße über Bregenz nach Lindau

Gewerblicher Luftverkehr (auf Verkehrsflughäfen)

DLP11/20 ===

1. Beförderungsleistung

		Perso	nenbe för der	ung		Frachtv	erkehr	dav. Pos	tverkehr	
Jahr	Ausste	iger	Einste	iger	Durch-	Ein- u.	Durch-	Ein- u.	Durch-	
2011	Insgesamt	Ausland	Insgesamt	Ausland	reisende	Auslad.	gang	Auslad.	gang	
		Flug	gäste in 10	00		Tonnen				
				Müncher	า				<u>.</u>	
1984	3 433,4	1 993,0	3 438,1	1 996.0	346,4	48 911	7 638	14 297	442	
1985	3 828,7	2 273,6	3 824,6	2 269,8	396,1	48 030	8 007	14 730	585	
1986 Jan/okt	3 416,8	2 079,8	3 432,2	2 092,9	364,7	44 586	9 753	12 951	626	
Veränd. in %										
Jan/0k t86/85	+ 3,2	+ 4,4	+ 3,5	+ 4,6	+ 8,9	+ 13,4	+ 50,2	+ 11,9	+ 46,3	
				Nürnberg]					
1984	407,1	116,0	407,4	113,3	18,2	9 452	129	4 952	10	
1985	447,0	138,1	446,7	134,0	34,4	11 589	365	5 435	75	
1986 Jan/Okt	407,7	141,7	408,9	134,4	28,9	10 053	409	4 991	17	
Veränd. in %		al C	n. l	47.0			25 1	40.1		
Jan/0kt86/85	+ 7,1	+ 14,6	+ 7,4	+ 13,0	- 2,7	+ 4,0	+ 35,4	+ 12,4	- 73,0	
				Bayern						
1984	3 840,5	2 109,0	3 845,5	2 109,3	364,6	58 563	7 767	19 249	452	
1985	4 275,7	2 411,7	4 271,3	2 403,8	430,5	59 619	8 372	20 165	660	
1986 Jan/Okt	3 824,5	2 221,5	3 841,1	2 227,3	393,6	54 639	10 162	17 942	643	
Veränd. in %	• /			- 4		44.1		40.5	74.0	
Jan/0k t86/85	+ 3,6	+ 5,0	+ 3,9	+ 5,1	+ 7,9	+ 11,6	+ 49,5	+ 12,1	+ 31,0	
			Bu	ndesgebi	et					
Veränd. in % Jan/Okt86/85	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,1	- 2,1	+ 8,9	+ 3,4	+ 7,8	+ 3,0	

2. Starts und Landungen

Jahr		Insgesamt			Linienver	kehr	Gelegenheitsverkehr		
	München	Nürnberg	Bayern	München	Nürnberg	Bayern	München	Nürnberg	Bayern
1984 1985	101 472 114 601	19 014 24 158	120 486 138 759	70 282 75 672	10 034 14 878	80 316 90 550	29 947 37 545	8 768 9 005 8 845	38 715 46 550 44 272
1986 Jan/Okt Veränd. in % Jan/Okt86/85		23 305 + 15,6	129 065 + 9,5	69 222 + 9,1	13 829	+ 9,6	35 427 + 7,1		+ 8,8

Bundesgebiet

Veränd. in % Jan/Okt86/85

+ 5,6

+ 7,2

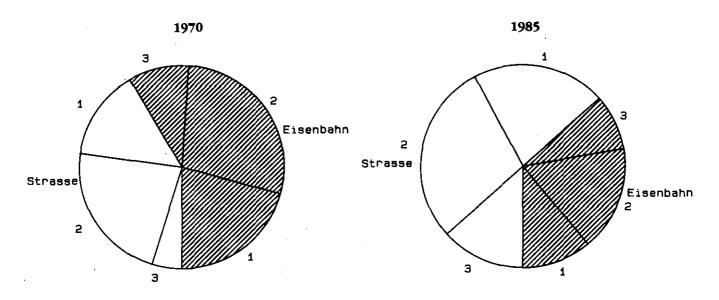
+ 2,5

Güterverkehr in Bayern (in 1 000 t)

DLP11/20===

		Verkehr inner- halb Bayerns	Grenzen innerha Bundesg	Verkehr über d. Grenzen Bayerns innerhalb des Bundesgebiets einschl. DDR		erschrei- Verkehr and)	Güterumschlag	
		Versand=Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang	zusammen	
	4000	47 770	0.110	11 542	1 075	2 507	70 777	
Straßenfernverkehr	1970 1980	13 370 22 890	9 442 15 261	18 752	1 875 6 3 85	2 503 7 433	38 732 70 721	
Stranenternverkent	1985	27 367	16 868	20 493	8 619	8 502	81 849	
	1970	19 349	7 027	19 290	3 792	5 202	54 660	
Eisenbahnverkehr	1980	15 546	6 919	15 974	4 017	6 739	49 195	
ET3611081111 VOT KEITT	1985	14 239	6 713	14 828	3 939	7 442	47 161	
	1970	_	_	<u> </u>	_	17 422	17 422	
Rohrfernleitungen	1980	-	_	_	_	20 408	20 408	
	1985	-	-	-	_	15 147	15 147	
	1970	3 138	1 070	4 481	2 055	2 753	13 497	
Binnenschiffahrt	1980	3 905	1 470	2 223	2 189	3 050	12 837	
	1985	2 756	1 009	1 515	1 607	3 511	10 398	
	1970	35 857	17 539	35 313	7 722	27 880	124 311	
Insgesamt	1980	42 341	23 650	36 949	12 591	37 630	153 161	
•	1985	44 362	24 590	36 836	14 165	34 602	154 555	

Güterumschlag im Straßenfern- und Eisenbahnverkehr (Anteile in Prozent)



- 1 innerhalb Bayerns
- 2 ueber die bayer. Grenzen innerhalb der Bundesrepublik (einschl. DDR)
- 3 Grenzueberschreitender Verkehr (Ausland)

Güterumschlag der Binnenschiffahrt in Bayern (in 1 000 t)

Häfen / Länder	19	84	19	185	1986		
Güterarten	Ankunft	Abgang	Ankunft	Abgang	Ankunft	Abgang	
Ankunft und Abgang nach Häfen							
Nürnberg	598	202	658	115	775	140	
Erlangen	498	65	379	63	537	96	
Bamberg	654	158	615	113	629	133	
Schweinfurt	453	25	433	16	450	41	
Kitzingen	209	50	212	46	212	50	
Ochsenfurt	126	70	158	82	175	110	
Würzburg	998	119	785	133	833	172	
Aschaffenburg	966	49	1 011	69	1 264	72	
Minderwichtige Häfen	2 375	3 597	1 929	2 881	2 248	2 964	
Maingebiet zusammen	6 877	4 335	6 180	3 519	7 124	3 778	
Regensburg	1 255	1 325	1 059	1 163	1 094	832	
Passau	20	51	21	36	15	21	
Minderwichtige Häfen	630	623	522	499	485	244	
Donaugebiet zusammen	1 905	1 999	1 602	1 698	1 594	1 097	
Bayern insgesamt	8 782	6 334	7 782	5 217	8 718	4 874	
Grenzüberschreitender Verkehr nach Ländern							
Österreich	355	1 223	323	1 019	324	774	
CSSR	6		3	_	_	_	
Ungarn	378	15	208	14	376	11	
Jugoslawien	341	14	363	67	336	19	
Rumänien	156	10	152	23	169	9	
Bulgarien	69	85	70	66	84	31	
UDSSR	33	74	46	70	98	45	
Grenzüberschreitender Verkehr zus.	1 339	1 421	1 166	1 258	1 386	889	
Güterumschlag nach Güterarten						•	
Baustoffe	8-	332	6	622	6	488	
Kohle	1	959	1	724	1	833	
Getreide-, Futter- u. Düngemittel	1	272	1	458	1	706	
Kraftstoffe u. Heizöl	1	112	1	110	1	682	
Erze, Metallabfälle, Schrott		733		673		598	
Übrige Güter	1	709	1	412	1	285	
Güter insgesamt	15	116	12	999	13	592	

3)-37- DL P 1 1 / 20 = = Güterbewegung auf der Schiene in den Regierungsbezirken Bayerns (in 1 000 t)

0	19	80	19	84	19	85
Reg. Bez.	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang
				<u>.</u>	<i>p</i> ∧.	
Oberbayern	12 225	12 157	10 727	10 618	11 369	11 165
Niederbayern	4 165	2 909	3 928	2 411	3 876	2 456
Oberpfalz	4 484	7 696	3 866	8 068	4 162	8 565
Oberfranken	944	3 542	958	3 374	963	3 048
Mittelfranken	1 470	4 779	1 519	4 403	1 403	4 358
Unterfranken	1 368	3 243	1 305	3 140	1 465	3 102
Schwaben	1 825	3 932	1 775	3 844	1 653	3 815
Bayern	26 481	38 258	24 077	35 858	24 892	36 510

Verkehrsverflechtung Bayerns auf Straße und Schiene (in 1 000 t)

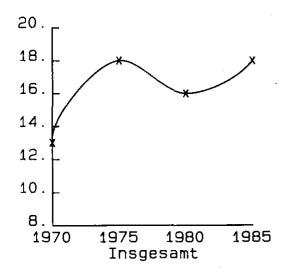
		1	985		Vera	inderung	1985/84 in %	
Regionale Gliederung	Lastkr	aftwagen	Eise	nbahn	Lastkra	ftwagen	Eis	enbahn
	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang
Baden-Württemberg	6 506	6 916	1 911	2 281	+ 1,9	+ 4,9	+ 7,6	- 7,7
Nordrhein-Westfalen	3 472	5 029	1 607	4 779	+ 2,7	+ 5,9	+ 7,1	+ 6,1
Hessen	2 626	2 762	605	1 457	+ 1,3	+ 7,2	+ 7,3	+ 4,2
Niedersachsen	1 197	1 574	581	1 355	+ 4,5	+ 1,2	+ 0,5	- 10,2
Rheinland-Pfalz	984	2 076	334	926	- 2,6	- 1,1	+ 6,7	- 2,1
Hamburg	519	565	566	946	+ 0,8	+ 0,7	+ 12,5	+ 11,4
Bremen	289	282	580	1 034	- 1,7	+ 2,2	- 8,1	+ 21,4
Berlin (West)	724	585	143	20	- 0,3	+ 8,3	- 11,7	- 28,6
Saarland	225	352	116	854	+ 6,1	+ 12,1	+ 0,9	- 5,3
Schleswig-Holstein	283	274	144	125	+ 5,6	- 0,7	+ 25,2	+ 7,8
Bundesländer zusammen	16 825	20 415	6 587	13 777	+ 1,8	+ 4,4	+ 5,3	+ 1,5
Verkehr innerhalb Bayerns	27	368	14	239	+ 7	7,8	+ :	2,1
DDR und Berlin (Ost)	42	79	126	1 052	+425,0	- 10,2	+113,6	- 13,5
Ausland insgesamt	8 619	8 502	3 939	7 442	+ 7,3	- 0,1	+ 3,3	+ 4,6
EG (12)	5 513	5 025	2 242	1 580	+ 6,9	+ 2,1	+ 4,4	+ 10,0
Österreich	2 280	1 721	931	1 005	+ 8,6	- 9,9	+ 11,1	+ 42,6
Schweiz	361	218	311	94	+ 4,9	+ 9,5	+ 25,4	+ 32,4
Jugoslawien	57	116	101	87	+ 9,6	+ 11,5	- 34,0	- 9,4
Verkehr insges amt	52 854	56 364	24 891	36 510	+ 5,8	+ 5,2	+ 3,4	+ 1,8

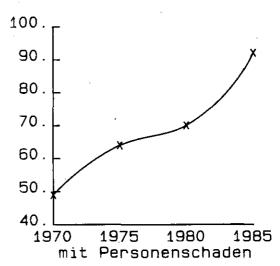
	V5-			Anteile	in %				Kfz
Juli	Kfz- arten insg.	Motor- räder 1)	Pkw einschl. Kombi	Kraft- omni- busse	Lkw	Zug- masch.	Übrige Kfz	Kfz- anhänger	mit Vers kenn- zeichen
				Bayern	2)				
1970	3 135 059	1,7	77,4	0,2	5,5	14,7	0,5	93 543	203 261
1980	4 984 369	2,3	81,8	0,3	4,4	10,6	0,7	212 346	450 229
1984	5 590 968	3,5	81,4	0,2	4,0	10,0	0,9	291 463	354 509
1985	5 760 124	3,6	81,5	0,2	4,0	9,8	1,0	312 389	345 154
1986	6 004 728	3,6	81,8	0,2	3,9	9,5	1,0	. 334 687	-
1986/70	+ 91,5	+ 313,9	+ 102,3	+ 69,0	+ 35,4	+ 23,8	+ 302,1	+ 257,8	
			Bu	ndesgeb	iet 2)	•	•		
1970	16 721 138	1,4	83,2	0,3	5,8	8,6	0,8	625 988	1 054 203
1980	26 840 240	2,1	86,2	0,2	4,6	6,1	0,7	1 321 962	2 110 200
1984	29 381 804	3,2	85,7	0,2	4,2	5,8	0,9	1 670 911	1 552 069
1985	30 090 127	3,3	85,7	0,2	4,1	5,7	1,0	1 756 546	1 473 615
1986	31 262 260	3,3	85,9	0,2	4,0	5,5	1,0	1 847 942	1 276 991
1986/70	+ 87,0	+ 356,9	+ 93,1	+ 54,3	+ 30,7	+ 19,0	+ 142,6	+ 195,2	+ 21,1

- 1) Ohne Leichtkrafträder
- 2) Ohne Bundesbahn und Bundespost

Entwicklung der Unfallhäufigkeit in Bayern

Von den in Bayern zugelassenen Kraftfahrzeugen waren an einem Unfall beteiligt jedes





Zulassung fabrikneuer Personenkraftwagen im Bundesgebiet

Herstellerländer		Pkw in 100	00	Veränd. in %	Anteil	an Insgesa	mt in %
Deutsche Marken	1984	1985	1986	1986/85	1984	1985	1986
Insgesamt	2 394	2 379	2 829	+ 18,9	100,0	100,0	100,0
Japan	288	316	426	+ 34,8	12,0	13,3	15,1
Frankreich	181	175	224	+ 28,0	7,6	7,4	7,9
Italien	124	112	132	+ 17,9	5,2	4,7	4,7
Spanien	84	. 86	84	~ 2,3	3,5	3,6	3,0
Schweden .	13	12	15	+ 25,0	0,5	0,5	0,5
Ostblock 1)	11	11	14	+ 27,3	0,5	0,5	0,5
Großbritannien	10	10	15	+ 50,0	0,4	0,4	0,5
Niederlande	6	6	7	+ 16,7	0,3	0,3	0,2
USA	0	0	1	+ 10,1	0,0	0,0	0,0
Sonstige	1	1	1 1	+ 0	0,0	0,0	0,0
3011311ge	'		'	[0,0	0,0	0,0
Ausländische Hersteller zusammen	717	729	918	+ 25,9	30,0	30,6	32,4
Deutsche							
Hersteller zusammen	1 676	1 650	1 911	+ 15,8	70,0	69,4	67,6
VW - Audi	668	680	810	+ 19,1	27,9	28,6	28,6
Opel	347	322	375	+ 16,5	14,5	13,5	13,3
Mercedes	234	274	303	+ 10,6	9,8	11,5	10,7
Ford	257	219	265	+ 21,0	10,7	9,2	9,4
BMW	159	144	148	+ 2,8	6,7	6,1	5,2
Porsche	11	11	10	- 9,1	0,5	0,5	0,4

¹⁾ Einschl. Jugoslawien

Pkw-Bestand nach Haltergruppen (einschl. Kombi)

			Anteil	e in %	<u> </u>
Juli Insgesamt	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft	Dienst- leistungen	Arbeitnehmer u. Nichterwerbspers
		Ba	yern		
1970	2 426 446	7,9	15,5	4,9	71,7
1980	4 075 514	5,5	10,7	4,8	79,0
1984	4 549 955	5,2	10,3	5,1	79,4
1985	4 694 178	5,0	10,3	5,4	79,4
1985/70	+ 93,5	+ 22,3	+ 28,2	+ 110,7	+ 114,3
	•	Bunde	sgebiet		
1970	13 941 079	4,6	15,4	4,7	75,3
1980	23 191 616	2,9	10,5	4,1	82,5
1984	25 217 787	2,7	9,8	4,4	83,1
1985	25 844 520	2,6	9,7	4,5	83,2
1985/70	+ 85,4	+ 3,2	+ 17,0	+ 78,2	+ 104,9

DLP11/20== B/40

DLP11/20===

Anhang	
zur Haushaltsrede des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft un	nd Verkebr für die Jabre 1987/88
Übersicht	Seite
II. Teil	
Wirtschaftspolitisch relevanter Einsatz von Fördermitteln — Mittelstandsförderung — Gewerbeförderung im bayerischen Handwerk — Förderung der regionalen Infrastruktur — Förderung des Fremdenverkehrsgewerbes — Regionale Förderprogramme	43 — 51

DLP11/20=== 3/42

8 - 43 - DLP11/20 ==

Bewilligte Darlehen an mittelständische Betriebe im Rahmen des Bayerischen Kreditprogramms für die Förderung des gewerblichen Mittelstandes

(Bayerisches Mittelstandskreditprogramm) — Darlehen in Mio DM —

Insgesamt Anzahl 5.453 5.470 5.142 4.941 5 Darlehen 301,5 379,1 382,2 375,0 4 Industrie Anzahl 474 456 393 473 Darlehen 30,2 45,9 43,2 50,1 Handwerk Anzahl 3.073 2.917 2.654 2.523 2 Darlehen 170,4 200,4 195,3 191,2 2 Handel Anzahl 1.331 1.498 1.512 1.377 1 Darlehen 66,6 92,0 99,4 88,3 Sonstige		•				
Anzahl 5.453 5.470 5.142 4.941 5.027 Darlehen 301,5 379,1 382,2 375,0 4.028 Industrie Anzahl 474 456 393 473 Darlehen 30,2 45,9 43,2 50,1 Handwerk Anzahl 3.073 2.917 2.654 2.523 2.028 Darlehen 170,4 200,4 195,3 191,2 2.028 Handel Anzahl 1.331 1.498 1.512 1.377 1.028 Darlehen 66,6 92,0 99,4 88,3 Sonstige Anzahl 575 599 583 568 6		1982	1983	1984	1985	1986
Darlehen 301,5 379,1 382,2 375,0 4 Industrie Anzahl 474 456 393 473 Darlehen 30,2 45,9 43,2 50,1 Handwerk Anzahl 3.073 2.917 2.654 2.523 Darlehen 170,4 200,4 195,3 191,2 2 Handel Anzahl 1.331 1.498 1.512 1.377 1 Darlehen 66,6 92,0 99,4 88,3 Sonstige Anzahl 575 599 583 568 6	Insgesamt					
Industrie Anzahl 474 456 393 473 Darlehen 30,2 45,9 43,2 50,1 Handwerk Anzahl 3.073 2.917 2.654 2.523 2 Darlehen 170,4 200,4 195,3 191,2 2 Handel Anzahl 1.331 1.498 1.512 1.377 1 Darlehen 66,6 92,0 99,4 88,3 Sonstige Anzahl 575 599 583 568 6	Anzahl	5.453	5.470	5.142	4.941	5.057
Anzahl 474 456 393 473 Darlehen 30,2 45,9 43,2 50,1 Handwerk Anzahl 3.073 2.917 2.654 2.523 2 Darlehen 170,4 200,4 195,3 191,2 2 Handel Anzahl 1.331 1.498 1.512 1.377 1 Darlehen 66,6 92,0 99,4 88,3 Sonstige Anzahl 575 599 583 568 6	Darlehen	301,5	379,1	382,2	375,0	440,1
Darlehen 30,2 45,9 43,2 50,1 Handwerk Anzahl 3.073 2.917 2.654 2.523 2 Darlehen 170,4 200,4 195,3 191,2 2 Handel Anzahl 1.331 1.498 1.512 1.377 1 Darlehen 66,6 92,0 99,4 88,3 Sonstige Anzahl 575 599 583 568 6	Industrie					
Handwerk Anzahl 3.073 2.917 2.654 2.523 2 Darlehen 170,4 200,4 195,3 191,2 2 Handel Anzahl 1.331 1.498 1.512 1.377 1 Darlehen 66,6 92,0 99,4 88,3 Sonstige Anzahl 575 599 583 568 6	Anzahl	474	456	393	4 73	502
Anzahl 3.073 2.917 2.654 2.523 2 Darlehen 170,4 200,4 195,3 191,2 2 Handel Anzahl 1.331 1.498 1.512 1.377 1 Darlehen 66,6 92,0 99,4 88,3 Sonstige Anzahl 575 599 583 568 6	Darlehen	30,2	45,9	43,2	50,1	63,0
Darlehen 170,4 200,4 195,3 191,2 2 Handel Anzahl 1.331 1.498 1.512 1.377 1 Darlehen 66,6 92,0 99,4 88,3 Sonstige Anzahl 575 599 583 568 6	Handwerk					
Handel Anzahl 1.331 1.498 1.512 1.377 1 Darlehen 66,6 92,0 99,4 88,3 Sonstige Anzahl 575 599 583 568 6	Anzahl	3.073	2.917	2.654	2.523	2.641
Anzahl 1.331 1.498 1.512 1.377 1 Darlehen 66,6 92,0 99,4 88,3 Sonstige Anzahl 575 599 583 568 6	Darlehen	170,4	200,4	195,3	191,2	221,0
Darlehen 66,6 92,0 99,4 88,3 Sonstige Anzahl 575 599 583 568 6	Handel					
Sonstige Anzahl 575 599 583 568 6	Anzahl	1.331	1.498	1.512	1.377	1.264
Anzahl 575 599 583 568 6	Darlehen	66,6	92,0	99,4	88,3	99,3
Albani 575	Sonstige					
Darlehen 34,3 40,9 44,3 45,0	Anzahl	575	599	583	568	6 50
	Darlehen	34,3	40,9	44,3	45,0	56,8

Bewilligte Kapitalbeteiligungen der Kapitalbeteiligungsgesellschaft für die mittelständische Wirtschaft Bayerns mbH — Beträge in Mio DM —

Insgesamt	12,6	15,3	17,5	26,2	27,0
Anzahl	30	37	41	56	58
Industrie	7,2	9,3	10,1	16,9	16,6
Handwerk	2,0	2,7	2,7	5,5	5,9
Handel	3,2	2,7	2,8	2,8	3,1
Dienstleistung	0,2	0,6		0,5	0,7
Fremdenverkehr			1,9	0,5	0,7

Gewerbeförderung im bayerischen Handwerk (in 1 000 DM)

	1982	1983	1984	1985	1986
ischüsse des StMWV ¹⁾ insgesamt	25.199	22.990	30.500	30.840	35.500
Forschung	356	367	416	429	424
Beratung und Information	1.700	1.770	1.680	1.892	2.182
Förderung der Absatzsteigerung	1.712	1.501	1.719	1.922	2.175
Errichtung und Einrichtung beruflicher Bildungsstätten	8.755	5-991	12.224	11,683	15.623
Überbetriebliche berufliche Bildungsmaßnahmen					
Ausbildung	8.836	10.093	10.902	11.281	11.549
Fortbildung	3.099	2.625	2.722	2.753	2.866
Sonstige	741	643	837	880	681

¹⁾ Kapitel 07 03 Titel 685 01, 685 02 sowie einschlägige (Sonder-) Programme

Bürgschaften¹⁾ durch die Kreditgarantiegemeinschaften des Bayerischen Handwerks, des Handels, des Hotelund Gaststättengewerbes und des Gartenbaus (in 1 000 DM)

·	1982	1983	1984	1985	1986
Handwerk			0007	40.504	97.050
Kreditsumme	35.753	33.039	34.307	43.691	37.950
Bürgschaftssumme	27.988	25.771	25.874	34.060	29.338
Handel					
Kreditsumme	23.470	21.342	17.889	12.282	17.058
Bürgschaftssumme	18.200	16.823	14.015	9.680	13.154
Hotel- und Gaststättengewerbe	•			•	
Kreditsumme	6.600	3.595	6.015	3.109	3.485
Bürgschaftssumme	4.685	2.772	4.698	2.462	2.734
Gartenbau					
Kreditsumme	167	459	429	905	683
Bürgschaftssumme	126	367	343	632	546
Gesamt					
Kreditsumme	65.990	58.435	58.641 *)	59.986**)	59.176
Bürgschaftssumme	50.999	45.733	44.930	46.834	45.772

¹⁾ Verbürgt durch Land und Bund etwa 75 % der Bürgschaftssumme

^{*)} aufgerundet **) abgerundet

In den Jahren 1982 — 1986 für die Förderung der regionalen Infrastruktur in Bayern verfügbare Mittel aus den regionalen Förderungsprogrammen (Landesprogramme) Stand: März 1987

Programm~ jahr	Art der Förderung	B G 2)	- WF	EFRE 4)	SV 5) #	GR 6)	Gesamt~ summe
	1)	ļ					
	·		verfügbare	Mittel in M	lio DM		·
1982	z	7,7	34,3	12,6	3,5	-	58,1
	D	10,2	30,7	-	3,5	3,8	48,2
1983	Z	7,7	31,9	-	2,7	-	42,3
	D	9,3	9,0	-	3,5	22,1	43,9
1984	Z	8,1	36,2	-	3,5	-	47,8
	D	5,9	11,9	· -	2,3	12,0	32,1
1985	Z	8,5	26,2	-	3,2	_	37,9
	D	5,7	13,0	-	2,6	-	21,3
1986	Z	8,5	21,1		3,5	_	33,1
	D	10,2	21,6		5,8	6,0	43,6
					<u> </u>		
1982 - 1986	Z	40,5	149,7	12,6	16,4	-	219,2
	D	41,3	86,2	-	17,7	43,9	189,1
	G	81,8	235,9	12,6	34,1	43,9	408,3
					·		

¹⁾ Z = Zuschüsse (einschl. Verpflichtungsermächtigungen), D = Darlehen, G = Zuschüsse und Darlehen insgesamt

²⁾ BG = Bayerisches Grenzhilfeprogramm

³⁾ WF = Regioonales Wirtschaftsförderungsprogramm

⁴⁾ EFRE = Programm zur Verstärkung der regionalen Wirtschaftsförderung aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ab 1983 werden EFRE-Erstattungen im allgemeinen Staatshaushalt vereinnahmt)

⁵⁾ SV = Programm für Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs einschließlich Saisonverlängerung

⁶⁾ GR = Grunderwerbsdarlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände

DLP11/20___-

Verwendung der in den Jahren 1982 — 1986 für die Förderung der regionalen Infrastruktur in Bayern verfügbaren Mittel aus den regionalen Förderungsprogrammen (Landesprogramme) Stand: März 1987

	Art	BG	WF	EFRE	sv	GR	Gesamt.
Maßnahmegruppen	der Förde-						summe
	rung	2)	3)	4)	5)	6)	1
	1)		. <u>L. </u>	ügbare Mi	ttel in Mi	Lo DM	
			1	1			
Industriegeländeerschließungs-	Z	4,8	98,6	1,2	-	-	104,6
maßnahmen (einschl. örtliche	D	6,7	39,6	-	-] -	46,3
Energieversorgung)	G	11,5	138,2	1,2	-	-	150,9
Öffentliche Fremdenverkehrs-	z	16,3	39,8	11,4	16,4	-	83,9
einrichtungen	D	9,7	45,8		17,7	-	73,2
-] G]	26,0	85,6	11,4	34,1	-	157,1
Maßnahmen zur Erhöhung des	z	_	2,5	_			2,5
Wohn- und Freizeitwertes	Ď	_	-;-		1 -	_	-'.
	G	-	2,5	-	-	-	2,5
Erwerb von Gelände für die An-	_z	_	1		_	_	
siedlung von Industriebetrieben		-	_	_	. –	43,9	43,9
und die Errichtung von Fremden-	G	_		_	1	43,9	43,9
verkehrseinrichtungen		_	-	-		45,5	1,,,
Verkehrswirtschaftliche Maß-	z	. -	1,2	-	-	-	1,2
nahmen (Länden)	D	-	-	-	-	-	-
	G	-	1,2	-	-	-	1,2
Gesundheitswesen und soziale	Z	0,6	-	-	-	-	0,6
Einrichtungen	D	5,4	-	-	} -	_	5,4
·	G	6,0	-	-	-	-	6,0
Kulturelle Maßnahmen	Z	12,7	_	_	-	_	12,7
	D	16,7	-	_	-	-	16,7
•	G	29,4	-	-	-	-	29,4
Berufsbildende Maßnahmen	Z	0,2	_	_	_	_	0,2
	D	-	-	 -	-	-	-
	G	0,2	-	-	-	-	0,2
Land- und Forstwirtschaft	Z	3,5	_	_	_	_	3,5
	0	_	_	_	-	_	_
•	G	3,5	-	-	-	-	3,5
Sonstige Maßnahmen	Z	0,7	0,1		_	· -	0,8
	D	0,1	1	-	_	-	0,1
	G	0,8	0,1	-	-	-	0,9
Statistisch noch nicht	Z	1,7	7,5			_	9,2
erfaßte Maßnahmen	D	2,7	0,8	_	_	_	3,5
I manus (MAS HITME) I	G	4,4	8,3	-	-		12,7
Insgesamt	z	40,5	149,7	12,6	16,4	_	219,2
THOGOGINE	Ď	41,3	86,2		17,7	43,9	189,1
•	G	81,8	235,9	12,6	34,1	43,9	408,3

Fußnote siehe Seite 45

In den Jahren 1982 — 1986 für die Förderung der regionalen Infrastrükter in Bayern verfügbare Mittel aus den regionalen Förderungsprogrammen (Bundes- bzw. gemeinsame Bundes- und Landesprogramme) Stand: März 1987

Programm-	Art der	Programm mit Bundes- und Landesanteil	Bundesp	rogrammė	. Gesamt-
jahr	Färderung	GA	ERP	88	summe
	1)	2)	3)	4)	
		Ver	fügbare Mittel in M	io DM	
1982	z `	53,4	_	0,18	53,58
	D		18,2	_	18,20
1983	Z	74,9	-	0,03	74,93
	D	-	18,2	_	18,20
1984	Z	78,6	-	0,02	78,62
	D	-	1,8	-	1,80
]			
1985	Z	72,1	-	0,03	72,13
	D	-	15,6	-	15,60
	:				
1986	Z	64,9	_	0,03	64,93
	D	-	38,2	-	38,20
1982 - 1986	Z	343,9	-	0,29	344,19
	D .	-	92,0	-	92,00
	G	343,9	92,0	0,29	436,19

¹⁾ Z = Zuschüsse (einschl. Verpflichtungsermächtigungen)

D = Darlehen

G = Zuschüsse und Darlehen insgesamt

²⁾ Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" einschl. wiederverplanbare Kürzungsbeträge

³⁾ ERP-Darlehen zur Verbesserung des Wohn- und Freizeitwerts in Gemeinden

⁴⁾ Mittel des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

Verwendung der in den Jahren 1982 — 1986 für die Förderung der regionalen Infrastruktur in Bayern verfügbaren Mittel aus den regionalen Förderungsprogrammen

(Bundes- bzw. gemeinsame Bundes- und Landesprogramme) Stand: März 1987

	Art der	Programm mit Bundes- und Landesanteil	Bundespro	gramme	
Maßnahmegruppen	Förderung				Gesamt- summe
		G A	ERP	88	
	1)	2)	3)	4)	
		Mitte	lverwendung	in Mio DM	
Industriegeländeerschließungs-	Z	87,8			87,80
maßnahmen (einschl. örtliche		7,0	_	1 - 1	-
Energieversargung)	G	87,8	-	-	87,80
Uffentliche Fremdenverkehrs-	Z	102,3	-	0,29	102,59
einrichtungen	D	-	-] -]	-
	G	102,3	-	0,29	102,59
Maßnahmen zur Erhöhung des	Z	-	-	-	· -
Wohn- und Freizeitwertes	D	-	92,0	-	92,00
	G	-	92,0] -]	92,00
Wasserwirtschaftliche	Z	79,9	-	-	79,90
Maßnahmen	D	-	-	-	-
	G	79,9	-	-	79,90
überörtliche Energieversorgung	z	14,5	_	_	14,50
	D	-	- ,	-	-
	G	14,5	-	-	14,50
Verkehrswirtschaftliche	Z	17,2	-	-	17,20
Maßnahmen	D	-	-] - [-
	G	17,2	- '	-	17,20
Berufsbildende Maßnahmen	Z	6,6	-	-	6,60
	D	-	-	•	-
	G	6,6	-	} - }	6,60
Abfallbeseitigung	Z	0,2	-	-	0,20
	D	-	-	-	-
	G	0,2	-	-	0,20
Sonstige Maßnahmen	Z	7,7	-	-	7,70
	D		_	-	-
	G	7,7	-	-	7,70
Statistisch noch nicht	Z	27,7	-	ļ - l	27,70
erfaßte Maßnahmen	D G	- 27,7	<u>-</u>	- [- 27,70
Insgesamt	Z	343,9	-	0,29	344,19
	D	767.0	92,0	-	92,00
	G	343,9	92,0	0,29	436,19

Fußnote siehe Seite 47

b/ -49- DLP11/20 ===

Förderung des Fremdenverkehrsgewerbes im Rahmen der bayerischen regionalen Förderungsprogramme und der Gemeinschaftsaufgabe

Regierungs~ bezirk	Jahr	Zuschüsse	Darlehen	Investitions- volumen	Anzahl der Investi- tionsvorh.
·· ··········			1.000 DM		
Bayern " "	1982 1983 1984 1985 1986	1.746 6.440 3.366 3.678 6.168	98.886 89.924 112.750 98.265 118.710	285.047 330.804 319.674 316.108 317.616	542 679 454 395 618
Oberbayern " " "	1982 1983 1984 1985 1986	878 551 1.333 570	21.064 21.490 20.910 23.895 21.855	65.479 76.481 68.934 79.426 63.108	89 92 103 97 178
Niederbayern " " "	1982 1983 1984 1985 1986	836 5.232 2.467 1.855 4.129	18.300 9.615 10.675 12.770 16.715	58.604 94.072 40.542 52.224 60.772	183 336 48 57 86
Oberpfalz " " "	1982 1983 1984 1985 1986	27 - 11 126	11.325 9.530 7.750 12.675 13.405	24.453 23.208 14.879 26.166 26.564	48 40 37 39 49
Oberfranken " " "	1982 1983 1984 1985 1986	303 44 19 382	10.829 6.475 9.145 5.855 10.345	25.181 19.019 20.124 14.422 27.586	51 37 44 23 47
Mittelfranken " " "	1982 1983 1984 1985	240 - - 173	7.553 10.905 14.930 12.630 20.090	20.188 26.380 34.607 25.620 39.545	34 45 49 54 60
Unterfranken " " "	1982 1983 1984 1985 1986	233 176 268	7.815 11.849 14.230 12.255 9.795	19.625 33.118 37.999 63.953 23.297	49 52 74 52 66
Schwaben	1982 1983 1984 1985 1986	670 - 71 284 520	22.000 20 060 35.110 18.185 26.505	71.517 58.526 102.589 54.297 76.744	88 77 99 73 132

Erfassungsstand: 5.3.1987

$\textbf{Regionale F\"{o}rderungsprogramme}^{1)} \ \textbf{f\"{u}r Industrie, Handwerk}$ und Dienstleistungsgewerbe²⁾

				<u>6</u>	layern					
Jahr	Bun	desā) tel ³)	Lande mittel	2 §7	GA-Mit	tel ⁴⁾	Insg	esamt		
				- in	Mio DM -					
	N	E	Ñ	E	N	Ē	N	Ε	N + E	
Zuschi	üsse:									
1982	-	7,7	3,0	11,1	5,4	31,5		50,3	58,7	
1983	-	3,8	16,4	21,2	74,4	27,6		52,6	143,4	
1984	-	0,8	0,3	11.,8	4,4	52,5		65,1	69,8	
1985 1986	-	2,4 3,1	17,8 15,0	32,6 41,3	16,3 11,0	64,1 104,0		99,1 148,4	133,2 174,4	
1900	-	3,1	15,0	41,3	11,0	104,0	20,0	140,4	1/4,4	
Darle	hen:						,			
1982	-	-	76,5	303,6	-	-	76,5	303,6	380,1	
1983	-	-	72,3	265,7	-	-	72,3	265,7	338,0	
1984	-	-	70,6	329,2	-	-	70,6	329,2	399,8	
1985 1986		-	98,9 105,3	345,4 387,0	-	_	98,9 105,3	345,4 387.0	444,3 492,3	
Invest	titio	nsvolum	en:				274,9	1.150,9	1.425,8	
1983							979,7	1.111,8		
1984							207,6	1.422,5	1.630,1	
1985							509,6	1.695,4	2.205,0	
1986							427,6	2.547,4	2.975,0	
Zahl d	der I	nvestit	ionsvorha	ahen.						
1982	u.,	,,,,,,,,,,	10.1010111	JUCIT.			42	206	248	
1983							63	265	328	
1984							64	274	338	
1985							60	295	355	
1986							78 ,	335	413	
Zu sci	haffe	nde Arb	eitsplätz	e:						
1982							1.604	4.980	6.584	
1983							2.629	4.676	7.305	
1984							2.383	6.536	8.919	
1985							3.103	5.690	8.793	
1986							2.548	7.951	10.499	

Erfassungsstand: 5.3.1987

N = Neuansiedlung E = Erweiterung u. sonstige Maßnahmen 1) Einschl. Bayerisches Kreditprogramm für Abwasserreinigung und Luftreinhaltung

²⁾ Ohne Fremdenverkehr

³⁾ Ohne Zuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regio-nalen Wirtschaftsstruktur"

⁴⁾ GA = Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

Frachthilfeleistungen an die Wirtschaft im Bayerischen Zonenrandund Frachthilfegebiet (in 1 000 DM, ohne Umwegfrachthilfe)

Zeitraum	Fracht- hilfe f. Ostbayern ab 1.11.1950	Frachthilfe für das Zonenrandgebiet					
		Versand- güter ab 1.10.1953	Empfangs- güter Kohlen ab 1.10.1953	Empfangs- güter Sonstige ab 1.10.1954	Elektr. Energie u. Gas 1) ab 1.7.1955	Tettau 2) ab 29.5.1952	Fracht- hilfe insgesamt
1.11.1950							
bis 31.3.1960 1.4.1960	42 872	11 205	27 474	2 270	32 7 02	1 376	117 899
bis 31.12.1970	77 324	29 185	36 277	7 211	111 25 7	3 302	263 958
1971	8 280	4 026	1 216	1 017	8 136	459	23 134
1972	8 954	4 208	918	1 061	8 343	484	23 968
1973	9 299	4 781	989	1 073	7 700	540	24 382
1974	10 561	5 063	1 138	1 089	6 954	602	25 407
1975	9 916	5 138	955	936	6 265	604	23 815
1976	11 470	6 800	1 001	927	7 026	729	27 954
1977	13 513	6 017	815	990	6 889	684	28 908
1978	18 594	8 942	976	1 150	7 660	654	37 976
1979	23 154	9 907	1 474	1 370	8 35 7	724	44 987
1980	24 304	10 648	1 986	1 572	13 119	786	52 416
1981	23 047	10 856	1 742	1 555	12 736	7 26	50 661
1982	20 112	10 746	1 787	1 408	7 028	629	41 711
1983	. 19 623	10 131	1 998	1 287	6 969	653	40 660
1984	19 398	10 892	2 191	1 391	4 269	759	38 9 00
1985	19 928	11 257	2 518	1 368	4 384	815	40 270
1986	19 900	11 200	2 500	1 300	4 300	800	40 000
1.11.1950 bis 1986	379 652	171 000	87 955	28 975	264 096	15 327	947 006

¹⁾ Der Bezug von Gas ist ab 1.1.1965 nicht mehr begünstigt

²⁾ Zuschüsse an die Wirtschaft des Tettauer Raumes zur Abgeltung der Frachtmehrkosten aus Anlaß der Sperrung der über das Gebiet der DDR führenden Eisenbahnstrecke von Pressing-Rothenkirchen nach Tettau

Die Frachthilfezahlungen für das Jahr 1986 sind noch nicht abgeschlossen, die Ergebnisse sind geschätzt